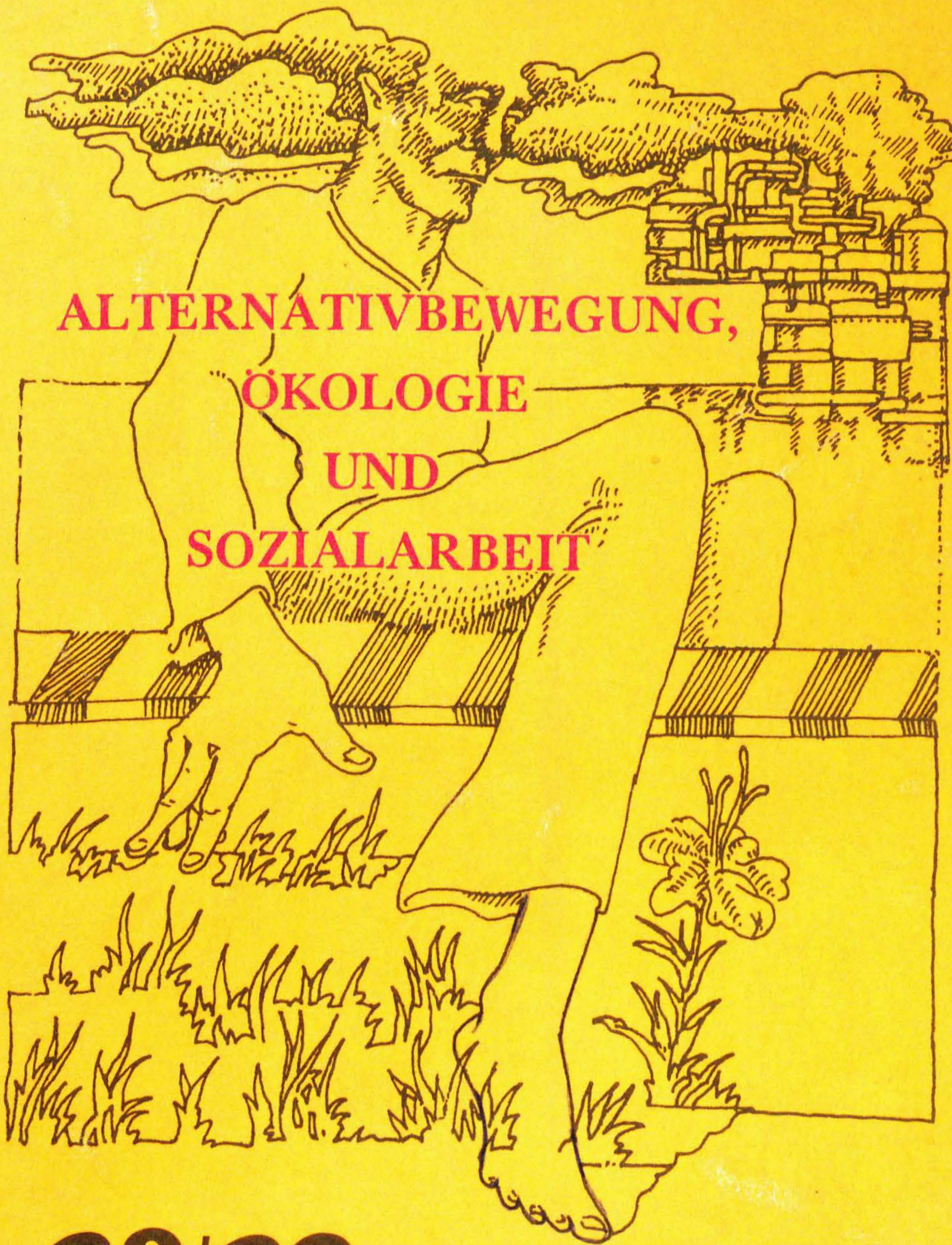
T. Kunstreich

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT

ALTERNATIVBEWEGUNG, ÖKOLOGIE UND SOZIALARBEIT



28/29

Offenbach im April 1981
Doppelnummer – Preis DM 9,--

Dieser Informationsdienst Sozialarbeit wird im Sozialistischen Büro von Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, herausgegeben. Der Info dient der Kommunikation und Kooperation von Genossen, die mit sozialistischem Anspruch im Feld der sozialen Arbeit tätig sind.

Folgende Hefte sind noch lieferbar:

Heft 5: Organisierung im Sozialbereich • 7:Jugendhilfetag und Sozialistische Aktion 1974 • 8: Reformismus in der Sozialarbeit • 1o:Sozialarbeit im Knast • 12: Stadtteilbezogene Sozjalarbeit • 13: Sozialarbeit und Jugendarbeitslosigkeit • 14: Alternative Psychiatrie – Sonderpreis: jedes Heft DM 2,--

Heft 16: Gewerkschaftsarbeit in der ÖTV (88 Seiten, DM 5,--)
Heft 17: Kindergartenarbeit (96 Seiten, DM 5,--)
Heft 18: Jugendhilferecht – Jugendhilfetag (96 Seiten, DM 6,--)
Heft 19: Heimerziehung (168 Seiten, DM 8,--)
Heft 2o: Sozialarbeiterausbildung (1o4 Seiten, DM 7,--)
Heft 21: Familienfürsorge (8o Seiten, DM 5,--)
Heft 22: Jugendhilfetag 1978 in Köln/Geschlossene Heimerziehung (DM 7,--)
Heft 23: Frauen und Sozialarbeit (144 Seiten, DM 8,--)
Heft 24: Psycho-Methoden in der Sozialarbeit (96 Seiten, DM 6,--)
Heft 25: Materialien zur Sozialhilfe-Aktion (96 Seiten, DM 6,--)
Heft 26: Kritik zur psychosozialen Versorgung (8o Seiten, DM 6,--)
Heft 27: Neuorganisierung sozialer Dienste (112 Seiten, DM 8,--)

Herausgeber:	Sozialistisches Büro Postfach 591, Ludwigstr.33, 6o5 Offenbach 4
Verleger:	Verlag 2OOO GmbH Offenbach
Erste Auflage:	April 1981, 5ooo Exemplare Alle Rechte bei dem Herausgeber
Vertrieb:	Verlag 2OOO GmbH, 6o5 Offenbach 4 Postfach 591 – Telefon: o611/885oo6 Postscheck Frankfurt Kto. Nr. 61o41-6o4
Preis:	Doppelnummer, DM 9,-- bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren 2o% Rabatt; Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandel) 4o% Rabatt jeweils zuzüglich Versandkosten Abonnement 1981 (Heft 28 - 31): DM 15,-- + 4,-- Versand
Verantwortlich:	Redaktion Info Sozialarbeit
Presserechtlich verantwortlich:	Günter Pabst, Offenbach
Druck:	hbo-druck, Einhausen
ISSN:	o17o - 2688
ISBN:	3-88534-o19-4

INFO SOZIALARBEIT, HEFT 28/29

links pocket Verlag 2000

Seit über einem Jahrzehnt erscheinen im Verlag 2000 des Sozialistischen Büros Broschüren, insbesondere für die verschiedenen Arbeitsfelder. Dieses Programm wird jetzt durch eine breit konzipierte Taschenbuchreihe ergänzt.



Band 1: **Zur konkreten Utopie gesellschaftlicher Arbeit**
Beiträge zur Arbeitstagung im Anschluß an die ersten Ernst-Bloch-Tage 1979 160 Seiten, DM 10,--

Läßt sich eine konkrete-Utopie der gesellschaftlichen, und das heißt auch der industriellen Arbeit entwickeln? Mit dieser Thematik wurde an die Bloch-Tage '78 zum Thema "Marxismus und Naturbeherrschung" angeknüpft, deren Ergebnisse ebenfalls im Verlag 2000 veröffentlicht wurden und in der 3. Aufl. für DM 10,-- vorliegen.



Band 2: **Erfahrungen – Sozialisten bearbeiten ihre politische Sozialisation**
Hrsg. von G. Koch und V. Brandes
Mit Beiträgen von H. Stubenrauch, H. Obenland, S. Tesch, H. Mühleisen u.a.
216 Seiten, DM 12,--

Das Wort von der Krise der Linken macht die Runde. Zeit also, eine Bestandsaufnahme zu versuchen und sich mit den eigenen Erfahrungen auseinanderzusetzen.

Band 3: Ellen Diederich
"Und eines Tages merkte ich, ich war nicht mehr ich selber, ich war ja mein Mann"
Eine politische Autobiographie
144 Seiten, DM 9,--

Band 4: **Teufel, Teufel! Trau keiner Stunde über 35!**
Ein Stück der Mobilen Rhein-Main-Theater GmbH zum Kampf um die 35-Stunden-Woche. Theater, Lieder, Film und Video im Arbeitskampf. 152 Seiten, DM 9,--

---

Bitte Verlagsverzeichnis anfordern! Alle Titel sind im linken Buchhandel erhältlich, können jedoch auch gegen Vorauszahlung direkt bezogen werden bei: Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

VORBEMERKUNG ZU DIESER AUSGABE

Unter den Bedingungen einer strukturellen ökonomischen Krise, verschlechterten Reproduktionsbedingungen und des Zurückdrängens von Reformmodellen und - vorstellungen veränderten sich politischer Spielraum und Arbeitsbedingungen auch für linke Sozialarbeiter,Lehrer und Gesundheitsarbeiter. Das Selbstverständnis einer politisch verstandenen Sozialarbeit war das der Parteilichkeit für und mit den Betroffenen, war Sozialarbeit als politische Praxis zu begreifen,die gemeinsam mit den Betroffenen Bedingungen zur gesellschaftlichen Veränderung herstellt: Erziehung zum Klassenkampf und revolutionäre Berufspraxis. Die Arbeit in Projekten, Modellen, Reforminstitutionen schien eine weitgehende Identifikation von beruflicher Praxis und politischer Praxis zu ermöglichen.
Hier lag auch die politische Sprengkraft des Arbeitsfeldansatzes. Er beharrte auf der Notwendigkeit sozialistischer Politik im Reproduktionsbereich, weil die geschichtliche Erfahrung wie auch die Kämpfe der 60er Jahre zeigten, daß der Kapitalismus nicht auf die Fabrik zu reduzieren ist. Weil der Bezug zur Gesamtgesellschaft nicht über die Moral des "Dem Volke dienen" hergestellt werden sollte, sondern über die "eigenen" im jeweiligen gesellschaftlichen Bereich erfahrenen Widersprüche.
Theoretisch wurde zwar in allen Analysen die Herrschafts- und Kontrollfunktion von Sozialarbeit herausgearbeitet, auf der praktischen Ebene aber kaum berücksichtigt, weder in der politischen Arbeit, noch in den Reformprojekten, noch in der institutionellen Arbeit.
Im Nachhinein besehen, verwundert es nicht, daß viele Vorhaben und Vorstellungen in die sozialliberalen technokratischen Reformen eingefangen wurden.

Eine Antwort auf das Zurückdrängen von Reformen, auf staatliche Repression war eine verstärkte Hinwendung und Suche nach Alternativen und das Aussteigen aus der Sozialarbeit. Im Arbeitsfeld - als organisierter Ausdruck politisch miteinander kooperierender und handelnder Gruppen und Individuen - begann vor zwei Jahren eine "Aussteigerdiskussion". Die Aussteigerdiskussion reflektiert dabei nicht nur die Suche nach Alternativen im und außerhalb des sozialpädagogischen Bereichs, sie reflektiert auch die sogenannten "neuen sozialen Bewegungen", vor allem die Ökologiebewegung und Alternativbewegungen.
Für viele war dies der Hoffnungsschimmer, um aus dem Dilemma der Berufsfeldbornierung herauszukommen. Anti-AKW-Arbeit wurde von vielen als Versuch verstanden, sich als linker Sozialarbeiter wieder in einen gesamtgesellschaftlich-allgemeinpolitischen Zusammenhang zu begeben (und ganz nebenbei die Auseinandersetzung um die politische Praxis im Sozialbereich aufzugeben). Diese Bewegungen sind für viele deswegen so wichtig, weil in ihnen ja mehr thematisiert wird als die Gegenerschaft zum bundesrepublikanischen Atomprogramm. Es geht - teils bewußt teils unbewußt - um die Kritik am gesellschaftlichen (Produktions-) Verhältnis zur äußeren und inneren Natur. Es geht bei Teilen dieser Bewegung um eine neue direkte Betroffenheit in dem Sinne, daß die Verbindung thematisiert wird von "Leben" und "Politik",

daß eine sogenannte "Politik der ersten Person" gemacht wird.(z.T. äußern sich diese Interessen allerdings in recht diffusen, romantisch-konservativen Vorstellungen von "Ganzheit"). Es geht - gerade den Alternativen - um die Abkehr von der als entfremdet erfahrenen Arbeits- und Lebenssituation, auch der des politischen Lebens.
Diese Thematisierung von Arbeit, Leben, Politik war ja gerade unter den linken Kritikern der Sozialarbeit verbreitet gewesen - wenn auch nicht unter "ökologischen" Vorzeichen.
Durch diese Bewegungen wurde den in der Sozialarbeit Tätigen die eigene Entfremdung nochmals als Diskussionsgegenstand aufgezwungen: die Reduktion auf den/die Beziehungsarbeiter(in) bzw. den/die Kommunikationsexperten(in). Von daher läßt sich die Aussteigetendenz gerade in mehr handwerklich-handgreifliche Arbeitszusammenhänge erklären.

Das von der Ökologie- und Alternativbewegung geäußerte Unbehagen am gegenwärtigen (kapitalistischen) Zivilisationsmodell heißt auf die Sozialarbeit bezogen vor allem Kritik an Bürokratisierung, Zentralisierung, Sozialtechnisierung, Kontrolle und Verwaltung von Menschen und fordert Selbsthilfe, Deprofessionalisierung - oft naive Rückkehr zu "natürlicher Menschlichkeit". Hierbei besteht die große Gefahr, an den Ursachen vorbei, die sozialpädagogische Intervention allererst notwendig machen, zu Perspektiven zu gelangen, die u.E. nach für sozialistische Politik nicht gangbar sind. Es besteht aber auch die Gefahr, daß bei einem Teil der Linken staatliche Sozialarbeit insgesamt als nicht mehr relevant angesehen wird.

So schreiben z.B. in der neuesten Ausgabe von päd.extra Sozialarbeit, Heft 3/1981 Studenten der Fachhochschule Frankfurt in einem Beitrag "Sozialarbeit und Startbahn West", daß der "Staat als späterer Arbeitgeber für sie nicht mehr in Frage kommt". Sie wollen nicht mehr als "soziales Schmieröl" funktionieren". Für sie ist "der Staat, der den Ausbau des Flughafens betreibt und dann seine sozialpolitischen Tätigkeiten als Folge der durch ihn mit hervorgerufenen Schäden ausdehnt, nicht mehr glaubwürdig".
Die Analyse greift aber zu kurz, wenn sie eigenes Handeln davon abhängig macht, ob staatliches Handeln noch glaubwürdig ist. Festzustellen ist, daß die Vergesellschaftung des ökonomischen und sozialen Lebens sich als fortschreitende Durchstaatlichung darstellt und d.h. auch Entmündigung des Einzelnen und Verarmung des sozialen Lebens. Sie geht einher mit einer Spezialisierung und Arbeitsteiligkeit ökonomischer und sozialer Funktionen, die zu wachsender Inkompetenz und Abhängigkeit des Einzelnen vom Staat führt. Die Ausweitung des Staates, die Ausdehnung seiner Kontrollagenturen bedeutet aber nicht nur Stärke und Stabilität, wie Joachim Hirsch in seinem Buch " Der Sicherheitsstaat - Das Modell Deutschland und seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen" richtig feststellt. Sie bedeutet auch, daß sich um staatliche Politik - auch im Reproduktionsbereich - neue soziale und politische Auseinandersetzungen entwickeln.

Mit dem Heft "Alternativbewegungen, Ökologie und Sozialarbeit" wollen wir dazu beitragen, die schlechte Trennung: hier "Alternative" Sozialarbeit und da "Institutionelle" Sozialarbeit, versuchen ein Stück weit aufzuheben, Kommunikation möglich zu machen, um politisch wieder handlungsfähig zu werden bzw. zu bleiben. Gilt es doch der Einbindung von Selbsthilfe in ein Konzept von Entstaatlichung und gesellschaftlicher Refeudalisierung ebenso entgegenzutreten, wie der Funktionalisierung von Selbsthilfe als Effektivierung bestimmer sozialer Dienste.

Rolf Schwendter

ALTERNATIVEN IN DER SOZIALARBEIT

BESTANDSAUFNAHME

Im letzten Jahrzehnt ist es im überwiegenden Teil der industrialisierten Länder privatkapitalistischer Wirtschaftsordnung zu einer breiten Entwicklung selbstorganisierter, basisbezogener, alternativer Projekte gekommen. Auch wenn in der Literatur zumindest Einigkeit darüber besteht, daß die weltweiten außerparlamentarischer Bewegungen 1967 bis 1969 hierfür eine Auslöserfunktion innehatten, wird zum anderen häufig darauf hingewiesen, daß in allen langfristigen Wirtschaftsabschwüngen der letzten beiden Jahrhunderte (1823 bis 1848, 1873 bis 1896, 1918 bis 194o, ab 1967) die Neigung zur Verstärkung von Selbstorganisation und Selbsthilfe angestiegen ist.
Bei meiner Kurzübersicht über die Felder alternativer Sozialarbeit/Sozialpädagogik beschränke ich mich zum einen (neben der gelegentlichen Nennung exemplarischer ausländischer Projekte) auf die BRD unter besonderer Berücksichtigung Westberlins, zum anderen auf Projekte, die zumindest vermittelt (s.dazu ausführlich unten) auf Sozialarbeit/Sozialpädagogik sich beziehen. (Also nicht auf den Großteil der Landkommunen, ökologischen Projekte, Bürgerinitiativen gegen AKW, Mediengruppen etc.)

Daß ich-entgegen der "allgemeinen Gesichtspunkte"-mit der Behandlung "einzelner Felder" zu beginnen mich gezwungen sehe, resultiert aus einem konsensfähigen Paradigma innerhalb der alternativen Bewegung (und den diesen nahestehenden Theoretikern) selbst: Es wird von der Aktivität der Felder in der alternativen Praxis ausgegangen, in der sich dann die strukturellen Probleme (und ihre Widersprüche) vorfinden lassen , um sich letztlich (wengstens dem Anspruch nach) in einer Totalität zu vernetzen, zu vereinigen (oder wie immer). (Letztlich bei so verschiedenen Autoren wie Foucault, Illich, Negt, Ohsawa wiederzufinden.)
Die Kinderläden (heute heißen sie nicht immer unbedingt so) waren eine der ersten sozialen Innovationen, die 1968 entstanden sind. Auch wenn sich ihre Ausbreitung in den letzten Jahren nicht linear fortgesetzt hat, gibt es wohl weit über 1oo von ihnen; zusätzlich eine Reihe von Kinderhäusern in größeren Städten (z.B.Hamburg, München, Osnabrück). Gemeinsam ist ihnen das Entstehen aus Eltern-Initiativen und eine ansatzweise Professionalisierung der Bezugspersonen.
In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Kleinstheimen eingerichtet, teils als Alternative zu Kinderheimen, teils zu Fürsorgeeinrichtungen. Ihre Zahl entzieht sich meiner Kenntnis, da dieser Bereich in der Forschung nur ungenügend dokumentiert ist (zusätzlich zum allgemeinen Problem, daß es nur in wenigen Bereichen eine einigermaßen stimmige Übersicht aller Projekte gibt, ich daher aus dem notwendigerweise stets lückenhaften Material zu Schätzungen gezwungen bin). Sie

sind meist von einzelnen Sozialarbeitern oder Sozialpädagogen ins Leben gerufen worden: daher (das konsensuelle Paradigma bezieht sich zumeist auf Kollektivität) sind sie in der alternativen Bewegung wenig beliebt und werden häufig vernachlässigt. (Siehe auch den Meineringhausen-Konflikt in den Netzwerken Selbsthilfe Berlin und Nordhessen.)

Die Schüler betreffend, ist der Strang der Schülerläden (z.B. Schülerladen Rote Freiheit um 197o) nicht weiterentwickelt worden. In den freien Schulen findet ansatzweise eine integrierte Schulsozialarbeit statt. Diese leidet (wie überhaupt das freie Schulwesen in der BRD)- etwa im Gegensatz zu Tvind (Dänemark) und den über 5oo freien Schulen in den USA-unter der restriktiven bundesdeutschen Schulgesetzgebung, die auf diesem Feld zu einem faktischen Monopol der Waldorf-Schulen geführt hat. (Hier stellt sich dann Rudolf Steiners Didaktik in Widerspruch zu seiner Gesellschaftstheorie.)Da die Nachfrage unverändert vehement steigt, ist in so gut wie allen alternativen Schulprojekten eine Vorverlagerung des Numerus clausus auf das 3. bis 6. Lebensjahr die Folge. Der Professionalisierungsgrad entspricht zumeist dem der Kinderläden.
Weiterhin bestehen in der BRD als Alternativen zu Heimerziehung zumindest 5o Jugendwohngemeinschaften, die sich in der Koordinationsstelle für Jugendwohngemeinschaften e.V. (bei der AG SPAK angesiedelt) vereinigt haben. Die Bandbreite der Struktur dieser Jugendwohngemeinschaften scheint ziemlich groß zu sein: von stärker strukturierten JWGs mit hauptamtlichem Sozialarbeiter bis zur (gleichzeitig als eingetragener Verein fungierenden) Landkommune mit 1-2 Heimjugendlichen ist alles vorfindbar.

Verhältnismäßig deutliche Aussagen sind zum Feld der Jugendzentren in Selbstverwaltung zu machen. Von diesen gibt es ungefähr 1ooo bis 12oo Vereine oder Initiativen, die sich in etwa 5o Regionalzusammenschlüssen organisiert haben (Region wird hier meist eher kleinrahmig verstanden), eine gemeinsame "Wandzeitung" herausgeben, und in Kontakten vor allem zur AG SPAK, zum Bund deutscher Pfadfinder, zu den Jungdemokraten stehen. (Hier gibt es auch deutliche regionale Unterschiede.) Ihr Schwerpunkt liegt eindeutig in der Provinz (z.B. Lüneburger Heide, Saarland, Baden-Württemberg), und wo sie erfolgreich gearbeitet haben, besteht die Tendenz zur Ausweitung zur Provinz-Gemeinwesen-Arbeit (exemplarisch hier der Traum-a-Land e.V. Wertheim). Die Hauptamtlichenfrage macht traditionell einen Konfliktpunkt in der Jugendzentrenbewegung aus (s.unten).

Den sozialtherapeutischen Bereich betreffend kann ich mich bei allen jenen (zielgruppenbezogenen) Arbeitsfeldern kurz fassen, in welchen Alternativen erst ansatzweise bestehen. In der Altenarbeit stehen die "Grauen Panther" (d.h. die Selbsthilfegruppen alter Menschen)- im Gegensatz zur USA-in der BRD erst am Beginn (Wuppertal). Im Strafvollzugswesen beschränken sich (neben vereinzelten Entlassungszentren-z.B. Mannheim-und Wohngemeinschaften-z.B. Stuttgart) die Basisaktivitäten auf Laienhelferarbeit in den Jugendvollzugsanstalten, die zudem in den vergangenen Jahren in den einzelnen Bundesländern durch allgemeine Verfügungen (AV) noch weiter eingeschränkt worden sind (weiterreichende Möglichkeiten sähe ich in den Gruppen des Sozialtrainings- Berlin-Tegel-und in einer Analogie zur norwegischen Selbsthilfeorganisation KROM; an eine alternative sozialtherapeutische Anstalt ist infolge des staatlichen Gewaltmonopols nicht zu denken).

In der Behindertenarbeit finden seitens des Clubs Behinderter und ihrer Freunde Basisaktivitäten (eine Mischung aus Laienhilfe und Selbsthilfe) statt; weitergehende alternative Einrichtungen (Ambulanzen) fehlen hingegen zumeist. Das Interesse an Basisaktivitäten in der Ausländerarbeit ist nach einem Hoch zu Beginn der 7oer Jahre (wohl bewirkt durch die Theorie vom "multinationalen Massenarbeiter" als Subjekt gesellschaftlicher Veränderung) etwas zurückgegangen: es wirken Ausländervereine und der "Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit" (VIA).

Hingegen ist durch die erfolgte Verbreitung der Frauenbewegung ein großer Schritt nach vorne in der selbstorganisierten Frauensozialarbeit gemacht worden. Es bestehen (einschl. der Initiativen) über 2o Frauenhäuser, an die 8o Frauenzentren, von diesen ausgehend eine große Zahl von Frauenselbsthilfegruppen und Frauenselbsterfahrungsgruppen (vor allem im gynäkologischen und psychotherapeutischen Bereich), eine unterschiedlich weitreichende feministische Infrastruktur (Buchläden, Cafés, Kneipen, Läden, Tagungshäuser, Verlage, Zeitschriften), in Berlin auch das Frauengesundheitszentrum FFGZ. Darüber hinaus wirkt die Frauenbewegung auch in andere alternative Projekte (etwa durch Frauengruppen in Jugendzentren, Patientenclubs, Kommunikationszentren) und in offenere etablierte Einrichtungen (z.B. Pro Familia e.V.) hinein. Im Gegensatz etwa zu den Jugendzentren (deren Selbstverwaltungsanspruch ein hauptamtlicher Sozialarbeiter häufig als aufgeherrschtes Organ staatlich-kommunaler Kontrolle erscheint) wird hier mehr Professionalisierung angestrebt, als bislang von staatlich-kommunaler Seite zugestanden und finanziert wird (s. den fast bundesweiten Konflikt um die Finanzierung der Frauenhäuser).
Hier kann ich auch dem Anspruch genüge tun, "unter besonderer Berücksichtigung Berlins" zu verfahren. Während in den vorgenannten Feldern nur zu sagen ist, daß es das halt auch in Berlin gibt, ist die feministische Infrastruktur in Berlin wohl die bislang bestausgebaute im bundesdeutschen Raum. Erkauft wird dies mit einer besonders in Berlin feststellbaren Fragmentierung der alternativen Bewegung, die keinesfalls auf die Basisaktivitäten der Frauen zu beschränken ist und auf die unten noch weiter eingegangen werden muß.

Ähnliches ist auch für das Feld des Gesundheitswesens zu sagen. Im allgemein-medizinischen Bereich bildet Berlin mit seinen beiden großen alternativen Gruppenpraxen/Gesundheitszentren (Gropiusstadt, Heerstraße) den einzigen Schwerpunkt neben dem Rhein-Main-Raum (Riedstadt, Frankfurt, zahnärztliche Gruppenpraxis Pfungstadt/Weiterstadt), mit seinem Gesundheitsladen (der sich der gigantischen organisatorischen Aufgabe des "Gesundheitstages 198o" gewachsen erwies), dem einzigen neben Bayern (München, Würzburg-Zellerau), mit seinen Ansätzen alternativer medizinischer Prävention in der " Fabrik für Kultur, Handwerk und Sport" den gleichfalls im Geltungsbereich des Grundgesetzes führenden Zusammenhang. Dabei ist zu erwähnen, daß dieser Bereich zwar eher stark professionalisiert, die Gründung von Selbsthilfegruppen jedoch in allen genannten alternativen Einrichtungen programmatisch ist. Nichtsdestoweniger darf aber nicht verschwiegen werden, daß die Alternativen der Sozialmedizin noch bundesweit ganz am Anfang stehen, und einer starken Ausdehnung im Laufe der 8oer und 9oer Jahre bedürfen.

Im Bereich der Arbeit mit Drogenabhängigen (auch hier besitzt Berlin mit dem Synanon e.V. einen bedeutenden Träger mit alternativem Anspruch) ist bedauerlicherweise die Prognose voll eingetroffen, die ich zu Beginn des Jahrzehnts (in "Subkultur und städtische Kulturpolitik" bzw. "Subkultur und Subvention") angedeutet habe. Die Subventionierung alternativer Träger ist durch die Subventionierung weniger alternativer Träger abgelöst worden; den Rest gab manchem Projekt die Eistellung der (zudem neopositivistisch ausgewerteten) staatlichen Modellförderung. (Mit der Folge, daß heute auch die nach langem Kampf noch bestehende Free Clinic Heidelberg eher den Gruppenpraxen allgemeinmedizinischer Art als der Drogenarbeit zuzurechnen ist.) Zum Teil deshalb (zum Teil aus inneren Widersprüchen, die nie aufgearbeitet worden sind) ist die auf Selbsthilfe bezogene "weiche" Release-Bewegung (1973 an die 3o Gruppen umfassend) durch eher fremdbestimmte, "harte" Therapie-Ketten (Niedersachsen, Daytop, Synanon) abgelöst worden. So daß die Drogenarbeit derzeit ihren alternativen Scherbenhaufen darstellen kann, anstatt einer "mittleren" Selbsthilfebewegung. (Nicht zu reden von den Alkoholabhängigen: hier gibt es zwar eine Vielzahl von Selbsthilfegruppen, die sehr rührig arbeiten, jedoch ausnahmslos mehr oder weniger christlich geprägt sind. Selbsthilfegruppen für nicht christlich orientierte Alkoholabhängige fehlen allerorts.)

Schließlich die Sozialarbeit mit psychisch Kranken. Auch hier sind-insbesondere nach dem Erscheinen der Psy-chiatrie-Enquete 1975-viele alternative Einrichtungen und Basisinitiativen entstanden; auch hier liegt derzeit ein Vorsprung Berlins (mit der Theta Wedding als erster therapeutischer Tagesstätte, dem Kommrum als umfassendem zielgruppenbezogenem Kommunikationszentrum-beide haben den selben Trägerverein-und einer alternativenfreundlichen Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie) vor. Zu nennen sind Therapeutische Wohngemeinschaften, Patientenclubs, Beschwerdezentren, Beratungsstellen, Kriseninterventionsdienste, Laienhelfervereine, Selbsthilfegruppen, humanistische Therapieinstitute (was bislang leider völlig fehlt, sind Alternativen zu den "Beschützenden Werkstätten"). Wie bei den Jugendwohngemeinschaften ist hier der Grad der Professionalisierung außerordentlich unterschiedlich und widersprüchlich: von ihrer brachialen Ablehnung ("Iatrokratie")durch die "Patientenfront" bis zur affirmativen Stellung zu staatlichen Großprojekten (z.B. Verein Freundeskreis Treysa e.V.) oder zum Markt ("Psycho-Boom") ist alles vorhanden. Koordinationsmöglichkeiten bestehen gleich mehrfach: DGSP, AG SPAK, Bundesverband Selbsthilfegruppen, Sensus e.V., Dachverband psychosozialer Hilfsvereine.
Wie bei den Schulen besteht auch bei den Krankenhäusern gleichsam ein Anthroposophisches Monopol (am bekanntesten Herdecke).
Es ist unbestritten, daß die Arbeitslosigkeit (einschl. ihrer sekundären Folgewirkungen, wie Arbeitshetze) sowohl für die Sozialpädagogik/Sozialarbeit als auch für die Enstehung alternativer Projekte eine große Rolle spielt. Abgesehen vom Einfluß der Arbeitslosigkeit auf alle Formen alternativer Ökonomie (von welcher hier nur soweit die Rede sein kann, als die sozialpolitischen Projekte betroffen sind) haben zeitweilig (etwa1976/77) bis zu 5o Projekte beansprucht, explizit als Alternative für arbeitslose Jugendliche, Trebegänger, Psychiatrieentlassene, Fürsorgejugend etc. zu arbeiten. Ein großer

Teil dieser Projekte scheiterte (z.B. Selbsthilfe Kassel) oder verlagerte seine Ansprüche von der Arbeit mit Arbeitslosen weg zum Kontakt mit der Arbeiterbewegung (z.B. Arbeiterselbsthilfe Frankfurt). Die verbleibenden Projekte (am bekanntesten die Sozialistische Selbsthilfe Köln; in Berlin wäre das Thomas-Weisbecker-Haus zu nennen) sind weithin am Markt (teils an privaten Revenuen) orientiert, und lehnen eine sozialarbeiterische Professionalisierung strikt ab. Jedenfalls ist hier das bei den psychisch Kranken Gesagte zu wiederholen: es mangelt deutlich an alternativen Produktions-und Reproduktionsmöglichkeiten für Arbeitslose.

Blieben die Bereiche aus dem Umkreis der gemeinwesenbezogenen Bildungsarbeit wie der Gemeinwesenarbeit. In letzter Zeit entstanden zunehmend Kreativhäuser (z.B, Münster - in den Niederlanden ist diese Form längst etabliert und staatlich gut subventioniert, wenngleich Inhalte und Verkehrsformen weithin alternativen Ansprüchen genügen) und Reisende Schulen nach dem Vorbild von Tvind (Streitberg,Ayershausen, Scholen). Analog zur Entwicklung in der Arbeiterbewegung (Naturfreundejugend) hat eine Vielzahl (etwa 5o) kleinerer Kollektive alternative Tagungshäuser aufgebaut - 12 von ihnen koordinieren sich selbst in der "Vereinigung selbstoganisierter Begegnungsstätten". Hingegen wurden manche Stränge aus der Weimarer Republik (z.B. Arbeitsschullager) nicht wieder aufgegriffen; auch werden Formen selbstorganisierter dezentraler Erwachsenenbildungsarbeit, wie Lernbörsen, Bildungsnetzwerk etc. im Anschluß an Illich und Dabholkar zwar diskutiert (z.B. bei Dauber/Verne), doch ist noch keine einzige von ihnen in der bundesdeutschen Praxis entstanden.

Die Kommunikationszentren, zuweilen auch (städtisch dezentral) soziokulturelle Zentren und Kulturläden, meistens eingetragene Vereine, manchmal in kommunaler Trägerschaft, mischen Anforderungen an eine Vielzahl von ehrenamtlichen Mitarbeiter(innen) mit jeweils einem bis einigen städtisch finanzierten Hauptamtlichen. Es gibt ca. 2o Kommunikationszentren, die auch über einen bundesweiten Koordinationsverein verfügen. Auch für die soziokulturelle Arbeit gibt es einen Verband; beide sind ihrerseits mit der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. vernetzt.
An größeren Kommunikationsarealen gibt es meines Wissens die einzige, bereits genannte "Fabrik" in Berlin-Tempelhof (im sozialarbeiterischen Sinne strikt antiprofessionell), und auch die nur infolge kommunaler Unterstützung (etwa in der Mietfrage) als auch infolge kommunaler Subventionen (die im Falle des Netzwerks Selbsthilfe Berlin bereits eine 6stellige Zahl erreicht hat). (An Vorbildern ist hier der Kopenhagener "Freistaat Christiana" - eine in vielem marktorientierte Alternative - und die 1976 entstandene, geräumte und auf das Ausmaß eines Kommunikationszentrums beschnittene Wiener "Arena" zu nennen.)

In der Gemeinwesenarbeit überwiegen wiederum (zumal nach der drastischen Reduktion der trägerorientierten bzw. modellversuchbezogenen hauptamtlichen Gemeinwesenarbeit der frühen 7oer Jahre, einschl. der Schließung der Viktor-Gollancz-Stiftung) die ehrenamtlichen selbstorganisierten Basisaktivitäten. Dies betrifft sowohl die Arbeit von Laienhelfern in Obdachlosensiedlungen (auf die Probleme, die entstehen, wenn jemand aus der Initiativgruppe als Hauptamtlicher eingestellt wird, geht Horst Eberhard Richter ausführlich ein), als auch die Entstehung von Mieterinitiativen, Bürgerinitiativen für/gegen Verkehrsmaßnahmen, für Abenteuerspielplätze etc. Auf die Frage alter-

nativer Hauptamtlichenfinanzierung geht m. E. einzig Theodor Ebert ein, der (Modellen aus den USA folgend) die Finanzierung von "community organizers" durch jeweils 1o-12 Familien diskutiert - bislang ohne sichtbare Folgerungen.
Nicht zu vergessen bei der Erörterung von Gemeinwesenarbeit ist, daß sich in den letzten 1o Jahren die Wohngemeinschaften massenweise durchgesetzt haben (schätzungsweise 1o.ooo Wohngemeinschaften mit hoch über 1oo.ooo Bewohnern). Längst haben sie das Umfeld des bloß Studentischen überschritten, längst wohnen Tausende von Beamten, Angestellten, Lehrlingen/Jungarbeitern, Schülern, Hausfrauen, Kindern in Wohngemeinschaften. Auch hier ist die Vorrangstellung Berlins unumstritten. Auch abgesehen von den bereits genannten Jugendwohngemeinschaften und Therapeutischen Wohngemeinschaften haben die Wohngemeinschaften unzweifelbare Funktionen in der dezentralen "Erwachsenenbildung" (vor allem hinsichtlich des sozialen Lernens), in der psycho-sozialen Prävention, in der Herstellung von sozialer Infrastruktur in den betroffenen Stadtteilen (Läden, Teestuben, Medien, Stadtteilfeste ...). Zum anderen stoßen Wohngemeinschaften (und hier besteht von Ort zu Ort eine gewaltige Ungleichzeitigkeit) soeben mehr oder minder an die Grenzen ihrer Gemeinwesenarbeit: einerseits durch die Knappheit an jeweils lokal verfügbarer wohngemeinschaftsgeeigneter Bausubstanz (jedenfalls Münster, Heidelberg, München), andererseits ist das Bestreben der Wohnungsspekulation, die hierfür geeignete Bausubstanz durch Verwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen noch weiter zu vermindern.
Eine Folge dieser Entwicklung ist das Bestreben, sich über Mietvertrag oder Kaufobjekte zu sichern, die geeigneten Wohnraum für gemeinsames Wohnen und gemeinsame häusliche Infrastruktur abgeben. Hierzu ist der Mustermietvertrag der Mietgemeinschaft Haynstraße 1-3 (Hamburg) ebenso zu zählen wie das gemeinsam gekaufte Haus Breisacherstraße 12 (München Heidhausen), die Bestrebungen der Artilleriestraße 7 (München-Westschwabing), des "Urbanes Wohnen e.V." in München und des Neubauprojekts in Graz-Raabe. (Zu ähnlichen Bestrebungen sind zwischenzeitlich nach der vorerst nicht revidierten Räumung des selbstverwalteten Studentenheims Collegium Academicum in Heidelberg auch Alt-Kollegiatenverein und Verein für die Wiedergründung des CA gelangt).
Ähnlich den Lernbörsen und Bildungsnetzwerken (das Bemühen des alternativen Vorlesungs-Verzeichnisses sei hier nachzutragen) muß erwähnt werden, daß eine alternative Einrichtung in den letzten Jahren ausgiebig diskutiert wurde (z.B. von Bierter, von Weizsäcker, Huber, Geissberger), ohne daß es bislang zu den geringsten wahrnehmbaren praktischen Folgen kam. Die Idee einer sekundärökonomischen Verknüpfung von ca. 8o Personen/Familien zu gegenseitiger Hilfe, gemeinsamem Gartenbau oder Handwerk, sozialtherapeutischer Integration isolierter, bislang ausgegrenzter Personen fasziniert zwar allgemein; in die Praxis umgesetzt wurde sie aufgrund dieser Diskussion jedenfalls nicht. (Ich spreche hier nicht von Orten, wo traditionelle Nachbarschaftshilfe noch aufgrund traditioneller Überlieferung besteht, wie Schwerte oder Ghel/Belgien).

Zur ideellen Unterstützung bestehender, wie neu beginnender, alternativer Projekte, wie zur Sammlung und (materiellen) Umverteilung von Revenüen ist vor 2 Jahren das Netzwerk Selbsthilfe gegründet worden. (Auch hier ging die Initiative von Berlin aus).

Mittlerweile regional weithin dezentralisiert, mit zusammen über 5ooo Mitgliedern versehen, hat es sich nach anfänglich schweren Konflikten durchgesetzt (nur dort - in der Provinz - zu Recht nicht, wo es tatsächlich ein Rückschritt gegenüber bereits erfolgten Zusammenhängen wäre). Dies leitet zum nächsten Punkt über: die allenthalben gestellte Frage, ob denn Netzwerk Selbsthilfe ein alternatives Sozialamt wäre, ist kritisch gemeint.

STRUKTUREN, STRUKTURELLE WIDERSPRÜCHE, WIDERSPRÜCHE IN DER THEORIE

Nach diesem Schweinsgalopp (Mann/Frau kann ihn auch als "Zusammenschau" bezeichnen) durch die Alternativen in der Sozialpädagogik/Sozialarbeit (wir sehen, außer dem klassischen Ämterinnendienst - zu dem ja gerade selbstorganisierte Alternativen entwickelt werden - fehlt kein traditionelles oder neueres Arbeitsfeld) stellt sich die Frage, was in diesen Alternativen an Strukturen (und entsprechend: strukturellen Problemen und Widersprüchen) gemeinsam ist. Entsprechend wäre dann in der Folge darauf zu reflektieren, wie sich die Erfahrungen dieser realen Bewegungen in den verschiedenen Theoriebildungen niederschlagen.

Zum ersten teilen die Alternativen in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik mit ihren in etablierten Einrichtungen arbeitenden Kolleg(inn)en das von Anselm Weidner bezeichnete Dilemma, in ein System eingebunden zu sein (wenngleich nicht als "Funktionär"), das dieses Elend erzeugt, welches sie abschaffen sollen ("Alternatives Sozialamt", siehe oben).

Zum zweiten steht die Alternative im Doppelcharakter (wie alle Erscheinungsformen in der bestehenden Gesellschaft), gleichzeitig Antizipation des "Noch nicht" (Bloch), des künftig vielleicht Möglichen zu sein, gleichzeitig aber auch Abbild der bestehenden Gesellschaft, zur zumindest partiellen Integration in jedenfalls eine ihrer zentralen Institutionen (Markt oder Staat) verpflichtet (oder dem Bezug von Revenüen von Personen, für die dies ihrerseits der Fall ist).

Zum dritten ist ein struktureller Widerspruch schon in der Kurzübersicht überdeutlich geworden. Aus dem Zwang zur Auslagerung immer weiterer Momente des Reduktionsbereichs ergibt sich zum einen die Entstehung eines (als solches auch gesellschaftlich von zunehmender Bedeutung) Millionenheeres von Intellektuellen und solchen, die es durch Studium werden wollen, welches sich - und bei zunehmender institutioneller Arbeitslosigkeit gleichfalls zunehmend - um möglichst selbstorganisierte "Arbeitsplätze kümmern muß; zum anderen eine Gegentendenz gegen diese Auslagerung selbst, und für die Wiederaneignung der "eigenen Kräfte" ("forces propres") durch die in Selbsthilfe erfolgende Abschaffung professionalisierter Experten.

Zum vierten ist (durch die industriellen Vergesellschaftungsprozesse und das mit ihnen verbundene Anwachsen der Staatstätigkeit) gleichzeitig festzustellen, daß die alternative Tätigkeit als weithin vergesellschaftete begriffen wird, und daß die anwachsende Vergesellschaftung   Bedürfnisse nach immer kleineren, überschaubaren Arbeitsbereichen ruft (bis hin zum individuellen Aufbau von Kleinstheimen, Psycho-Boom-Einrichtungen oder Ambulanzen als Grenzfall). (Zur Klarstellung der Definition muß ich nachtragen, daß unter "klein/überschaubar" im allgemeinen Projekte verstanden werden, an denen 3-3o Personen mitwirken. "Großprojekte" hingegen reichen

bei Alternativen etwa vom kleinen Kibbuz (etwa 1oo Personen) bis zur Phalanstére im Sinne von Charles Fourier (162o Personen - soviele wohnen auch im Aurobindo-Ashram in Pondicherry; die amerikanische Großkommune "The Farm" umfaßt etwa 12oo Personen). "Größere" Projekte schlägt meines Wissens niemand vor.

Zum fünften ergibt sich aus den genannten Strukturen der Antizipation, der ökonomischen Knappheit, der Überschaubarkeit, auch der juristischen Restriktionen und der Modellversuchsökonomie eine Beschränkung vieler Alternativen auf wenige betroffene Personen, während gleichzeitig ein Anspruch auf umfassende Verallgemeinerung (zumeist mit Recht) formuliert wird (Abschaffung aller psychiatrischen Landeskrankenhäuser, Ersatz der Fürsorge-Erziehungsheime durch Jugend-Wohngemeinschaften, Dezentralisierung des Schulwesens etc.). Dadurch entsteht ein Numerus-Clausus-Effekt (Freie Schulen, Drogenabhängige, WGs).

Zum sechsten reproduzieren sich (die Konkurrenz selbst zählt zu den Strukturprinzipien von Gesellschaften, die auf dem Warenaustausch basieren) mannigfaltige Konkurrenzen zwischen verschiedenen alternativen Projekten: antizipative und integrative Momente; etablierte Professionelle und alternative Professionelle und mit Professionellen kooperierende Basisinitiativen und Professionelle (z.B. "introfaschistische") bekämpfende Basisinitiativen (nicht zu reden von Professionellen, die gleichzeitig ehrenamtliche Mitarbeiter in selbstorganisierten Basisinitiativen sind und von "sekundären Experten", die sich in letzteren qualifiziert haben); kleine und große, öffentlichere und privatere Projekte; eingeschränkte (freiwillig oder unfreiwillig) und verallgemeinerte Zielgruppen; dazu noch eine Vielfalt konkurrierender Normen sowie persönliche Zu- und Abneigungen im jeweiligen lokalen Geflecht der Subkulturen und Drehpunktpersonen. (Diese Liste ist bei weitem nicht vollständig: so fressen sich entgegen allen, so auch von ÖTV, DGSP, DVT etc. formulierten Ansprüchen, in medizinischen und sozialtherapeutischen Alternativprojekten die überkommenen Konkurrenzen zwischen historisch und juristisch verschiedenen privilegierten Berufsgruppen hinein, die selbst im Falle ökonomischer Gleichstellung - einheitliche Entlohnung - nicht völlig auszuräumen sind). Diese mannigfaltigen Konkurrenten erscheinen denn auch in den Konflikten der Frauenbewegung, in den Konflikten um Netzwerk Selbsthilfe (Peter Brückners subkulturelle "Klassenanalyse" deckt nur einen Teil hiervon ab) in einer Fragmentierung alternativer Bewegungen, die gerade für Berlin so bezeichnend ist. Sie erscheinen aber auch konsequenterweise in der Vielfalt teils konkurrierender, teils (seltener) solidarischer Dachorganisationen, deren mangelnde Vernetzung ein gemeinsames Vorgehen in sozialpolitischen Fragen häufig verhindert (nicht nur im Falle des Netzwerks Selbsthilfe wird dabei klar, daß es sich auch häufig um die Konkurrenz um verschiedene Revenüen handelt).

Schließlich, zum siebten, erscheinen die gesamtgesellschaftlichen (widersprüchlichen) Entwicklungen, sehr vereinfacht gesprochen, als konkurrierende wissenschaftliche Paradigmen, die ihrerseits Einflüsse auf die alternativen Bewegungen und ihre theoretische Reflexion ausüben:

- das (letztlich vom Marktmechanismus und, entsprechend, vom fragmentierten Individuum ausgehende) (neo)positivistische Paradigma, das die vereinzelte, sich kummulierende "Stückwerk-Reform" (Popper) zum Ziele hat;

- das (letztlich vom Staatsinterventionismus und, entsprechend, von der erheischten sozialen Kontrolle des Individuums beeinflußte) systemanalytische Paradigma, das in "Ketten", "Infrastrukturen", "Vernetzungen" denkt;
- das (letztlich vom zunehmenden Vergesellschaftungsgrad von Gesellschaft und Individuum herrührende) ganzheitlich totalisierende Paradigma, das sich auf Aufhebung von Trennungen ("gemeinsam leben-lernen-arbeiten"), Arbeits-und Lebenszusammenhänge, kollektive Selbstbestimmung, Ineinsfallen von Experten und Betroffenen, Helfer und Klienten etc. bezieht.

Kompliziert wird hier die Lage noch dadurch, daß (mit Notwendigkeit) die genannten Paradigmen ineinander übergehen, ja, verfließen. Während das (neo) positivistische Paradigma für die Alternativen geringere Bedeutung hat (wir müssen auf dieses bei der Erörterung der kommunalen Sozialpolitik zurückkommen), spielen die beiden letztgenannten (und eine Kombination beider) auch in den Alternativen eine große Rolle.
Als nächstes ist mir aufgegeben, "vorhandene Positionen in einer Zusammenschau" darzustellen und deren "Widersprüche und Differenzen" herauszuarbeiten sowie " konsensfähige Gemeinsamkeiten" zu markieren. Ich will dies versuchen, zumal es sich um Reflexionen auf reale Bewegungen handelt.

Beginnen wir damit, daß es Differenzen darüber gibt, was "Alternativen" nun sind. Positionen, die Alternativen (als "zweite Kultur" oder "Subkultur") in enger Bindung an die jetzt bestehende Gesamtgesellschaft (als deren Negation und potentielle Aufhebung) formulieren (etwa Gramsci, die Birmingham-Schule (Willis, Clark u.a.), Schwendter), stehen solchen gegenüber, die Alternativen in taxativer Aufzählung darstellen (etwa Hollstein/Penth). Konsensfähig sind hierbei im allgemeinen die aufgezählten Normen (die als Negation der Gesamtgesellschaft zumeist interpretierbar sind), etwa Selbstentfaltung, keine Hierarchie, Aufhebung von Tätigkeitsfestschreibungen, Gegenöffentlichkeit. (In der Praxis liegt die Gefahr der ersten Position in der Weitläufigkeit, der zweiten im Dogmatismus).
Ähnlich verhält es sich mit den Positionen zu Antizipation (die zur Isolation werden kann) und partieller Integration (die zur totalen führen kann). Antizipative Jubelgesänge (etwa bei Jungk, Hollstein, der ehemaligen AAO, Longo Mai) stehen integrationsverdächtiger Schwarzmalerei (etwa bei Kraushaar, K. H. Roth, den Subrealisten) gegenüber. Häufig (nicht bei allen) stellt sich in der Anerkenntnis des Doppelcharakters (zumindest ein abstrakter) Konsens her. (In der Praxis neigen häufig erfolgreiche (d.h. ihrem eigenen Anspruch weithin gerechtwerdende) Projekte, oder solche im Anfangsstadium zur antizipativen, gerade gescheiterte Projekte, Leute, die die Projekte verlassen haben oder bei keinen mitarbeiten wollen, zur integrationsverdächtigenden Position).
Die Frage "Markt oder Staat?" bestimmt sich oft nach der aussichtsreicheren Revenüenquelle (Arbeiterselbsthilfen z.B. - eher Markt, Frauenhäuser, Sozialtherapien z.B. - eher Staat), wobei sich, pragmatisch, der Konsens darüber herstellt, was von beiden (und von anderen Revenuen) zu erhalten ist. (Theoretisch bezieht sich z.B. Illich stark auf den Markt, z.B. Negt stark auf den Staat).

Ob nun Alternativen in der Sozialpädagogik/Sozialarbeit eher von Alternativprofessionellen oder Basisinitiativen in Selbsthilfe durchgeführt werden sollen, dazu gibt es nun eine Vielzahl von Positionen, die auch nicht ohne weiteres konsensfähig sind:

• Um ihre eigenen Ziele durchsetzen zu können, sollen Professionelle in alternativen Einrichtungen arbeiten, dazu allerdings erhebliche Einkommenseinbußen in Kauf nehmen bzw. ohne interne Lohndifferenzierungen arbeiten (z.B. Waldorf-Schulen, Tvind, Reisende Werkschulen, Free Clinic);

• infolge Arbeitszeitverkürzung und/oder Zeitsouveränität soll mehr Zeit dafür übrigbleiben, daß die Alternativen von Basisinitiativen in Selbsthilfe, von "kleinen Netzen" etc. ausgebaut werden sollen (z.B. Bierter, von Weizsäcker, Kutzner);

• der Expertenstatus soll abgeschafft und die entsprechenden Qualifikationen durch die Leute wieder angeeignet werden. Dies soll vorsichtig (z.B. Illich) oder radikal (z.B. Patientenfront) geschehen;

• mehr oder weniger professionelle Arbeit ist nötig, um in der bestehenden Gesellschaft (durch den Markt oder Subsistenzwirtschaft) zu überleben, doch soll hierbei die sozialpädagogisch-sozialarbeiterische Tätigkeit nicht als solche losgelöst werden, sondern in die Gemeinschaft integriert sein (z.B. SSK, Fabrik, u.a.);

• das zunehmende Entstehen von Selbsthilfegruppen und Basisaktivitäten ist notwendig, doch ist auch alternative Professionaltät in der "dualen Ökonomie" oder in der "alternativen Ökonomie" zu akzeptieren, sei es um Arbeitslosigkeit oder Berufsverbote abzufangen (z.B. Huber, Schwendter), sei es um bestimmte Qualifikationen den Bürgerinitiativen zu sichern (z.B. Ebert);

• die Qualifikation der Experten ist (vorerst?) unverzichtbar, diese vielmehr trachten, institutionale Möglichkeiten selbst für Alternativen (einschießlich der Abschaffung bestimmter Institutionen) zu nutzen (z.B. Jervi, Basaglia, Negt);

• in beiden Fällen sind Alternativen ohnehin ein Ausdruck der Avantgarde zukünftiger Dienstleistungsbedürfnisse (z.B. Gardner/Riessman).

Die Vielzahl der kontroversen Positionen, ihr relativer Mangel an Konsensfähigkeit, und die verschiedenen Interessen, die sich (z.B. im Netzwerk Selbsthilfe) zueinander in Konkurrenz stellen können, deuten an, daß hier ein Lebensnerv der Alternativen in der Sozialpädagogik/Sozialarbeit getroffen zu sein scheint.
Viel kürzer kann ich mich zur "Überschaubarkeit" fassen. Es sind "kleine" Lösungen vertreten worden (z.B. Bacia, Dauber, ASH) und "große" Lösungen (z.B. von Duhm, von Gyzicki, AAO, Huber); im Zweifelsfall liegt heute der Konsens in der "Vernetzung".
Zum Numerus-Clausus-Effekt gibt es kaum Literatur; ebenso zur Konkurrenz (zu letzterem arbeite ich selbst an einem Sammelband und weiß ein Lied über Materialschwierigkeiten zu singen).

Die Positionen zu den wissenschaftlichen Paradigmen wurden bereits genannt.

DAS VERHÄLTNIS DER ALTERNATIVEN ZUR KOMMUNALEN SOZIALPOLITIK

Die methodische Hauptschwierigkeit dieses Abschnitts liegt darin, daß es sich nicht um die im ersten Abschnitt skizzierte Milchstraße von Alternativen, sondern um die entsprechende Zerklüftung kommunaler Sozialpolitik handelt. Eine Rolle spielt hierbei u.a., das jeweilige Ausmaß öffentlicher Mittelknappheit und kommunaler Verschuldung, die jeweils örtliche Stellung der Großträger; das politische Klima der Gemeinden einschließlich der kommunalen Parteienstruktur; wahrgenommene Problemlagen, Image-und Legitimationsdefizite; Nähe und Ferne zu den nächsten Wahlterminen; die Wirkung der Landesregierung auf Hochschulpolitik, öffentliche Träger etc.; Ausmaß und Art der Nutzung des Spielraums von/durch kommunale Beamte und Angestellte; Besetzung, Engagement, Hausmacht , Konkurrenz der verschiedenen mit Sozialpolitik befaßten Dezernate (Sozial-, Schul-, Kultur-).

Um mit einem Minimum an Platz zurechtzukommen, sehe ich mich gezwungen, die kommunale Sozialpolitik hinsichtlich der Alternativen in ein grobes Raster aufzuteilen, das selbstredend das oben gesagte außerordentlich verkürzt:

1. Kommunen, die Alternativen wenigstens in einzelnen Dezernaten ausdrücklich finanziell und ideell fördern (z.B. Unna und Nürnberg in der sozialen Kulturarbeit);

2. Kommunen, die Alternativen grundsätzlich fördern, jedoch zumeist zu spät, zu geringfügig, zu halbherzig, ohne Personalkosten etc. (z.B. Kassel);

3. Kommunen, die Alternativen zwar nicht fördern, jedoch sie wenigstens in Ruhe lassen (z.B. - mit Einschränkungen - Köln);

4. Kommunen, die Alternativen grundsätzlich mit Repressionen belegen, sie diffamieren, im Extremfall kriminalisieren (z.B. Heidelberg).

Ebenso wird hier eine schematische Aufstellung der Alternativen nach den oben Ausgeführten erforderlich:

1. Alternativen, die eine teilweise Professionalisierung anstreben und deshalb auf eine kommunale Subventionierung angewiesen sind (daß dies wiederum sehr vereinfacht ist, weiß ich selbst. Infolge ihrer permanenten Mittelknappheit/Verschuldung sind die Kommunen, jedenfalls die von 1.-3., wahre Meister des negativen Kompetenzkonflikts. Es gibt kaum so viele Materien als wie nicht die Kommune, sondern der Bund, das Land, der Landkreis, die Krankenkassen, der LWV/Landschaftsverband, der Sozialhilfeträger oder wer immer, zuständig ist.

2. Alternativen, die entweder die Finanzierung ihrer (Teil-)Professionalisierung durch den Markt anstreben oder als Bürgerinitiativen, Basisaktivitäten, Selbsthilfegruppen nur relativ geringfügige (Raum), gelegentliche (z.B. Stadtteilfest) oder gar keine Subventionierung benötigen. (Ausgeklammert müssen hier jene Alternativen werden, für deren Subventionierung eindeutig die Kommunen nicht zuständig sind - etwa die Freien Schulen.).

Zu 1. würden die Kinderläden zählen, die Kinderhäuser, Kleinstheime, Jugendwohngemeinschaften, Jugendzentren, Gemeinwesenarbeit, Frauenhäuser, Gesundheitsläden, Drogenarbeit, Sozialtherapien, TWGn, die Kulturarbeit;
zu 2. die Grauen Panther, die Laienhelfer in Justizvollzugsanstalten und Landeskrankenhäusern, die Frauenzentren und -selbsthilfegruppen, Ausländerclubs, Gruppenpraxen, Drogenselbsthilfegruppen, Psychoinstitute, Psychoselbsthilfegruppen, Arbeitslosenselbsthilfen, die Laienhelfer in ODL-Siedlungen, Mieterinitiativen, Wohngemeinschaften, Bildungsnetzwerke sowie das Netzwerk Selbsthilfe.

Woraus sich schon einmal 8 Scenarios ergäben:

Alternative / Kommune	Professionalisierung/Subvention	Markt + BI, BG, Selbsthilfegruppen
Ausdrückliche Förderung	Finanzierung von alternativen Sozialarbeiten; evtl. Einstellung durch die Stadt selbst ...	Zusätzliche marktorientierte und unbezahlte Alternativen, die teilweise in Opposition zu den etablierten Alternativen stehen ...
Grundsätzliche, geringfügige Förderung	Seltene Subvention für Personalkosten, häufige Subvention für Sachkosten; Entwicklung kriecht ...	Breite Palette von unbezahlten Alternativen, die zum Teil Subventionen anstreben, zum Teil nicht ...
Laissez-faire	Keine Subvention; gelegentliche ergebnislose Verhandlungen; Geld geht, wenn, an Großträger ...	Breite Palette von marktorientierten und unbezahlten Alternativen, die in Opposition zu Kommunen stehen ...
Repression	Entzug der Subvention, Vertreibung aus Räumen (z.B. Free Clinic) ...	Kriminalisierung, Entzug von Räumen, Abwanderung der Personen ...

Es wäre schon einmal lohnend, nach solchen Kriterien die Einstellung von Alternativen zur alternativen Professionalisierung und zur Sekundärökonomie zu untersuchen: wo besonders oft davon die Rede ist, daß Experten die Leute ihrer eigenen Kräfte enteignen, und andererseits, daß unbezahlte Sozialarbeit nur für den Staat kostenentlastend wirkt. Wo alternativ-professionalisierte Sozialarbeit deshalb besonders reizvoll wird, weil die Kommune zu wenig (oder: zu wenig interessante) Planstellen hat, und die übrigen Träger ohnehin eine Bezahlung von Berufsanfängern nach BAT V b oder VI vorziehen; wo zum anderen Sekundärökonomie interessant wird, da ein großer Teil der Agierenden ohnehin in einigermaßen erträglichen Berufen berufstätig (oder mit relativ hohen Sätzen arbeitslos) ist.
Sicherlich kommen hier noch eine Reihe von modifizierenden Kriterien hinzu: Wohnwert der Kommune, folglich Bereitschaft oder Nicht- Bereitschaft zur Mobilität, landesgesetzliche Bestimmungen (so erklärt sich zum Teil das Anwachsen von alternativen Bildungsprojekten in NRW durch die fortschrittlichere Gesetzeslage)etc. Auch muß ich wieder einmal auf die "besondere Berücksichtigung Berlins" zurückkommen: Berlin ist in jeder Hinsicht ein Sonderfall. Zum einen ist Berlin ein Stadtstaat und vereinigt daher (wie auch Bremen und Hamburg) die Funktionen (und Etats) der Kommune und des Landes; zum zweiten steht Berlin unter permanenten Legitimationsdruck, der sich in den mannigfaltigen Berlinförderungsmaßnahmen niederschlägt (deren Nutznießer u.a. auch alternative Projekte und Personen in alternativen Projekten werden können); zum dritten führt die politische Lage Berlins dazu, daß, wenn Repressionen stattfinden (was im Bundesvergleich nicht die explizite Linie der Kommune ist!), sie dann besonders saftig ausfallen; zum vierten führt die daraus resultierende Massierung alternativer Projekte zu einem Band-Wagon-Effekt - wo so viele Tauben sind, können auch noch einige zufliegen.

Kehren wir zurück zum Verhältnis kommunaler Sozialpolitik zu den beiden Hauptvarianten alternativer Sozialpolitik. Überraschungsfrei wird festgestellt werden können, daß Bürgerinitiativen, Jugendzentren in Selbstverwaltung (sofern die Kauf-, Miet- oder Renovierungskosten der von ihnen ins Auge gefaßten Räume sich in jeweils erträglichem Ausmaß bewegen) immer dann besonders angenehm sind, wenn es um das Einsparen von Kosten geht; wohingegen das städtische Jugendzenrum mit hauptamtlichen Sozialarbeitern, der städtische Bürgerinitiativbeauftragte etc. häufig (nicht immer) dann aktuell werden, wenn mehr soziale Kontrolle erwünscht ist (vom Jugendzentrum aus, wenn ohnehin nicht mehr so viel laufen soll, was irgendwo mit sozialen Kontrollansprüchen in Konflikt kommen könnte). (Überhaupt wäre die Problematik der Kontinuität alternativer Projekte, einschließlich der Forderung nach einem Hauptamtlichen zwecks Aufrechterhaltung dieser Kontinuität ein eigener ergiebiger Untersuchungsgegenstand, auf den hier aus Platzmangel nur beiläufig hingewiesen werden kann).

Um dieses Problem geht es auch u.a. bei dem oben angeführten Konflikt in der Jugendzentrenbewegung. Während die Jugendzentren in Selbstverwaltung Räume fordern, im übrigen aber Hauptamtliche zumeist ablehnen, fordert das "Koordinationsbüro für Jugendzentren", dem Stamokap nahestehend, erst recht Hauptamtliche (damit nicht "Die Arbeit unentgeltlich für den Staat gemacht wird"), sowie entsprechende Mitbestimmung für die Jugendlichen.

TRENDBERICHT, PROGNOSE

1.Mit dem gegenwärtig wirksamen Wirtschaftsabschwung ist noch mindestens 10 Jahre lang zu rechnen. Da dies die sattsam bekannten Folgen eintreten lassen wird (Steigerung der Kriminalität, der psychischen Verelendung, der Drogenabhängigkeit, der psychosomatischen Erkrankung etc.) werden in dieser Zeit Sozialpädagogik/Sozialarbeit eine gute Zukunft haben. Da dies auch weiterhin hohe Arbeitslosigkeitsraten (einschließlich akademischer Arbeitslosigkeit) zur Folge haben wird, werden in dieser Zeit auch alternativ-ökonomische Projekte eine gute Zukunft haben.

2. Aus dem gleichen Grund wird die öffentliche Mittelknappheit der kommunalen Träger weiter anhalten. Trotzdem wird im nächsten Jahrzehnt eine weitere zusätzliche Einstellung von Sozialpädagogen/Sozialarbeitern im bescheidenen Umfang erfolgen.

3. Sollte tatsächlich um 1984/85 eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden erfolgen, und außerdem (was mir, siehe den Konflikt der GEW mit den öffentlichen Schulträgern, noch keineswegs sichergestellt erscheint) diese Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch auf Sozialpädagogen/Sozialarbeiter durchschlagen, so werden sich stärker sekundärökonomische Tendenzen durchsetzen. Sollte dies nicht der Fall sein, wird sich die Tendenz zur alternativen Professionalisierung verstärken.

4. Die angedeutete ökonomische Entwicklung wird weiter zur Folge haben:

- daß die an Student(inn)en vergebene Revenue (Bafög etc.)weiterhin das Existenzminimum umkreisen oder (wahrscheinlich vermehrt) unterschreiten wird (die daraus resultierende Kultur der Armut ist bereits deutlich erkennbar);
- daß (wenn nicht der DGB (besonders ÖTV/GEW) sich zu einem dramatischen Tarifkonflikt entschließt, von welchem noch keine Momente zu sehen sind) eine allmähliche Herabstufung der Sozialpädagogen/Sozialarbeiter erfolgen wird (erste Grundzüge sind darin deutlich zu erkennen, daß "universitäre" Diplom-Sozialpädagogen nicht selten statt BAT II a nach BAT IV bezahlt werden);

Beide Folgen werden ebenfalls dazu geeignet sein, die Tendenz zur alternativen Professionalisierung zu verstärken.

5. Die genannte öffentliche Mittelknappheit wird auch dafür sorgen, daß, auch bei gutem Willen eine Reihe von kommunalen Dezernaten, sich die Subventionen für Alternativen in Grenzen halten werden. Eine mögliche Folge dessen wäre, daß es nicht nur zu dem (von mir bereits in "Subkultur und Subvention" beschriebenen) Verdrängungswettbewerb alternativer Träger durch etablierte Träger kommt, sondern es auch zu einer Subventionskonkurrenz zwischen Alternativen selbst kommen könnte.

6. Alternativen in der Sozialpädagogik/Sozialarbeit, die eine teilweise Professionalisierung anstreben, werden überall dort sich am Markt orientieren, wo dies der Sache und der Zielgruppe nach möglich ist. (Dabei wird "Markt" recht umfassend verstanden, also z.B. einschließlich der Kassenvereinbarungen von Gruppenpraxen.) Dabei werden die folgenden Tendenzen (teilweise im Widerspruch zueinander) wahrscheinlich eintreten:

• Viele der betreffenden Alternativen werden versuchen, für ihre Arbeit indirekte Subventionen zu erhalten (etwa indem kommunale oder staatliche Träger für Dienstleistungen an Zielgruppen bezahlen, die dies aus eigener Kraft nicht können).
•Vielen von ihnen wird von sekundärökomischen Alternativen und ähnlichen Selbsthilfe-Basisinitiativen Integration in das bestehende System der Sozialpädagogik/Sozialarbeit vorgeworfen werden. Auf manche von ihnen wird der Vorwurf zutreffen. (Massenweise besteht diese Gefahr erst nach dem nächsten Wirtschaftsaufschwung, etwa ab 1995.)

7. Daneben wird sich die Bewegung von Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen weiterhin stärken. Sollte die unter 3. genannte Verkürzung der Wochenarbeitszeit tatsächlich stattfinden, wird wohl ein Teil des freiwerdenden Zeitbudgets (kein allzugroßes) auch hierfür aufgewendet werden (im einzelnen siehe unten).

8. Im Zusammenhang mit der Ökologiebewegung (die in dieser Zeitspanne, in welcher Form auch immer, überraschungsfrei auch andauern wird), mit dem sich ausbreitenden sozialpolitischen Interesse dieser (die in zunehmenden Personalunionen erkennbar wird) mit der ausgebreiteten studentischen "Kultur der Armut" (die von berufstätig gewordenen Ex-Studenten nur zum Teil überkompensiert werden wird) wird das Sammeln, Ansparen und Umverteilen von Revenuen durch berufstätige Intellektuelle weiterhin zunehmen.
Nicht genau zu sagen ist, ob dies in der Form einer weiteren Ausbreitung des Netzwerks Selbsthilfe der Fall sein wird, oder ob andere Formen (etwa die von Theodor Ebert vorgeschlagenen) der Revenuenumverteilung dieses ergänzen oder ersetzen wird, und ob diese Ausbreitung auch Teile der Gewerkschaftsbewegung mit umfassen wird. (Die bedauerliche Gleichgültigkeit des DGB, abgesehen von den jeweils berufspolitisch zuständigen Einzelgewerkschaften, in Fragen der Sozialpädagogik/Sozialarbeit - gerade wenn sich der DGB als "große Bürgerinitiative der Arbeitenden" versteht! - ist überhaupt ein wunder Punkt, der die Frage der Alternativen weit übergreift.)

9. Im genannten Fall wird die Umverteilung von Revenuen folgende Funktionen haben:
• Alternative Projekte können exemplarisch zu arbeiten beginnen und damit ihre Legitimation zur Erhaltung kommunaler Subventionen verstärken (so etwa in den Fällen der Theta Wedding und des 2. Frauenhauses in Berlin);
• marktorientierte alternative Projekte können infolge dieser Zuschüsse oder Darlehen mit ihrer Arbeit beginnen;
• alternative Projekte, die aufgrund regional-repressiver oder politischer Bedingungen keinerlei Aussicht auf Subventionen haben, wird dadurch ihre Arbeit ermöglicht.

1o. Kurz: die untersuchte Doppelgleisigkeit von Berufsperspektive und Basisaktivitäten, Neu-Genossenschaften und Sekundärökonomen, Versozialarbeiterung der Bevölkerung und Wiederaneignung der eigenen Kräfte, mit ihren Konflikten, Widersprüchen und theoretischen Lösungsversuchen wird uns allem Anschein nach das nächste Jahrzehnt erhalten bleiben.

11. Kommunale Verwaltungen, wie andere Subjekte etablierter Sozialpolitik, bevorzugen immer noch in Theoretisierung und Planung das (neo-)positivistische Paradigma. Ausdrucksformen dieses sind u.a.

die naturwissenschaftliche Medizin (inclusive Psychiatrie), die Einzelhilfe inclusive der amtlichen Aktenführung, die Privatinitiative, die Trägerkonkurrenz, das Haus der Offenen Tür, das von einander äußerlichen Vereinen belegte Bürgerhaus.
Es gibt Indikatoren dafür, daß im nächsten Jahrzehnt Verwaltungen zunehmend zu Momenten des systemanalytischen Paradigmas übergehen werden: Kulturentwicklungspläne, therapeutische Ketten, Drogenketten, multifaktorielle Einflußanalysen (in welchen die Faktoren unvermittelt nebeneinander stehen: Dörner/Plogs "Irren ist menschlich" wäre ein Beispiel dafür), der Kommunikationsstreß mancher Kommunikationszentren (Stadtteilfeste, Fußgängerzonen); auch Herolds Utopie (noch) von der Polizeisozialarbeit gehört strukturell hierher.

12. Das systemanalytische Paradigma ist derzeit eine (jedenfalls formale) Handhabe, damit Kommunikation zwischen immanent fortschrittlichen Verwaltungsleuten und Alternativen (die, wie oben erwähnt, auch etwas mit "Verkettungen", "Netzwerken" und "Kommunikation" anfangen können) möglich ist.
Zu prognostizieren ist, daß, je mehr sich in der staatlich-kommunalen Verwaltung das systemanalytische Paradigma durchsetzen wird, sich die Alternativen desto mehr auf das ganzheitlich-totalisierende Paradigma beziehen werden. Indikatoren dafür sind: das zunehmende Streben nach Totalität in einer Reihe von Therapieformen; der wachsende Unwillen, Zusammenarbeit und Zusammenleben zu trennen (an vielen Projekten aufzuweisen); die zunehmende Unmöglichkeit, in Projekten nach Branchen, Zielgruppen etc. zu trennen. Doch wird dieser Prozeß um 199o keineswegs zu seinem (wie immer vorläufigen) Abschluß gekommen sein.

13. In einzelnen Bereichen (vor allem alternativ-marktorientierten) wird es (analog zur Töpferei heute) zur Übersättigung des alternativen Sozialmarktes kommen.

14. Im einzelnen:
• Kinderläden/Kinderhäuser werden nur noch unterproportional anwachsen (vielleicht werden "Öko- Kinderhäuser" entstehen
• bei den Kleinstheimen kann es zu Engpässen kommen (in Bremen sollen schon heute keine mehr bewilligt werden), doch solange es überhaupt noch Heime gibt, ist dies eine Frage politischer Durchsetzung (ähnliches gilt für JWGn);
• die Jugendzentren werden sich teilweise zu Häusern der Offenen Tür (mit kommunal-kirchlichen Hauptamtlichen) zurückentwickeln, teilweise zu "Provinzzentren" weiterentwickeln;

• erst richtig entfalten/verbreitern werden sich die Initiativen der Alten, der Behinderten, die Frauenhäuser; auch die feministische Infrastruktur wird sich weiterentwickeln, wenngleich nicht so sprunghaft wie im vergangenen Jahrzehnt;
• abgesehen von der evtl. Übernahme sozialen Trainings in einigen weiteren Jugendwohngemeinschaften bei sozialliberalen Regierungen wird eine starke Entfaltung von Basisaktivitäten im Strafvollzug eher ausbleiben (es sei denn, im Falle einer faschistoiden Entwicklung, doch dann müßte insgesamt die Prognose anders aussehen);
• Im Gesundheitswesen könnte sich (Indikator:Gesundheitstag 198o) die nächste Massenbewegung abzeichenen. Hier ist auch noch viel Platz: es könnte bundesweit noch über 1oo Gruppenpraxen/Gesundheitszentren geben, einige Dutzend Gesundheitsläden ebenfalls; auch werden sich

sicherlich noch viele Selbsthilfegruppen herausbilden. Im Psychisch-Kranken-Bereich könnte (könnte!) im nächsten Jahrzehnt (wahrscheinlich in einem Stadtstaat) mit der Abschaffung eines Landeskrankenhauses ernstgemacht werden. Auch mit einer Verbreiterung extramuraler Einrichtungen (etablierter wie alternativer) ist zu rechnen, wenngleich vorerst nicht überproportional. Dasselbe gilt (mit allen Zwiespältigkeiten) für den Psycho- Boom.

• ebenfalls ist mit einer allmählichen Ausbreitung von Kreativhäusern, Reisenden Schulen, Kommunikationszentren, Kulturläden zu rechnen. Vielleicht entsteht in diesem Jahrzehnt auch das erste Bildungsnetzwerk. Hingegen wird bei den alternativen Tagungshäusern wohl spätestens 1985 der Markt eng;

• die Orientierung auf den Stadtteil wird weiterhin zunehmen, obgleich noch wenig über die Formen gesagt werden kann, in welchen dies erfolgen wird. In bescheidenem Ausmaß werden auch weitere Häuser gekauft werden. Die weitere Entwicklung der Wohngemeinschaften (eine Million Bewohner?) scheint mir zuvörderst eine politische Frage.

15. Alles in allem geschätzt (und den Begriff recht weit genommen) dürften derzeit an die 1ooo Sozialpädagogen/Sozialarbeiter im alternativen Bereich berufstätig sein (Diplom-Sozialpädagogen eingerechnet). Die Zahl könnte sich im nächsten Jahrzehnt verdoppeln. Keine gewaltige Zahl, aber keinesfalls klein genug, um sie zu vernachlässigen. Zumal die Entwicklung der Alternativen in einem Wechselverhältnis zu den etablierten Bereichen steht.

FORSCHUNGSDEFIZITE

1. An verschiedenen Stellen wurde deutlich, daß schon einmal die quantitativen Informationen zum Gegenstand ausgesprochen unzureichend sind. Von der Anzahl der noch/wieder bestehenden Kinderläden bis zur Anzahl der in Alternativen sozialpädagogisch/-arbeiterisch professionell Tätigen waren wir auf Schätzungen angewiesen. Dies hat bedauerlicherweise zunächst politische Gründe. Die umfassende Sammlung und Auswertung von Datenmaterial politisch abweichenden Verhaltens im letzten Jahrzehnt hat - ebenso, wie die Verwendung einer Bürgerinitiativen-Untersuchung des Batelle-Instituts zur Konterkarierung von Bürgerinitiativen -Strategien, die Beschlagnahmung einer Aachener Drogen-Kartei etc. - dazu geführt,daß, zu Recht, so gut wie keine Daten mehr über/von einem großen Teil alternativer Projekte zu erhalten sind. Folglich ist ein verläßlicher Datenschutz, und die Selbstverfügung der Alternativen über von ihnen erfolgte Daten, die erste Vorraussetzung zu einer präzisen Alternativenforschung.

2. Die strukturell notwendige Fluktuation der alternativen Projekte, Basisaktivitäten und Bürgerinitiativen läßt eine jeweils aktuelle Dokumentation all dieser ohnehin nicht zu; sie wäre überholt, sobald sie verfügbar wäre.
Festzustellen ist jedoch, daß alle mir bekannten überregionalen dokumentarischen Veröffentlichungen und Karteien (AAB, AVV, Alternative Kooperation) von jeglicher Vollständigkeit weit entfernt sind. Inhaltliche Publikationen (Hollstein/Penth, Schwendter/Alternative Ökonomie I, II, Großer Ratschlag/Hamburg, Enzyklopädie der Zukunft, Stiftung Die Mitarbeit ...) beschränken sich notwendigerweise auf das Exemplarische. Hinzu kommt noch die Notwendigkeit des verbandsinternen Karteileichenstreichens (z.B. AG SPAK) sowie die reichhaltigen

Ausgrenzungsmechanismen vieler Gruppen, die aus ihren jeweiligen Normen heraus bestimmen, was als "alternativ" zu gelten hat. Vergleichsweise verläßlich und vollständig sind die Stadtbücher (Berlin, München, Marburg), deren systematischere Auswertung einer der nächsten Schritte sein müßte. Leider wird es wohl noch eine geraume Zeit dauern, bis in allen Regionen entsprechende Bücher vorhanden sein werden.

3. Die skizzierten Schwierigkeiten, die BRD betreffend, machen ungefähr das Ausmaß des Problems klar, das auftritt, sobald das Ausland in die Forschung einbezogen werden soll. Hier wird die Information vollends zum Zufall, sobald das Interesse ein bestimmtes Land (England war bislang recht gut dokumentiert) und einen bestimmten Bereich überschreitet.

4. Das Ausland ist nicht zufällig erwähnt worden. Wenn auch vor Illusionen einer schematischen Übertragbarkeit nur gewarnt werden kann, so gibt es doch eine Reihe von dort selbst erprobten Lösungsvorschlägen, die studiert werden müßten. Unsystematisch fallen mir hierzu ein:

- ein Schul- und Schulfinanzierungssystem, das Tvind (bis hin zur Schulsituation der Pädagogischen Hochschulen!) möglich macht (Dänemark);
- öffentlich unterstützte sekundärökonomische Tätigkeiten von Arbeitslosen (Kanada);
- Schritte auf dem Wege zur Abschaffung der Armut durch ein Art garantierten Einkommens (Niederlande);
- ein Genossenschaftsrecht, das (im Gegensatz zum bundesdeutschen) für die Bedürfnisse alternativer Projekte handhabbar ist, was bei der Reform des GmbH-Gesetzes ziemlich aktuell werden könnte (Schweiz);

odas Alltagsleben in den "Zentren für geistige Hygiene" und bei der Kooperation mit Gewerkschaften einschließlich der Alltagsschwierigkeiten (Italien: während der Abbau der Landeskrankenhäuser Arezzo und Triest ziemlich gut dokumentiert ist).

5. Der in 1. - 3. erwähnte Informationsmangel erweist sich als ein beiderseitiger: dies zeigt sich vor allem auf rechtlichen Gebieten. Elementare Rechtskenntnisse, alternative Projekte betreffend, haben sich in der Zwischenzeit herumgesprochen (Vereinsrecht, GmbH-Gesetz, Gemeinnützigkeitsverordnung). Was jedoch ausgesprochen fehlt, ist eine Sammlung (evtl. in loser Blattform) aller Gesetze, Vorschriften und höchstrichterlichen Entscheidungen, die alternative Projekte betreffen können; hierzu kämen noch gebündelte Informationen über Förderungsmöglichkeiten bzw. -richtlinien der öffentlichen Hand und der wichtigsten einschlägigen Stiftungen.
Die Schwierigkeit, auch diesen Informationsmangel zu überwinden, ist mir klar, zumal ein großer Teil der in Frage kommenden Rechtsnormen Landessache sind (etwa Schulrecht oder Psychiatrierecht) und somit die Sammlung eher umfangreich werden könnte. Auf dem Gebiet des Bundesrechts (z.B. BSHG) stellt sich wiederum das Problem der vielseitigen Interpretierbarkeit (siehe die Konflikte um den §72 BSHG im Zusammenhang mit den Frauenhäusern).

6. Erst als Schritt danach wäre zu erforschen, inwiefern es Rechtsnormen gibt, die durch jeweils konsensfähige vergleichsweise geringfügige Änderungen für Alternativen handhabbar wären.

Hierzu fielen mir u.a. das Erwachsenenbildungsrecht ein, die gesetzliche Grundlage der Tagesklinik, wiederum das Schulrecht (eine Detailforschung könnte etwa herauszubekommen versuchen, woran es liegt, daß die Waldorf-Schulen (gerade noch) genehmigt werden, und z.B. die Freie Schule Frankfurt (gerade noch, bislang nicht) sowie etwa die Schaffung rechtlicher Institutionen, die förderungsfähig sind, ohne Heime zu sein (das Frauenhausproblem).
Parallel dazu könnte eine Untersuchung erfolgen, welche juristischen Innovationen außerdem ohne größeren Aufwand möglich sein könnten. Ich habe in letzter Zeit zweimal (beim Diskurs mit Senator Glotz in Paderborn und beim Gesundheitstag) das Schlagwort "Wohngemeinschaftsförderungsgesetz" in die Diskussion geworfen, und mehr als ein Schlagwort kann es im Moment auch noch nicht sein. (Zumindest müßte eine rechtliche Bindung darin enthalten sein, angesichts der fortschreitenden Verminderung des Altbaubestandes einen festzulegenden Prozentsatz von Neubauten wohngemeinschaftsgeeignet zu bauen.) In den letzten Jahren hat sich endlich eine Gruppe von Juristen herausgebildet, die sich mit Ökologierecht beschäftigt. Es wäre an der Zeit, daß ähnliches auch für Alternativenrecht der Fall wäre.

7. Doch immer im Zusammenhang der Alternativenförderung wäre m.E. des weiteren zu untersuchen, wie sich die Monopolstellung der sechs Wohlfahrtsverbände auf alternative Projekte auswirkt. Ich habe den Eindruck, bzw. die Arbeitshypothese, daß letztere zum einen unterproportional gefördert werden, und zum anderen hier große regionale Unterschiede bestehen. (An manchen Orten etwa sind die der Papierform nach relativ bestgeeigneten Wohlfahrtsverbände so wenig präsent, daß schon der Kontakt kaum zustande kommt.)

8. Zur eher inhaltlichen Seite übergehend, habe ich die Erfahrung gemacht, daß eine Vielzahl von Alternativen in der Sozialpädagogik/Sozialarbeit in Zulassungs- bzw. Diplom-Arbeiten vor allem von Student(inn)en dieser Fächer, aber auch der Pädagogik, Soziologie, Psychologie, untersucht, verglichen, auf ihren Stellenwert hin überprüft wird. Diese Arbeiten sind oft sehr rührig gemacht, enthalten ein Stück Handlungsforschung oder doch teilnehmende Beobachtung sowie eine vergleichsweise präzise Einschätzung der Gruppensituation, der institutionellen und ökonomischen Probleme etc. Leider gilt hierfür ebenfalls das oben unter 1. - 3. Gesagte: abgesehen vom jeweiligen Heimvorteil und von mehr oder weniger zufälligen überregionalen Vernetzungen, gibt es vergleichsweise wenige Möglichkeiten, an diese Arbeiten systematisch heranzukommen. Hier wäre ebenfalls eine Dokumentation in Permanenz zu erarbeiten, gleichfalls erschwert durch den Sachverhalt, daß sich der Sache nach eine Computerisierung verbietet.

9.Auf die Wichtigkeit der Erörterung der Frage des Verhältnisses Alternativen-Gewerkschaften wurde oben bereits hingewiesen.

1o. In nächster Linie käme die Erforschung sozialer Innovationen im engeren Sinne. Etwa "Selbsthilfegruppen für nichtchristliche Alkoholiker", oder "Beschützende Werkstätten, die keine beschützenden Werkstätten mehr sind, weil auch für Menschen geeignet, die repetitive Teilarbeit nicht ertragen können", oder "Formen des Eigenlernens" (wie dies Heinrich Dauber in Anlehnung an Ivan Illich nennt). Da ist ein breites Feld, stark eingeschränkt durch die Tatsache, daß dies ein nicht

gerade überragend dotiertes Forschungsgebiet ist. (Das "Forschungsprojekt Soziale Innovationen" an der GH Kassel, bei dem ich mitarbeite, ist mit überwältigenden 1o.ooo DM im Jahr dotiert.)

11. Zur inhaltlichen Seite des Forschungsdefizits könnte noch eine Menge gesagt werden: Daß wir immer noch nicht wissen , was Subjektivität ist. Daß wir immer noch nicht genau genug wissen, wie der Staat funktioniert. Daß wir immer noch über keine Strategien des sozialen Wandels verfügen, nachdem es weder mit der Reform/Evolution noch mit der Revolution so richtig hingehauen hat. Aber das sind Fragen, die wohl nicht nur auf die Alternativenforschung beschränkt sind.

12. Bleibt schließlich die Erforschung der Möglichkeiten "massenweiser", "verallgemeinender", "antwortvielfältiger" Alternativen. Modellversuche hat es geplante und unfreiwillig-naturwüchsige genug gegeben; das Problem sehe ich eher darin, daß sie dann zu wenig übertragen worden sind.

Der Beitrag von Rolf Schwendter - ebenso der Kommentar von Peter Ahlheit - wurde als Expertise für ein Symposium "Berufsfeld Sozialarbeit/ Sozialpädagogik" geschrieben. Das Symposium wurde vom 22. - 24.9.198o in Westberlin von der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft und der Konferenz der Fachbereichsleiter der Fachbereiche Sozialwesen an Fachhochschulen und Hochschulen durchgeführt. Rolf Schwendter hatte zwar einige Bedenken, daß seine ad-hoc geschriebene Arbeit einige Monate danach so veröffentlicht wird. Andererseits gibt es bisher keine systematische Zusammenfassung der verschiedenartigen Projekte und Modelle alternativer Sozialarbeit, sodaß uns die Veröffentlichung doch gerechtfertigt erscheint.

★

Peter Alheit

KOMMENTAR ZU DER EXPERTISE "ALTERNATIVEN IN DER SOZIALARBEIT"

Die außerordentliche Komplexität der SCHWENDTERschen Bestandsaufnahme, die notwendige Parallelisierung empirisch schwer vergleichbarer Ansätze (quantitativer Einfluß vs. qualitative Innovationsfunktion), die gezwungenermaßen spekulativ gehaltenen Prognosen über eine kaum abgrenzbare "Grauzone" gesellschaftlicher Reproduktion machen eine Kommentierung seiner Expertise äußerst schwierig. Ich möchte wenige Aspekte, die mir interessant und durchaus problematisierbar erscheinen, herausgreifen. Wenn ich ROLF SCHWENDTER dabei gelegentlich "überinterpretiere", vielleicht auch ungerechtfertigterweise karikiere, so nur um des besseren Verständnisses willen. Ich denke, ROLF wird es mir nachsehen.

1. SCHWENDTERs Auflistung rechtfertigt sich implizit durch ein zweifellos gängiges, aber darum nicht unproblematisches Trivialparadigma: "Alternativen sind anders"; präziser: Alternativen unterscheiden sich von konventionellen Formen der Sozialarbeit/Sozialpädagogik vor allem durch eine auffällige Veränderung o r g a n i s a t o r i s c h e r (Unabhängigkeit vs. Abhängigkeit, Parität vs. Hierarchie usf.) und p r o f e s s i o n e l l e r (etablierte Professionalität vs. Deprofessionalisierung) Normen.

Solche Differenzierung hat den Vorteil, daß sie - punktuell betrachtet - Trennschärfe suggeriert. Sie hat den Nachteil, daß sie - unter Berücksichtigung von Entwicklungsprozessen und sich wandelnden gesellschaftlichen Problemlagen - wesentliche Fragen ausklammert. SCHWENDTER selbst weist darauf hin, daß eine Reihe von alternativen Ansätzen mittelfristig auf eine sukzessive Professionalisierung und auf die partielle Integration in öffentliche Systeme sozialstaatlicher Lenkung und Leistung angewiesen sei. Er vermeidet den Hinweis, daß öffentliche Interventionen an den R ä n d e r n etablierter sozialarbeiterischer /sozialpädagogischer Professionalisierung ihrerseits einem Diffusionsprozeß ausgesetzt sind und zunehmend "alternative" Eingriffsformen ausbilden. Nicht zufällig hat die Mehrzahl der in SCHWENDTERs Expertise aufgeführten Alternativen eine hohe Affinität zu eben diesen wenig etablierten "Marginalbereichen" professioneller Sozialarbeit (Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit,soziale Kulturarbeit, Frauenarbeit, Ausländerarbeit, Behindertenpädagogik usf.). Empirisch liegt also mindestens die Vermutung nahe, daß die Chance zu Entstehung von Alternativen mit der objektiven Diffundierung sozialer Professionalität korreliert. Diese Einschätzung relativiert indessen jede emphatische Betrachtung des "Alternativen Syndroms" und nötigt dazu, neben "externen" Differenzierungskriterien auch i n h a l t l i c h e Unterscheidungsmerkmale zu entwickeln. Dann aber ist nicht einzusehen, warum binneninstitutionelle Innovationen (kollegiale Beratung, strategischer Verzicht auf soziale Etikettierungsmaßnahmen, Durchbrechung administrativer Segmentierungen (s. Neuorganisation sozialer Dienste), Ausbau gewerkschaftlicher Interessenvertretung etc.)nicht

a u c h als "Alternativen" firmieren sollten. SCHWENDTER jedenfalls spart sie aus.

2. SCHWENDTERs Einschätzung der Alternativen-Szene rekurriert deutlich eher auf jenes Dokumentationsmaterial, das man als "alternativen out put" bezeichnen könnte (Berichte, Selbstdarstellungen, Veröffentlichungen etc.) Sie geht nur fragmentarisch auf den tatsächlichen "i m p a c t" ein, d.h. auf die gesellschaftlich-realen Auseinandersetzungen, die sich häufig hinter einem deklarierten Anspruch verbergen und nicht selten kontrafaktisch zu ihm verhalten.

Warum z.B. wird dem Berliner Netzwerk in der alternativen Szene vorgeworfen, es gebärde sich gelegentlich wie eine bürgerliche Vergabeinstanz (s. Dokumentation des "Autonomen Bildungs Centrums", Hüll)? Warum versucht sich die AAO heute geradezu überangepaßt als kulturelle "Dienstleistungsorganisation"? Warum gelingt es noch immer relativ reibungslos, über die Aktivität in Alternativen namentlich akademische Karrieren vorzubereiten? Warum werden nicht selten mit Ideologien wie Herrschaftsfreiheit, Aufhebung der Arbeitsteilung, Entstigmatisierung von Klienteln etc. Hierarchien und Konkurrenzverhältnisse subtil erst etabliert? SCHWENDTERs Hinweis, "die Konkurrenz (zähle) zu den Strukturprinzipien von Gesellschaften, die auf Warenaustausch basieren", ist ebenso richtig wie abstrakt. Ist es zufällig, daß die große Mehrzahl alternativer Ansätze von bürgerlichen Intellektuellen getragen wird, deren Reproduktionsrisiko wiederum, was die Mehrheit angeht (wenn ich recht sehe), trotz wachsender "Proletarisierung" noch weit geringer ist als das des Bevölkerungsdurchschnitts? Ist es tatsächlich (schon) eine "Kultur der Armut", die jene Alternativen provoziert? Oder handelt es sich wenigstens a u c h um eine Reaktion auf den Verlust materieller und sozialer Privilegien bürgerlich-kleinbürgerlicher Individuen? Ist also die Eskalation von Alternativen nur ein Symptom subtiler Tauschstrategien neuerdings proletarisierter sozialer Minderheiten ohne "proletarisches Bewußtsein"? Dann freilich stünde es schlecht um die Chance vertikaler organisatorischer Konsolidierung der Alternativen-Szenerie (Vernetzung etc.), schlecht auch um die Etablierung von Gegenmacht und Gegenöffentlichkeit. Dann wäre der Anspruch auf Kollektivität und Basisdemokratie in Wahrheit nur die ideologische Kaschierung von tauschfähiger E x k l u s i v i t ä t. Solche Fragen sind ausdrücklich n i c h t diskreditierend gemeint. Sie erscheinen freilich gerade dann nicht absurd, wenn man - wie SCHWENDTER - bereit ist, der alternativen Bewegung eine historische Qualität zuzuschreiben und sie nicht als interessante Modeerscheinung zu relativieren. Zu dieser Problematik ein letzter Gedanke.

3. SCHWENDTERs Eingangshypothese, die "Neigung zur Verstärkung von Selbstorganisation und Selbsthilfe" korreliere historisch mit den großen ökonomischen Krisenzyklen, legt die klassische Kritik des 'Kommunistischen Manifests' an den spektakulären sozialistischen Alternativen des 19. Jahrhunderts nahe: "An die Stelle der gesellschaftlichen Tätigkeit muß ihre persönlich erfinderische Tätigkeit treten, an die Stelle der geschichtlichen Bedingungen der Befreiung phantastische, an die Stelle der allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft. Die kommende Weltgeschichte löst sich für sie auf in die Propaganda und die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftspläne." (MEW 4, 490)Die Problematik des Bezugs zwischen

Alternativ-Szene und Arbeiterbewegung wird von SCHWENDTER allenfalls am Rande thematisiert. Ist sie tatsächlich nicht mehr aktuell?

Gewiß wäre es verfehlt, die gesellschaftliche Relevanz alternativer Bewegungen nur an ihrer Integrationsfähigkeit in die "Arbeiterbewegung" zu messen. Möglicherweise ist ihre Aktualität gerade auch ein Ausdruck der historischen Schwäche klassischer Arbeiterbewegungen in entwickelten kapitalistischen Systemen. Nur wäre es naiv zu glauben, alternative Freiräume seien beliebig ausdehnbar und die freiwillige "Reprivatisierung" materieller und sozialer Reproduktionsrisiken sei dem kapitalistischen System nur willkommen. Der aktuelle Vergesellschaftungsstandard des Reproduktionsrisikos der Durchschnittsarbeitskraft ist nicht nur ein Produkt des historischen Kampfes der Arbeiterklasse; er ist auch die prinzipielle Voraussetzung des längst etatistisch beeinflußten Austauschs zwischen Lohnarbeit und Kapital. Jede Friktion im Prozeß einer möglichst umfassenden "Verlohnarbeiterung", jedes Herausfallen potentieller Arbeitskräfte aus den sozialstaatlich organisierten Steuerungsmechanismen des Arbeitsmarktes (sei es systemintern oder systemextern bedingt) bedroht auch die Reproduktion des Kapitals und des Staatsapparats. Deshalb liegt es in der "Logik" kapitalistischer Systeme, Alternativen entweder zu vereinnahmen, oder aber zu stigmatisieren. Für beide Tendenzen führt SCHWENDTER eine Reihe von Beispielen an. Beide Tendenzen gefährden indessen die Alternativbewegung substanziell. Die widerstandslose Vereinnahmung führt zur Preisgabe "gegengesellschaftlicher Phantasie und Praxis". Die Stigmatisierung kann in Extremfällen (s. Free Clinic) zur Kriminalisierung führen. Häufiger wird sie sich - vorläufig noch wie in GLOTZ' Etikettierung zur "zweiten Kultur" - in der seichteren Pathologisierung erschöpfen. In beiden Fällen aber sind Alternativen nur überlebensfähig, wenn es gelingt, ihre legitimen systemtranszendierenden Ansprüche und die Ansätze einer emanzipatorischen und antizipatorischen Praxis in die aktuellen Forderungen gewerkschaftlicher und politischer Organisationen der Arbeiterschaft einzubringen. Diese Strategie ist im internationalen Maßstab keineswegs fiktiv. Sie hat namentlich in Italien, in Frankreich, auch in Dänemark eine hoffnungsvolle Tradition. In Westdeutschland und in Westberlin liegt ihre Realisierungschance voraussichtlich in jenen oben angesprochenen Berührungsbereichen zu den "ausfransenden" Rändern professioneller Sozialarbeit/Sozialpädagogik.

Die gesellschaftspolitische Option dieses letzten Gedankens ist freilich sehr viel vager als die SCHWENDTERschen Prognosen, auf die ich in dem mir gesteckten Rahmen differenzierter nicht eingehen kann. Angesichts der von SCHWENDTER legitimerweise angesprochenen Forschungsdefizite sind konkretere qualitative Entwicklungsperspektiven allerdings auch kaum vorherzusagen.

★

Christel Neusüß

DIE KRITIK DER ALTERNATIVBEWEGUNG AM SOZIALSTAAT

(Der folgende Artikel ist ein leicht veränderter Auszug aus einem thematisch weitergespannten Artikel in PROKLA Nr. 39, in welchem Sozialstaatskritik von rechts und von seiten der Alternativbewegung unter der Frage: "Der 'freie Bürger' gegen den Sozialstaat?" konfrontiert werden.)

Das Selbstverständnis der Alternativbewegung in der BRD und in Westberlin ist durch eine einigermaßen scharf gefaßte Konfrontation zum 'Sozial'- oder auch 'Wohlfahrtsstaat' bestimmt. Die sozialstaatlichen Errungenschaften, auf die Gewerkschaften und Sozialdemokratie als Resultate ihres Einwirkens auf die bürgerliche Gesellschaft nach wie vor mit Stolz verweisen und die gleichzeitig in ihrem Sinne Garanten sozialen Friedens sein sollen, werden von der Alternativbewegung nicht als der Weisheit letzter Schluß betrachtet: im Gegenteil, ihnen wohne die Dynamik des Festhaltens an destruktiv gewordenen Entwicklungsprinzipien der Ökonomie und der politischen Organisationsformen inne. Sowohl die kritische Begrifflichkeit als auch die Praxis der Alternativbewegung verweisen auf Konfrontation. 'Autonomie' erscheint als Alternative zu 'wohlfahrtstaatlicher Kontrolle'. 'Selbstverwaltung' als Alternative zu 'Bürokratie'.

Wo in der Sozialdemokratie über die 'neuen sozialen Bewegungen' reflektiert wird, wird begierig der aus der italienischen Diskussion stammende Begriff von den 'zwei Gesellschaften' aufgegriffen.
Eine Gesellschaft, die durch Konkurrenz, Individualismus und sozialstaatlich-bürokratisch verwaltete Kompensation der so erzeugten Schäden und Probleme gekennzeichnet ist und eine zweite, in welcher sich die Herausgefallenen für sich unter neuen gesellschaftlichen Normen organisieren: gewissermaßen als zweite Auffanglinie. Unter diesem Aspekt wird dann die Alternativbewegung auch wohlwollend zur Kenntnis genommen. Diskussion zwischen beiden soll natürlich stattfinden.

Es ist wohl kein Zufall, daß in Ländern mit antikapitalistisch-sozialistischen oder kommunistischen Massenparteien und mit einer Tradition umfassender sozialer Kämpfe der Arbeiterschaft diese Konfrontation so nicht auftaucht. Sehen wir nach Frankreich, so kommt einer der wichtigsten theoretischen Köpfe der Ökologie-Alternativbewegung, nämlich André Gorz, direkt aus der sozialistischen Partei des Landes. Die französische Linke führte den vergangenen Wahlkampf unter dem Slogan: Selbstverwaltung. Die italienische Arbeiterbewegung hat in den Delegiertenräten der

Fabriken und ansatzweise in kommunalen Räten, in Räten von Arbeitslosen, Organisationsformen hervorgebracht, welche die kapitalistische Form der Vergesellschaftung unter Integration der Lohnabhängigen, nämlich Konkurrenz und Sozialstaat als kompensatorische Institution für die angerichteten Schäden, praktisch kritisieren. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die breite Diskussion einer alternativen Gesundheitspolitik, in welcher die Arbeitenden die schädigenden Wirkungen der Arbeits- und Produktionsbedingungen auf Fabrikebene durch Selbstorganisation und öffentliche Diskussion angehen, in welcher Arbeitsmedizin als abgelöste Wissenschaft, an der die Betroffenen keinen Anteil haben, kritisiert wird, fehlt als irgend relevanter Bestandteil der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik. Eine breite Diskussion darüber, wie man Gesundheitsschäden unmittelbar im Produktionsprozeß durch Organisierung der Betroffenen angehen könne, hat es bei uns nicht gegeben. Insofern ist es auch kein Zufall, daß die Linke in der Bundesrepublik immer wieder nach Italien hinsah, nicht, weil da der Kapitalismus reifer, sondern in der Tat deshalb, weil die Arbeiterbewegung dort der Reife des Kapitalismus entsprechende neue Ziele und Organisationsformen gefunden hatte, wenigstens für einen historischen Augenblick.

Daß die Entwicklung der Individuen, die Entwicklung *ihrer Fähigkeit solidarisch, kooperativ zu handeln*, sich gegen hierarchisch arbeitsteilige, bürokratisch organisierte und durch Wissenschaft verfestigte Strukturen ihre eigene und gleichzeitig gemeinsam solidarische Handlungskompetenz wieder anzueignen, die Entwicklung tätiger Menschlichkeit etwas mit Sozialismus zu tun habe, dies gerät in der BRD z.B. gerade bei denen, die sich als Gewerkschaftslinke definieren, leider häufig aus dem Blickfeld. Die Auseinandersetzungen um die gewerkschaftliche Jugendarbeit machen dies nur allzu deutlich.
Ein Begriff von Sozialismus und Solidarität, welcher die auf Grund historischer Bedingungen in der Bundesrepublik zunächst primär bei den Jugendlichen entwickelten Hoffnungen auf bessere Möglichkeiten zu leben und zu arbeiten nicht ernsthaft aufnimmt, bestätigt die Alternativbewegung nur darin, daß sie eben zwar eine Alternative sei, aber bei Gott nichts mit der Frage Kapitalismus oder Sozialismus zu tun habe.
Und darin liegen m.E. wiederum die Bornierungen der Alternativbewegung - den Begriff mit allen denkbaren Fragezeichen versehen, insofern sich unter ihm ja sehr Unterschiedliches zusammenfaßt - begründet. Die Kritik am Bestehenden, welche die politische Rechte als Negation staatlicher Verantwortlichkeit u.a. für die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit reflektiert, als Kritik des steuererhebenden und umverteilenden Staates, reflektiert die Alternativbewegung im Autonomiepostulat. Die Ablehnung vorhandener Vergesellschaftungsformen wird praktisch in der Ablehnung gesellschaftlicher Normen und Vergesellschaftungsformen, die über übersichtliche, durch personale Beziehungen geprägte Gruppen hinausgehen. Die Zersetzung bewußter, die Individuen einschließender Formen sozialen Zusammenhangs, wie sie sich noch in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik finden, wird noch einmal bestätigt, indem solche die kleine Gruppe übergreifenden sozialen Zusammenhänge überhaupt als fragwürdig und bürokratieverdächtig erscheinen und denunziert werden.
Mir ist bewußt, dies trifft nicht für alle zu, die in der Alternativbewegung praktisch tätig werden. So weist z.B. der Berliner Gesund-

heitstag in seinem eigenen Selbstverständnis ebenso wie in seinem praktischen Verlauf darüber hinaus. Doch wo einzelne alternative Gruppen alternative Projekte machen, ist das eigene Selbstverständnis häufig durchaus in dieser Weise geprägt.
Wie sieht nun die Kritik von Bürokratisierung und Wohlfahrtsstaat, wo sie sich theoretisch auf den Begriff zu bringen sucht, aus?

AUTONOMIE GEGEN DEN SOZIALSTAAT

"Die Institutionen der Mega-Maschine zerstören und ersetzen die sozialen Lebensgemeinschaften. Das Funktionale tritt an die Stelle des Personalen ... Menschliche Beziehungen verwandeln sich in nur noch instrumentelle Produktionsverhältnissse ... Vom Geborenwerden bis zum Begrabenwerden wird buchstäblich jede Lebensbetätigung von irgendeiner Institution professionell vermarktet. Das big business setzt an die Stelle von wirtschaftlicher Selbständigkeit und teilweiser Selbstversorgung eine immer totalere Versorgungsabhängigkeit von Gütern und Dienstleistungen der großen Institutionen. An die Stelle von Selbstentscheidung und Eigenverantwortlichkeit tritt eine erneute Hilflosigkeit mechanisch austauschbarer Figuren. Der Wohlfahrtsstaat setzt anstelle sozialer Selbsthilfe eine lebenslängliche 'Behandlung' durch die Institutionen des Nachrichten-Erziehungs-Gesundheits-Sozial-Verwaltungs-Polizei- und Regierungswesens. Big brother wird immer allgegenwärtiger ... Aber die Gegenwart hat auch ihre oppositionelle Tendenzen: die Träume der Arbeiterbewegung, des Anarchismus und des Sozialismus, die antiautoritäre Bewegung, die antipaternalistische Frauenbewegung und die Ökologiebewegung. Ob der Sozial-Polizeistaat Zukunft hat, hängt ab von ihrem Schicksal und dem Schicksal der sie leitenden Utopien. (1)

Nun soll nicht behauptet werden, daß dies der einzig mögliche Begriff ist, auf den sich die Bewegung zu bringen vermag. Immerhin, einiges ist aussagekräftig. Kennzeichnend ist der unanalytische, soziale Phänomene allein der Form nach bezeichnende Begriff "Institutionen der Mega-Maschine", unter welchen im folgenden sowohl die profitorientierte Vermarktung und Deformierung aber auch jeglichen menschlichen Bedürfnisses ebenso subsumiert wird wie die Einrichtungen des Sozialstaats. Der Gegensatz wird als solcher zwischen Instituionen überhaupt und Selbsttätigkeit konstruiert. Der Begriff vom Sozial-Polizeistaat differenziert selbst nicht mehr zwischen den eh und je vorhandenen Funktionen des Staatapparats als Gewaltapparat zur Befestigung kapitalistischer Herrschaft und den Funktionen, welche dem Staat im Zusammenhang der Arbeiterkämpfe zugewachsen sind, um die Anarchie der Konkurrenz als blindem und die Lohnabhängigen ohnmächtig der Kapitalbewegung ausliefernden Mechanismus einzudämmen, die "Ökonomie" der Arbeitenden gegen die des Kapitals zu setzen. Die Institution der Arbeitslosenversicherung oder des Jugendschutzgesetzes kann so in gleicher Reihe mit der Jugenderziehungsanstalt oder der Ausländerpolizei assoziiert werden. Vom Standpunkt der Alternativbewegung stellen sich beide Institutionen in der Tat als zwei Seiten der gleichen Medaille dar. Eine Gesellschaft, die ihren Klassenkompromiß in der Formel von der Schutzwürdigkeit der Arbeitskraft als Produktionsfaktor und als lebenslange Einkommens- d.h. Lebenserhaltungsquelle formuliert, "Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Deut-

schen Reiches" lesen wir schon in der Weimarer Verfassung, sortiert zwischen Brauchbaren und Unbrauchbaren. Für die Brauchbaren den Sozial-, für die nicht Brauchbaren den Sozialpolizeistaat.

Der pauschale Rundschlag ist nicht einfach theoretisch falsches Konstrukt bzw. erschöpft sich nicht darin, sondern reflektiert Erfahrungen derjenigen, die einen Teil der Alternativbewegung ausmachen.
Zum Beispiel Frauenhäuser: Von der Frauenbewegung eingerichtet, den Frauen eine Zufluchtsmöglichkeit vor der Gewalttätigkeit ihrer Männer zu ermöglichen. Zunächst werden sie angesichts des Bewußtwerdens des gesellschaftlichen Skandals ohne Auflagen von sozialdemokratischen Kommunen unterstützt. Dann versucht man die Unterstützung zu binden an die Regeln des Bundessozialhilfegesetzes, die Bedingungen enthalten, welche den Zielsetzungen der Einrichtung entgegenstehen: Beschränkung der Aufenthaltsdauer und der Belegzahl, Einstellung von Fachkräften, Aufteilung von Zuständigkeiten, berufstätige Frauen werden über Pflegesätze zu Sozialhilfeempfängerinnen gemacht. (2)
Dagegen sollte den Frauen in den Frauenhäusern "unbürokratische Hilfe" gewährt werden, "Schutz in akuten Notsituationen", auch wenn das Haus eigentlich schon voll ist. Überfüllung sei hinzunehmen, solange nicht genügend Plätze in Frauenhäusern zur Verfügung ständen. Die Frauen sollen, nachdem sie "oft jahrelang Mißhandlungen und Bedrohungen ausgeliefert waren und die Gesellschaft diese Tatsache totgeschwiegen" hat, nun selbst entscheiden, "wann sie die Folgen halbwegs aufgearbeitet haben und ein neues Leben anfangen wollen." "Andernfalls werden sie erneut für unmündig erklärt." "Zur Frage der Fachkräfte können wir sagen, daß wir als Frauen aktiv werden und daß diese Arbeit auch von Frauen geleistet werden kann, die selber einmal im Frauenhaus waren und von daher über eigene Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen: Wir lehnen Spezialistentum ab und wollen für alle die gleiche Bezahlung. Außerdem wollen wir darüber entscheiden, wer bei uns arbeitet und wollen uns keine Fachfrauen ins Haus setzen lassen." Die genannten Auflagen des Bundessozialhilfegesetzes werden in dem Begriff "staatlich-bürokratische Interessen" zusammengefaßt.

Eine Finanzierung nach dem Bundessozialhilfegesetz, welche die unterstützten Personen zu Objekten staatlicher Fürsorge aufgrund mangelnder subjektiver Existenzfähigkeit und damit auch zu Objekten staatlicher Kontrolle erklärt, wird von den Frauenhäusern abgelehnt. Schließlich hätten die Frauen durch ihren Schritt, den elenden Verhältnissen zu entfliehen, ja gerade ihre subjektive Kraft und den Willen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, bewiesen.

Nun könnte man fragen: Ist es nicht staatliche Fürsorgepflicht, von der 'Allgemeinheit' unterstützte Heime zu kontrollieren, ob die dort gegebenen Lebensbedingungen auch erträglich sind (Belegzahl), nicht unnötig Steuergelder in Anspruch genommen werden (Belegdauer), fachlich qualifizierte Sozialarbeiter tätig werden statt, wie ja häufig schon geschehen, menschlich rohe und deformierte Personen, die ihre Herrschaftsposition zur Unterdrückung und Schikane der ihnen Ausgelieferten ausnutzen. Die pauschale Ablehnung jeder öffentlichen Kontrolle mit dem Begriff der "bürokratischen Interessen" vergißt, was in der Bundesrepublik in der freien Wohlfahrtspflege immerhin alles möglich ist. So berichtet "Die Neue" vom 16.10.1979: "Mitten in Köln wird ein privates 'Altenpflegeheim' wie ein KZ geführt ...Aufmüpfiges Personal wird schnellstens entlassen ... Neun tote Patienten al-

lein in den letzten 5 Monaten ...". Im folgenden wird über die grausamen Methoden der Pflege gegenüber den Patienten berichtet. Zum Abschluß heißt es dann allerdings, "das Beschwerdezentrum für LHK-Patienten des SSK hat den Fall bereits vor längerer Zeit beim Landschaftsverband und beim Kölner Sozialamt angezeigt: Nichts!"

Hat die steuerzahlende "Allgemeinheit" nicht ein Recht und den Betroffenen gegenüber nicht auch die Pflicht zur Kontrolle? Was soll dann die Rede von den "staatlich-bürokratischen Interessen"? Einem solchen Anspruch steht im Bewußtsein derjenigen, die alternative Formen von Sozialarbeit versuchen, zunächst entgegen, daß sich kaum jemand über Verhältnisse aufregt, wo Frauen und Kinder geschlagen werden, Menschen unfähig zur Menschenwürde gemacht, in psychiatrische Anstalten, Erziehungsheime, Fürsorgeanstalten abgeschoben werden, die als Institutionen mit den ihnen innewohnenden Mechanismen noch einmal die gesellschaftlich produzierte Ohnmacht der einzelnen, ihre Unfähigkeit zu menschenwürdigem Leben, befestigen und der Gesellschaft insgesamt durch Ghettoisierung der Geschädigten ein gutes Gewissen über ihre eigenen Verhältnisse verschaffen.

Einem solchen Anspruch von 'Kontrolle' steht auch entgegen, daß das Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft nicht vom Standpunkt des egoistischen Einzelnen her gedacht ist, der nur notdürftig durch den Staat als Vertreter gemeinschaftlicher Interessen in Schranken gehalten wird, eben durch Kontrolle. Sondern daß gesellschaftliche Fähigkeiten der in den alternativen Projekten agierenden Einzelnen als existent vorausgesetzt werden: Fähigkeit zur Kooperation an der Stelle von Konkurrenz: das aus freiem Willen und als Person sich auf andere beziehende Individuum. Zumindest soll dies entstehen durch die neuen Organisationsformen. Aber diese Vorstellung allein löst noch nicht die Tatsache der Überbelegung, der mangelnden materiellen Ressourcen. Um staatlicher Kontrolle zu entgehen, wenden sich dann Frauenhäuser ans Netzwerk. Dieses präsentiert als Institution gewissermaßen noch einmal das Auseinanderfallen in 'zwei Gesellschaften': eine autonom geregelte, selbstverwaltete, z.T. unter materiellen Elendsbedingungen agierende auf der einen, eine mit sozialstaatlich-kontrollierenden und auch materiell abgesicherteren Möglichkeiten auf der anderen Seite. Zu Versuchen, den Außenposten als solchen zu nutzen, von welchem aus nach innen Verhältnisse öffentlich hörbar kritisiert werden, von dem aus also eine auf Veränderung dieser Teilung hinauswollenden Konfrontation ausgeht, kommt es schwer. Ob dies an der faktischen Schwäche der Alternativbewegung, in ihrem geringen Gewicht gegenüber dem, was herrscht, liegt, oder an eigenem Selbstverständnis, ist gegenwärtig nicht auszumachen.
Um das Gemeinte zu konkretisieren, ohne in Spekulationen zu verfallen, ein Beispiel aus Italien für m.E. wirklich alternative Sozialpolitik.

ALTERNATIVE SOZIALPOLITIK MIT DEM SOZIALSTAAT

Im Buch "Das Rote Bologna" von Jaeggi/Müller/Schmidt wird über Experimente einer nicht autonomistischen, aber trotzdem 'alternativen' Sozialpolitik am Beispiel des Kinderheims Casaglia demonstriert, was gesellschaftliche Verantwortlichkeit ohne Bestätigung der Ohnmacht der Betroffenen heißen kann. Zunächst wurde der Versuch gemacht, die

Institution eines Erziehungsheimes zu liberalisieren. "Die Heimkinder sollten z.B. ihre Freizeitbeschäftigung frei wählen können. Aber die Logik der Institution erwies sich als stärker. Wenn etwa eine Kindergruppe mit ihrem Erzieher beschloß, ins Kino zu gehen, dann setzte das Heim als Organisationsstruktur diesem Beschluß eine ganze Reihe von pädagogisch nicht auswertbaren Hindernissen in den Weg; d.h. Schwierigkeiten, die nicht die Kinder, sondern nur die Erwachsenen lösen konnten, soweit sie dazu gewillt waren: Bei der Gemeindeverwaltung ein Auto oder einen Fahrer organisieren, das Geld für die Eintrittskarten zu besorgen. Und - was in einem Institut, in dem die Angestellten das Recht auf geregelte Arbeitszeit haben, am schwierigsten ist: Das Nachtessen um eine Stunde oder zwei zu verschieben ... Die Logik der Institution blockierte die Änderungsbemühungen der Angestellten." Aufgrund dieser Erfahrungen wird das Heim aufgelöst, die Betreuer ziehen mit den Kindern in Wohngruppen in die Viertel, woher die Kinder stammen, es wird versucht, durch Hilfe für die Familien und Entwicklung des Selbstbewußtseins der Kinder, diese wieder in die Familien zu integrieren. Die Stadtverwaltung veranlaßt die Schulen, die Kinder in normale Klassen zu integrieren. (3) Und was die Kosten einer solchen Sozialpolitik angeht: "Experten sind überzeugt, daß eine Rechnung, die alle sozialen Kosten fehlender Prävention einschließen würde (etwa durch Kriminalität), wohl kaum zuungunsten einer gut ausgebauten sozialen Vorbeugestruktur sprechen würde."

Diesem Beispiel liegt eine Konzeption von Sozialpolitik von seiten der Bologneser Stadtverwaltung zugrunde, die eine gesellschaftlich verantwortliche Antwort auf die mit dem Autonomiepostulat der Alternativbewegung zunächst konkret kritisierte, aber damit noch nicht gelöste Problematik traditioneller Sozialfürsorgemaßnahmen versucht. "Mit dem Sammelbegriff (...) 'handicappiti' umschreiben die Sozialpolitiker Bolognas alle Schwachen und Ausgeschlossenen, die über den Prozeß der Ent-Institutionalisierung in die Gesellschaft integriert werden sollen ... Die Gesellschaft, so finden die Bologneser Sozialarbeiter, soll sich mit dem auseinandersetzen, was sie hervorbringt. Isolierung der Benachteiligten ist unmenschlich, für Betroffene und Betreuer ... Nur die Integration der Randfiguren kann zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewußtwerdung sozialer Probleme führen und damit den Weg für präventive Maßnahmen ebnen ... Bolognas Sozialpolitiker wollen das Ghetto bürgerlicher Wohlfahrt abschaffen." (4)

Der Sozialfürsorgestaat mit seinen ghettoisierenden Institutionen reagiert demgegenüber in der Tat rein kompensatorisch-systemstabilisierend auf die von der Gesellschaft erzeugten Widersprüche und ihre Opfer. Eine sozialistische Alternative zu dieser Politik kann weder auf die Hoffnung bauen, Verelendung zwinge gewissermaßen Veränderungswillen hervor - solche Vorstellungen widersprechen historischen Erfahrungen ebenso wie jeder Gegenwartsanalyse über die Folgen etwa von Arbeitslosigkeit; sie kann auch nicht die Politik des "Selbermachens", der Autonomie um jeden Preis, als Lösungsstrategie anbieten. Gegenüber solchen Vorstellungen bildet die an einem Beispiel dargestellte Politik der Bologneser Kommune eine konkrete Alternative: Sozialpolitik, welche die menschliche Würde jedes einzelnen zum Ziel hat und welche sich gleichzeitig als Element gesamtgesellschaftlicher Bewußtwerdungsprozesse begreift und insofern bewegendes Element sozialer Veränderung ist. Dies kann auch noch einmal in Konfrontation zu dem

Vorschlag, welcher von konservativer Seite in Großbritannien vorgelegt wurde, deutlich werden: danach sollen für 'auffällig' gewordene jugendliche Arbeitslose Erziehungslager in der Nähe von Arbeiterwohnvierteln errichtet werden, in denen Zucht und Ordnung in der Weise praktiziert werden sollen, daß keiner, der je da war, dorthin wieder zurück möchte: Ein Vorschlag, der in der Konsequenz der Sozialstaatskritik von rechts auch in der BRD liegt: Die Elenden sollen für ihr Elend bestraft werden, da sie ja selbst daran schuld seien und das Ganze soll noch möglichst billig sein. Die 'Gesellschaft' lehnt jede Verantwortung ab.

Die verdeutlichende konkrete Realität ließe sich vielfältig verlängern. Doch die Einzelfälle zeigen die Struktur dessen, was mit der Kritik des Sozialfürsorgestaates von Rechts und von Links gemeint ist. Und das Beispiel Bologna zeigt auch, in welche Richtung Sozialpolitik sich entwickeln kann, die gesellschaftliche Verantwortlichkeit als Solidarität praktiziert und nicht als Verdrängung, Ausgrenzung, Kompensation der durch die kapitalistische Gesellschaft erzeugten Widersprüche und ihrer Opfer. Gefängnisse, psychiatrische Anstalten, Erziehungsheime, aber auch die Zunahme der Sonderschulklassen - all diese Institutionen des "Sozialfürsorgestaates" stehen ihrer inneren Struktur und ihrer Beziehung zur Gesamtgesellschaft nach in der Tat für eine Sozialpolitik, die durch gewisse Geldleistungen denjenigen, die es geschafft haben, die Opfer der herrschenden gesellschaftlichen Entwicklungsprinzipien vom Hals hält bzw. zu halten versucht: Genau die Prinzipien, die von der politischen Rechten als "Freiheit des Bürgers" noch einmal auf den Sockel gehoben werden sollen: der asozialen Rücksichtslosigkeit der Konkurrenz, des Prinzips der individuellen Leistung, der "freien" Beweglichkeit der Individuen innerhalb der Konkurrenz. Und je mehr Opfer diese gesellschaftlichen Entwicklungsprinzipien fordern, man denke nur an die Zunahme des Alkoholismus und der Resignation bei den Jugendlichen und an das zunehmend vorzeitige Ausscheiden alter Menschen aus dem Produktionsprozeß, ohne daß gleichzeitig das Prinzip der Lösung dieser Probleme in Form kompensatorischer, die Opfer ghettoisierender Sozialpolitik in Frage gestellt wird, je stärker wird die Möglichkeit der Rechten, die zunehmenden Kosten als demagogisches Spielmaterial gegen den Sozialstaat wenden zu können und auf gewalttätig-polizeiliche Lösungen der Probleme zum Zwecke der Entlastung der 'Allgemeinheit' von entsprechenden Steuerabgaben zu drängen. Denn die existierenden institutionellen Formen von Sozialfürsorge halten die Vorstellung aufrecht, es handele sich um das Versagen von Individuen und nicht um das der Gesellschaft. Sie demonstrieren nicht die Notwendigkeit der progressiven Veränderung der gesellschaftlichen Entwicklungsprinzipien.

Das Manko alternativer Projekte liegt darin, daß im Autonomiepostulat gesellschaftliche Verantwortlichkeit allein als 'Rausrücken von Knete' eines ansonsten gleichgültigen und für nicht veränderbar erachteten Gemeinwesens eingefordert wird. So hängt es denn auch eher von politischen Zufällen ab, ob 'Knete' gewährt wird oder nicht. Die Überlebensfähigkeit der Projekte liegt so aber nicht im Bereich des durch den eigenen Willen Beeinflußbaren, nicht einmal der Idee nach. Dimensionen gesamtgesellschaftlicher Veränderung können so schwer gedacht werden, werden ins Reich so und so unnützer Theorie verwiesen. Daß dies aus der praktischen Situation der Projekte heraus verständlich

und erklärbar ist, ist unbestritten. Aber genau dies macht auch ihre Begrenzung hinsichtlich gesellschaftskritischer Wirkung aus.

DIE DIMENSION DES WÜNSCHENS ALS KRITIK

Es sollte zu denken geben, daß die Normen menschlicher Beziehungen, die spiegelbildlich im Gegensatz zu denen der politischen Rechten stehen, gegenwärtig weniger von Gewerkschaften und SPD als - wenn auch zum Teil die eigene Ohnmacht spiegelnd - von der Alternativbewegung formuliert werden. Die Menschen sollen gleiche Möglichkeiten nicht nur der Entwicklung ihrer Fähigkeiten in der Schule, sondern auch deren Anwendung und Weiterentwicklung in der Arbeit haben. Man versucht dies durch Schaffung eigener Arbeitszusammenhänge und Realisierung der Gleichheit durch Rotation von Tätigkeiten innerhalb derselben herzustellen. Den Opfern der Leistungsgesellschaft gebührt nicht nur eine materielle Existenzsicherung, sondern gleichermaßen praktizierte Solidarität. Sie sind nicht Versager, sondern in ihnen reflektiert sich das Elend der Gesellschaft. Sie sollen zur Selbsthilfe befähigt und nicht noch einmal als Objekte verwaltet werden. Die Negation der Arbeit als menschlicher Tätigkeit, die Reduktion menschlicher Freiheit auf die Sphäre der Konsumtion gilt es zu beseitigen: Man versucht in den Nischen der kapitalistischen Produktion sich arbeitend selbstverwaltend anzusiedeln und dabei eine andere Vorstellung von Arbeit zu entwickeln und zu praktizieren.
Die freie Zeit ist der Möglichkeit nach 'Reich der Freiheit', der Entfaltung und Selbstverwirklichung der Individuen, nicht gegen oder gleichgültig gegen andere, sondern gerade mit anderen. In ihr sollen die Individuen nicht wieder bloßes Objekt einer profitorientierten Vermarktung von Bedürfnissen sein: Man entwickelt eine Gegenkultur, fragt sich nach Möglichkeiten einer alternativen Kultur, sucht dieses Feld, zunächst wenigstens für sich selbst, dem Kapital zu entziehen. Kapitalwachstum um des Kapitalwachstums willen bedeutet nicht einfach Fortschritt: Da man sich den vorhandenen Reichtum nicht gesellschaftlich aneignen kann, sondern aus der Situation heraus eine normative Kritik, die kaum gesellschaftliche Machtinstrumente entwickelt hat, praktiziert, formuliert man die Kritik im demonstrativ ärmlichen Leben und nimmt Über-Arbeit in Kauf, um zu zeigen, daß es auch ohne geht. Die Formen, in denen die Kritik praktiziert wird, reflektieren selbst noch, daß es eben nicht die herrschende Kritik der herrschenden Verhältnisse ist.

Die Unglaubwürdigkeit alternativer Versuche "zu leben und zu arbeiten" für diejenigen, die an der traditionellen Arbeiterbewegung orientiert sind, hat allerdings ihre materielle Grundlage. Solche alternativen Lebensformen siedeln sich in Nischen des Systems an, in Winkeln der Marktwirtschaft, an Punkten, wo das staatliche Sozialfürsorgesystem offensichtlich versagt und wo das schlechte Gewissen der Kommunen über dieses Versagen materielle Unterstützung für neue Versuche gewährt. ABM-Gelder, Subventionen für kleine Betriebe, das Gesamt-Gestrüpp staatlicher Subventionspolitik wird durchforstet, um Lebensmöglichkeiten zu finden. Ein Teil derjenigen, die an einem Projekt arbeiten, beziehen Arbeitslosenunterstützung oder werden aus ABM-Geldern bezahlt, man nimmt in der Rechtsform "freier Wohlfahrtsverbände", die von der Katholischen Kirche im wesentlichen durchgesetzt wurde,

das Subsidaritätsprinzip in Anspruch und im äußersten Notfall hilft das 'Netzwerk'. Sicherlich gibt es auch "sich selbst tragende Projekte" im Bereich handwerklicher Produktion, aber im wesentlichen tragen sich die Projekte eben doch nicht selbst und können es auch nicht. Zudem findet sich häufig auch unmittelbare materielle Existenznot bei minimalem Einkommen und natürlich auch Überarbeit.
Es handelt sich also im wesentlichen um moralische, ideelle Negationen der vorhandenen Vergesellschaftungsform, so praktisch die Projekte auch sein mögen. Oder noch deutlicher gesagt: Ohne daß in die Arbeitslosenversicherung gezahlt würde von denen, die in der "Industriellen Mega-Maschine" arbeiten, könnten auch keine ABM-bezahlten Projekte organisiert werden. Es kann sich eben nicht jeder den entstellenden Zügen der Konkurrenz einfach als einzelner oder als kleine Gruppe entziehen.

Natürlich ist allen bewußt: Die linken Schreinereien, Alternativläden, Tagestätten etc. würden sich schnell zu Tode konkurrieren, wenn sie von viel mehr Leuten als Ausweg zur Veränderung ihrer Lebendpraxis versucht würden. Was solche Versuche, alternativ zu leben und zu arbeiten, gesellschaftlich relevant macht, ist, daß sie die Dimension des Leidens unter gegebenen Verhältnissen offenlegen, daß sie die Dimension des Wünschens anderer Verhältnisse unter den Menschen offenhalten, das "Prinzip Hoffnung". Ist es doch der eingefahrene Mechanismus der Machtauseinandersetzung, der heute in den Gewerkschaften gerade diese Dimension des Wünschens als produktive Kraft verschüttet: Weil die Kollegen das Vertrauen in die Organisation verlören, die Organisation gegenüber dem Gegner geschwächt würde, sei es gewerkschaftsschädigend, Forderungen zu stellen, die nicht durchgesetzt werden könnten: dies eine gängige Argumentation innerhalb der gewerkschaftlichen 'Großorganisationen'.
Es ist nicht schwer, der Alternativbewegung mangelnde theoretische Differenzierung bis hin zur Theoriefeindlichkeit, Beschränkung auf die kleine Gruppe, Träume von menschlicher Geborgenheit in der kleinen Gruppe ohne Rücksicht auf das, was rundherum geschieht, vorzuwerfen. Andererseits ist aber auch zu fragen, wie weit diese Momente nicht umgekehrt den Zustand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften reflektieren.

SOZIALDEMOKRATIE, FORTSCHRITT UND SOZIALSTAAT (5)

Technischer Fortschritt als automatischer Produzent von gesellschaftlichem Fortschritt

In der Weimarer Republik wähnten sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie an der Spitze des Fortschritts, wenn sie die Rationalisierung der Unternehmen als Bedingung der Verbesserung der Lebensbedingungen aller einforderten. Der faschistisch revoltierende Mittelstand mit seinen Träumen von der Auflösung der Warenhäuser, von einer klein dimensionierten Produktion konnte nur als Ausdruck reaktionären Bewußtseins einer Klasse gewertet werden, deren Untergang durch den historisch notwendigen Gang der Entwicklung der Produktivkräfte ebenso naturgesetzlich vorherbestimmt schien wie der Aufstieg der Arbei-

terklasse. Diese begriff sich als Produzent und Reprässentant der entwickelten Produktivkräfte und ihre Organisationen begründeten darauf den Anspruch, Vertreter der fortschrittlichsten Klasse zu sein. "Das ist das ökonomisch historische Fundament des Nationalsozialismus. Bürger, Bauern, Angestellte, seine Träger, sie sind nicht antikapitalistisch schlechthin, sie sind nur gegen den Hochkapitalismus, gegen Bank- und Industriekapitalismus; sie wollen das Rad der spätkapitalistischen Entwicklung aufhalten ... sie sind *ökonomisch reaktionär* und daher sowohl gegen den Hochkapitalismus wie gegen den Marxismus." Man spürt "die prinzipielle Verwandtschaft der ökonomischen Organisation des Hochkapitalismus und des Sozialismus mehr oder weniger." (6)

Das naturgesetzliche Entwicklungsdenken, der "Ökonomismus" und "Determinismus" der alten Sozialdemokratie hatte in der Ausrichtung der Fortschrittshoffung auf die Entwicklung der Produktivkräfte als Anwendung der Wissenschaft auf den Produktionsprozeß und als Resultat der eigenen Arbeit eine entscheidende Wurzel. Schließlich ist ein solcher Prozeß nicht einfach durch subjektiven Willen, durch Veränderung der Individuen, durch Kulturrevolution, durch soziale Bewußtseinsveränderungen oder irgendetwas dergleichen zu beschleunigen, allenfalls durch eine rationellere Gesamtorganisation mit dem Zweck rationellerer Verteilung zu Gunsten der Arbeiterschaft. Gewissermaßen konnte man abwarten, bis der Kapitalismus den Sozialismus bringen würde. "Fortschritt in der Entfaltung der Produktivkräfte ist dem Kapitalismus durch seine eigene Dynamik aufgezwungen." (Marcuse) Leistete der Kapitalismus die Entwicklung der Produktivität und garantierte er dabei noch einigermaßen die Lebensbedingungen der Arbeitenden durch sozialdemokratische und gewerkschaftliche Einwirkung, so schien jede politische Anstrengung zu seiner Aufhebung eher subjektivistisches Abenteuertum. Kapitalkonzentration und Zentralisation und die ihr entsprechende technische Gestalt der Produktionsmittel wurde als sich herausbildende materielle Basis sozialistischer Planung betrachtet, alles andere erschien als ökonomisch reaktionär. Die diesen Formen entsprechende Vergesellschaftungsformen hierarchischer Unternehmensorganisation und Arbeitsteilung blieben ebenfalls unkritisiert. Der technische Fortschritt und die ihn tragende Arbeit der Arbeiter sollte nicht nur Produzent des Reichtums, sondern auch des Sozialismus sein. Das Gleiche gilt für die DDR-Theorie nach 1945. In der Weimarer Republik findet diese Vorstellung etwa ihren Höhepunkt in der Stellung der Gewerkschaften zur Rationalisierung: "Ford gilt als derjenige, der schon innerhalb der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung die Wege weist, die gegangen werden müssen und auf denen eine gemeinwirtschaftlich organisierte erst aufbauen kann. Das technisch-wirtschaftliche Prinzip, was seinem Handeln zugrunde liegt, geht über die Wirtschaftsform hinaus, in der es entsteht." (7) Die "Entseelung" der Arbeit selbst wurde als Naturnotwendigkeit betrachtet. "Die Verkürzung der Arbeitszeit ist das einzige Mittel, das schöpferischen Ersatz gibt für die wesenlos gewordene Arbeit." (8)

Indem die alte Hoffnung von der "Befreiung der Arbeit" aufgegeben und das Reich der Freiheit in die Freizeit verlegt wurde, überließ man der Möglichkeit nach dem Kapitalismus zu definieren, was Freiheit und Bedürfnis sei: Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen, und die seien grundsätzlich unendlich, was gleichzeitig die Ewigkeit der ka-

pitalistischen Produktion beweise und die Ewigkeit des Fluchs der Arbeit bestätige. Es ist wohl nicht ganz abwegig, den nahezu völligen Verlust sozialistischer Traditionen in den Arbeiterorganisationen der Bundesrepublik auch als genuines Produkt des alten Ökonomismus zu begreifen. Dabei verstehe ich hier unter Ökonomismus weniger die Krisentheorie als den Glauben an den naturgesetzlich fortschrittlichen Gang der Technologie und der mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Formen der Organisation der industriellen Produktion, einmal abgesehen von der Konkurrenz. Die negativen Resultate technologischen Fortschritts galt es durch die Entwicklung des Sozialstaats abzufangen: Arbeitslosenversicherung für die Arbeitslosen, Invalidenrente für die von der Arbeit endgültig Krankgemachten, Krankenversicherung für die vorübergehend Krankgemachten. In der Stabilisierung dieses Systems der Vergesellschaftung unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitenden als Träger individueller Rechtsansprüche trat auch der ursprüngliche Begriff von Solidarität als Fähigkeit der Individuen zur gemeinsamen Selbsthilfe zunehmend zurück. Die Arbeiterbewegung als "Lager", als Gesellschaft innerhalb und zum Teil auch außerhalb der Gesellschaft, die Individuen durch persönlich praktiziertes Zusammengehörigkeitsgefühl und gegenseitige Hilfeleistung verbindend, die gegenseitige Hilfe auch durch gemeinsame Kassen organisierend, eine eigene Kultur entwickelnd und gegen das Bürgertum sich abgrenzend: Solidarität als Kulturnorm gegen die des bürgerlich-egoistischen Individuums setzend. Diese Arbeiterklasse hat sich in der Bundesrepublik in der Tat aufgelöst.

Die Solidarität ist in den Himmel der Institutionen gewandert

Gemeinschaftliche Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten wurden und werden entweder mit oder ohne Druck der Gewerkschaften vom Gesetzgeber zu staatlichen Aufgaben erklärt. Dort werden sie als gesellschaftliche Sondertätigkeit bürokratisch arbeitsteilig verwaltet. Die Individuen haben dann nichts mehr damit zu tun. Wo in den Gewerkschaften Solidarität als individuelle Fähigkeit und als Solidarität der Gleichen erinnert wird, gilt sie vor allem als solche der Leistungsfähigen, der Beschäftigten, derer, die es geschafft haben. Die anderen werden mehr oder weniger guten Gewissens der Sozialfürsorge als Objekte der Staatstätigkeit überlassen. Solidarität wird von der Sozialdemokratie eher im Sinne der alten Katheder-Sozialisten umdefiniert: nämlich daß der Staat sich um die sozial Schwachen zu kümmern habe. Der einzelne selbst entlastet sich von "Solidarität". Er verfolgt als Einzelperson seine Interessen und stattet seinen gesellschaftlichen Zusammenhang und den Anspruch gegenseitiger Hilfe in Geldbeträgen ab. Damit gehen aber die Momente kollektiven Bewußtseins, die in den ersten solidarischen Organisationsformen der Arbeiterschaft vorhanden waren, und in denen die Organisationen selbst den Sozialismus gewisserweise vorzuformen gedachten, verloren. Die moralische Identität der Lohnabhängigen, die solidarisches Bewußtsein als Kulturleistung dem bürgerlichen Egoismus und Individualismus entgegenhielten, diese Identität verschwindet. Marcuse versucht das als Problem unter den weiterentwickelten Verhältnissen zu fassen: "Es geht um jeden einzelnen und um die Solidarität von Einzelnen, nicht nur von Klassen und Massen." (9) Er meint die Notwendigkeit der Wiedergewinnung von Solidarität als gesellschaftlicher Fähigkeit der In-

dividuen.

Die Beschränkung der Ziele der Arbeiterbewegung auf die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte hat ihr den Charakter als Träger menschlicher Hoffnungen auf ein glücklicheres Leben in dem Maße genommen, wie diese Entwicklung zufriedenstellend vom Kapital geleistet wurde: Lohnerhöhungen plus Arbeitszeitverkürzung plus Versprechen für jeden, durch Verbesserung des Bildungssystems mit gleichen Chancen an der Konkurrenz und am Aufstieg teilnehmen zu dürfen: Daraus läßt sich heute kein Gegenbild zu den Leiden, die in den existierenden Verhältnissen produziert werden, mehr stricken.
In dem Maße, wie von seiten des Kapitals die Entwicklung der Produktivität als Prozeß der Destruktion von Umwelt und Menschen vonstatten geht, besteht die Gefahr, daß die Beschränkung der Gewerkschaften auf die alten Ziele diese Organisationen ihres fortschrittlichen Charakters beraubt.

Was in der Kritik des 'Sozialfürsorgestaates' und des 'Bürokratismus' der Großorganisationen von seiten der Alternativbewegung gemeint ist, ist u.a. der in der Tat stattgefundene Verlust der Fähigkeit, sich menschlich-gesellschaftlich zu verhalten, der Verlust solidarischer Fähigkeiten und Normen der Individuen. Die alte solidarische Tradition der Arbeiterbewegung hat sich gewissermaßen von den Individuen als Trägern abgelöst und ist in den Himmel der Institutionen gewandert, wo sie dann oft nicht mehr erkennbar ist. Anders gesagt, sie hat sich den Individuen entfremdet. Sie ist in den Institutionen vergegenständlicht. Und das geht nicht ohne Veränderung des Inhalts ab. Der Begriff Solidarität meint das Verhalten von Individuen. Eine sozialstaatlich verwaltete 'Solidarität' ist - welche Fortschritte sie auch sonst darstellt - eben keine mehr. Als sozialstaatliche Aktion ist sie Resultat von Klassenkompromissen. Hilfe für die Schwachen wird vom Kapitalismus nur insoweit zugestanden, als damit seine Entwicklungsprinzipien selbst nicht in Frage stehen. Und dazu gehört sowohl die materielle Lebenssicherung wie die Bindung individueller Hoffnungen und Wünsche in den Rahmen der existierenden Verhältnisse. Im Sozialversicherungssystem sei "das Interesse an der Aufrechterhaltung und Reparatur von Arbeitskraft institutionalisiert, auf das das Interessen der Menschen am Leben in dieser Gesellschaft" reduziert werde. "Die Interessenkonstellation von gesellschaftlichem Leiden, das in Ermangelung der Möglichkeit aktiver Auseinandersetzung mit seinen Umständen betäubt zu werden wünscht, mit den Interessen der Ärzte, die dies versprechen, wenn man ihnen ihr hoch dotiertes Kompetenzprivileg läßt, und den Interessen der Sozialstaatsbürokratie, die dies zu finanzieren und zu organisieren behauptet, wenn die Betroffenen ihr zuvor das Geld und die gesellschaftlichen Entscheidungsbefugnisse abgetreten haben, reproduziert diesen Betrieb auf erweiterter Stufenleiter. Dahinter steht der große Kompromiß zwischen den Interessen des Kapitals an der Reparatur der Arbeitskraft und den Interessen der Arbeitskräfte, in dieser Gesellschaft leben zu können. Die Entwicklung des Sozialversicherungswesens war ein Ergebnis dieses Kompromisses, und solange dieser Kompromiß funktioniert, solange wird es die spontane Tendenz bleiben, daß gesellschaftliche Leiden und Konflikte, die gesellschaftlich nicht ausgetragen werden können, als Krankheit versicherungsrechtlich anerkannt, auf diesem Wege Wiedergutmachung fordern. Und die Konsequenz ist tatsächlich Medikalisie-

rung und Bürokratisierung des Medizinbetriebs." (1o)

Die Krise des Sozialstaates besteht also nicht einfach darin, daß ihm aufgrund ökonomischer Krisen die materiellen Ressourcen ausgehen. Das geschieht auch. Aber keine neue Prosperität des Kapitals würde die Krise des Sozialstaates in ihrer gegenwärtigen Form beseitigen können. Um bei der Frage Gesundheit, Krankheit, Sozialversicherung zu bleiben: Nicht die Krankenversicherung beseitigte die durch Hunger und den Mangel an Luft, Licht und Hygiene sowie durch Überarbeitung erzeugten Krankheiten, sondern die Verbesserung und Verstetigung der Einkommen, die Beseitigung von Elendsquartieren, die Herstellung hygienischen Mindestbedingungen, die Verkürzung des Arbeitstags. Demgegenüber sind heute "die häufigsten Erkrankungen chronische" und "psychosomatische, die durch die Lebensweise im umfassenden Sinn geprägt sind, psychische und organische Manifestationen gesellschaftlichen Leidens." (11) Keine weitere Entwicklung der Arbeitsproduktivität und keine dieser folgende gesellschaftliche Umverteilung durch sozialstaatliche Maßnahmen wird diese Leiden beseitigen können. Es sind Krankheiten der Individuen, welche nur durch Veränderungen im Verhältnis der Individuen zur Gesellschaft, zu anderen, zu ihrem eigenen Körper behoben werden können. Anders gesagt: Eine soziale Gesellschaft wird nicht mehr einfach eine sozialstaatliche im herkömmlichen Sinn sein können.

Hinter entwickelte Subjektivität kann nicht zurückgefallen werden

Die Solidaritäts- und Selbsthilfeformen der alten Arbeiterbewegung waren eindeutig durch den *Zwang* der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse produziert. Sie waren Produkte der materiellen Not, wuchsen auf dem gleichen Boden, auf dem auch die manchmal sehnsüchtig erinnerte Gemeinschaftlichkeit von Menschen nach dem Ende des Krieges gewachsen ist. Demgegenüber ist die Entwicklung zum 'Sozialstaat' auch mit der Produktion von Bedingungen einhergegangen, die den Spielraum dafür eröffnet haben, daß aus dem 'Klassensubjekt' die einzelnen als solche, um die es ginge, hervorgetreten sind. Wurden etwa in der Weimarer Republik Forderungen nach Arbeitsschutz noch häufig damit begründet, daß ein ausbeuterischer Umgang mit der 'Arbeitskraft' unökonomisch, volkswirtschaftlich schädlich und nur einzelwirtschaftlich rationell sei, so wird in der Humanisierungsdebatte heute schon mit dem Recht des einzelnen, mit seiner Existenz als *Subjekt* argumentiert, das Zweck für sich und nicht nur Mittel zur Entwicklung der Produktivkräfte sei.

Dieses Heraustreten des Einzelnen als Subjekt ist m.E. nicht unabhängig von der Entwicklung des bürgerlichen - zum Sozialstaat, welcher dem einzelnen Lohnabhängigen die Erfahrung vermittelt hat, unterm Schutzschild der Sozialpolitik aus eigener Kraft etwas bewirken zu können, als Subjekt zur Geltung zu kommen. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, und dies gilt spätestens seit der Novemberrevolution auch für die Lohnarbeiter. Sie machen sie unter gegebenen Bedingungen und Umständen, aber sie machen sie. Die kommunistische Kritik an dieser Integration als Werk sozialdemokratischer Arbeiterverräter will dies nicht wahrhaben. Die 'Massen' werden - und der Begriff sagt es schon - in dieser Vorstellung nicht nur als Objekt des Kapitals,

sondern auch noch einmal als bloße Objekte ihrer Führer denunziert. Jedes eigene Wollen als Subjektivität wird den Einzelnen dabei abgesprochen. Man muß da durchaus selbstkritisch sein, Wie leichthin unterläuft einem selbst der Begriff vom 'kollektiven Handeln' als rein emphatisch unkritischer. Gerade linke Intellektuelle, die sich doch zumindest zu reflektierenden Subjekten - wenn dies auch nicht alles ist - entwickelt haben, schwärmen vom Handeln der Massen. Ist der Gestus nicht verräterisch? Da der Kopf allein nicht handeln kann, braucht man ausführende Instrumente für seine Ideen.

Warum gelingt es aber der marxistisch geschulten Intelligenz so schwer, sich gesellschaftliche Veränderungen vom Standpunkt gewordener Subjektivität und der Widersprüche, unter die diese heute gesetzt ist, zu denken. Auch was sich gegenwärtig als Gewerkschaftslinke begreift, interpretiert häufig das 'Individuum-Sein' der Lohnabhängigen allein nach der Seite der Integration in die bürgerliche Gesellschaft. Marxinterpreten, auf die da zurückgegriffen wird, begreifen den entwickelten Anspruch der Individuen auf Selbsttätigkeit nur als Fetischgestalten, Verhüllungen der eigentlich kapitalistischen Kerngestalt, die darin bestünde, daß die Lohnabhängigen nichts als Objekte des Kapitals seien. Von da aus wird ein Mythos von Kollektivität, Disziplin, Einheit und Macht aufrechterhalten, in dem die von der Alternativbewegung formulierten Bedürfnisse, Person zu sein und die Leiden darüber, es nicht sein zu können, keinen Platz haben.
Die Alternativbewegung präsentiert in ihren Vorstellungen und in ihrer Praxis sich entwickelnde menschliche Wünsche, Gesellschaftlichkeit weder als blinden Konkurrenzzusammenhang, noch auch als nur über den Individuen stehende Institutionen, sondern eben auch als individuelle Fähigkeit zu entwickeln, hinausgehend über den alten Begriff der Solidarität der Arbeiterbewegung, wo man aus 'Not' zusammenzustehen gezwungen war: Nämlich demgegenüber den Wunsch, sich Reichtum als solchen von menschlichen Beziehungen anzueignen, Brüderlichkeit nicht nur im disziplinierten Kampf mit dem gemeinsamen Gegner, sondern Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit als Bedingung der eigenen Entwicklung selbst. Und auch den Wunsch, das Verhältnis zwischen Mensch und Natur zu ändern. Die Alternativbewegung geht diese Wünsche praktisch an. Daß sie das als Negation nach allen Seiten hin tut, in beschränkter und mit Momenten historischen Zurückgehens versehener Form, z.T. auch wiederum aus der Not des nicht mehr unter gegebenen Verhältnissen Könnens, liegt nicht nur an ihr, sondern reflektiert diese Verhältnisse kritisch. Was da gewünscht wird, geht über das, was in der historischen Figur des Lohnarbeiters gewünscht wird, hinaus, und in der Isolierung fällt es auch z.T. dahinter zurück.
Aber auflösbar ist dieser Widerspruch weder in die Richtung einer schlichten Wiederbelebung vergangener Normen der Arbeiterbewegung, noch in der Strategie der Autonomie als Unabhängigkeit einer autonom regulierten zweiten neben der ersten Gesellschaft. An diesem Punkt angelangt, muß das Nachdenken eigentlich erst richtig beginnen.

ANMERKUNGEN

(1) Joseph Huber, Das Unternehmen, Modell einer selbstverwalteten

Wirtschaft, S. 145-147, in: Kursbuch 53, 1978

(2) Das folgende ist zitiert nach einem Antrag des Bremer Frauenhauses auf Unterstützung durch Netzwerk

(3) Jaeggi/Müller/Schmidt, Das rote Bologna, Zürich 1976, S. 197f.

(4) ebda., S. 196
Und der Psychiatrieprofessor Eustachio Loperfido formuliert: "Die grundsätzliche Alternative besteht darin, die Probleme, die Widersprüche in die Gemeinschaft zurückzutragen, in der sie entstanden sind, damit man ihren Ursprung entdeckt und ihre Gründe bekämpft; damit die Gesellschaft selbst sich all dessen bewußt wird und bemächtigt, also ihre eigenen Fähigkeiten mobilisiert, um ihre eigene Entwicklung in den Griff zu bekommen." (195) "Welche Reformen auch immer gemacht werden, das Institut setzt den gesellschaftlichen Absonderungsmechanismus fort, statt ihn aufzuhalten. Mit dieser Erfahrung gingen die Casaglia Reformer an die Auflösung des Kinderheims. Die Begründung für diesen Schritt, von dem sie die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung zu überzeugen vermochten, legten sie in ihrem Arbeitsbericht vom 11. Mai 1971 dar: 'Die Gesellschaft, so wie sie heute strukturiert ist, schafft Probleme der Marginalisierung und Nichtanpassung. Die Institution als Antwort auf diese Probleme dient nur zur ... Verschleierung ... einer Reihe von nicht gelösten Problemen." (198/99)

(5) Der Einfachheit halber gehe ich hier nicht auf die kommunistische Tradition im besonderen ein. Vgl. dazu etwas ausführlicher: Christel Neusüß, Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation, in: PROKLA 31

(6) Günter Kaiser, Der Nationalsozialismus, eine reaktionäre Revolution, 1931, dokumentiert in: Wolfgang Luthardt, Hrsg., Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung, 1927-1933, 2 Bde. Ffm 1978, Bd. 2, S. 322

(7) Elisabeth Schalldach, Rationalisierungsmaßnahmen der Nachinflationszeit im Urteil der deutschen Gewerkschaften, Jena 1936, S. 57

(8) W. Eggert, Rationalisierung und Arbeiterschaft, Berlin 1927, Referat auf der Betriebsrätekonferenz des ADGB, S. 26

(9) Marcuse, Fortschritt und Innerlichkeit, in: Die Neue, 26.9.79

(1o)Rainer Möhl, Schlichtes Weltbild? Zu 'Maßlose Medizin-Antworten auf Ivan Illich', in: Forum für Medizin und Gesundheitspolitik Nr. 14/Mai 198o/S. 78)

(11) ebda.

★

Heinz Steinert

"ALTERNATIV" - BEWEGUNG UND SOZIALARBEIT ODER
Wie " der Staat" die Probleme enteignet und warum man ihn trotzdem nicht einfach rechts liegen lassen kann (1)

NACHTRÄGLICHE VORBEMERKUNG

Die Arbeit an diesem Thema hat mir mehr Schwierigkeiten gemacht als ich beim Schreiben gewöhnt bin. Das liegt wohl daran, daß die Realität, auf die sie sich bezieht, voll von Widersprüchen ist, daß ich mich sträube (oder es nicht schaffe), daraus eine "glatte" politische "Lösung" zu finden, und daß ich mich dadurch in Widerspruch zu einigen vorherrschenden Stimmungen und Selbstverständlichkeiten setze. Letzteres bezieht sich vor allem auf die Haltung zu "dem Staat", wo ich als vorherrschende Selbstverständlichkeit wahrnehme, daß eine Politik zu finden sei, die sich staatlichem Zugriff entzieht und auch keinerlei Hoffnungen (und damit Arbeit) in die staatlichen Apparate investiert. Für eine solche politische Linie gibt es eine Reihe von guten Begründungen, die ich teile und in Abschnitt 1 und 2 der Arbeit zu entwickeln versuche.
Die "Durchstaatlichung der Gesellschaft", die als historischer Prozeß zu beobachten ist (2), hat, ebenso wie die "Durchkapitalisierung der Gesellschaft", mit der sie parallel geht und die sie ergänzt, hohe Kosten, vor allem auch für mögliche Zukünfte, in denen die freie Assoziation der Produzenten Prinzip der Vergesellschaftung sein könnte. Diese Kosten sind daher zunächst zu beschreiben. Dann kommt aber gleich als zweites dazu, daß ich daraus nicht einfach nur den Schluß ziehen kann, man müsse eben an der möglichsten "Entstaatlichung" der Gesellschaftsorganisation arbeiten. Diese Schlußfolgerung ist schon richtig, aber leider nur "im Prinzip". Wenn wir uns die Realität ansehen, dann ist deutlich, daß der hoffnungsvollste Ansatz solcher "Entstaatlichung", das, was wir heute als "Alternativ-Kultur" und "-Ökonomie" kennen, selbst recht staatsabhängig ist, in Widersprüchen und Nischen der gegenwärtigen ökonomischen und staatlichen Verfaßtheit nistet und sich nur mit Hilfe eines Stücks von "falschem Bewußtsein" als gegen diese Verfaßtheit gerichtet oder zumindest als unabhängig von ihr verstehen kann. Auch diese tatsächliche Abhängigkeit darzustellen und zur Kenntnis zu nehmen, halte ich für wichtig. Das geschieht in Abschnitt 3.
Daraus könnte man jetzt den Schluß ziehen, daß dann eben die "Alternativ-Kultur" aus dieser Staatsabhängigkeit zu befreien sei, daß man ihren Gegenentwurf radikalisieren müsse. Diese Schlußfolgerung halte ich für illusionär. Ich glaube nicht, daß die Staatsabhängigkeit der "Alternativ-Kultur" nur eine Unvollkommenheit ist, die man bereinigen kann, vielmehr halte ich sie für konstitutiv dafür, daß sich eine solche Kultur überhaupt entwickeln und halten kann. Daraus wiederum mag ich aber nicht den Schluß ziehen, daß dann eben diese "Alternativ-Kultur" als politische Kraft zu vergessen sei, daß dann eben auch hier "nichts geht". Ich meine im Gegenteil, daß genau diese Abhängigkeit, realistisch zur Kenntnis genommen, zum Hebel gesellschaftlicher und politischer Weiterentwicklung werden könnte. Das heißt einerseits, daß die unter anderem staatlichen Möglichkeiten, alternative Projekte zu befördern, genützt werden sollen, daß andererseits das wieder dazu

benützt werden müßte, die staatliche Verwaltung, speziell die Organisation der öffentlichen Dienstleistungen so zu verändern, daß sie dieser Aufgabe besser entsprechen können. Ich denke also, wir können beide Seiten nicht aufgeben: Ich denke, daß in der Tat Projekte der "Alternativ-Kultur" Elemente neuer Formen der Vergesellschaftung enthalten, auch wenn sie vom Staat abhängig sind, und ich denke, daß wir die staatlichen Apparate nicht einfach ignorieren können, daß auch sie verändert werden müssen, auch wenn (und gerade weil) sie solchen Elementen neuer Vergesellschaftungsformen auch (und vorwiegend) kontrollierend und repressiv gegenübertreten. Hier liegt dann eine Funktion für die, die in der Produktion öffentlicher Dienstleistungen arbeiten, z.B. die Sozialarbeiter.

Diese etwas verwinkelte Argumentationslinie stellt also den Aufbau der Arbeit dar. Dieser Aufbau wird noch unübersichtlicher dadurch,daß ich zuletzt halt kein glattes Rezept dafür angeben kann, wie diese Arbeit in den Einrichtungen der öffentlichen Dienstleistung im Detail aussehen kann. Ich fürchte, da hilft nur Ausprobieren in Nutzung der jeweiligen Möglichkeiten der konkreten Situation, wie wir es an der Universität tun und wie es in anderen öffentlichen Diensten auch geschieht. Das ist ziemlich unbefriedigend, aber dann gehört es auch wieder zu den wichtigeren politischen Erfahrungen der letzten Jahre, daß unklare politische Situationen, solche, in denen man nur eine ungefähre Orientierung hat und keine eindeutigen Rezepte dafür weiß, wie sich eine sozialistische Zukunft durchschlagend befördern läßt, ausgehalten werden müssen und ausgehalten werden können, wenn man sich vor maximalistischen Euphorien hütet und sich vom eigenen manchmal hilflosen Zorn nicht selbst entmutigen läßt. Die Brüche und Nischen, in denen die "Alternativ-Kultur" haust, sind da Ermutigung und Überlebensmöglichkeit zugleich.

1. ENTEIGNUNG UND ZURICHTUNG DER KONFLIKTE (3)

Ein von mir im Rahmen der (Wiener) Bewährungshilfe betreuter junger Mann sagte mir einmal in einem Gespräch nachdenklich: "Das ist doch eigenartig, daß man erst was anstellen muß, bevor sich wer um einen kümmert." Ich habe mich damals eines Kommentares enthalten, weil ich die hier ausgedrückte Bitterkeit teile.

In dieser Bemerkung findet sich punktuell der Zustand ausgedrückt, in den man generell gerät, wenn man in dieser Gesellschaft ein Problem hat und nach Hilfe bei seine Auflösung sucht: Man steht dann einer Reihe von Apparaten gegenüber, die sich historisch getrennt entwickelt haben und deren Trennung heute durch professionelle, administrative und ministeriale Kompetenzabgrenzungen festgeschrieben ist. Wie es bürokratische Apparate so an sich haben, sind die Regeln des Zugangs zu ihnen mehr durch ihre eigenen Bedürfnisse und Handlungsfähigkeiten bestimmt, als durch die Probleme der Betroffenen - zumindest stellt sich dieser Zustand sehr leicht und aus angebbaren Gründen, die in der "Politik der sozialen Probleme" liegen, ein. Be- und verarbeitbar sind dann Probleme nur in der Aufarbeitung, die den Kompetenzen des jeweiligen Apparates entspricht. Die Probleme erfahren damit eine administrative Umdefinition, und was nicht in den Raster der vorgesehenen Probleme und der dafür vorgesehenen Lösungen paßt, fällt durch

das "soziale Netz", das sich damit auch als Prokustesbett erweist.

Nicht nur das, sondern diese Apparate mit ihren selbstdefinierten Hilfeangeboten schaffen gleichzeitig eine strukturierte Inkompetenz in der Bevölkerung, Probleme anders als auf diesen vorgegebenen und lizenzierten Lösungswegen anzugehen. (4)
Schwierigkeiten, mit denen man sich an jemanden wenden will, müssen entweder medizinische, fürsorgerische oder polizeiförmige Gestalt haben. Dazu kommt die neuerdings auch bei uns wild wuchernde Psycho-Industrie (vergl. Nagel&Seifert, 1978), die zwischen Medizin, Fürsorge und Freizeitgestaltung anzusiedeln ist.

Alle diese "Helfer-Institutionen" verstehen sich als Dienstleistungen, für die in der Bevölkerung ein Bedarf besteht und die deshalb von dieser benützt werden. Tatsächlich gilt aber hier wie bei Warenangeboten auf einem Markt generell, daß dieses Angebot sich mehr aus den Bedingungen seiner Produktion bestimmt als aus den Bedürfnissen der Konsumenten: Was gar nicht angeboten wird, kann weder angenommen noch zurückgewiesen werden, und das, was angeboten wird, hat die Tendenz, potentielle oder aktuelle Konkurrenzangebote mit allen Mitteln aus dem Feld zu schlagen, die Wahlmöglichkeiten gar nicht aufkommen zu lassen. Vor allem wird durch das Angebot der Bedarf erst hergestellt, indem vorhandene Techniken der Problemlösung eliminiert werden. So hat die heutige wissenschaftliche Medizin im Zug ihrer Entwicklung daran mitgearbeitet, die "Volksmedizin" auszuschalten, das Wissen um die Wirkung von Heilmethoden und Medikamenten zu monopolisieren, eine Hilflosigkeit gegenüber Krankheiten zu erzeugen, aus der man sich nur an den zugelassenen Arzt wenden kann. So macht es die vorgeschriebene und zugelassene Schule unmöglich, Kinder selbst zu unterrichten, selbst handwerkliche Berufe haben sich ein staatlich geschütztes Monopol auf die Produktion ihrer Leistungen geschaffen, die damit allen nicht Zugelassenen verboten wird, diese zu "Schwarzarbeitern" und "Pfuschern" macht, und zwar unabhängig von ihrem Können auf dem Gebiet. Die Seltsamkeit dieses Zustandes wird besonders auffällig bei Leistungen, die keine besondere Kompetenz brauchen oder eine, die jeder hat oder leicht erwerben könnte, wie etwa mit den Konflikten des Lebens umzugehen oder jemandem zu helfen, der ein Problem hat.

Im Fall der Konflikte des Lebens etwa hat das Strafrecht eine Zuständigkeit an sich gezogen, die häufig die vernünftige und für die am Konflikt Beteiligten zufriedenstellende Lösungen mehr behindert als herbeiführt. Indem ein Problem zu einem strafrechtlichen erklärt wird, erfährt es eine Deformation, in der die Interessen der Beteiligten, von "Täter" und "Opfer" sich häufig nicht wiederfinden. Nils Christie (1977) hat das anschaulich dargestellt: Er geht von einer Gegenüberstellung der gesellschaftlichen Bearbeitung von Konflikten aus, wie wir sie in "primitiven" Gesellschaften und wie wir sie bei uns, in der heutigen Art des Strafverfahrens, beobachten können. Dabei fällt zunächst auf, daß der Staat die Interessen des Geschädigten absorbiert hat, daß letzterer eine sehr marginale Rolle, hauptsächlich die eines Zeugen, in dem ganzen Vorgang spielt. Der Prozeß der Konfliktbearbeitung ist ferner aus der sozialen Umgebung herausgelöst, in der der Konflikt stattgefunden hat - er wird, wenn überhaupt, von Vertretern der Medien beobachtet, die daraus eine Ware, ein spektakuläres Schauspiel für tatsächlich Uninteressierte machen und damit tun, was man

mit Waren so tut: sie möglichst profitabel verkaufen. (5)

Insgesamt ist der Vorgang, in dem die Aktivität hauptsächlich von den professionellen "Vertretern" der (dadurch weiter deformierten) Interessen ausgeht, technisch, in seinen Regeln für den Laien schwer durchschaubar und langweilig. Was dabei herauskommt, die Strafe, ist am Täter orientiert und für alle außer ihm eine höchst abstrakte Angelegenheit - der Täter wird im Fall der Freiheitsstrafe "aus dem Verkehr gezogen", im Fall der Geldstrafe zahlt er eine Buße an den Staat; was das für die übrigen Beteiligten bedeutet, ist nicht von Interesse - sie werden (als Geschädigte) "auf den Zivilrechtsweg verwiesen" oder (als Angehörige, Freunde etc.) auf sich selbst und die Fürsorge. Daher kann man dann (und am Jugendgericht ist die Art von Äußerung wahrscheinlich besonders häufig) vom Geschädigten Aussagen hören wie: "Das hab ich eigentlich nicht wollen, daß der Bub deshalb eingesperrt wird. Und außerdem, wer ersetzt mir jetzt den Schaden?""

Damit wird der Konflikt aber noch in einem zweiten Sinn "enteignet": Man verliert durch die Existenz solcher Apparate, die Probleme gerufen oder ungerufen an sich ziehen, auch die Fähigkeit, sich vernünftig auseinanderzusetzen, Schwierigkeiten miteinander zu lösen, ohne nach einer Autorität zu rufen, die entscheiden soll, Kompromisse einzugehen, statt nach "Schuld" und "Unschuld" zu suchen, auch die, Koalitionspartner zu suchen, wenn man sich schlecht behandelt fühlt, kurz: soziale Beziehungen und soziale Umgangsformen zu pflegen und sich um das zu kümmern, was sich zwischenmenschlich in der Umgebung so abspielt. Das gilt nicht nur für die Probleme, die heute strafrechtsförmig abgehandelt werden, sondern auch für solche, in denen es um Hilfeleistungen geht, die jemand braucht (was übrigens in den genannten, heute strafrechtsförmig abgehandelten Problemen gewöhnlich auch der Fall ist), um Ratschläge oder auch nur um das geduldige Zuhören. Die Fähigkeiten dazu gehen in dem Maß verloren, in dem sich spezialisierte Einrichtungen anbieten, die diese schlichten Formen des sozialen Umgangs miteinander als "Dienstleistungen" verkaufen und aufdrängen. Umgekehrt führt das dazu, daß diejenigen, die da Probleme haben, diese in einer Form zu präsentieren gezwungen sind und sie zuletzt auch schon so wahrnehmen, wie sie von den "zuständigen" Einrichtungen aufgenommen werden können. Wir versuchen dann schon gar nicht mehr, unsere Seelenschmerzen gemeinsam mit Freunden abzuarbeiten (wobei sich vielleicht sogar herausstellen könnte, daß wir alle ähnliche Schmerzen haben und daher vielleicht einmal deren Ursachen nicht jeder in sich, sondern womöglich in unerträglichen Lebensumständen suchen sollten, gegen die wir am Ende gemeinsam was unternehmen könnten), sondern wir laufen zum Therapeuten, in die Selbsterfahrungsgruppe oder nach Poona (und ersetzen damit Freundschaft durch Geld). Die beiden folgenden Beispiele aus soziologischen Untersuchungen sollen diese Deformation der Probleme durch das vorhandene "Hilfe"-Angebot nochmals illustrieren.

Strotzka et al. (1969) finden, daß in der Klientel eines praktischen Arztes in einer Kleinstadt etwa 2o% der Männer als "psychiatrische Fälle" (großteils "psychogene Reaktionen") zu diagnostizieren sind, allerdings mit einem interessanten Unterschied zwischen Männern aus kleinstädtischem und denen aus landwirtschaftlichem oder industriellem Milieu: bei letzteren überwiegt die Diagnose "organisch-psychisch

gemischt", bei ersteren die rein "psychiatrische" (6). Das heißt erstens, daß viele Leute sich für ihre "Seelenschmerzen" Hilfe vom Doktor erwarten, also ihn gar nicht nur als Experten für organische Leiden auffassen, als der er ausgebildet ist, und daß zweitens die Männer aus dem "härteren" Milieu ihre Schwierigkeiten eher mit einem Einschlag von "organischer" Krankheit präsentieren, bzw. nur dann den Arzt aufsuchen, wenn sie das (auch) "organisch" rechtfertigen können.
Ein zweites Beispiel: In einer Untersuchung zur Jugendkriminalität in einer neuen Stadtrandsiedlung Wiens, die in dem Ruf besonders hoher Kriminalität stand (was sich, an den Verurteilungen von Jugendlichen aus der Gegend gemessen, als unbegründet erwies), berichteten uns die Polizisten dort, daß ihnen in der Siedlung auffalle, daß "die Leute wegen jedem Schmarren zur Polizei rennen", mit Problemen also, mit denen die Polizei nichts anfangen konnte, weil sie unterhalb des Niveaus von "Kriminalität" lagen. Die Beobachtung ist aber deshalb nicht weiter verwunderlich, weil die in der anfangs mit recht wenig Infrastruktur ausgerüsteten Siedlung bunt zusammengewürfelten Leute wenig andere Stellen, an die sie sich wenden konnten, und noch keine auf persönlichem Kennen beruhende "private" Kultur der Konfliktbearbeitung hatten (vergl. Edlinger, Steinert & Tumpel, 1976).

In dem letzten Beispiel wird nicht nur deutlich, wie die einzig angebotene Einrichtung die Definition der Schwierigkeiten verändert, sondern auch, wie wenig sie die Leistungen zu bringen imstande ist, die hier nachgefragt werden: Die Leute brauchen nicht "wegen jedem Schmarren" die Polizei, sie brauchen Arbeitsplätze für die Mütter in Fußgänger-Distanz von der Wohnung, sie brauchen niedrigere Mieten, sie brauchen, wenn der Unfug der Satellitenstadt schon passiert ist, wenigstens ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsmittel ins Zentrum - und sie wissen das alles auch. Aber sie bekommen nicht, was sie brauchen, oder nur langsam und stückweise und erst, wenn sie damit drohen, daß ihre Kinder "alle kriminell werden in der Umgebung". Tatsächlich hat der schlechte Ruf, den die Siedlung (ungerechtfertigt) erworben hat, mit dazu beigetragen, daß dort energischer einiges an Infrastruktur aufgebaut wurde. Daraus läßt sich einiges über Politik lernen: Leistungen müssen in ihr mit Drohungen abgepreßt werden. Der schlichte Hinweis, daß es einem schlecht geht, genügt nicht. Und Kriminalität ist eine der Währungen, in denen da gehandelt wird (Wählerstimmen sind eine andere).

2. "HILFE STATT STRAFE" ODER: WANDLUNGEN DER KONFLIKTENTEIGNUNG

Die genannten Absurditäten gerade der strafrechtlichen Deformation von Problemen haben unter anderem auch zu der liberalen Forderung geführt, die strafrechtliche durch eine sozialrechtliche Intervention abzulösen und zu verdrängen. ("Hilfe statt Strafe" ist das Schlagwort dafür, modernisiert dann "Therapie statt Strafe".) Bei dieser geforderten Verschiebung der Art der staatlichen Intervention bleiben allerdings einige Strukturelemente erhalten: "Die Einrichtungen des Sozialstaats unterscheiden sich gelegentlich, was den Kontaktverlust zur Außenwelt und die psychischen Wirkungen auf die Insassen angeht, kaum von denen des strafenden Rechtsstaats" (Stolleis, 1979, S. 141). Neben den hier angesprochenen geschlossenen Anstalten, die - sozial-

rechtlich organisiert und finanziert - als "Hilfe" angeboten werden, stehen in den sozialstaatlichen Interventionen aber subtilere Ausschlüsse und Disziplinierungen zur Verfügung. Die Konflikte und Probleme werden auch hier in einer spezifischen Weise deformiert. Diese Verzerrung liegt im Fall der sozialrechtlichen Intervention vor allem in zwei Merkmalen: In der Monetarisierung der Leistung (die für Sozialrecht spezifisch ist) und in der Individualisierung (die Sozialrecht und Strafrecht gemeinsam ist), die sie voraussetzt und befördert. Es ist freilich im Fall des Sozialrechts mit seiner Vielfältigkeit schwieriger als im Fall des Strafrechts, ein einheitliches Paradigma der Intervention anzugeben. Wir müssen daher als Minimaldifferenzierung (im Anschluß an Gross & Badura, 1977, und an das, was auch die Statistik des Sozialbudgets tut) Einkommensleistungen und Dienstleistungen unterscheiden.

Wenn wir zunächst mit den Einkommensleistungen beginnen, so ist für sie historisch zu zeigen, daß sie andere Formen der Organisation von notwendigen Leistungen und Hilfen verdrängt haben. Was früher politisch organisiert war oder gefordert wurde, wird nun durch Geldleistungen "abgekauft". Diese "Monetarisierung" drückt sich schlagartig etwa in der Entwicklung aus, die die Forderung nach einem "Recht auf Arbeit" mit dem "Recht auf Arbeitslosenunterstützung" beantwortet hat (7). Historisch wird man davon ausgehen können, daß in einer ersten großen Phase der Sozialpolitik die Monetarisierung - am deutlichsten sichtbar in der Entwicklung des Systems der Sozialversicherung - im Vordergrund stand, während erst in einer zweiten (beginnend etwa in der Zwischenkriegszeit) die Einrichtung von Dienstleistungen an Bedeutung zunahm - am deutlichsten sichtbar in der Entwicklung der Sozialarbeit. (Gross & Badura, 1977, S. 364 ff, weisen auf die starke Vergrößerung des Anteils der "Sachleistungen" am Sozialbudget hin, die überwiegend im Gesundheitsbereich erbracht werden.) Daß damit die Monetarisierung als "Transformation von personalen Bedürfnissen und Interessen in sozio-ökonomische Verhältnisse" (Hack & Hack, 1979, S.111) keineswegs zurückgenommen wird, sondern eher weiter fortschreitet, läßt sich nicht nur an der in der eben genannten Arbeit untersuchten Entwicklung der privaten Versicherungssysteme ablesen, sondern auch etwa an der Wohnungspolitik (8), oder an der Entwicklung der (käuflichen) "psychischen Versorgung" durch Gruppen- und sonstige Psycho-Veranstaltungen als Ersatz für Freundlichkeit und Freundschaft und demnächst wohl für nicht berufliche, private "Beziehungen" überhaupt (9).

Historisch ist an der Einrichtung der staatlichen Sozialversicherung 1883 überdeutlich ablesbar, daß damit nicht nur die Leistungen des beginnenden Sozialstaats verallgemeinert, sondern zugleich die gesellschaftliche Verankerung, was heißt: die Verflechtung dieser Leistungen mit noch anderen sozialen Beziehungen, im speziellen Fall mit Solidaritätskernen in der Arbeiterschaft, gekappt wurde (1o).
"Der in den Sozialistengesetzen legalisierte 'Klassenkampf von oben' hatte die Hauptfunktion, diese vielfältigen Ansätze zu einer alternativen Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse (gemeint sind kollektiv-solidarische Selbstorganisationen im Vorfeld der partei- und gewerkschaftsmäßig organisierten Arbeiterbewegung - HSt) ... zu zerschlagen; und er implizierte nicht zuletzt mit der Requirierung der Kassen und Fonds eine Beseitigung jener Ressourcen, die für die

Handlungsfähigkeit dieser Organisationen unerläßlich waren - defensiv zur Absicherung gegen soziale 'Schicksalsschläge', die den Einzelnen trafen; offensiv als Streik- und (funktionsäquivalente) Unterstützungskassen" (Hack & Hack, 1979, S. 1o7). Das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Integration auch dann, wenn man nicht imstande ist, sich durch Anbieten seiner (Lohn)Arbeitskraft aktuell zu verkaufen, das Bedürfnis also, zu einer möglichst multi-funktionalen Gemeinschaft zu gehören, in der man auch anders als in der Reduktion auf die genannte Lohnarbeitskraft "gebraucht" wird und die einen daher im Notfall solidarisch nicht im Stich läßt, wird hier transformiert in ein "Bedürfnis" nach Geldauszahlungen, also nach einer Fortsetzung des Lohnarbeitsverhältnisses mit anderen Mitteln. Der Leistungsanspruch gegenüber einem jetzt anonymen "Staat" (11) wird durch disziplinierte Lohnarbeit "erkauft" und führt gemeinsam mit der Undurchschaubarkeit des Verhältnisses von Einzahlungen zu Auszahlungen zu jenem Mißtrauen, das innerhalb der "Solidargemeinschaft" mehr Konkurrenz und Angst um die Auszahlung stiftet als Solidarität (12).

Die Dienstleistungen, die wir als zweite Form sozialpolitischer Leistungen unterschieden haben, und bei denen wir mit der letzten Bemerkung bereits angelangt sind, transformieren die Bedürfnisse, die sie zu befriedigen versprechen, durch eine womöglich noch ausgeprägtere Individualisierung der Betroffenen, die - jedenfalls bei Fürsorge und Sozialarbeit - ihre Berechtigung zum "Genuß" der Leistung erst einmal durch Nachweis ihrer "Bedürftigkeit" darzutun haben. Die so erzwungene Selbstdegradierung macht die schließlich erreichte Leistung zum Beleg, daß man nicht vollwertig ist, und oft zu etwas, das man der Bürokratie mit List und Tücke "abgeluchst" hat ("Sozialamtsvirtuosen", die eine Stelle gegen die andere auszuspielen imstande sind, kennt jeder Sozialarbeiter). Jedenfalls ist mit diesen Leistungen immer auch eine Disziplinanforderung verbunden, durch deren Erfüllung man das Unterstützungssystem, daß man in Anspruch nimmt, möglichst schnell wieder verlassen soll. Die Ideologie (und Praxis) der "Hilfe zur Selbsthilfe" hat bei aller Menschenwürde-Rhetorik einen deutlich durchschimmernden Hintergrund von Leistungverweigerung. Die systematische Psychologisierung der Probleme läßt ihre gesellschafts-organisatorische Lösung nicht einmal als Möglichkeit auftreten, oder doch nur als versperrte Möglichkeit.

Wir haben also in Strafrecht und Sozialrecht deutlich verschiedene, in jedem Fall aber Transformationen der Probleme und Bedürfnisse, die sie verarbeiten können, vor uns. Trotzdem sollte man die Gemeinsamkeiten nicht übersehen: Beide individualisieren und disziplinieren, das Sozialrecht freilich auf eine etwas subtilere und "modernere" Art als das Strafrecht mit seiner plumpen Abschreckung. Insofern sind die beiden jedenfalls nicht auf allen Dimensionen entgegengesetzt und unverträglich. In ihrer gemeinsamen Tendenz zur staatlich vermittelten Individualisierung (und damit zur Verhinderung von gesellschafts-organisatorischen, autonomen Lösungen) arbeiten sie vielmehr an der gesellschaftlichen Verwirklichung dessen, was ich (in Steinert, 198o) als "jurizentrisches Gesellschaftsmodell" dargestellt habe, das damit nicht so sehr auf einer "Realitätsverkennung" seitens der Juristen, als vielmehr auf einem politischen "Programm" beruht, mit dessen Umsetzung diese befaßt sind. Die "hoheitliche Vergesellschaftung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft" (Rödel & Guldimann,

1978, S. 37) ist Strafrecht und Sozialrecht gemeinsam und wird von beiden abgesichert. Der beiden Interventionsformen gemeinsame individualisierende Zugriff führt so oder so zu einer staatlichen Verwaltung der betroffenen Individuen mit den damit verbundenen Degradierungen (vergl. Piven & Cloward, 1971). Wenn wir davon ausgehen, daß sozialrechtliche Intervention die Verwaltung und "Befriedigung" von zur "Sozialen Frage" umdefinierten Interessengegensätzen ist (deutlich wird dieser letzte Vorgang in der konservativen "Modernisierung" zur "Neuen Sozialen Frage"; siehe Geißler, 1976), dann haben wir hier eine Strategie des "Abkaufens" jedenfalls eines Teils der Interessen vor uns. Und solches "Abkaufen" ist mit Bedingungen verbunden, in erster Linie mit der des disziplinierten Einzahlens in Form von geregelter Arbeitsleistung (die Unterscheidung von "idle" und "deserving poor" stand schon am Anfang der nach-mittelalterlichen, nicht mehr primär religiös motivierten "Armenpflege", und sie spielt zumindest in der Praxis, in der Denkfigur der "selbstverschuldeten Armut", immer noch eine Rolle), und das Akzeptieren des "Handels" wird durch die im Hintergrund stehende Drohung ansonsten möglicher Kriminalisierung sehr nachdrücklich nahegelegt. In beiden Fällen erfolgt daher eine "Zurichtung" des Problems, für das "Hilfe" angeboten wird, nach den Bedrüfnissen der "helfenden Einrichtung" und nach den politischen Interessen, die hinter ihr stehen.

3. ÖKONOMIE UND POLITIK DER SOZIALEN AUSSCHLIESSUNG

Der bisher dargestellten Enteignung und Deformation der Konflikte und Probleme sind immer schon Teilökonomien und Subkulturen gegenübergestanden, in denen versucht wurde, sich diesem Zugriff zu entziehen, andere, autonome Prinzipien der Vergesellschaftung und des Umgangs mit den Schwierigkeiten des Lebens zu praktizieren. Meine These zu diesen Subkulturen ist, daß sie immer auch in Abhängigkeit von der herrschenden Ökonomie und Kultur entstanden sind, auch als Gegenentwürfe in deren Funktionieren eingebaut wurden. Noch ein Stück zugespitzt könnte man sagen, daß diese Teil-, Nischen- und Gegenökonomien von der herrschenden Ökonomie hervorgebracht werden, weil sie zu ihrer Ergänzung, auch zum Auffangen der Schäden, die sie produziert, notwendig sind. Gleich vorweg möchte ich aber betonen, daß der Nachweis dieser Abhängigkeit keine (auch politisch-taktische) Entwertung dieser "Alternativen" bedeutet: Sie können trotzdem Sprengkraft enthalten, indem sie die Einübung anderer Lebensformen ermöglichen, indem sie einen Widerspruch virulent machen, an dem die gesellschaftliche Entwicklung weitergetrieben werden kann.

Mit dem kapitalistischen Wirtschaften hat sich auch das Prinzip durchgesetzt, daß, wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll. Die Umkehrung dieses Prinzips blieb freilich ein frommer Wunsch, weil dieses Wirtschaftssystem zu keiner Zeit imstande war (und überhaupt nicht darauf angelegt ist), alle, die zu essen brauchen, mit Lohnarbeit (die in dem Spruch gemeint ist) zu versorgen (13). Tatsächlich funktioniert kapitalistisches Wirtschaften am besten, wenn die eingesetzte Arbeitskraft aus einem möglichst großen "Angebot" ausgewählt werden kann (eine noble Umschreibung für einen Zustand verbreiteter Arbeitslosigkeit) und die noch erfreulichste Seite dieses Wirtschaftssystems, sein eingebauter Zwang zur Rationalisierung, d.h. zum Ersetzen von leben-

diger durch "tote Arbeit" (Maschinerie), äußert sich nach der Logik dieses Systems ebenfalls als Arbeitslosigkeit, zumindest dann, wenn die permanent notwendige Ausweitung (eventuell nur vorübergehend und als Krisenmechanismus) an Grenzen stößt. Daher waren vom Beginn der Durchsetzung dieser Art des Wirtschaftens Parallelökonomien zur Erhaltung dieses "unproduktiven" Teils der Bevölkerung notwendig. Zum Teil bestanden diese "Alternativ"-Ökonomien aus den Überresten und Weiterentwicklungen der vor-kapitalistischen Armenfürsorge, zum Teil immer schon aus Systemen der unmittelbaren Gebrauchswertproduktion (14). Dabei war es von Anfang an ein Problem, diese Alternativ-Ökonomien zwar zu haben, sie aber nicht so effizient und attraktiv werden zu lassen, daß sie auf Dauer der Lohnarbeit vorgezogen wurden. Der Schrebergarten des Arbeiters ist als harmlose (und unpolitische) Sonntagsbeschäftigung durchaus in Ordnung, er darf nur nicht so groß werden, daß der Arbeiter von dem dort gezogenen Gemüse tatsächlich leben könnte. Die Alternativ-Ökonomie, besonders aber die Höhe der staatlichen Unterstützung, mußte unter dem Niveau gehalten werden, das mit der schlechtesten Lohnarbeit zu erreichen ist.

Die Methoden, wie man dieses "Gleichgewicht" herstellt, sind von ehrwürdigem Alter und ungebrochener Wirksamkeit:
Man kann:
administrativ die Subsistenz-Möglichkeit aus diesen Alternativ-Ökonomien niedrig halten, wie es in der Festlegung von Sozialhilfe-Sätzen oder im Verbot von "Schwarzarbeit" geschieht;
man kann
die Subsistenz daraus verhindern, indem man sie mit Degradierung, Einschließung (wie in der glorreichen Erfindung des Arbeitshauses, aus dem sich nach mittelalterlichen Anfängen die geschlossene psychiatrische Anstalt und das Gefängnis ausdifferenziert haben) und Kriminalisierung kombiniert;
und man kann - besonders an die Kriminalisierung anschließend - diese Alternaitiv-Ökonomien direkt gewaltförmig verhindern. Diese letzte Möglichkeit liegt offenbar besonders nahe, wo Systeme der unmittelbaren Gebrauchswertproduktion aufgebaut werden, die nicht, wie der private Haushalt, voll in den Dienst der Herstellung und Wiederherstellung der Lohnarbeit genommen werden können. Frühe Beispiele, wie etwa das der Diggers, zeigen das vielleicht am deutlichsten. Dieses Beispiel soll daher kurz dargestellt werden (15).

Am 1. April 1649, einem Sonntag, versammelte sich eine Gruppe von Armen am St. George's Hill nahe London und am Rand des Windsor Great Forest und begannen, das dort sehr unfruchtbare Brachland landwirtschaftlich zu bearbeiten. Ein alarmierter Beobachter mußte feststellen, daß sie "alle einladen, zu kommen und ihnen zu helfen und ihnen Essen, Trinken und Kleidung versprechen ... Es ist zu fürchten, daß sie dabei bestimmte Pläne haben" (Hill, 1972, S. 110). Solche Pläne hatten die Leute, die Diggers oder True Levellers genannt wurden, in der Tat, Pläne, die eine einfache und vernünftige Lösung für die sozialen Probleme dargestellt hätten, die damals (im Zug des Vorgangs der "Ursprünglichen Akkumulation", die Marx, 1867, 24. Kapitel, so eindringlich beschrieben hat) in England eine noch nicht dagewesene Menge an "freien" (d.h. subsistenzlosen) Menschen entstehen und einen Teil von ihnen verhungern ließen. Gerrard Winstanley, als Handwerker in London erfolglos und anschließend Landarbeiter, war der Theoreti-

ker und zugleich führende Aktivist der Diggers, die nicht nur auf St. George's Hill Selbstorganisation und Selbsthilfe dieser verarmten Massen einzurichten versuchten. Winstanley wußte, daß die Hälfte bis zwei Drittel des Grund und Boden in England nicht entsprechend kultiviert wurde, und daß ein Drittel Brachland war, dessen Kultivierung durch die Armen nur von den Grundherrn verhindert wurde. Vor allem war es auch das Gemeindeland (die "commons"), an dem die Grundherrn neuerdings Eigentumsrechte anmeldeten, was gegen alle "hergebrachten Rechte" und Ausgangspunkt langdauernder Auseinandersetzungen (und zahlreicher "krimineller" Akte wie Holz- und Wilddiebstahl) war. "Würde das Brachland von Englands Kindern kultiviert, wäre England in ein paar Jahren das reichste, stärkste und blühendste Land der Welt" (S. 128 f). "Es gab genug Land, um eine zehnmal so große Bevölkerung zu ernähren, Bettelei und Verbrechen abzuschaffen und England zur ersten unter den Nationen zu machen" (S. 129).
Innerhalb kurzer Zeit entstanden zahlreiche Diggers-Kommunen in Süd- und Zentralengland (S. 124-128) und ebenso rasch und energisch war die Reaktion der Grundherren: Sie organisierten Überfälle auf die Kommunen, boykottierten sie wirtschaftlich und verfolgten sie mit gerichtlichen Klagen. Schon im April 165o war die St. George's Hill-Kommune gewaltsam zerstört und niedergebrannt, waren die Diggers aus der Gegend vertrieben (S. 113). Gerrard Winstanley begab sich mit einem Teil der Leute in den Dienst der Lady Eleanor Davies, "einer exzentrischen Persönlichkeit, die sich selbst als Prophetin verstand" (S. 128) und konnte seine Erfahrungen nur mehr theoretisch weiter verarbeiten. Die sozialpolitischen Ideen der Diggers waren unter den gegebenen Umständen nicht zu verwirklichen. Bettelordnungen, die tatsächlich Bettelverbote waren, Arbeitshäuser und Armengesetze, die Vorläufer der Fürsorge, genügten.

Das Beispiel ist auch insofern aufschlußreich, als es etwas über die Randbedingungen aussagt, unter denen solche Formen der "Alternativ-Ökonomie" möglich sind und auf Dauer zugelassen werden. Die Diggers versuchten, die "Zwischenräume" der herrschenden Ökonomie zu nützen, das vorhandene Brachland, und sie scheiterten daran, daß sie sich damit gegen den sich durchsetzenden kapitalistischen Eigentumsbegriff vergingen, der gerade mit den traditionellen Nutzungsrechten aufräumte und sich sehr wohl auch auf Brachland erstreckte (so wie heute auf leerstehende, unbenützte, mit Bedacht ruinierte Wohnhäuser oder nicht mehr genützte Fabrikgelände, die auch als Veranstaltungs- und Kommunikationszentren brauchbar wären). Es gibt andere, spätere "Alternativ"-Projekte, die es vermieden, an dieser Klippe anzuecken und sich dementsprechend länger halten konnten.

Insgesamt stehen aber wohl alle erfolgreichen "Alternativ"-Ökonomien in der ambivalenten Situation, zugleich von der herrschenden Ökonomie hergestellten "Nischen" oder "private" Enklaven auszunützen <u>und</u> sich damit gegen diese herrschende Ökonomie zu wenden. Die kapitalistische Ökonomie besonders hat immer auch von solchen "Alternativen" gelebt, in denen die Gesetze der Warenförmigkeit und des Äquivalentenaustausches tendenziell aufgehoben waren und die gerade dadurch nützlich und notwendig waren - und zugleich Elemente eines Widerspruchs darstellten, weil sie andere Formen der Vergesellschaftung repräsentieren: von der Familie, von öffentlichen Diensten und von "Armuts-Ökonomien". Die wichtigste davon war immer der "private" Haushalt, der

intern gerade nicht warenförmig funktionieren darf, um nach außen die Ware Arbeitskraft hervorbringen zu können, und selbst innerhalb des "privaten" Betriebs wurden Variationen zugelassen (etwa die kleinbürgerliche der Selbstausbeutung und sogar genossenschaftliche), so lange der Betrieb für den Markt arbeitete und also ein warenförmiges Produkt hervorbrachte und -bringt. Heute ist dazu ein immer größerer Bereich gekommen, in dem Warenförmigkeit jedenfalls nur sehr gebrochen das herrschende Prinzip der Vergesellschaftung darstellt: der der öffentlichen Dienste. Und auch dieser Bereich ist bekanntlich kein "Fremdkörper" innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftens, sondern dessen notwendiger Bestandteil und wichtige Voraussetzung.

Auch die "Alternativ"-Ökonomie schließlich, die wir heute kennen, ist in vielfältiger Weise mit dem Gesamtsystem kapitalistischen Wirtschaftens verbunden, bleibt vom Staat abhängig und erfüllt unter anderem auch eine nützliche Funktion, indem sie (nur zum Teil freiwillig) Drop-outs auffängt: "Hätten allerdings die für die 6oer Jahre geschätzten eineinhalb Millionen drop-outs in den Vereinigten Staaten Arbeitsplätze verlangt, hätte die Situation vielleicht ganz anders aussehen können. So konnte sich die Wirtschaft eine große Zahl freiwillig Arbeitsloser leisten, die von Minimaleinkommen lebten. ... Die Gegenkultur wurde in einer Überflußgesellschaft geschaffen, die über eine fortgeschrittene Technologie verfügte, und sie lebte parasitär vom Mehrwert der herrschenden Gesellschaft und trotzdem in einem antagonistischen Verhältnis zu ihr. Die Hippies erklärten die materiellen Dinge des Lebens für unwichtig, lebten aber von einem Wohlfahrtssystem, das mit der Mehrwertproduktion verbunden ist; sie verachteten die technologische Entwicklung, hörten aber Musik aus komplizierten Stereo-Maschinen und sahen ausgeklügelte Light-Shows. Sie hielten Freiheit für eine individuelle Sache, wurden aber von einem machtvollen Staat kontrolliert. Während die Software aus der Hippie-Kultur kam, die Musik, die Texte, die Gestaltungsideen, blieb die Hardware im Eigentum der Medien-Unternehmer. Die kleinen Unternehmen, Kunst-Läden, Restaurants sind eine herkömmliche Lösung für ein marginalisiertes Kleinbürgertum, und sie sind von Lohnarbeit abhängig. Die Widersprüche spitzten sich schnell zu ..." (Brake, 198o, S. 96 f).
Diese Ambivalenz, denke ich, muß man festhalten, wenn man von "Alternativen" spricht: Sie sind Produkt der herrschenden Formen von Vergesellschaftung und ihrer Widersprüche und sie sind auch Auflehnung dagegen, indem sie aus diesen Widersprüchen Möglichkeiten der Lösung, Vorstellungen von einem besseren Leben entwickeln, sie zu verwirklichen und vielleicht sogar zu verallgemeinern versuchen. Aber sie arbeiten dabei in Abhängigkeit von der herrschenden Ökonomie und Kultur und mit den Mitteln, die diese zur Verfügung stellen.

4. KLEINER REFLEXIVER EXKURS MIT DEM ZIEL EINER GENAUEN KLÄRUNG DER INTERESSENLAGE

Nach der herrschenden Dramaturgie eines Aufsatzes wären jetzt die bisherigen allgemeinen theoretischen Überlegungen auf den besonderen Fall der Sozialarbeit anzuwenden, wäre womöglich gar zu sagen, wie eine "politische" Sozialarbeit unter Berücksichtigung dieser gesellschaftlichen Verstrickungen auszusehen hätte. Aber die guten Ratschläge sind billig und daß jedermann, der gar nicht betroffen ist, seine

Anforderungen an den Sozialarbeiter stellt, gehört ohnehin zu dessen beruflichem Schicksal. Auch hat der deutsche Professor lange genug gerade dem Sozialarbeiter immer wieder scharfsinnig mitgeteilt, wie sehr dessen Arbeit "im Interesse des Kapitals" sei, wie sehr er seine "Klienten" abhängig mache und wie immer die schlauen Durchblicker-Formeln lauten. Ich kenne das als ehemaliger Sozialarbeiter und heutiger Professor zur Genüge von beiden Seiten und es ermüdet mich. Diese Ermüdung steigert sich wahrscheinlich noch besonders dadurch, daß heute dem deutschen Professor bei jeder sich bietenden Gelegenheit eben dieses Argument in Bezug auf seine eigene berufliche Tätigkeit von seinen Studenten entgegengehalten wird. Wenn man hier geduldig weiterfragt, endet man gewöhnlich damit, daß schließlich alles, was im Kapitalismus geschieht, "im Interesse des Kapitals" ist- eine weder besonders originelle noch besonders hilfreiche noch besonders richtige Einsicht. In dieser Form von Argument geht es vielmehr um die alte linke Profilierungssucht, die sich am besten (selbst) befriedigt, wenn es gelingt, eine besonders "erbarmungslose" und "illusionslose" Position aufzubauen, der gegenüber der jeweils andere dann gezwungen ist, sich als "Reformist", "Pragmatiker" oder schlicht "inkonsequent" zu bekennen, was ihn im Profilierungsspiel zutiefst diskreditiert (16). Mit der Etablierung und verbalen Anerkennung der Existenz einer "Alternativ"-Kultur hat dieses Spiel neues Material bekommen. Sinnvoller ist es dadurch nicht geworden.

Der Sozialarbeiter wie der Professor gehören, wenn überhaupt, zu dem Teil der Bewegung, den Huber (1980) als die "Etablierten der Alternativ-Bewegung" beschreibt, und sofern hier gesellschaftsveränderndes Engagement besteht, gibt es auch ein Interesse daran, herauszufinden, ob sich da halbwegs hoffnungsvolle Möglichkeiten auftun, was halbwegs Sinnvolles zu tun. Der polarisierende Druck, entweder "Aussteiger" oder "Büttel des Kapitals" sein zu müssen, ist dagegen zentraler Teil jener linken Selbstentmutigung, die wir aus der Dogmatisierungsphase im Niedergang der Studentenbewegung geerbt haben. Es gibt eine Menge Anzeichen dafür, daß diese linke Selbstentmutigung sich aufzulösen beginnt - was nicht zuletzt auch dadurch zu befördern wäre, daß man die Erfahrungen aus der jüngeren Geschichte der sozialen Bewegung in der BRD einmal neu sortiert und sich einmal fragt, ob diese Geschichte nicht auch unter dem Aspekt einer Erfolgsgeschichte, nicht nur unter dem einer Geschichte von Niederlagen zu schreiben wäre. Gerade angesichts des Selbstbewußtseins der Alternativ-Kultur als antistaatlich, das denen, die von öffentlichen Geldern leben und mit ihnen arbeiten, eine Perspektive der Kooperation erschwert, wäre da wohl einiges zu lernen und zur Kenntnis zu nehmen.

Unbestreitbar ist ja, daß die Revolutionsfantasien, die da gewesen sein mögen, inzwischen gründlich abgeschminkt sind, daß die "Avantgarde-Kader" sich gemeinsam mit ihrer "Massenbasis", die sich nicht und nicht zeigen will, als Irrtümer herausgestellt haben - und daß umgekehrt nicht gerade nichts sich verändert hat, auch wenn vieles wieder zurückgedrängt wurde, vieles in den starken Sprüchen steckenblieb. Von da aus wird vielleicht auch akzeptabel, daß man sich "den Staat" nicht einfach wegwünschen kann, daß man vielmehr emotionsfrei, schlau und gekonnt mit ihm wird umgehen müssen. Und vielleicht sind

da auch Arbeitsteilungen denkbar, die in Produktiverem bestehen als dem gelegentlichen "Abdecken" von Vorstößen (oft genug verbunden mit elastischen Abfedern, weil man sich selbst angegriffen fühlt), der unermüdlichen hilfsbereiten Arbeit am Einzelfall, zu der sich viele verpflichtet fühlen (und dieses Herauslocken von Mehrarbeit aus denen, die noch was wollen, gehört zu den wichtigeren Ausbeutungsmechanismen, über die der öffentliche Dienst verfügt, indem er die unmittelbaren Produzenten seiner Leistungen unter den Druck der Klientenbedürfnisse setzt und gleichzeitig die Mittel vorenthält, diese Bedürfnisse zu befriedigen), gar nicht zu reden von dem depressiven "Durchhängen" derer, die an irgendeinem Punkt beschlossen haben, die Institution, die sie nicht tun läßt, was sie gern täten, nun ihrerseits auszubeuten - was halt nur auf Kosten auch derer geht, die die öffentliche Dienstleistung doch brauchen. (Die Beispiele des Krankenhauses oder der Müllabfuhr sind da vielleicht überzeugender als die der Sozialarbeit oder der Universität.)
Das meint folgendes: Gesellschaftliche und politische Verbesserungen von einiger Radikalität - das wäre eine Folgerungen aus den in den beiden ersten Abschnitten verhandelten theoretischen Erwägungen, Wolf-Dieter Narr hat es kürzlich (198o) wieder herausgestrichen, die Geschichte lehrt es allenthalben, und überhaupt sollte man es eigentlich für eine Banalität halten können - kommen nur zustande, wenn sich die Form der gesellschaftlichen und politischen Organisation ändert. Das heißt konkret und für hier und heute: wenn die warenförmige Vergesellschaftung und die bürokratisch-herrschaftsförmige Politik durchbrochen werden. (Insofern wäre es eben kein Erfolg, wenn z.B. "die richtigen Leute im Gefängnis säßen", sondern erst einer, wenn wir ohne Gefängnisse auskämen.)

Die Geschichte der Studentenbewegung könnte auch als die Geschichte solcher Experimente mit neuen gesellschaftlichen und politischen Formen geschrieben werden - manche davon mit katastrophalem Ausgang, manche durchaus erfolgreich: An den Verkehrsformen hat sich zumindest in gesellschaftlichen Teilbereichen gewaltig was verschoben, man denke nur an die erotischen Beziehungen damals und heute oder an die Lebensform der Wohngemeinschaft, die Demonstration als politisches Mittel hat sich durchgesetzt (nach polizeilicher Zählung gab es in der BRD 1979 fast eineinhalbmal so viele Demonstrationen wie 1969 und fast dreimal so viele wie 197o), usw.
Die Erfahrungen aus solchen Experimenten enthalten auch die, daß sie auch bürokratie- bis polizeiförmig niedergeprügelt werden können, aber ebenso die, daß Widerstand der Konsumenten von öffentlichen Diensten nicht wirkungslos bleiben muß. Sofern die "Alternativ"-Bewegung solchen Widerstand bietet (und das tut sie zweifellos auch), kann sie in arbeitsteiliger Kooperation mit denen, die öffentliche Dienstleistungen produzieren, zum Motor von Veränderungen im staatlichen Apparat werden. Und solche Veränderungen des Funktionierens staatlicher Appatate sind auch notwendig, wenn die Alternativ-Kultur erhalten bleiben und sich verallgemeinern können soll. Sie werden freilich nicht der Fall sein, solange die Staatsabhängigkeit der "Alternativ"-Kultur verschämt verleugnet wird, weil man die absolute Staatsablehnung zur Identitätsfindung braucht. Man muß den Staat nicht lieben, um ihn zur Kenntnis zu nehmen.

5. SOZIALARBEIT ALS ANPASSUNG DER ÖFFENTLICHEN DIENSTE

Wenn die bisher vorgelegten Befunde und Erwägungen stimmen, wenn also ein Prozeß der Problementeignung festzustellen ist, in dem neben der "Kapitalisierung" (also der Umwandlung in Warenbeziehungen) die "Verstaatlichung" eine entscheidende Rolle spielt, wenn ferner "Alternativ"-Ökonomien von diesen Enteignungen und Deformationen der Probleme nicht nur schlicht unterdrückt, sondern auch hervorgebracht und benützt werden, wenn also tatsächlich solche "Alternativ"-Ökonomien ziemlich staatsabhängig sind, wenn sie aber trotzdem wichtige Elemente nicht-kapitalistischer Vergesellschaftungsformen enthalten, dann stehen die Produzenten öffentlicher Dienstleistungen vor der Schwierigkeit, wie sie die offensichtlich benötigten Leistungen hervorbringen und die damit verbundenen Transformations- und Kontrollaufgaben vermeiden, nach Möglichkeit sogar abbauen helfen können. Die beiden naheliegenden "Lösungen", die Produktion der Leistung einfach aufzugeben oder aber, sie so zu erbringen, wie es die gegebene Organisation eben zuläßt, sind offensichtlich kurzschlüssig. Die Leistungsverweigerung speziell des Sozialarbeiters geht in den meisten Fällen eben doch auf Kosten der Betroffenen, kommt offensichtlichen Sparinteressen entgegen, geschieht unter der Hand ohnehin schon und verändert nichts am Funktionieren der Sozialverwaltung. Vielmehr muß es umgekehrt darum gehen, die Tatsache der Staatsabhängigkeit so zu benützen, daß dabei eine Anpassung des Funktionierens der öffentlichen Dienste an die Bedürfnisse und Funktionsbedingungen von Initiativen, z.B. auch von "Alternativ"-Projekten erfolgt.

Das heißt aber auf dieser noch immer abstrakten Ebene, daß sich das Verständnis von Sozialarbeit umkehrt: Der Sozialarbeiter ist dann nicht der Vertreter der Institution, in der öffentliche Dienstleistungen produziert werden, der diese Produkte an den "Klienten" vermittelt, sondern er ist dazu da, daß die Leute, die eine öffentliche Dienstleistung brauchen, "ihren Mann/ihre Frau" in der Sozialverwaltung haben. Seine Aufgabe ist die Anpassung der Institution, nicht die der "Klienten". Wenn viele "alternative" Projekte nur durch direkte oder indirekte staatliche Subventionierung ermöglicht werden, wenn sie Absicherung gegen Angriffe,vielleicht auch know-how für den Umgang mit staatlichen Stellen brauchen können, und wenn z.B. Sozialarbeiter einen gewissen Zugang zu diesen Ressourcen haben, dann ist zunächst einmal nicht einzusehen, warum diese Leistungen nicht erbracht und genützt werden sollen. Das wird freilich Folgen haben: Der Sozialarbeiter kommt damit unter Druck, die Kontrollaufgaben, die auszuüben er bei Strafe beruflicher Sanktionen, im Extrem des Jobverlusts genötigt werden kann, ebenfalls zu erbringen. Damit zwingen ihn dann aber seine eigenen Jobinteressen, seine Arbeitssituation und damit das Funktionieren der öffentlichen Dienstleistungen so zu gestalten und umzugestalten, daß eine sinnvolle Betreuung von Basisprojekten möglich ist. Wenn das funktionieren soll, muß er nicht nur Druck von unten weitergeben können, sondern er muß auch geschützt werden gegen die Sanktionen, die da immerhin zur Verfügung stehen. Öffentlichkeitsarbeit, auch Abstützung durch die gewerkschaftlichen und professionellen Berufsorganisationen, sind daher nicht zu vernachlässigende Bestandteile einer so verstandenen "Sozialarbeit" (17).

Dabei geht es vor allem auch darum, neben der Erhaltung und Verbesserung der Bedingungen für "Alternativ"-Projekte die in ihnen angeleg-

ten Elemente neuer Vergesellschaftungsformen daraufhin zu überprüfen, was sie an Veränderung der öffentlichen Dienste erfordern würden, wenn sie sich verallgemeinern sollen. Ich denke, daß dabei recht "radikale" Ergebnisse zutage kommen könnten. Ich möchte das nochmals am Beispiel der "Enteignung der Konflikte", also an den Bereichen, die heute zwischen polizei/justizförmiger und sozialarbeiterischer "Bearbeitung" schwanken, illustrieren.

In der "Alternativ"-Kultur haben sich unter anderem auch neue Formen der Konflikt-Regulierung entwickelt, Formen, denen jedenfalls gemeinsam ist, daß sie möglichst weitgehend ohne autoritative Entscheidung und mit einem vergleichsweise flexiblen Regelsystem zurechtkommen. Die "Subkultur" scheint einmal durch eine vergleichsweise hohe Toleranz für Umgangsformen gekennzeichnet zu sein, die sonst als "abweichend" sanktioniert würden, was auch ein Stück Gleichgültigkeit bedeutet, aber ebenso Techniken des Umgangs mit solchem Verhalten, in denen dieses als erträglich, vielleicht sogar "interessant" oder jedenfalls Ausdruck einer Persönlichkeit eingebaut wird, der soweit auch zulässig ist. Es geschieht wohl nicht ganz zufällig, daß sich auf Subkultur-Veranstaltungen mit einer gewissen Häufung denen, die eine "modische" Abweichung in Stil und Verhalten pflegen, auch Leute einfinden, die sonst als ausgeschlossen jedenfalls öffentlich wenig sichtbar werden. Als in Wien das ehemalige Schlachthofgelände St. Marx als "Arena" besetzt war und einen Spätsommer lang als Kultur- und Kommunikationszentrum fungierte (18), war etwa der Anteil der Körperbehinderten an den Besuchern dort auffällig - ein hoch erfreuliches Zeichen für das Klima, das dort herrschte. Die "Subkultur" hat ferner eine hohe Zugänglichkeit der ihr zugehören füreinander, eine heruntergesetzte Schranke für Kontaktaufnahmen, die sich schon in der geläufigen Du-Anrede auch unter Fremden ausdrückt, und zu der auch eine etwas höhere Bereitschaft als sonst üblich gehört, zuzuhören, auf einander einzugehen und auch gewisse Hilfen zu leisten. Die Subkultur könnte unter anderem als der Versuch interpretiert werden, unter den Bedingungen städtischer Anonymität (deren Vorteile, etwa an Toleranz und Nicht-Einmischung, gewahrt werden) die dörflichen Bedingungen allseitiger Bekanntschaft und Vertrautheit zu simulieren (vielleicht auch nur zu fingieren). (Die Satire von Dienstag, 1978, hat daher wie jede gute Satire einen hohen Wahrheitsgehalt.) Unter diesen Bedingungen kann auch kein großes Interesse daran bestehen, im Fall von Schwierigkeiten miteinander allzu schnell die offiziellen Institutionen zu mobilisieren, die herkömmlich angeboten werden und sich anbieten. Vielmehr besteht die starke Neigung, mit jener Mischung von Sich-Kümmern und Unverbindlichkeit Probleme zunächst mit Bordmitteln anzugehen.

Es gibt genügend Beispiele dafür, daß diese Art von Vorgehen Problemlösungen ermöglicht, die besser sind als das, was sich auf "rechtsförmigen" Wegen erreichen ließe. In der oben genannten "Arena" etwa entwickelten sich ziemlich rasch Konflikte zwischen den "Kulturlinken" (meist "besserer" Herkunft) und den Jugendlichen aus dem proletarischen Bezirk, in dem das "Arena"-Gelände lag. Der Konflikt war schlicht einer zwischen unterschiedlichen Kulturen; die "rauhe" Art der Jugendlichen, speziell auch ihre Umgangsformen gegenüber Mädchen und ihr Umgang mit Alkohol (samt den sich daraus ergebenden Folgen für das Verhalten) erzeugten Angst und führten auch zu unerfreulichen

Vorkommnissen. Es gab unter den "Arena"-Besetzern vereinzelt die Idee, daß man da die Polizei brauche, die schließlich auf den Ruf nach Sozialarbeitern, der Sache der "Arena" nahestehenden natürlich, reduziert wurde. Es war in der Folge möglich, die Aufgabe, die ihnen zugemutet worden war, allmählich als eine deutlich werden zu lassen, die alle Mitglieder der "Arena" zu erfüllen hatten, die nicht auf Spezialisten abzuwälzen war. Es wurde deutlich, daß die einzig wirklich nützliche Kompetenz des "Sozialdienstes", der sich gebildet hatte, die war, Behördenkontakte spielen zu lassen, wo es z.B. um die Beschaffung von Unterkünften ging (was besonders zuletzt, als die "Arena" geräumt und plattgewalzt wurde, Bedeutung bekam), oder um die gelegentlich mögliche Klärung der Situation von Jugendlichen, die von zu Hause oder aus Heimen davongegangen waren. Das "Anlaßproblem" war hingegen sicher nicht in dem Sinn "lösbar", daß es verschwunden wäre, aber es entwickelten sich Formen des Umgangs miteinander, vor allem auch mit Hilfe einzelner "vermittelnder" Personen. Dabei war auch deutlich, daß die Probleme zum Teil aus dem Druck von außen entstanden, aus dem Zwang, einer feindseligen Öffentlichkeit keine Aufhänger für Skandalisierung zu bieten, daß ohne diesen Druck die Toleranz wahrscheinlich weiter gegangen wäre als sie so gehen konnte.

Ein anderes Beispiel, das angstfreie Eltern mit einer guten Beziehung zu ihren jugendlichen Kindern kennenlernen können, bietet der Umgang mit Drogen. Man kann da den Eindruck gewinnen, daß junge Leute, die in die Nähe eines "ungekonnten" Umgangs mit Drogen kommen, wenn überhaupt dann durch die Gleichaltrigen "aufzufangen" sind. Das setzt dann allerdings voraus, daß diese weder panisch noch mit besonderer Faszination und eigenem Beeindrucktsein reagieren, eine Reaktion, die von der "offiziellen" Haltung zu diesem Problem nicht gerade erleichtert wird. Hier könnte es aber eine Aufgabe für Sozialarbeit sein, die Einschüchterungen und Verängstigungen abzubauen, die derzeit eine solidarische Haltung unter Jugendlichen, speziell solchen gegenüber, die in Probleme geraten, erschweren (19).

An der erwähnten "Arena" war im Übrigen gut zu sehen, daß sie ihre selbstgestellten Aufgaben besser auch nicht mit mehr Problemen erfüllen konnte, als das in jedem "professionell" organisierten Zentrum der Fall ist, wobei noch eine Reihe von Personen und Personenkreisen integriert wurde, denen gegenüber die "professionelle" Organisation nichts zur Verfügung hat als den hilflosen Ausschluß (und seit den Zeiten des "Randgruppentrips" haben wir wohl auch gelernt uns zuzugeben, daß Leute, die Probleme haben, häufig auch Probleme machen, daß es da also wenig zu romantisieren gibt): Es gab zu essen und zu trinken, es gab Veranstaltungen, Einrichtungen und Aktivitäten aller Art, in denen sich die Leute wohlfühlten, es gab Hilfeangebote und Problemlösungen für die auftretenden Schwierigkeiten - die"Arena" war nur deshalb unerhört, weil sie bürokratischen Anforderungen nicht entsprach. Das war auch die Richtung, in die von Seiten einer bis zu einem gewissen Grad angesichts der hohen öffentlichen Resonanz kompromißbereiten Politik dauernd gedrängt wurde: eine den Bedürfnissen der Bürokratie angepaßte Organisationsform zu schaffen, Verantwortliche zu benennen, einen Verein zu gründen, Funktionen fix auszuweisen, Kontrollen zu ermöglichen. Daß es uns nicht gelang, hier die Beweislast umzudrehen, das Problem in die Bürokratie hineinzutragen, dort Veränderungen zu bewirken, die umgekehrt die Bürokratie an die Funk-

tionsweise der "Arena" angepaßt hätten, das war das eigentliche Scheitern des Unternehmens, nicht das, was viele als Scheitern erlebten: daß die "Arena" sich zu einem Zeitpunkt auflöste, das Feld den Planierraupen freigab, daß also eben keine auf Dauer gestellte Institution entstand. Auch daß gesellschaftliche Einrichtungen "auf Zeit" funktionsgerechter sein mögen als solche, die um jeden Preis (und unter anderem aus Eigeninteressen der in ihnen "professionell" Beschäftigten) Dauer herstellen wollen, gehört ebenfalls zu jenen nicht bürokratiegerechten Organisationsmerkmalen, die durchzusetzen wären. Entscheidend wäre, daß Initiativen dieser Art immer wieder eine Chance vorfinden, was heißt: daß auch das staatliche Funktionieren (ohne das es ja, um das nochmals in Erinnerung zu rufen, nicht geht - auch die "Arena" brauchte Strom, Telefon, Finanzen, und es ist in der Tat Aufgabe staatlichen Funktionierens, solche und andere benötigte Ressourcen für solche Projekte zur Verfügung zu stellen) dieser Möglichkeit angepaßt wird.

ANMERKUNGEN

(1) In diesem Text werden unter anderem Motive weiter verfolgt, die zunächst gemeinsam mit Eva Kreisky in einem Thesenpapier "Über die Staatsfrömmigkeit der Alternativ-Bewegung" entwickelt wurden. Eine Diskussion mit Wolf-Dieter Narr über dieses Papier hat mir weitergeholfen. Von dem hier vorgelegten Text gab es eine erste Fassung, die mir Renate Routisseau und Sebastian Scheerer mit ihren Anmerkungen dazu gründlich vermiest haben. Sie haben mir mit eben diesen Anmerkungen geholfen, trotzdem nochmals anzufangen. Ich hoffe, das Ergebnis rechtfertigt ihren und meinen Aufwand.
Ich widme diesen Aufsatz Helga Dieter, weil ihr noch nie jemand was gewidmet hat - ein unhaltbarer Zustand, den man nicht länger anstehen lassen kann.

(2) Vergl. dazu Hirsch, 198o

(3) In diesem und dem folgenden Abschnitt beziehe ich mich stark auf die ersten Abschnitte von Pilgram & Steinert, 198o. Wenn es sich ergab, habe ich auch den einen oder anderen Absatz wörtlich von dort übernommen.

(4) Ivan Illich wird nicht müde, in seinen zahlreichen Arbeiten diesen Vorgang zu beschreiben - für die Schule, die Medizin, die Verkehrsplanung, die "Experten" für die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen überhaupt. Einen Überblick gibt neuerdings Illich et al., 1979. Ähnliche Gedanken wurden in Anwendung auf den Bereich der öffentlichen Verwaltung entwickelt in Kreisky & Steinert, 1978.
Bei aller Übereinstimmung mit und Freude an den Gedanken Illichs dürfte aber aus diesem Text deutlich sein (oder noch werden), daß mir Illichs Experten- und Bürokratiekritik gelegentlich etwas kurzgegriffen erscheint. Das gilt ebenso für die ganz anders fundierte, aber in den Folgerungen nicht unähnliche Herrschaftskritik bei Foucault, mit der ich mich in dem einschlägigen Kapitel in Treiber & Steinert, 198o, ausführlich auseinandergesetzt habe.

Die Kritik bezieht sich in beiden Fällen auf die etwas schwammige gesellschaftstheoretische Basis, aus der ein manchmal fast naiv anmutender (das eher bei Illich) oder verzweifelter (das eher bei Foucault) Aktivismus ableitbar ist. Dergleichen ist gelegentlich durchaus ermutigend. Trotzdem fehlt hier die Kategorie des "Widerspruchs", die mir zentral für jede Analyse der politischen und historischen Dynamik erscheint.

(5) Damit ergibt sich eine weitere spezielle Deformation und Enteignung der Probleme, die freilich nicht in dem Sinn "eigenständig" ist, daß eine reine Medienkritik ausreichen würde, vielmehr mit zentralen wirtschaftlichen und politischen Funktionsmechanismen sich verbindet. Vergl. dazu Pilgram, 1979; Steinert, 1979.

(6) Diese Unterschiede wurden erst in einer Sekundäranalyse der Daten sichtbar, über die in Steinert, 1969, berichtet wurde.

(7) Vergl. dazu Einrichtung und Niedergang der "Nationalwerkstätten" in der französischen Revolution von 1848; Steinert & Treiber, 1975, S. 29f, 37f.

(8) - in der die kommunale Erstellung billiger Wohnungen abgelöst wurde durch Wohnungsbeihilfen, die im Effekt der Stützung hoher Mieten dienen (vergl. Knoth et al., 1976).

(9) Ich habe kürzlich im Schlafwagen einen Herrn mittleren Alters kennengelernt, der sich als "Devisenspekulant" vorstellte und mir seine Lebensorganisation so beschrieb: Die Woche über Hochdruckarbeit - er will möglichst bald soviel Vermögen ansammenln, daß ihm die Erträge ein (arbeitsloses) Monatseinkommen von 5ooo DM garantieren -, am Wochenende Gruppenveranstaltungen, die nicht nur nützliche Fertigkeiten für den "Umgang mit Menschen" vermitteln, sondern wo man auch selbst "Mensch" sein kann. In diesem Zusammenhang ist auch die Beobachtung von Interesse, daß die Haus- und Ehefrau offenbar - über die Vermittlung einer immer anspruchsvolleren und verwissenschaftlichten Technologie der Kindererziehung und des Umgangs mit ihrem "Mann, dem unbekannten Wesen" - tendenziell die Rolle einer "Laientherapeutin" zugeschrieben bekommt; vergl. Kontos & Walser, 1979, S. 97ff.

(1o) Der enge zeitliche Zusammenhang zwischen der Einrichtung einer staatlichen Sozialversicherung und Sozialistengesetzen in Deutschland wie Österreich macht diese Deutung unabweisbar. Auch Baron (1979), der demgegenüber Interessen an der Weltmarktstellung Deutschlands als Erklärung in den Vordergrund rückt, liefert selbst zahlreiche Belege für diesen oben genannten Zusammenhang. Es wäre die Bismarcksche Sozialgesetzgebung nicht das einzige Beispiel einer staatlichen Politik in der sich das Kapitalinteresse am wirtschaftlich Notwendigen mit dem Herrschaftsinteresse am politisch Nützlichen trifft.

(11) Daß die Selbstverwaltung der Kassen an dieser Anonymität nicht das geringste ändert, zeigt, Standfest, 1977.

(12) Das macht es möglich, die Frage der "Sicherheit der Renten" zu

einem Wahlkampfthema und Bevölkerungsprognosen zum Alarmruf "Wer wird unsere Renten zahlen?" hochzuhieven.

(13) Insofern ist die politische Forderung nach einem "Recht auf Arbeit" ein naives Mißverständnis und/oder nur als taktische Forderung, die auf die strukturelle Unmöglichkeit ihrer Erfüllung aufmerksam machen soll, ernstzunehmen.

(14) Von diesen Systemen der unmittelbaren Gebrauchswertproduktion wird die "Armuts-Ökonomie" am Beispiel der Ökonomie der Obdachlosen-Existenz beschrieben bei Preusser, 1978. Wie die Gebrauchswert-Ökonomie der Familie nach ihrer anfänglichen Zerstörung durch einen Raubritter-Kapitalismus von einem vorausschauenderen patriarchalischen Kapitalismus mit einigem Aufwand wieder hergestellt wurde, ist in Steinert, 198o b, und Treiber & Steinert, 198o, dargestellt.

(15) Die Darstellung ist entnommen aus Steinert, 198o b, und folgt der in Hill, 1972; Zitate ohne nähere Angabe stammen aus dieser Arbeit.

(16) Ein frühes Beispiel dieser Art von linker Auseinandersetzung hat Enzensberger, 1966, analysiert.

(17) Beispiele für die Darstellung von Projektverläufen, in denen solche Behördenauseinandersetzungen zentral waren, finden sich etwa in Hollstein & Meinhold, 1977, oder Winter et al., 1979.

(18) Die "Arena" ist dokumentiert in einem Sonderheft der Zeitschrift "Wespennest" aus dem Jahr 1976. Sie spielt auch in dem Roman "Einsame Klasse" von Gustav Ernst eine wichtige Rolle.

(19) Wie das wiederum vor sich gehen soll angesichts des massiven moralischen wie strafrechtlichen Drucks, der derzeit auf dem Thema lastet, ist eine Frage, für deren Beantwortung vom Schreibtisch aus ich nicht verantwortlich gemacht werden möchte. Alle konkreten Arbeitsansätze können sich, denke ich, nur aus der Praxis der mit dem Problem Befaßten und von ihm Betroffenen entwickeln. (Einen Überblick über verschiedene Bewegungen zur Legalisierung von Cannabis bietet das diesem Thema gewidmete Heft 26-27/198o der Kriminalsoziologischen Bibliographie.) Der Theoretiker kann wohl nur allgemeinste Richtungen andeuten und vielleicht die Reflexion der Praxis unterstützen, indem er Fragen stellt, die den Selbstverständlichkeiten der herrschenden Praxis gegenüber "naiv" sind.

LITERATUR

Baron, R., (1979), Weder Zuckerbrot noch Peitsche, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 12, Frankfurt (Suhrkamp), 13-55.

Brake, M., (198o), The Sociology of Youth Culture and Youth Subcultures, London (Routledge)

Christie, N., (1977), Conflicts as property, Britich Journal of Criminology, 17, 1-15.

Dienstag, M., (1978), Provinz aus dem Kopf, in: Kraushaar, W. (Hg.), Autonomie oder Getto?, Frankfurt (Neue Kritik), 148-186

Edlinger, G., et al, (1976), Kriminalität als Sozialindikator, in: Der Aufbau, Monographie 5: Sozialwissenschaften in der Stadtplanung, Wien, 31-38.

Enzensberger, H.M., (1966), Peter Weiss und andere, Kursbuch, 6, 171-176.

Ernst, G., (1979), Einsame Klasse, Königstein (Athenäum/Autorenedition)

Geißler, H., (1976), Die neue soziale Frage, Freiburg (Herder).

Gross, P. & Badura, B., (1977), Sozialpolitik und soziale Dienste: Entwurf einer Theorie personenbezogener Dienstleistungen, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 19 (361-385).

Hack, L. & Hack, I., (1979), Bewirtschaftung der Zukunftsperspektive, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 12, Frankfurt (Suhrkamp), 1o1-237.

Hill, Ch., (1972), The World Turned Upside Down, Harmondsworth (Penguin)

Hirsch, J., (198o), Der Sicherheitsstaat, Frankfurt (EVA)

Hollstein, W., & Meinhold, M., (1977), Sozialpädagogische Modelle, Möglichkeiten der Arbeit im sozialen Bereich, Frankfurt (Campus)

Huber, J., (198o), Wer soll das alles ändern, Berlin (Rotbuch)

Illich, I., et al., (1979), Entmündigung durch Experten, Reinbek (Rowohlt).

Knoth, E., et al., (1976), Wem nutzt das Wohnungsverbesserungsgesetz? in: Öster. Zeitschrift für Soziologie, I, 28-36.

Kontos, S., & Walser, K., (1979), ...weil nur zählt, was Geld einbringt, Gelnhausen (Burckhardthaus-Laetare).

Kreisky, E. & Steinert, H., (1978), Gesellschaftsreform braucht auch Bürokratiereform, Die Neue Gesellschaft, 25, 6o4-61o.

Kreisky, E., & Steinert, H., (198o), Über die Staatsfrömmigkeit der Alternativ-Bewegung, unveröff. Arbeitspapier.

Nagel, H., & Seifert, M., (Hg.), (1978), Inflation der Therapieformen, Reinbek (Rowohlt).

Narr, W.-D., (198o), Zum Politikum der Form, Leviathan, 8, 143-163

Pilgram, A., (1979), Zur Auswirkung der Kriminalitätsdarstellung in den Massenmedien. Annahmen und ihre Folgen, Österr. Zeitschrift für Soziologie, 4, Heft 3/4, 1o7-119

Pilgram, A., & Steinert, H., (198o), Abschrecken und Disziplinieren. Über die bürokratische Zurichtung der Probleme durch Strafrecht und Sozialrecht, in: Lüderssen, K., & Sack, F., (Hg.), Seminar: Abweichendes Verhalten, IV, Frankfurt (Suhrkamp), 149-18o.

Piven, F.F., & Cloward, R., (1971), Regulating the Poor, New York (Pantheon)
Presser, N., (1978), Zwangsalternativen: Zur Dialektik von Subkultur und Hinterwelt, Ästhetik und Kommunikation, 9, Heft 34, 5-17.

Rödel, U., & Guldimann, T., (1978), Sozialpolitik als soziale Kontrolle, in: Starnberger Studien 2, Frankfurt (Suhrkamp), 11-55.

Standfest, E., (1977), Soziale Selbstverwaltung - Zum Problem der Partizipation in der Sozialpolitik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 19, 424-437.
Steinert, H., (1969), Soziale Schichtung und abweichendes Verhalten, in: Angewandte Sozialforschung, 1, 34o-359.
Steinert, H., (1979), "Bewußtseinspolitik", über einige inhaltliche Konvergenzen der Methode von Politik, Mediendarstellung und Meinungsforschung, Österr. Zeitschrift f. Soziologie, 4, Heft 3/4, 57-67.
Steinert, H., (198o a), Kleine Ermutigung für den kritischen Strafrechtler sich vom "Strafbedürfnis der Bevölkerung" (und seinen Produzenten) nicht einschüchtern zu lassen, in: Lüderssen, K., & Sack, F., (Hg.), Seminar: Abweichendes Verhalten, IV, Frankfurt (Suhrkamp), 3o2-357.
Steinert, H., (198o b), Staatliche Kontrollpolitik oder wohlfahrtsstaatliche Ordnungsanleitungen?, Österr. Zeitschrift f. Soziologie, 5, im Druck.
Steinert, H., & Treiber, H., (1975), Die Revolution und ihre Theorien, Opladen (Westd. Verlag)
Stolleis, M., (1979), Strafrecht und Sozialrecht, Zeitschrift f. Sozialreform, 25, 261 ff. Zitiert nach dem Abdruck in: Lüderssen, K., & Sack, F., (Hg.), Seminar: Abweichendes Verhalten, IV, Frankfurt (Suhrkamp), (198o), 125-148.
Strotzka, H., et al., (1969), Kleinburg. Eine sozialpsychiatrische Feldstudie, Wien (Jugend und Volk).

Treiber, H., & Steinert, H., (198o) Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen, München (Moos)

Winter, M., et al., (1979), Venus-Fliegenfalle. Sozialarbeit - Geometrisierung der Nächstenliebe, Frankfurt (Syndikat)

★

HUMANISIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS



Berichte ⋆ Konzepte ⋆ Alternativen

Arbeitsfeldmaterialien zum Sozial-
und Gesundheitsbereich, Heft 9

13,– DM

Ilona Kickbusch

VON DER ZERBRECHLICHKEIT DER SONNE
Einige Gedanken zu Selbsthilfegruppen

... der Doktor, der wahre Doktor
ist ein Poet (ein weiser Mann),
er teilt Leben mit ... sein Rat
ist durch Erfahrung geprüft,
er hält einen Spiegel,
ehe andere Weisheit in ihren
Gesichtszügen hervorbringen,
der falsche Doktor macht Dinge
kompliziert,
er zerstört Gesichter, trägt
dazu bei, daß andere ihre
Gesichter verlieren.

Gedicht der Azteken
(zitiert nach Valentina Borremans)

HERRSCHAFT UND HILFE

Entkolonialisierung ist ein Begriff, der nicht nur für die Befreiungskämpfe in Asien und Afrika von Bedeutung ist. Historische Analysen, wie sie z.B. Ivan Illich oder Michel Foucault vorgelegt haben, schildern die Kolonisation unseres Alltags seit dem Aufstieg der Experten. Sie erläutern das Entstehen der festgefügten Strukturen, die unsere Körper einengen, die sich in unsere Köpfe eingegraben haben und uns handlungsunfähig und passiv machen. Strukturen, die uns glauben machen, daß zumindest eine Form der Hierarchie unumgänglich ist: die der 'Wissenden' über die 'Unwissenden'. In langen Erziehungs- und Unterwerfungsprozessen haben wir gelernt, uns sagen zu lassen, wann wir Hilfe brauchen und worin sie bestehen soll. Der größte Erfolg dieses historischen Enteignungsprozesses war, daß wir gelernt haben, die Herrschaft von Experten über Laien als Hilfe zu begreifen, als Liebesgabe an uns Unwissende. Notstände werden kodiert, Bedürfnisse analysiert, Heilungsprozesse eingeleitet: die Macht der Definition und die Macht der Ausführung liegt bei den professionellen Helfern, bei Ärzten, Sozialarbeitern, Juristen, Therapeuten und Wissenschaftlern aller Art und Fachrichtungen. Sie wollen nur unser Bestes auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik, und sie werden uns schon helfen - besonders, wenn wir widerspenstig sind.

Natürlich bestimmen auch andere Herrschaftsformen ökonomischer und politischer Natur unsere Existenz. Wie eng sie mit dem als Liebe und Fürsorge getarnten Entmündigungsprozess (an den viele Helfer noch viel inbrünstiger glauben als ihr Klientel) verflochten sind, macht Paolo Freire in seinem Konzept der Erwachsenenalphabetisierung deutlich: es gilt, der Herrschaft der Imperialisten nicht die Herrschaft

der Experten folgen zu lassen. Der passiven, rezeptiven Haltung der Unterdrückten soll eine wißbegierige und erfinderische Neugier Platz machen. Gemeinsam soll gelernt, dann gelehrt und wieder weitergelernt werden, sollen formalisierte und vorgeschriebene Lernrituale immer wieder umgestürzt und verändert werden. "Denn nur in einer solchen Praxis, in der die Helfer und die, denen geholfen wird, sich gleichzeitig gegenseitig helfen, verkehrt sich der Akt der Hilfe nicht in die Herrschaft über den, dem geholfen wird." (1)

KÖRPERPOLITIK

Die neue Frauenbewegung hat dieses Prinzip der gegenseitigen Hilfe und der gemeinsamen Erfahrungsprozesse zum wichtigsten Teil ihrer politischen Strategie gemacht. Erfahrungen aus feministischen Selbsterfahrungsgruppen und Selbsthilfegruppen verdeutlichen, wie eng die gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen mit einer Kolonialisierung der weiblichen Körper verbunden war und auf welche Weise die HERRschenden davon profitierten. Der Frauenkörper war domestiziert worden, der Wildheit und des Ausdrucks beraubt, ästhetisch verformt und je nach Zeitgeschmack und Kulturbereich auf Einzelteile reduziert:Kult(ur) des Busen, des Hinterns, der aus- und einladenden Hüften, der Gertenschlankheit usw.; sorgfältig dekoriert, gezähmt und der eigenen Sexualität verlustig. Beraubt der Selbstbestimmung über Kopf und Körper, verlieren die Frauen die Fähigkeit, einander zu helfen und zu vertrauen. Damit sind sie den Experten ausgeliefert und ermöglichen ihnen den Zugriff auf die Familie. "Beispielsweise ist sie der Partner, den sich die Ärzte- und Lehrerschaft erwählt, um ihre Prinzipien und ihre neuen Normen im familiären Raum auszubreiten." (2) Barbara Ehrenreich und Deidre English beschreiben in ihrem neuen Buch (3), auf welche Weise in den letzten 150 Jahren der weibliche Lebenszusammenhang von Experten zivilisiert worden ist: im Bereich der Hausarbeit als Hauswirtschaftslehre und "domestic science", im Bereich der Familie als die Wissenschaft von der Kindererziehung in Form von Psychiatrie, Pädagogik und Psychologie, im Bereich des Körpers als Gynäkologie. Die politische Bedeutung der Verwaltung des Körpers wurde von Gruppen der Frauenbewegung in die Öffentlichkeit getragen. Forderungen nach dem Selbstbestimmungsrecht in der Abtreibungsfrage bildeten den Anfang einer Körperpolitik der Betroffenen, im Widerstand gegen die Biopolitik der regulierenden Kontrollen durch die Medizin.
Selbstuntersuchung, Selbsterfahrung, Selbsthilfekliniken, das Studium volksmedizinischer Hausmittel und Heilmethoden, die Praxis anderer Behandlungsformen: all diese Unternehmungen waren Teil einer Suche nach einer sanften, ganzheitlichen Medizin, die es ermöglicht, Kenntnisse zu teilen, Entscheidungen selbst zu treffen, Risiken abzuwägen und sich gegenseitig zu helfen (4). Entkolonialisierung also als ein Selbsthilfe-Lernprozeß, als langsame (oft mühsame) Entdeckung der Körper und Köpfe, verlorener und neuer Kompetenzen, als unverwaltete Erfahrung in einer verwalteten Welt. Der Wunsch, etwas zu schaffen, das nicht nur Freiraum ist, nicht nur Experimentierfeld, sondern die un-faßbare Form der Politik, die sich so leicht nicht dingfest machen läßt.

Die Praxis der Ausführung und gegenseitigen Hilfe wurde begleitet von der Forderung nach dem Definitionsrecht: Wer ist krank? Was ist gesund? Was ist normal? Was ist weiblich? Die feministischen Gruppen betonen, daß Schwangerschaft, Menstruation, Älterwerden, Geburt keine Krankheiten sind, sondern Lebensereignisse, deren Inhalt durch Experteninterventíon vertrieben und deren Erleben dadurch verhindert wird. Bewußt wählten die Frauen für ihre Treffpunkte den Namen "Gesundheitszentrum", insbesondere auch weil sie der Gesunderhaltung besonderes Augenmerk schenken wollten. Da aber inzwischen die Experten dazu übergehen, ihre Begrifflichkeit zu ändern, und statt von Krankheit verschleiernd von "Gesundheitsproblemen" reden (und die Ärzteschaft besonders bemüht ist, ihren Einfluß auf Gesundheitserziehung auszudehnen), gerät der Kampfbegriff "Gesundheit!" in eine Zweideutigkeit, derer wir uns bewußt sein müssen. Impliziert der professionelle Begriff der Gesundheit zunehmende Normierung und Kontrolle, so wollen die feministischen Frauengesundheitszentren versuchen, das Prinzip des "lernen - lehren - wieder lernen" auf der Basis gemeinsamer Erfahrungen durchzuhalten und nicht unterderhand zu einem Dienstleistungsbetrieb für die Ware "Gesundheit" zu werden. Selbsthilfe soll mehr sein als nur eine alternative Erbringung von medizinischen Dienstleistungen: "Wir wollen keine Vermittler sein zwischen den Ärzten und den Patientinnen. Wir wollen den Frauen zeigen, wie sie es selber machen können. Wir wollen Frauen nicht untersuchen. Wir zeigen Frauen, wie sie sich selbst untersuchen können. Wir verkaufen keine Selbsthilfe und wir verschenken sie nicht: wir teilen sie." (Aus einer Broschüre der Detroit Women's Clinic, 1974). Mit diesem Anspruch sind viele Probleme verbunden, siehe dazu Fischer Taschenbuch "Gemeinsam sind wir stärker - Selbsthilfegruppen und Gesundheit" von I. Kickbusch u. A. Trojan. Die Utopie einer authentischen Selbsthilfe aber bleibt die treibende Kraft.

KATEGORISIERUNGS-BRÜCHE

Die Selbsthilfegruppen der Frauenbewegung und ihre radikale Absage an die medizinischen Helfer und Experten sind aber nur ein Teil - wenn auch der, dem lange Zeit die meiste Öffentlichkeit zukam - des vielgesichtigen Phänomens der "Selbsthilfe", das sich mit Beginn der 70er Jahre zuerst in den USA, dann in anderen westlichen Industriestaaten immer mehr ausbreitete. Die New York Times nennt in ihrer Neujahrsausgabe 198o die 70er Jahre "das Jahrzehnt der Selbsthilfe". Kaum ein Lebensbereich, kaum ein medizinisches Problem, für das es nicht entsprechende Gruppen gäbe. Für viele Beobachter ist dieses schillernde Spektrum das Anzeichen einer neuen Gesundheitsbewegung, die Auflehnung gegen eine Expertokratie und eine Versorgungsdiktatur. Die Ausprägungen umfassen ein Spektrum das von Gruppen mit einem klar formulierten Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung reicht bis hin zu solchen, die sich nur einem speziellen Krankheitsproblem zuwenden und keinen expliziten Anspruch auf Alternativen in der Gesellschaft oder im Versorgungssystem formulieren.

Ich habe in einem anderen Artikel (5) versucht, Selbsthilfegruppen in Hinblick auf ihre Stellung zum professionellen System zu charakterisieren und zeige auf, wie Gruppen im Versorgungssystem, neben dem Versorgungssystem oder gegen das Versorgungssystem arbeiten kön-

nen. Dabei wird, wie bei ähnlichen Zuordnungsversuchen, zweierlei nicht genug betont:

- Erstens verändern sich einzelne Gruppen in ihrem zeitlichen Ablauf. So gibt es Rückzüge von vormals offensiven Gruppen wie z.B. in der Frauenbewegung, oder es erfolgt die zunehmende Orientierung auf gesellschaftliche Probleme hin wie zur Zeit bei vielen Behinderten-Gruppen (6). Um die Kategorien von Reimer Gronemeyer (7) zu gebrauchen: eine kommunikative Selbsthilfegruppe kann in ihrem Verlauf zu einer sozialen Selbsthilfegruppe werden, eine politische Selbsthilfegruppe kann zur Kommunikationsgruppe werden usw. Ebensogut kann die Gruppe vieles gleichzeitig sein oder für verschiedene Mitglieder Unterschiedliches bedeuten. Selbst wenn sich die Gruppen auflösen, werden unterschiedliche Erfahrungsreste in den Individuen verbleiben. Das wird z.B. im Bericht über eine Bürgerinitiative gegen den Bau eines Parkhauses deutlich: "Wir treffen uns nicht mehr gemeinsam, aber wenn wir uns sehen, unterhalten wir uns noch über die schöne Zeit, die wir zusammen erlebt haben." Und wenn das Problem wieder akut werden sollte, "dann gehen wir wieder auf die Barrikaden! Dann gings sofort wieder los, dann würden wir wieder mitmachen, das ist so sicher wie nur was." (8). Ebenso ist für viele Frauen, die in Gruppen der Frauenbewegung mitgearbeitet haben, derzeit nicht eine "neue" Selbsthilfegruppe das wichtigste, sondern die gemeinsame Erfahrung und das Netzwerk, das sich durch die Gruppenarbeit gebildet hat. Etwas qualitativ Neues ist entstanden, das aber noch in enger Beziehung mit der ehemaligen Gruppenarbeit steht und sie zum gegebenen Zeitpunkt wieder reaktivieren wird.

- Zweitens tendieren Kategorisierungsversuche dazu, über der Einzelbetrachtung den Blick fürs Ganze zu verlieren, also vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr zu sehen. Mögen einzelne Gruppen völlig unterschiedliche Konzepte vertreten, von lockerer Gegenseitigkeit bis hin zu starren Verhaltensregeln und strengen Hierarchien (wie z.B. bei Synanongruppen), mögen sie sich selber als explizit politisch sehen oder nicht, ihre Gesamtheit macht den realen Unterschied zur bisherigen expertenorientierten Versorgung aus. Die Mitglieder von Selbsthilfegruppen helfen einander auf der Grundlage gemeinsamer Erfahrungen, sie haben etwas, das sie sich gegenseitig geben können und geben wollen. Sie sind damit als Individuen nicht mehr dieselben. "Wir sind nicht mehr dieselben", ist auch das Fazit der Teilnehmer an Nicaraguas großangelegter Alphabetisierungskampagne, die auf den Gedanken Paolo Freires aufbaute. Und das Versorgungssystem kann aufgrund des massenhaften Auftretens von Selbsthilfegruppen und Patientenorganisationen auch nicht mehr das gleiche bleiben. Die Professionellen wehren sich, passen sich an, biedern sich an und wollen den Gruppen helfen, die beste Selbsthilfegruppe, die es je gab, zu werden. Aber hier gilt der eingangs zitierte Satz von Freire, daß nur in einer Praxis, in der die Helfer und die, denen geholfen wird, sich gleichzeitig gegenseitig helfen, sich der Akt der Hilfe nicht in Herrschaft verkehrt.

SOZIOLOGISCHE ENTDECKUNGEN

Bei aller notwendigen Betrachtung des Verhältnisses und des Machtkampfes zwischen den sogenannten Laien und den professionellen Hel-

fern sollten wir nicht aus dem Auge verlieren, welchen Stellenwert die Selbsthilfe innerhalb der gesamten gesundheitsrelevanten Versorgungsleistungen des Laiensystems hat. Wenn wir das duale System der Gesundheitsversorgung betrachten, stellen wir fest, daß ca. 60 - 85% aller Gesundheitsleistungen außerhalb des professionellen Systems erbracht werden. Diese Selbstversorgung (self care) umfaßt Selbstdiagnose, Selbstbehandlung, Selbstmedikation, Pflege in der Familie, nachbarschaftliche Hilfeleistungen und verschiedene Formen von Prävention und Gesundheitserziehung. Der englische Mediziner J.M. Last (9) hat für dieses Phänomen das Bild vom medizinischen Eisberg verwendet. Dieses Bild ist umso treffender, weil Professionelle aller Art - Ärzte wie Sozialwissenschaftler - den verdeckten Teil des Eisbergs, die Versorgung im Laiensystem, zwar selbstverständlich voraussetzen, aber sich lange Zeit nicht wissenschaftlich damit beschäftigt haben.
Die Medizinsoziologie hatte sich ihrem Namen gemäß erst einmal auf die Versorgungsleistungen im professionellen System beschränkt. Die Denkweisen der Soziologen waren die der Mediziner: die Leute sollten zum Arzt, wenn ihnen irgendetwas fehlte, deshalb wurde (mit entsprechend in die Untersuchung eingebauten Vorurteilen gegenüber der Laienversorgung) untersucht, wer warum nicht zum Arzt ging. Natürlich waren diese Forscher guten Willens und haben wichtige Ergebnisse zu schichtenspezifischem Krankheitsverhalten vorgelegt, aber sie hielten am Glauben an die professionelle Lösung der Probleme fest. Die andere wichtige Forschungsfrage beinhaltete, ob die Patienten den Anforderungen des Arztes Folge leisten (compliance Forschung). Auch hier wurde vorausgesetzt, daß die Anweisungen des Arztes die richtigen sind, die Reaktionen der Patienten die falschen.

Erste Ansätze einer Selbstversorgungs-Forschung beginnen Mitte der 60er Jahre, aber erst zehn Jahre später fällt es den Soziologen wie Schuppen von den Augen: sie "entdecken" das Laiensystem der Gesundheitsversorgung ebenso wie sie einige Jahre zuvor die Armut in reichen Ländern "entdeckt" hatten.
Plötzlich sieht das verbildete Auge des professionellen Forschers mit Erstaunen Dinge, die sich die ganze Zeit vor seiner Nase abgespielt haben: in seiner Umgebung, in seiner Familie, in seinem eigenen Verhalten. So sind es auch die feministischen Forscherinnen, die den männlichen Wissenschaftlern ihre Blindheit gegenüber dem alltäglichen Lebenszusammenhang (z.B. Hausarbeit), der vornehmlich das Leben und die Arbeit von Frauen beinhaltet, vorwerfen. In ihrer Blindheit treffen sich Soziologie und Medizin: sie haben sich vorzugsweise mit Abweichungen von einer durch ihre jeweiligen Disziplinen konstruierten Normalität beschäftigt. Das zeigt sich beispielsweise in der medizinischen Sichtweise der Geburt, die nur fähig ist, Risikogeburten wahrzunehmen, und die Möglichkeit einer "normalen" Geburt völlig aus dem Blick verliert (10). Das Plädoyer für eine neue Sichtweise der Medizin war in voller Vehemenz von Ivan Illich eingeleitet worden, indem er konstatierte, daß die Medizin nicht mehr heilt, sondern krank macht. Dieses Wort von der "Nemesis der Medizin" (11) ist inzwischen zum Allgemeingut geworden. Während ich diesen Artikel schreibe, erscheinen im "SPIEGEL" die ersten Folgen einer Serie zur Krise der Medizin, hat vor wenigen Monaten der Gesundheitstag in Berlin 12 000 Leute auf die Beine gebracht, gibt es kaum ein Pädagogen-, Sozialarbeiter- und Psychologenfachblatt, das sich nicht mit Selbsthilfegruppen auseinandergesetzt hätte, erleben die professionellen

Helfer die Verunsicherung durch ihr "Helfer-Syndrom", gibt es kein Massenmedium, das sich nicht ausführlich mit den kernigen Sätzen von Julius Hackethal beschäftigt hätte. Die Krisenstimmung läßt sich am besten mit Hackethals Ausruf "Vorsicht! Arzt!" kennzeichnen oder einreihen in die vielen "nein, danke"-Bewegungen: "Medizin, nein danke!". Die Infragestellung professioneller Leistungen und die Suche nach Alternativen hat vielfältige Ursachen und Beweggründe: die Explosion der Kosten im Gesundheitswesen, ohne daß noch spürbare Verbesserungen eintreten, eine sogenannte "Dehumanisierung" der Medizin, die ihr Heil lieber in der Technologie als in der Mitmenschlichkeit sucht, die veränderten Krankheiten, insbesondere die Zunahme von chronischen Leiden, die Professionalisierung und Medikalisierung von immer mehr Lebensbereichen. "Ein Problem zu medizinieren, heißt es eher zu verschieben als zu lösen, heißt eine seiner Dimensionen zu verselbständigen und technisch anzugehen und auf diese Weise seine gesamte soziologische Bedeutung auszuschalten, um es zu einer "rein" technischen Frage zu machen, die unter die Kompetenz eines "neutralen" Spezialisten fällt." (12).
Die medizinische Kompetenzanmaßung erfolgt in immer weiteren Bereichen: Verhaltens- und emotionalen Schwierigkeiten, Selbstmord, Drogenkonsum, Sexualität, mangelhafte Anpassung, Abtreibung, Menopause usw., usw. Eine solche Ballung von Definitionsmacht muß bewußt demontiert werden (13), und die vielfältigen Selbsthilfegruppen haben mit dieser Arbeit begonnen, ohne daß sie Anleitung durch bewußte Gesellschaftsveränderer gebraucht hätten, sie ließen sich schlicht etwas einfallen und handelten. Daß Professionelle inzwischen Gruppen initiieren und auf deren Hilfepotential verweisen, macht diese Entdeckung nicht weniger wertvoll. Daß viele Gruppen weiterhin einen "medizinischen Blick" haben und auf die große medizinische Entdeckung hoffen, die auch ihnen die Rettung verheißen wird, zeigt nur, wie weit die Kolonialisierung schon fortgeschritten ist, und wie mühsam sie abzuschütteln ist.

LAIENVERSORGUNG

Welche Erkenntnisse hat nun die Soziologie der Versorgung im Laiensystem hervorgebracht? Hier nur einige kurze Hinweise, die hauptsächlich auf den Ergebnissen amerikanischer und englischer Untersuchungen beruhen. Weiteres findet sich in einem Themenheft zur Laienmedizin, der Zeitschrift "Medizin, Mensch, Gesellschaft" (14). Schon die ersten Zahlen relativieren Vorwürfe der Überbenutzung medizinischer Dienstleistungen: nur eine von fünf morbiden Episoden wird einem Arzt gemeldet, die anderen vier werden selbst versorgt. Wenn wir dieses Ergebnis mit den Aussagen Illichs verbinden, daß ca. 3/4 der tatsächlich erfolgten Arztbesuche überflüssig bis schädlich sind, so wird deutlich, in welche Widersprüche sich die Diskussion über das Nutzungsverhalten verwickelt hat und wieviele Aspekte es zu berücksichtigen gilt: die "Konsumenten" verbrauchen einerseits weniger Dienstleistungen als ihnen nachgesagt wird, zugleich werden sie gerügt, weil sie bestimmte medizinische Dienste (z.B. Vorsorge) nicht genug nutzen. Einerseits schüren die Professionellen bestimmte Krankheitsängste (z.B. bei Krebs), um sich dann über die unzähligen Trivial-Konsultationen zu beklagen. Einerseits verlassen sich wohlfahrtsstaatliche und professionelle Versorgung auf die unteren Teile des

Eisbergs, andererseits desavouieren sie die Laienversorgung als unverantwortliche Quacksalberei. Zugleich wissen wir, daß Arbeiter und Arme auch dann keine guten Gesundheitsleistungen bekommen, wenn sie sie brauchen, und daß die Professionellen bestimmte Gruppen und bestimmte Probleme (z.B. Alkoholiker und Alkoholismus) am liebsten gar nicht zu Gesicht bekämen. Warum also in ein Versorgungssystem eintreten, von dem man nichts oder Schlimmes zu erwarten hat? Warum sich die Definitionsmacht nehmen lassen und die Geduld: die häufigste Reaktion beim Auftreten einer Befindlichkeitsstörung ist die Inaktivität, das Abwarten: "Erst mal sehen, ob ich krank bin."

Drei große Bereiche der Gesundheitsversorgung werden im Laiensystem bewältigt:

- erstens kleinere Verletzungen und "Trivial-Krankheiten" wie Erkältungen, Kopfweh, Verdauungsstörungen. Hier wird durch Selbstbehandlung und Selbstmedikation das Symptom zum Stillstand gebracht. Wem das zu trivial erscheint, der bedenke, daß die zweithäufigste "Krankheit" in der Allgemeinpraxis ebenfalls Erkältungen sind.
- zweitens der große Bereich chronischer Erkrankungen, z.B. Venenentzündungen, Rheumatismus, Bluthochdruck, einige psychologische Störungen. Hier steht die Pflege im Vordergrund, denn das Symptom ist oft dauerhaft und kann in vielen Fällen nur an der massiven Verschlechterung gehindert werden.
- drittens der kaum faßbare Bereich des gesundheitsfördernden und präventiven Verhaltens. Dieser Bereich der positiven Gesundheitsbehandlungen ist noch kaum erforscht.

Befragte Personen sehen die Selbstbehandlung als durchaus sichere Methode der Versorgung an. Laut Angaben waren nur 5% der vorgeschlagenen Behandlungen wirkungslos oder falsch und diese waren meist aufgrund von Falschinformationen in den Massenmedien versucht worden. Der gesicherte Fundus eines Laienbehandlungswissens scheint demnach vorhanden. Ein Teil der hohen Zufriedenheit mit der Selbstbehandlung mag auf das Zusammenfallen von Definitionsmacht und Ausführungsmacht zurückzuführen sein: eventuell birgt das Gefühl der eigenen Kontrolle über die Lage in sich einen Heilerfolg.

Die bisher vorliegenden Forschungen zeigen, daß im Selbstversorgungsverhalten wenig Schichtunterschiede vorhanden sien(im Gegensatz zum Nutzungsverhalten), dafür aber deutliche Unterschiede im Alter und Geschlecht der Betroffenen, z.B. greifen alte Menschen und Frauen häufiger zu Tabletten, wenn sich ein Symptom bemerkbar macht.
Von Bedeutung scheint mir bei dieser Forschung, daß ihre Kategorien von Gesundheit/Krankheit stark den medizinischen Sichtweisen angeglichen sind. Wir wissen noch wenig, wann sich Leute krank und wann sich Leute gesund fühlen und (so schreibt Valentina Borremans) "es ist doch wirklich ganz offensichtlich, daß es mehrere Arten von Gesundheit gibt, so wie es mehrere Arten von Schönheit, von Lächeln, von Körpern gibt. Diese radikale Verschiedenheit des Lebendigen ist nur für Bürokraten und Missionare schwierig zu begreifen." Diese Forschung erzählt uns auch wenig darüber, wie sich die Menschen behandeln: wie wichtig das Maß an Zuneigung ist, an persönlicher Betroffenheit, an emotionaler und sozialer Unterstützung für den Leidenden. Sie sagt uns wenig über Wohlbefinden und wenig über subjektive Belastungen und subjektive Verarbeitung. Ausnahmen, wie die Arbeiten von Elisabeth Kübler-Ross (15) über die Empfindungen von Sterbenden,

verfallen am Ende doch wieder der Kategorisierungssucht. Zugleich bestehen berechtigte Zweifel, ob dieses totale Ausleuchten der Empfindungen und damit die totale Erfassung des Laiensystems für die Betroffenen von Nutzen sein werden, oder ob - wie Castel (16) vermutet - mit Hilfe der Sozialwissenschaft der totale Zugriff der Professionellen in die familiale Intimität vorbereitet wird. Unterstützen läßt sich diese Vermutung durch das Konzept der "chronischen Krankheit", das ein Traumkonzept für Mediziner und Sozialwissenschaftler darstellen muß: endlich ist sie da, die lebenslange Pathologisierung, die auf Dauer verwaltbare Krankheit, die stete Kontrolle, intimste Überwachungen und vielfältige Forschungen ermöglicht und zugleich vom Anspruch auf Heilung befreit ist. Für jede konstruierte Stufe des Krankheitsverlaufs werden sich neue Experten finden. Die Zwiespältigkeit dieser Laienforschung zeigt sich aber auch bei den Laien selbst: sie beweist, daß die Menschen zwar eine viel höhere Kompetenz haben, sich selbst zu versorgen, als ihnen die Professionellen jemals bereit waren zuzuschreiben (und als sie selber es wahrhaben wollen) - aber sei zeigt auch, daß die Laien in den meisten Fällen ebenfalls nur die Symptome ihres gestörten Wohlbefindens kurieren und nicht deren Ursachen angehen. Vom "Valium-Zeitalter" kann Robert Jungk nur sprechen, weil wir die Ärzte schon gar nicht mehr brauchen, um uns Pillen einzugeben: wir sind konditioniert (und oft durch äußere Anforderungen gezwungen), zur kürzesten Lösung zu greifen: Tablette rein, Problem verschoben. Hier liegt die subtilste Macht der Kolonisatoren.

UNBEZAHLTE ARBEIT

Die Forschungen zur Versorgung im Laiensystem machen bisher auch nicht deutlich, wieviel der Selbstversorgung im Laiensystem gleichzeitig extreme Belastung ist (z.B. das Ausmaß an Kraft und Zuwendung, das ein chronisch krankes Familienmitglied erfordert), und sie vermeiden die Diskussion über bezahlte und unbezahlte Arbeit (17). Viele progressive Verfechter einer besseren Gesundheitsversorgung verweisen auf die Belastungen im Laiensystem und möchten, daß den Individuen und Familien diese Last durch professionelle Hilfen erleichtert wird. Deshalb sind Vertreter eines sozialistischen Versorgungsansatzes für die Verlagerung der Dienstleistungen in professionelle bezahlte Arbeit in staatlicher Zuständigkeit. Sie sehen die staatliche Lösung als notwendige Grundlage eines gerechten und humanen Versorgungssystems. Diese Kritiker sehen auch zu Recht, daß Tendenzen bestehen, die Laien zu "professionalisieren" und sie zu mehr unbezahlter Arbeit für die Reproduktion der Gesellschaft zu erziehen.

Auch die feministische Bewegung hat sich in der Diskussion über Hausarbeit intensiv mit den unbezahlten Dienstleistungen beschäftigt, die Frauen für die Gesellschaft erbringen. Nicht zuletzt sind es die Frauen, die den überwiegenden Teil der Gesundheitsleistungen im Laiensystem erbringen. Um den gesellschaftlichen und ökonomischen Wert von Hausarbeit zu verdeutlichen, faßten erste feministische Ansätze fast alles unbezahlte Handeln in der Familie als Arbeit auf (18). An seine Grenzen stößt dieses Konzept, wenn es um Handlungen für das eigene Wohlbefinden geht, um Handlungen also, die freiwillig und autonom erbracht werden. Ivan Illich hat einen Weg aus diesem Dilemma aufgezeigt, der auch wichtige Möglichkeiten bietet, Selbstversorgungslei-

stungen im Gesundheitsbereich zu unterscheiden. Er trennt nicht nur die bezahlten von den unbezahlten Dienstleistungen, sondern er führt den Unterschied zwischen "Schattenarbeit" und "Eigenarbeit" im Bereich der unbezahlten Dienstleistungen ein.

Um diesen Unterschied zu verdeutlichen, möchte ich nochmals auf die Selbsthilfekonzepte der verschiedenen gesellschaftspolitischen Positionen zurückkommen:
Die technokratische wie die konservative Forderung nach Selbsthilfe und Selbstbehandlung sehen diese als gerechtfertigte, unbezahlte Arbeit. Den Technokraten liegt der Spareffekt am Herzen, und sie forcieren Aspekte wie Selbstüberwachung, Selbstkontrolle und Selbsterziehung vorrangig aus Effizienzerwägungen; die Laien sollten ihren Teil gesellschaftlicher Arbeit dazu beitragen. Die konservativen fügen diesem Konzept noch weitere ideologische Verzierungen hinzu: das Individuum soll bestraft werden, wenn sein/ihr Verhalten nicht dem aufgestellten Gesundheitskodex entspricht, Restriktionen werden moralisch begründet und unbezahlte Arbeit wird grundsätzlich als Liebesdienst verbrämt. Beide Positionen wollen unbezahlte, standardisierte, verwaltete, erzwungene Mitarbeit an der Produktion der gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese entfremdete Form von Arbeit in der Reproduktionssphäre nennt Illich Schattenarbeit. Ohne sie könnte die kapitalistische Gesellschaft nicht überleben. Sie ist die notwendige Ergänzung der Lohnarbeit. Sie lebt vom Prinzip der begrenzt zugestandenen Ausführungsmacht unter der Kontrolle und Definitionsmacht von Professionellen. Deshalb spielt in diesen Konzepten die Erziehung zur Selbsthilfe eine so große Rolle, Erziehung durch Experten bis hin zur Selbsterziehung (19).
Dagegen setzt Illich die Eigenarbeit, "die soziale Subsistenz im Erleben, Erfahren und Erleiden der Gegenwart". Dieses Subsistenzmoment ist auch vielen wohlgemeinten progressiven Positionen abhanden gekommen. Sie sehen durch ihre Brillen immer zu schnell die Absichten der Gegner, das "selbst" in vielen der Wortkonstruktionen (von Selbsthilfe bis zu Selbstverantwortung) sehen sie zwar unter dem Aspekt der von außen aufgezwängten Schattenarbeit, aber nicht unter dem der selbstverantwortlichen, selbstbestimmten Eigenarbeit.
Selbsthilfe"förderung" kann in der Tat ein Versuch sein (auch ein unbewußter), die Bevölkerung zu unbezahltem Hilfsdienst zu mobilisieren. Zwar erhalten die Betroffenen ein klein wenig mehr Ausführungsmacht, aber die Definitionsmacht bleibt weiterhin in den Händen der Professionellen und den Vertretern der Apparate. Authentische Selbsthilfe setzt aber die Definitionsmacht voraus, ebenso wie Neugier und Vitalität. Ein Beispiel für die Definitionsmacht der Betroffenen ist die Bürgerinitiative Moorfleet, die für sich definiert, was gesundheitsschädigend ist und ihre Handlungen von dieser Eigen-Definition leiten läßt (2o).

POLITISCHE ANSPRUCHSSPIRALE

Für diejenigen von uns, denen die politische und gesellschaftsverändernde Komponente von Selbsthilfegruppen und Selbstbehandlung besonders am Herzen liegt, kann die Unterscheidung von Schattenarbeit und Eigenarbeit eine Hilfestellung sein. Die Wohlfahrtsdiskussion hat die Selbstinitiativen meist unter dem Aspekt der Schattenarbeit analysiert,

ohne Möglichkeit der Eigenarbeit. Das ist ein Konzept, das wenig Hoffnung läßt. Wenn in dieser Tradition argumentiert wird, nützt fast alles letztendlich dem System. Im Extrem kann dies natürlich für jede Arbeit gelten, bezahlt und unbezahlt, und sicher auch für die Arbeit als Wissenschaftler - selbst wenn wir meinen, für die richtige Seite zu sprechen. Franco Basaglia, hat das Dilemma des gutwilligen Experten beschrieben:

> "Für uns heißt es weiterhin, die Widersprüche des Systems, das uns konditioniert, leben und ertragen; eine Institution verwalten, die wir ablehnen; therapeutische Arbeit leisten, von der wir nicht überzeugt sind, und dagegen angehen, daß unsere Institution - die ja durch unsere Aktion genauso zu einer Institution subtiler und verschleierter Gewalt wurde - für das System weiterhin nur funktional ist." (21)

Ich meine, daß wir uns tatsächlich in einer Periode der Neuverhandlung der Machtanteile zwischen Laien und Experten, aber auch zwischen verschiedenen Expertengruppen befinden. Castel (22) wählt für diesen Prozeß den Begriff Metamorphose. Und wir müssen uns wahrscheinlich erst daran gewöhnen, daß dieser Prozeß ähnlich lange dauern mag, wie der Aufstieg der Experten. Wir werden mit unseren Urteilen vorsichtiger und lebensnäher werden müssen - ohne zugleich in kritikloses Bejubeln jeder noch so kleinen Selbsthilfegruppen zu verfallen oder in totale Ablehnung jeden professionellen Handelns. Wir kommen nicht umhin, aufgrund des Anwachsens lokaler, begrenzter und problemorientierter Bewegungen die bisher leitenden all-umfassenden Politikkonzepte zu überdenken. In vielen Gesellschaftsgruppen hat das Vertrauen in konzeptionelle Politik abgenommen, staatliche Lösungen werden skeptisch beäugt, Aussteigen ist ein ernsthaft diskutiertes politisches Verhalten geworden (23).

Bescheiden werden wir anerkennen müssen, daß ebenso wie es viele Arten von Gesundheit gibt, es viele Arten von Gegenwehr gibt. Wichtig erscheint mir in diesem historischen Prozeß das Anschaulichmachen von Veränderungsmöglichkeit (sozialistische Brutkästen hat Peter Marcuse die vielen Alternativmodelle und Projekte genannt), das selber Ausführen und das selber Definieren. Das Fühlen, daß es bessere Wege des Lebens, des Arbeitens, des Politikmachens und des Heilens gibt. Für die Professionellen (ob Mediziner oder Sozialwissenschaftler) bedeutet es den Verzicht auf den Heilsanspruch. Sicher stehen wir da erst am Anfang und neigen dazu, vor unseren eigenen hohen Ansprüchen zu resignieren. Alternative Projekte sehen sich besonders der Kritik aus den eigenen Reihen ausgesetzt, weil die Erwartungen an sie so hoch sind: sie sollen gute Ware preiswert und gute Dienstleistungen möglichst umsonst produzieren, sie sollen intern demokratisch sein und keine zwischenmenschlichen Konflikte aufweisen, und sie sollen die herrschenden Institutionen herausfordern und dabei möglichst Teil einer größeren, schon definierten Bewegung sein. Da muß einem ja Mut und Spucke ausgehen, wie wir aus vielen Selbsthilfeprojekten wissen. Viele der alternativen Kunden sind so konsumorientiert wie sonst auch: die alternativen Projekte sollen ihnen noch mehr noch besser bieten. Selbsthilfegruppen und selbstorganisierte Initiativen aller Art können viel sein: Modell für Selbst- und Sozialveränderung, Felder für politisches Erfahren und lokalen Widerstand, Freiräume des Un-Erzogenen, die Bewegung selbst. Sie können Inseln des Rückzugs sein, Bewältigungsgruppen, letzte Zuflucht und letzter Ausweg, wenn das Leiden am

Selbst und an der Gesellschaft zu groß geworden ist. Sie können aber auch Anpassungsstrategien sein, Teil eines neuen medizinischen Überweisungssystems, das nun wie selbstverständlich auch die Schattenarbeit offiziell miteinbezieht und mitverwaltet.
Natürlich müssen wir wachsam sein, daß letzteres nicht geschieht, aber wir sollten als Betrachter (auch wenn wir selbst in Gruppen mitarbeiten) nicht überkritisch sein, nicht ein solches Ausmaß an Warnung und Skepsis aussprechen, daß wir indirekt mehr zur Befriedung des Systems beitragen, als die "un"politischen Gruppen, die wir im Visier haben. Partizipation steht als positiver Wert weiterhin im Gegensatz zur Passivität, Apathie und Abhängigkeit. Entkolonialisierungsstrategien verlangsamen die Entwicklung des Systems und legen sich quer zu seiner Festschreibung. Es ist sicher ein Weg (von mehreren notwendigen Wegen), die Transformation der Gesellschaft dadurch zu bewirken, daß viele, ganz unterschiedliche Menschen sich für ihre ureigenen Interessen einsetzen. Für meinen Geschmack haben viele Kritiker der Selbsthilfegruppen eine sehr elitäre Herangehensweise: sie halten die Mitglieder dieser Gruppen für leicht manipulierbar und problemlos für die Interessen der Herrschenden einzusetzen.
Wir Soziologen sollten sehr zurückhaltend sein und uns fragen, warum wir oft soviel mehr Vertrauen in die Wissenschaft haben als in die Aktionen von Menschen. Wir sollten fragen, was wir den Bewegungen und Gruppen denn zu bieten haben, was wir von ihnen lernen können und wie wir sie unterstützen können - vorausgesetzt, sie wollen es. Auf jeden Fall sollten wir das Theorem vom "erziehungsbedürftigen" Menschen fallen lassen und darauf hinarbeiten, daß es mehr Freiräume des un-erzogenen gibt und mehr Möglichkeiten authentische Selbsthilfe zu praktizieren. Ich möchte mit einigen Sätzen von Valentina Borremans abschließen, weil sie soviel besser ausdrücken, was ich sagen möchte:
"Vielleicht haben sie von mir erwartet, daß ich ein anderes Gesundheitsmodell hinzufüge, ein weiteres "Leitbild" zu jenen, die jetzt unter den Futuristen geläufig sind. Ich verweigere das. Ich weigere mich zu definieren, was Gesundheit, die für andere wünschenswert ist, enthalten sollte. Ich weigere mich, Gesundheit als Ziel zu definieren, das von einer dritten Person gesetzt werden kann.
Statt dessen schlage ich vor, daß wir eine Lehre von Netzahualcoyotl, dem Prinz-Poeten von Cuautla, der Stadt der Blumen, akzeptieren: daß wir die Zerbrechlichkeit unserer Sonne erkennen." (24)

Ich möchte Alf Trojan, Sabine Schafft und Ellis Huber für die hilfreichen Kommentare danken.

Der Beitrag von Ilona Kickbusch ist ein Vorabdruck aus:

" GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER"
– SELBSTHILFEGRUPPEN UND GESUNDHEIT –
Selbstdarstellungen, Analysen, Forschungsergebnisse

Herausgegeben von Ilona Kickbusch und Alf Trojan, fischer alternativ 4o5o (Taschenbuchmagazin Brennpunkte)

Hans Drake

ÖKOLOGISCHE STADTTEILPROJEKTE IN DEN USA

1. VOM NUTZEN AMERIKANISCHER VORBILDER

Die Alternativbewegung in den USA gefällt mir sehr und ich werde wohl die nächsten Jahre meines Lebens dort verbringen. Als ich 197o/71 dort lebte, mußte ich mich noch vor meinen Freunden legitimieren. Inzwischen ist es ja sehr in Mode gekommen, daß der deutsche Alternativtourist (der Dollarkurs macht's möglich) in die USA jettet, um Frauen-, Land-, Alternativtechnik- und Ökologiebewegung zu erkunden. Das USA-Bild der deutschen Linken ist in Bewegung geraten, und das ist gut so. In den letzten 1o Jahren, von denen ich drei in den USA und Kandada verbrachte, habe ich jede dieser genannten Bewegung dort erlebt und ihr zeitlich verzögertes Übergreifen nach Deutschland beobachtet. Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen, sozialen und kulturellen Systeme habe ich doch immer stark gespürt, wie sehr die USA Entwicklungen und Bewegungen zeigt, die sich etliche Jahre später auch bei uns manifestieren. Daher ist es nützlich, diesen Blick in unsere eigene Zukunft zu tun. Eine Reflektion der Übertragbarkeit amerikanischer Bedingungen im Bereich von Sozialarbeit und Stadtökologie auf Deutschland soll weiter unten erfolgen.

Was mich an der amerikanischen Alternativbewegung insgesamt beeindruckt, sind wohl vor allem die dort üblichen "Verkehrsformen": eine gewisse Leichtigkeit und Lebensfreude, erfrischender Pragmatismus, geringe doktrinäre Enge. Es ist im allgemeinen leicht, an dieser Bewegung teilzunehmen. Ihre Arbeit ist wenig bevormundend. Stellvertreterpolitik ist verpönt. Ihre Projekte sind hier-und-jetzt orientiert und sehr praxisnah. Diese Bewegung erteilt allen Formen der Geheimniskrämerei und des Expertentums eine Absage, sie insistiert auf Selbsthilfe (statt entmündigender und süchtigmachender Staatshilfe) und besitzt eine hohe Sensibilität allen Formen der Geschlechts- und Rassendiskriminierung gegenüber. Ich verkenne dabei keineswegs die kritikwürgen Momente, wie z.B. Theoriedefizite, Effektivitätsverluste, lokale Bornierungen und Spiritualismustendenz. Aber wo 1oo Blumen blühen, nehme ich einige Sumpfblüten in Kauf.

2. NOTIZEN ZUR ENTWICKLUNG DER AMERIKANISCHEN STADTTEIL- (COMMUNITY-MOVEMENT) UND ÖKOLOGIEBEWEGUNG

Seit einigen Jahren gibt es in Deutschland eine neue soziale Kraft: die Bürgerinitiativen. Obwohl ihre Entstehungsgründe besondere sind, sind sie in Form, Zielen und Methoden doch das, was "citizen action groups" in den USA immer gewesen sind und was organisationssoziologisch als "single issue movement" bezeichnet wird. Damit unterscheidet sich die Bewegung von Parteien, die ein umfassendes Programm und eine

verbindende Ideologie anbieten. Erst seit die doktrinären Parteien der Neuen Linken in Deutschland zerfallen und auch die etablierten Parteien die allgemeine Verdrossenheit über ihre bürgerferne Politik zu spüren bekommen, konnte sich die Bürgerinitiativbewegung bei uns etablieren.

In den USA hingegen hat es nie ein politisches Vertretungsmonopol der Parteien gegeben. Aber was noch wichtiger ist, wir haben es dort mit einem extrem förderalen Staatsgebilde mit schwachem Zentralstaat zu tun. Die Rechte der Einzelstaaten und Kommunen geht weit über den Quasi-Förderalismus der BRD hinaus. Obwohl es nicht in unser Amerikabild paßt, ist doch der Vergesellschaftungsprozeß als bürokratischer Zugriff der politischen Machtzentren in den USA viel weniger weit vorangeschritten als in Deutschland. Es gibt weder Personalausweise noch polizeiliches Meldewesen, die Schulgesetze lassen großen Spielraum für freie Schulen, und die Bürger wählen in ihren Kommunen vom Bürgermeister über die Schulräte bis zum Hundefänger so ziemlich jedes öffentliche Amt. Solch ein Wahlzettel mag 15 oder 2o Wählerentscheidungen umfassen, einschließlich mehrerer Bürgerbegehren über die zweckgebundene Verwendung von Steuermitteln für bestimmte Aufgaben. Dies alles sind Bedingungen, die Bürgerinitiativen, die ja primär partikulare und regionale Interessen vertreten, einen günstigen Entwicklungsrahmen geben.

Die dezentrale, stadtteilbezogene Interessenvertretung der Bürger, das community - bzw. neighbourhood movement gedieh aber auch noch aus anderen Gründen, die die spezifische soziale Situation in den USA widerspiegelt. Da ist zunächst das äußerst mangelhafte soziale Sicherungsystem zu nennen. Die Bismarckschen Sozialgesetze von 188o wurden in den USA erst nach der Weltwirtschaftskrise ab 193o in der New Deal - Politik Roosevelts eingeführt. Eine allgemeine gesetzliche Krankenversicheung gibt es immer noch nicht, die Sozialhilfe ist miserabel und von der offiziellen politischen Kultur verachtet. Selbsthilfe tut hier Not (1). Auch die völlig anders verlaufene Geschichte der Arbeiterbewegung, die in Deutschland etwas überschwenglich als umfassenste Selbsthilfebewegung der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet wurde (2), hat in Amerika nie eine solche soziale Schutzfunktion übernehmen können.

Hinzu kommt die Heterogenität der US-Bevölkerung: Schwarze, Braune, Rote, Gelbe und Europäer aus verschiedenen Einwanderungswellen bilden bis heute Subkulturen mit Selbsthilfetraditionen. Die städtische Armutsbevölkerung in den Ghettos und verfallenen Stadtkernen oder im ländlichen Süden, die oft mit farbigen Minoritäten identisch sind, haben sich in der Bürgerrechtsbewegung, einer klassischen Bürgerinitiative und später dem welfare rights movement organisiert für ihre Interessen und Rechte eingesetzt. Diese beiden Bewegungen waren stark community orientiert. In sie mündete auch die amerikanische Studentenbewegung Ende der 6oger Jahre ein, die nur kurz und erfolglos mit Parteien leninistischer Struktur experimentierte.

Es gibt jedoch Wurzeln der US-Bürgerinitiativbewegung, die noch weiter zurückreichen. In gewisser Weise ist ja das europäische utopische Denken aufgrund der herrschenden Verfolgungen in die "neue Welt" ausgewandert. Zwischen 18oo und 19oo gab es dort mehr als 6oo Kommunen mit utopischem Charakter, deren größte (die der Shakers) 6ooo Mitglieder

umaßte. Alle diese Projekte, religiös oder sozialutopistisch, fanden auf landwirtschaftlicher Grundlage statt, und oft wird heute beim Stichwort: amerikanische community Bewegung nur an Landkommunen gedacht (z.B. an "Twin Oaks" oder "The Farm", die in der BRD dank Fernsehen und Alternativtourismus bekannter als in den USA selber sind).

Aber das ist nur der eine Teil der Selbsthilfebewegung (3), der andere Teil ist "self-help in the city", ausgehend von den Arbeitslosenselbsthilfen während der Weltwirtschaftskrise. 1933, auf dem Höhepunkt dieser Projekte (Kooperativen in Produktion und Verteilung, Selbsthilfebörsen, Tauschökonomie, Genossenschaften) waren ca.2oo ooo Arbeitslose an ihnen beteiligt.
Schließlich war community "die traditionelle Form der ökonomischen und sozialen Selbsthilfeorganisationen aus der Zeit der Eroberung des Kontinents: Während der Besiedlung des Landes bildete sich an der frontier, der in den 'wilden Westen' vorrückenden Grenze, autonome Gemeinwesen der Siedler. Diese Herausbildung selbstverwalteter frontier-Gemeinden ist eine bewußtseinsprägende Erfahrung amerikanischer Geschichte. Das impliziert die populistische Ablehnung zentralstaatlicher Autorität und die wenig ausgebildete gesamtgesellschaftliche Orientierung auf Klassenkämpfe".(4)

Die amerikanische Sozialarbeit hat im community-movement eine wesentliche Rolle gespielt. Neben den beiden traditionellen Arbeitsmethoden: Einzelfallhilfe und soziale Gruppenarbeit trat als dritte "community-organisation". In den 6oger Jahren wird sie als US-Import unter der Bezeichnung Gemeinwesenarbeit auch in die deutsche Sozialarbeit eingeführt.
Nun erhält die community-Bewegung jedoch durch die neueren Einflüsse stadtökologischer Zielsetzungen einen neuen Charakter. Letztere sind geboren aus der Überflußgesellschaft Amerikas, der gegenkulturellen Jugendrevolte und der generellen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Ballungsgebiete. Was kein Widerspruch ist. Die USA sind ein Musterbeispiel der "Zweikulturentheorie". Ökologische Stadtteilprojekte sind in den USA einfach die notwendige Reaktion auf den ungeheuerlichen Grad der urbanen Umweltzerstörung. Mit dieser Zerstörung der äußeren Natur der Stadtmenschen geht jedoch die Deformierung der inneren Natur der Bewohner einher und genau mit diesen ist die Sozialarbeit befaßt. Die amerikanische Sozialarbeit beginnt bei der Diagnose ihrer Klienten neben den sozio-ökonomischen Bedingungsfaktoren auch sozial-ökologische in die Analyse einzubeziehen.
Der Einfluß ökologischer Prinzipien auf die community-Bewegung liegt vor allem in der Betonung auf 'self-reliance': "Betrachtet man self-reliance als Gegenteil von Abhängigkeit, so ist es zum besseren Verständnis lohnend, die englische Sprache als Wegweiser zu nehmen. Da "dependence" im Englischen zwei Negationen hat, enthalten beide von ihnen die Idee der self-reliance: "Independence" und "Interdependence". Independence bedeutet Autonomie, das unschätzbare Zusammenwirken von Selbstvertrauen und einen hohen Grad von Selbstversorgung, woraus eine gewisse Unverletzlichkeit erwächst. Interdependence bedeutet Ausgleich, ein Kooperationsstil, der nicht neue Formen der Abhängigkeit erzeugt".(5)

Die von den Ökologen propagierte angepaßte dezentrale Technik (community technology) soll ein Schlüssel zur Erreichung von lokaler self-reliance sein, denn sie ist arbeits-statt kapitalintensiv, schafft also Arbeitsplätze im Gemeinwesen. Arbeit und Leben (vor allem im Dienst-

leistungssektor) im lokalen Gemeinwesen, Rückfluß der Einkommen als Konsumausgaben und über das Steueraufkommen als Investitionen für Gemeinschaftsdienste in die Kommune, das sind Schritte hin zu ökonomisch stabilen, dezentralen Lebensgemeinschaften. Es gibt verschiedene Studien (6), die z.B. für den Bereich der Energieerzeugung nachweisen, daß bei einer gleich hohen Kapitalinvestition die herkömmliche Energieindustrie viel weniger Arbeitsplätze schafft als im Bereich von Energieeinsparung und Solarenergie entstehen würden. Außerdem wäre die Relation Facharbeiter - technische Intelligenz in der Nuklearindustrie z.B. 2:1, in der Solartechnik 9:1. Letztere entzieht sich der industriellen Massenanfertigung und ist daher besser für regionale Kleinunternehmen geeignet.
Daneben würde eine ökologische Gemeinwesenarbeit jedoch den Ausbau der "informellen Ökonomie" unterstützen (7). Das würde eine Stärkung der Eigenarbeit, des nachbarschaftlichen Tausches von Dienstleistungen, der Schwarzarbeit bedeuten; alles Wirtschaftsaktivitäten außerhalb der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
Es wäre zu überlegen, welche Rolle Gemeinwesenarbeiter in diesem Prozeß lokaler self-reliance spielen könnten oder sollten, um die von ihnen verwaltete Arbeitslosigkeit in "schöpferische Eigenarbeit" (Weizsäcker) überführen zu helfen.

3. BEISPIELE ÖKOLOGISCHER STADTTEILPROJEKTE IN DEN USA

Ernest Callenbachs Roman "Ökotopia - Notizen und Reportagen aus dem Jahre 1999" spielt an der amerikanischen Westküste.Er wurde in der deutschen grünen-bunten Scene ein Bestseller. Endlich mal nicht nur: "Weg mit ... A.K.W's" oder "Zur politischen Ökonomie einer alternativen Bäckerei", sondern die detaillierte Beschreibung eines ökologischen Paradieses von nationalem Ausmaß. Seit Marx (und trotz Bloch), der ja bekanntlich alle Gesellschaftsutopisten bitterlich bekämpft und theoretisch fertiggemacht hat, gab es unter deutschen fortschrittlichen Menschen eine Art Denk- (besser: Träume-) Hemmung. Das ist nie das Problem der pragmatisch denkenden amerikanischen Gesellschaftsveränderer gewesen. Für die amerikanische Alternativbewegung bedeutet Utopie nicht: Unrealisierbares, sondern (dem ursprünglichen Wortsinn entsprechender): noch- nicht- Realisiertes. Und darin sehe ich einen wichtigen Grund für die ansehliche Zahl ökotopischer Ansätze, von denen einige hier vorgestellt werden sollen.

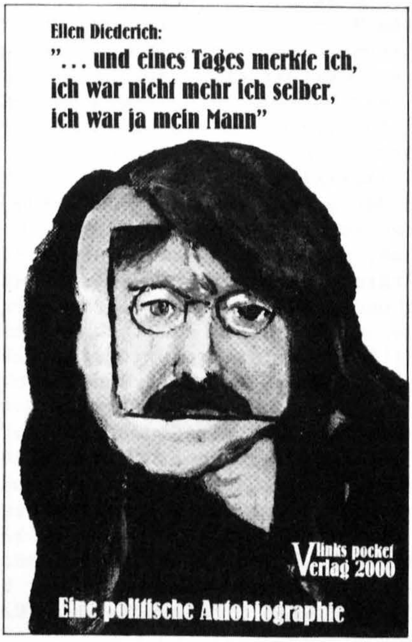
Adams-Morgan

Adams Morgan ist ein Stadtteil mit 3o ooo Einwohnern im Herzen von Washington, zur Hälfte von Schwarzen bewohnt, der Rest sind Lateinamerikaner und Weiße. Der Stadtteil, einst vornehmer Wohnsitz der weißen Mittelklasse, war zum Ghetto der Schwarzen und drogensüchtigen weißen Hippies geworden, ein großer Teil der Bewohner lebte von der Sozialhilfe. Aber Mitte der 6oger Jahre beginnt, was in Amerika die "Graswurzelrevolution" genannt wird. Sicherlich auch verbunden mit der universitären Studentenbewegung, fand und findet sie im Stadtteil statt.

In Adams-Morgan entsteht zunächst ein genossenschaftlich organisierter Laden für gesunde Lebensmittel (die in den USA immer billiger als Supermarktnahrung sind). Dann öffnet ein zweiter. Eine Stadtteilzeitung entsteht, dann eine zweite. Ein Schallplattenladen, mehrere

links pocket
Verlag 2000

Verlag 2000
Postfach 591
6050 Offenbach 4



Band 3, Ellen Diederich
'... und eines Tages merkte ich,
ich war nicht mehr ich selber,
ich war ja mein Mann'
Eine politische Autobiographie, DM 9,--





★

Verlag 2000 & Sozialistisches Büro
Postfach 591, 6050 Offenbach 4
Telefon 0611/8 20 06

Buchläden öffnen. Einige Musiker mieten einen Eckladen und beginnen mit allabendlicher improvisierter Musik - Jazz, Rock, Country. Eine Stadtteilgenossenschaftsbank bildet sich. Es entsteht schließlich ein regelmäßiges Plenum, eine Einwohnerversammlung, die "Adams-Morgan Organisation" (AMO).

Was tut die AMO? Nein, sie stellt nicht Forderungen an die Stadtverwaltung auf, sondern sieht sich selbst als die Stadtverwaltung. Diskussionen der Probleme und ihrer Lösungsmöglichkeiten und als erstes die Entscheidungen darüber, was der Stadtteil selber dabei tun kann. Dieser Punkt ist wichtig, denn er ist Ausdruck einer für die amerikanische community-Bewegung typischen Sozialphilosophie, die bereits mit dem Begriff self-reliance umschrieben wurde. Im GWA-Zusammenhang wurde dort erkannt, was I. Illich die "Modernisierung der Armut" nennt und das ich als das Süchtigmachen der Unterprivilegierten nach Sozialhilfe bezeichnen möchte. Die Sozialprogramme unterstellen als Grund für Armut einen Mangel an Geld. Der GWA-Arbeiter versucht daher, den Bedürftigen besseren Zugang zu den Sozialleistungen zu verschaffen. Die AMO dagegen glaubt, daß neben der materiellen Not vor allem die Armutskultur (als ein rigides Interpretationsmuster des eigenen Schicksals) durchbrochen werden muß, indem Kenntnisse, Fertigkeiten und Selbstwertgefühl durch Aktivitäten vermittelt werden, die die eigene Wohlfahrt produzieren helfen und die eigene Existenz in die eigenen Hände legt.
Die AMO startete dazu ein Projekt "Stadtteiltechnologie" zur Klärung folgender Fragen: Welchen Beitrag können Wissenschaft und Technologie zur self-reliance im Stadtteil leisten? Die Nahrungsmittelversorgung ist ein naheliegendes Problem. Gemüseanbau in der Großstadt? Wo? Als Ergebnis entstehen Gewächshäuser auf den Flachdächern, je nach Dachtragfähigkeit mit Pflanzkästen oder als Hydrokultur.In leerstehenden Kellern werden Sojabohnenkeimlinge gezogen. Auf einem unbewohnten, zum wilden Müllplatz verkommenen Grundstück wird ein Gemeinschaftsgemüsegarten angelegt mit einem riesigen Komposthaufen aus Gemüseabfällen verschiedener Geschäfte und Restaurants und Pferdedung von der berittenen Polizei. Fleischzucht in der Großstadt? Kühe brauchen Weiden, Hasen sind zu niedlich, Hühner zu laut, aber Fische... Ein Chemiker mit Erfahrung in der Forellenzucht entwickelt eine Fischzuchtanlage, die in jeden Hauskeller paßt und aus Fiberglasbottischen, alten Waschmaschinenpumpen, Wasserfiltern besteht. Ein junger Maurer experimentiert mit Bioklos, die Dünger produzieren und die Abwässer nicht mehr verschmutzen. Ein Ingenieur baut einen Solarkocher, dessen Spiegelkollektor der Sonne automatisch folgt und bis 3oo Grad Celsius Hitze liefert. Ein Physiklehrer baut einen Sonnenkollektor aus Katzenfutterdosen. Wohlgemerkt: Diese Menschen waren keine Experten von außerhalb, sondern Bewohner des Stadtteils.

Adams-Morgan ist heute jedoch anders. Nach einigen Jahren begann die Schickeria sich dort einzukaufen, Mieten stiegen, kommerzielle Interessen erwachten. War das Experiment also doch utopisch? Einige Jahre lang war es Realität für die Menschen im Stadtteil, sie wird nicht einfach vergessen, sie kann woanders wieder entstehen (8).

Sweat Equity

New York ist eine unvorstellbare Stadt. Vielleicht 2oo ooo verlassene, meist ausgebrannte Wohneinheiten gibt es insgesamt. Und dennoch finden wir in der South Bronx oder East Harlem, wo ganze Straßenzüge in Schutt und Asche liegen, ökologische Stadtteilprojekte. In der East 119th Straße wurde ein 6-stöckiges Wohnhaus mit 23 Wohnungen von einer Straßenbande und ehemaligen Bewohnern renoviert und gehört heute den dort wohnenden Mietern genossenschaftlich. Wohnraum für ca. 15oo Menschen konnte seit 1972 im Rahmen solcher "Sweat Equity"-Projekte beschaffen werden. Dabei bauen die späteren Bewohner/Besitzer ein unbewohnbares Haus, das in den Besitz der Stadt übergegangen ist, in Eigenarbeit wieder auf. Die Stadt verkauft dem Kollektiv zuvor dieses Haus zu einem symbolischen Preis von einigen Hundert Dollar und gewährt einen zinsgünstigen Kredit, der für Baumaterial und für notwendige Fremdarbeiten verwendet wird.

In der East 11th Straße in Manhatten brachen 1972 mehrere Feuer aus. 1974 beschlossen die ehemaligen Bewohner, fast alle schwarz, arbeitslos und ungelernt, das Gebäude zu renovieren. Sie arbeiteten 2 Jahre lang bis zu 6o Stunden pro Woche, und seit 1976 ist das Haus wieder voll bewohnbar. Es wurde wärmeisoliert, Sonnenkollektoren auf dem Dach leisten die Warmwasserversorgung. Später entstand noch ein Windrad zur Stromerzeugung. Das private Stromversorgungsunternehmen, die Edison-Company, ging gegen eine solche Selbstversorgung vor Gericht und verlor den Prozeß. Sie muß nun außerdem noch den Stromüberschuß des Windrades kaufen.
Seit 1978 entstehen im Stadtteil Bronx auf 15 verschiedenen verkommenen Grundstücken Nachbarschaftsparks, ein Dutzend Stadtteilgruppen legen Nachbarschaftsgärten, open air Theater, Spiel- und Sportplätze und Kompostieranlagen an. Die Werkzeuge werden aus Staats- und Stadtbudgets finanziert.
An diesen Projekten (9) arbeiten außer den Betroffenen, den Stadtteilinitiativen, auch Alternativtechnikamateure, manchmal auch Sozialarbeiter mit. Die Rolle der letzteren beschränkt sich zumeist auf eine Vermittlertätigkeit zu den verschiedensten Behörden und Ämtern, es sei denn, sie haben Gebrauchswert für die Projektarbeit.

Recycling im Stadtteil

Jeder Sozialarbeiter, der im Jugendfreizeitheim oder Jugendzentrum arbeitet, ist schon einmal mit einer Gruppe zum Sperrmüllsammeln gegangen, um Räume einzurichten oder alte Fahrräder wieder zusammenzuflicken. Sperrmüll ist der für jeden sichtbarste Ausdruck unserer Wegwerfgesellschaft. Arbeitslose junge Städter in den USA warten nicht mehr auf die dort spärliche Arbeitslosenhilfe, sondern schaffen sich ihr eigenes Einkommen durch Abfallrecycling. Ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in New York finanziert sich durch das Sammeln von Aluminium (Bierdosen) und Einwegflaschen, und sie dokumentieren ihre Arbeit gleichzeitig als ökologisches Anschauungsprojekt für die umliegenden Nachbarschaften. Bürgerwissenschaft (citizen science) hat detaillierte Untersuchungsarbeit über die sozialen Kosten von Abfall und dessen Beseitigung geleistet. Umweltorganisationen haben geholfen, das gesetzliche Verbot der Einwegflasche in Oregon, Vermont, Maine und South Dakota durchzusetzen. Der Oregonplan (1o) zur Abfalltrennung (Metall, Glas, organischer Abfall, Plastik)in den Haushalten

und der dezentralen Müllabfuhr und Wiederverwertung funktioniert und hat interessante Abfallrecyclingtechniken auf Stadtteilebene hervorgebracht. In der großen Stadt Portland gibt es z.B. eine Recyclingbörse, wo jeder wiederverwendbaren Abfall anbieten oder abholen kann. In Berkeley/California besteht eine Stadtkompostieranlage. Die Bewohner sammeln und liefern ihre organischen Abfälle dorthin und erhalten eine entsprechende Menge Kompost dafür. In vielen Stadtteilen von Portland, wo wie in vielen amerikanischen Städten die Müllabfuhr privatwirtschaftlich ist, transportieren verschiedene kleine Unternehmen den in den Haushalten separierten Abfall ab und führen ihn einer Wiederverwertung zu. So z.B. Cloudburst Recycling, ein "Alternativunternehmen" zweier junger Arbeitsloser: Sie fahren mit einem alten Kleintransporter mit Anhänger Papier, Glas, Aludosen und organischen Abfall von ca. 1oo Familien in der Nachbarschaft für 1,5o - 4 Dollar pro Monat ab. Das ist billiger als die bisherige private Müllabfuhr und sichert beiden über die Gebühren und den Erlös des wiederverwendbaren Mülls ihr Auskommen.

In verschiedenen Städten befinden sich inzwischen Stadtteilrecyclingcentren im Aufbau, die den gesammelten Abfall in eigenen Kleinbetrieben zu neuen Materialien verarbeiten wollen, um damit Arbeitsplätze direkt in der Nachbarschaft zu schaffen.

Stadtbauern

In den USA gibt es keine Schreber- oder Kleingärten wie bei uns. Die dort seit einigen Jahren in Gang gekommene Stadtgärtnerbewegung (urban gardening) soll aber immerhin inzwischen etwa 1 Mio Amerikaner umfassen. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen 1972 um "Peoples Park" (ein Nachbarschaftsgarten, der auf einem Universitätsgrundstück lag und an Bodenspekulanten verkauft werden sollte) in Berkeley/Californien ist ihr Symbol. Der Garten besteht immer noch.

In Burlington, einer Kleinstadt in Vermont, gibt es heute 12 Stadtteilgärten mit einer Gesamtfläche von 5 ha, auf denen etwa 1ooo Menschen gärtnern. Verschiedene Bürgerinitiativen haben diese Projekte geschaffen, auf Kirchenland, öffentlichen Plätzen und unbebauten Privatgrundstücken. Es gibt einen Gemeinschaftsgarten für Kinder neben einem Kindergarten, einen für Senioren, der von der Kirche mitbetreut wird, einen Gefängnisgarten als Berufsqualifizierung für Insassen und außerdem als Gemüselieferant für die Gefängniskantine. Insgesamt erzeugen alle Gemeinschaftsgärten von Burlington letztes Jahr Erträge im Wert von 175 ooo Dollar. Es wird ausschließlich ohne Kunstdünger und nach verschiedenen Methoden organischen Gartenbaus gearbeitet. Da Pflanzfläche in der Stadt immer knapp ist, wurde die alte ursprüngliche französische Technik der Tiefbeetkultur so weiterentwickelt, daß vierfache Erträge, pro Fläche mit nur der Hälfte der Bewässerungsmenge und 1% des Energieverbrauchs der "modernen Landwirtschaft" erzielt werden. Die Experimentierfreude ist enorm: Bienen- Fisch- Hühner und Keimlingszucht im Stadthausgarten, solarbeheizte Gewächshäuser auf Balkonen und Hausdächern. Es erscheinen detaillierte Anregungen, wie man einen Nachbarschaftsgarten organisiert, die im Grund sehr brauchbare Anleitungen für jede Art von Gemeinwesenarbeit darstellen

Du bist (auch), was Du ißt

In den USA gibt es schätzungsweise 5ooo food-coops, die über 1/2 Mio Städter mit billigen gesunden Nahrungsmitteln versorgen. Der Gesamtumsatz dürfte jährlich bei 1oo Mio Dollar liegen. Food-coops sind heute ein ökonomischer Faktor und demonstrieren seit über einem Jahrzehnt die potentiellen Möglichkeiten einer Gegenökonomie, die auf Kooperation statt auf Profit beruht. Die Sozialarbeit scheint sich für die Beziehungen zwischen Ernährung und physischer und psychischer Gesundheit nicht zu interessieren. Aber es gibt Sozialarbeiter,die beim Hausbesuch alleinstehender alter Menschen zuerst in deren Speisekammern und Kühlschränken nach den Ursachen ihrer Depressionen suchen. Die Schulsozialarbeiterin käme den Gründen für das Schulversagen "der Problemschüler" vielleicht eher auf die Spur, wüßte sie etwas über deren Zucker- und Süßigkeitenkonsum.

Food-coops sind ideale ökologische Stadtteilprojekte. Verbraucher gewinnen wieder Selbstbestimmung über ihr wichtigstes Überlebensmittel, die Nahrung. Dem modernen Supermarkt, ein Musterbeispiel für eine zentralisierte, Vielfalt reduzierende, gesundheitsgefährdende und informations- und bedürfnismanipulierende Institution steht die Lebensmittelkooperative im Stadtteil gegenüber. Ein Laden mit Lagerraum wird angemietet, Preise von umliegenden oganischen Bauernhöfen und Vertrieben werden eingeholt und verglichen. Eigener Transport wird überlegt. Handelsspannen fallen weitgehend weg. Wohngemeinschaften im Stadtteil werden angesprochen, Informationen über gesunde Nahrung verbreitet. Ein Bestellsystem (wann, wie oft, welche Mengen) muß sich langsam entwickeln, ein rotierender Arbeitsplan für die anfallenden Arbeiten der Bestellung, des Transports, des Abrechnens und Abpackens zwischen den Mitgliedern (Einzelne oder Kollektive) eingerichtet werden.
Die Formen des food-coops sind mannigfaltig, aber alle realisieren die ökologischen Prinzipien der Dezentralität, des knappen Energieaufwandes (weniger Transport, Verpackung etc.), der Angepaßtheit an die jeweiligen Bedürfnisse. Food-coops unterstützen den ökologischen Nahrungsmittelanbau, der meist von den kleineren, energiesparenden und arbeitsintensiven Landwirten betrieben wird.

In den USA sind die food-coops inzwischen durch regionale Netze miteinander verknüpft. In großen urbanen Zentren wie in Boston oder Washington verbinden diese Netze Läden, Einkaufsgemeinschaften, Transportunternehmen und Lagerhäuser mit den Produzenten auf dem Lande.
In San Francisco umfaßt das "Peoples-Food-System" 1o food-coop Läden mit 14 Unterstützungskollektiven wie z.B. Lagerhäuser, eine Bäckerei, Kräuter-Käse- und Joghurtherstellung und eine Hühnerfarm ("left wing poultry"). Dort wird auch eine Zeitschrift hergestellt, die über die Probleme der Bewegung für gesunde Nahrungsmittel berichtet, Tips zur Organisierung der food-coops gibt und Untersuchungsarbeit über Nahrungsmittelpolitik leistet.
Wer heute in einer größeren Stadt in den USA lebt (vor allem an der Ost- und Westküste) braucht kaum noch in den Supermarkt zu gehen und bekommt seine Lebensmittel auf jeden Fall billiger (11).

Ökotopia jetzt - Hamilton Solar Village (12)

Städtische Dörfer (urban villages) - das ist die Konzeption der ökologischen Städteplaner, und es gibt Projekte, die sich bereits im Planungsstadium befinden.
Der 5oo ha große ehemalige Luftwaffenstützpunkt Hamilton in Marin County liegt eine halbe Stunde von San Francisco entfernt. Eine Bürgerinitiative bildetet sich, um einen dort geplanten Privatflugplatz zu verhindern und kämpfte für ihren eigenen Vorschlag: ein urbanes Dorf mit ca. 2.ooo Einwohnern, das Energieselbstversorger und im ökologischen Gleichgewicht mit seiner Umwelt sein soll. Der politische Kampf für dieses Solardorf ist so gut wie gewonnen. Wie soll es aussehen?
Das Solardorf strebt die Verwirklichung folgender Prinzipien an: Wiederherstellung des natürlichen Ökosystems im Gleichgewicht mit landwirtschaftlicher Nutzungsmöglichkeit (Aquakultur im wiederhergestellten Feuchtgebiet - Astuare sind die vielfältigsten Ökosysteme dieser Erde!); Beschaffung von Arbeitsplätzen (für die Hälfte aller Erwerbstätigen) innerhalb der Siedlung (Kleinindustrie für umweltfreundliche Produktion); Senkung des Energieverbrauchs generell (7o% der Einsparung bei Raum- und Warmwasserheizung, Transport, Nahrungsmittel und Müll- und Abwasserbeseitigung)durch passive Solarheiztechniken für alle Gebäude; Gemüseanbau innerhalb der Siedlung, Solargewächshäuser, Fischzucht und Gemeinschaftsgärten; Elektrizitätsgewinnung aus Wind, Biomasse und Sonne; Müllrecycling; Autoverkehrseinschränkung (Elektroautos und Busse).

Die Fähigkeit, ökologische Prinzipien in Architektur und Stadtplanung umzusetzen, beginnen sich zu entwickeln. Auszugehen ist dabei von den fundamentalen Unterschieden zwischen ökologischen Kreislaufprinzipien und den traditionellen linearen Städtebaukonzeptionen. Zwei entscheidende Merkmale seien herausgegriffen: 1) Art und Richtung des Energieflusses im System: importierte hohe Energieströme fließen als Einbahnstraße durch die Stadt mit großen ungenutzten Verwendungsverlusten. Sie verlassen die Stadt als Abfall- und Umweltverschmutzung. In der ökologischen Stadt fließt Energie in multiplen Kreisläufen, die sich gegenseitig überlappen. Jeder Abfall ist input eines anderen Energiekreislaufes. Die Energieproduktion ist lokal und nutzt verschiedene Quellen. Sie ist dem Energieverbrauch angepaßt. 2) Die Mehrfachfunktionalität der einzelnen Systemteile: Ein Elektroheizgerät erfüllt nur eine Funktion, nämlich Luft oder Wasser um einige Grad C zu erwärmen. Das geschieht zunehmend durch elektrische Energie aus Kernspaltungshitze von tausenden Grad C und ist damit ungefähr so vernünftig, wie "Butter mit einer Motorsäge zu schneiden" (Amory Lovins). Ein passives Solargewächshaus an der unbeschatteten Südwand des Wohnhauses ist jedoch gleichzeitig ein Sonnenkollektor, ein Wärmespeicher, ein Gemüseladen, eine Wohnraumheizung und ein Sauerstofflieferant. Vielfalt und Multifunktionalität sind Merkmale stabiler Ökosysteme.

Zum Abschluß ein Paar Hinweise über Organisationen, Bildungsstätten und Literatur, die für die ökologische Lebensweise in der Stadt wichtig sind.

• Das Institute for Local Self-Reliance (1717, 18th Straße N.W. Washington D.C. 20009) befindet sich in einem Reihenhaus in dem schon beschriebenen Adams-Morgan-Stadtteil mit Solargewächshaus auf dem Dach und Fischzucht im Keller. Es analysiert alle Aspekte ökologischer Stadtteilarbeit, leitet Bürgerinitiativen an, entwirft Modellprojekte und gibt eine Zeitschrift heraus.

• Das Farallones Institute (11516 5th Straße, Berkeley/California 94710) hat ein ökologisch integriertes Stadthaus geschaffen mit Fisch- und Bienenzucht, Solarheizung und selbstkompostierendem Trockenklo. Es führt Forschungsarbeit auf dem Gebiet des Abfallrecycling, der biologischen Schädlingsbekämpfung etc. durch und bietet ein von einigen Universitäten anerkanntes Bildungsprogramm an.

• Das New Alchemy Institute P.O. Box 432, Woods Hole, Mass. 02543 ist auch in Deutschland bekannt geworden (13). Die von ihnen entwickelten "Archen" sind Beispiele ökologisch durchdachter Überlebensräume, die Wohnen, Arbeiten und Forschen baulich integrieren. Energieautonom durch passive Solararchitektur, nahrungsmittelproduzierend durch Aquakultur und Gemüsezucht im integrierten Gewächshaus, recycling menschlicher Abfälle zu Kompost. New Alchemy betreibt eine Reihe alternativtechnologischer Entwicklungshilfeprojekte in der dritten Welt. Sie geben eine Zeitschrift "Journal of the New Alchemists" heraus.

• Das Institute for Ecological Policies (92o8 Christopher Street, Fairfax, VA. 22o31) ist eine Forschungs- und Informationsbörse, das Materialien über lokale Ökopolitik erarbeitet und entsprechende Atkionen anleitet. So z.B. eine detaillierte Studie, wie eine ganze Region heute konkret einen "sanften Energiepfad" einschlagen könnte.

Dies war eine sehr subjektive Auswahl. Wer einen Überblick gewinnen will, kann das recht leicht mit Hilfe einiger weniger Zeitschriften und Dokumentationen. Die Amerikaner schreiben hervorragende "Wie-mach-ichs" oder "wo-finde-ichs" - Literatur. "Rainbook - Resources for Appropriate Technology" (Schocken Books, NY 1977) bietet auf 25o Seiten den totalen Überblick über Projekte, Gruppen, Literatur und Organisationen der amerikanischen Alternativbewegung. Klassiker sind "The New Whole Earth Epilogue" (198o), die von der Zeitschrift "Mother Earth News" (P.O. Box 7o, Hendersonville, NC 28739) herausgegeben wird. Weitere Zeitschriften sind "New Age Journal", "CoEvolution Quarterly" und "Rain". Bei USA-Erkundungen sind außerdem die "Yellow Pages" mit Anschriften und Beschreibungen aller Alternativprojekte für viele Städte und kleinere Regionen gut geeignet.

4. WELCHEN ANTEIL HABEN SOZIALARBEITER (INNEN) AN ÖKOLOGIEPROJEKTEN IM STADTTEIL

Auf diese Frage muß geantwortet werden, denn dieser Aufsatz

ordnet sich dem Leitthema dieser Broschüre "Ökologie und Sozialarbeit" zu. Für die USA ist die Antwort wohl eher negativ. Ich habe jedenfalls von kaum einem Sozialarbeitenden in den soeben beschriebenen Projekten gehört. Das könnte mehrere Gründe haben. Einmal ist die Sozialarbeit in den USA hoch professionalisiert (Social Work ist ein Universitätsstudiengang) mit deutlicher Tendenz zu klinischen und therapeutischen Berufsfeldern. Sie kümmert sich also lieber um die im Sinne von Prestige und Einkommen lukrativeren Tätigkeiten. Die von den bankrotten Städten angestellten, meist minderqualifizierten Sozialarbeiter in den Ghettos stehen auf verlorenen Posten. Die meist farbigen Slumbewohner lassen sich nicht mehr von zumeist weißen Sozialarbeiter(innen) vertreten. Und sowieso kann es in den USA nicht den Luxus einer Sozialarbeit geben, die Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen für eine bessere Stadtteilökologie anleiten will, sondern sie muß sich primär für die Durchsetzung sozialstaatlicher Rechte der Armutsbevölkerung gegen den Staat einsetzen. Zum anderen ist die amerikanische community-Bewegung seit den späten 60ger Jahren von "radical community organizers" beeinflußt worden, die informelle Meinungsführer von nach Stadtteilprinzip organisierten politischen Gruppen waren, wie z.B. Überresten der civil rights Gruppen, der Black Panthers (die heute noch da sind,aber statt bewaffetem Kampf sehr effektive Stadtteilarbeit machen) und anderen Organisationen von Farbigen, sowie lokalen Frauengruppen.

Der wichtigste Grund für den geringen Einfluß der Sozialarbeit auf ökologische Stadtteilprojekte liegt eben sicher in diesem ökologischen Ansatz. Angepaßte Technik duldet keine professionelle Expertokratie von außen; die lokale Orientierung und Dezentralität erschwert den normierenden bürokratischen Zugriff, die gebrauchswertorientierte Eigenarbeits- und Recyclingmentalität widerspricht der administrativen Mittelzuweisung und Bilanzierung. Die sozialökologischen Prämissen der "Deprofessionalisierung, Demonetarisierung, Deinstitutionalisierung und der Selbsthilfe in kleinen Netzen" (14) liegen quer zu dem heutigen Charakter staatlicher Sozialarbeit, ja macht sie tendentiell überflüssig. Andererseits ist natürlich eine Halbprofession wie die Sozialarbeit in Deutschland immer auf der Suche, sich Arbeits- und Kompetenzbereiche zu erobern, und bei der allgemein herrschenden Desillusionierung der Sozialarbeitenden in den traditionellen Arbeitsgebieten ist wohl absehbar, daß sie sich mit Hilfe einer "neuen Fachlichkeit" (15), im Aufwind der grünen Bewegung eine Konzeption ökologischer Gemeinwesenarbeit zulegen wird. Geschähe dies in der Richtung einer Sozialarbeit, die wieder voranschreitet zu ihrer traditionellen Aufgabenfunktion: Hilfe zur Selbsthilfe statt wie heute Hilfe zur Staatshilfe und damit andauernden Abhängigkeit des Klientels zu vermitteln, würde sie lokale self-reliance aufbauen und mithin produktiver Teil ökologischer Stadtteilprojekte sein können.

Um es an Beispielen zu verdeutlichen: Es gibt amerikanische Gemeinwesenarbeiter, die der Nachbarschaft helfen, eine food-coop aufzubauen, statt wie früher Klientenanträge auf Nahrungsmittelkarten (food-stamps) beim Sozialamt einzureichen. Andere Sozialarbeiter, die bisher Arbeitslosen den Weg zu ihrem Arbeitslosengeld ebnen halfen, setzen sich für ein sweat-equity Projekt ein, um die Arbeitslosigkeit in schöpferische Eigenarbeit zu verwandeln. Denn

das ist ja das Dilemma der Sozialarbeit: mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und ihren psychischen Verarbeitungsformen bei ihren Klienten konfrontiert zu sein, aber über die Lösung (Reintegration in die Arbeitswelt) in Form von Arbeitsplätzen nicht zu verfügen. Oder aber (falls man diese systemstabilisierende Funktion sozialer Arbeit nicht will) mit den Schädigungen und Folgen der Lohnarbeiterexistenz beim Klienten konfrontiert zu sein, aber nicht über die Lösung: menschlich angepaßte Arbeitsplätze zu verfügen. Wäre es für die engagierte Sozialarbeit nicht überlegenswert, sich mit dem Konzept des "vierten Sektors" bzw. "Dualwirtschaft" (16), das auch den ökologischen Stadtteilprojekten zugrunde liegt, zu beschäftigen? Der teilweise Ausstieg aus der Lohnarbeit (erzwungen oder freiwillig, zeitweise oder mit flexiblen Übergängen, für Frauen wie für Männer), und das Wenden dieser Lohnarbeitslosigkeit zu schöpferischer gebrauchswertorientierter Eigenarbeit mit dem Ziel nachbarschaftlicher self-reliance bedarf heute einer ernsthaften Überprüfung als Realutopie. Die Rolle von Sozialarbeitenden mit einer neuen Fachlichkeit und eigenem Betroffensein wäre dabei zu untersuchen.

5. ZUR FRAGE DER ÜBERTRAGBARKEIT USA-BRD

Meine Antwort auf diese Frage ist zwiespältig. Da gibt es einerseits unzählige Beispiele von amerikanisch geprägter westdeutscher Lebenswirklichkeit: unsere Sprache (o.k.?), Hamburger, Westernfilme, Rollschuhwelle, Starfighter, High-sein, Taylorismus, Sesamstraße, Latzhosen, Jogging, Windsurfen, Jazz, Beat, Rock und Pop, Coca Cola, Jeans usw. Diverse soziale Bewegungen und Lebensgefühle sind hier heimisch geworden, über die Grenzen von Geschichte, Sprache und Kultur hinweg. Für die Sozialarbeit gilt ähnliches. Supervision, Gemeinwesenarbeit, Streetwork, Familien- und Gestalttherapie, Transaktionsanalyse, anonymer Alkoholiker, Frauenhäuser sind allesamt amerikanische Importe, trotz großer Unterschiede in der Struktur der Gesellschaft und der sozialen Dienste. Darum sind die hier beschriebenen US-Beispiele ökologischer Stadtteilprojekte grundsätzlich auch bei uns denkbar, denn alle genannten Beispiele sind Antworten auf Probleme, deren Art und Ursachen in einem prinzipell für beide Länder gleichen gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß wurzeln.

Und dénnoch springen natürlich die unterschiedlichen nationalen Bedingungen ins Auge, unter denen solche Projekte konkret stattfinden. In einem Land ohne ausgebautem sozialen Sicherungsnetz wie den USA ist Selbsthilfe durch Kooperation der Unterprivilegierten eine quasi natürliche Verhaltensweise. Sie ist dabei weniger bürokratischen Regulierungen unterworfen, denn es herrscht ein niedrigerer Vergesellschaftungsgrad der verschiedenen Lebensbereiche der Menschen. Ein amerikanischer Organizer, Mitbegründer des Farallones Institute, der in Deutschland über seine Arbeit diskutierte, sagte mir: "Ihr Deutschen müßt eure Ideen, Vorstellungen und Wünsche aus der institutionellen Umarmung befreien, die sie umklammert hält." Hinzu kommt, daß die amerikanische Alternativscene, auch die sich politisch definierende, ihre Projektarbeit immer sehr pragmatisch angeht. Mann/Frau trifft wenig abgehobene Theoriediskussionen in solchen Gruppen. Die bei uns in Mode gekommene Theoriefeindlichkeit mit entsprechend spontihaftem Aktionismus ist aber trotzdem etwas anderes. In der amerikanischen

Bewegung scheint ohne besondere Anstrengung Kopf und Bauch versöhnter, das Theorie/Praxisproblem erträglicher gelöst als bei uns. Bündnisse können geschlossen werden, ohne daß Weltanschauungen gleichgeschaltet werden müssen. Finanzierung von außen für Projekte fließt immer aus den verschiedensten Quellen und vermindert damit Abhängigkeit. Dem P r o z e ß der Projektarbeit kommt hohes Gewicht bei und er fließt in die Definition des Ziels und der Effizienz mit ein. Diese Verhaltensweisen und Verkehrsformen, die von deutschen Besuchern immer sehr bald bemerkt werden, sind für die Frage nach der Übertragbarkeit von nicht geringer Bedeutung.

★

Detlev Lecke/ Thomas Tschöke/ Manfred Wittmeier

ÖKOLOGIE UND JUGENDARBEIT UND DAS PROBLEM SITZT IM "UND"

Provozierende Erfahrungen gehören für Jugendliche heute zum Alltag; Streß in der Schule, Ausbildungsnot und der Mangel gesellschaftlicher und politischer Perspektiven gehören allemal zu dieser Palette. Distanz zu den Angeboten gesellschaftlichen Fortschritts und dem Versprechen wirtschaftlichen Wachstums sind für die Jugendlichen meistens die Folge. Für einen nicht unbedeutenden Teil von Jugendlichen weist damit die Perspektive in die neuen sozialen und politischen Bewegungen, die sich offensiv mit der Kritik der Ökonomie und ökologischen Alternativen im umfassenden Sinne auseinandersetzen. Jugendliche werden aktive BI-Mitglieder, Jugendvertreter und junge Betriebsräte setzten neue Schwerpunkte beim gewerkschaftlichen Kampf um eine bessere Arbeitsumwelt und mehr Gesundheitsschutz.Oder sonstwas!

Welches Verhältnis die Jugendarbeit zu dieser "neuen Jugendbewegung" hat, die Lebensraum wieder einklagt, die sich gegen die Zerstörung von Umwelt und Natur, die massive Durchsetzung des Bonner Atomprogramms, die Arbeitslosigkeit, Berufsverbote, Zensurparagraphen etc. richtet, ist noch nicht ausgelotet. Immer mehr Jugendliche haben die bunte Plastikwelt spätkapitalistischer Fernsehparadiese satt und suchen nach umfassenden Alternativen und einer besseren Zukunft. Ökologische Konflikte und ihre langfristigen Konsequenzen sind hier ein Focus für die engagierte Auseinandersetzung mit den gesellschaftlich unzureichenden Angeboten.

In der politischen Jugendverbadsarbeit der Naturfreunde, des BDP, der Falken, wie auch bei einigen fachlichen Jugendverbänden spielt die Ökologie-Debatte eine zunehmend wichtige Rolle im Selbstverständnis. Die jugendpolitischen Programme wurden dementsprechend auf die 'Höhe der Zeit' gebracht und auch die Landesjugendringe und der Bundesjugendring reagierten mit Resolutionen zur "Ökologie und den neuen Lebensformen". Während die soziale Zusammensetzung der Verbände die Teil- und Bezugnahme zur alternativen Szene je verschieden nur ansatzweise möglich macht und somit noch ungeklärt bleibt, welches Verhältnis insbesondere große Jugendverbände, die von mächtigen Erwachsenenorganisationen abhängig sind, dazu entwickeln können, sind erste Ansätze vorhanden. In der Bildungsarbeit, in Bildungsurlaubsseminaren mit Arbeiterjugendlichen und in Projekten sind Aktivitäten der Ökologiebewegung und Aspekte alternativer Lebensstile aufgekommen. Örtliche Initiativen zu geplanten Mülldeponien, Startbahn- und Straßenplanungen, die Erschließung neuer Industriekomplexe und Wohngebiete gehören seitdem zu den neuen Inhalten in der Jugendarbeit. Fotodokumentationen, Interviewreihen, Ortsbegehungen, Lokaltermine und Wanderungen mit ökologischen Fragestellungen werden praktiziert, auch die sozial-historischen und aktuell-politischen Spurensicherungen,





wie sie ehemals als bekannte Kundschaften von Pfandfindern durchgeführt wurden. Welche Zugänge sich Jugendliche zu der gesellschaftlichen Einlagerung sozialer Konflikte um die ökologische Zukunft auf den verschiedensten Ebenen erarbeiten können und wie sie sich in die Entscheidung brisanter Fragen kompetent einmischen können, zeigt die Reflexion über das folgende Projekt eines hessischen Jugendverbandes.

BORKEN 6 UND BORKEN 9
JUGENDLICHE TREIBEN "SPURENSICHERUNG"
Skizzen eines Projektes der Bildungsarbeit auf dem Land

1. HILFE! – EIN ATOMKRAFTWERK IST GEPLANT!

Das Spiel mit dem Standortsicherungsplan, die gezielten Desinformationen der Landesherren - die Geburt des Atomzeitalters prägt Schlagzeilen. Auch an Nordhessen, wo die Welt bis vor einigen Jahren noch vergleichsweise in Ordnung schien, geht diese Entwicklung nicht vorbei. Im Gegenteil, eben weil hier "Strukturschwäche" herrscht - oder anders gesehen, die Umweltbelastungen in weiten Teilen der Region noch verhältnismäßig gering sind - steht diesem Landstrich eine besonders strahlende Zukunft ins Haus: Wiederaufbereitungsanlage Volkmarsen, Zwischenlager und Atomkraftwerk Borken. Letzterer Standort ist schon seit Jahren in der Diskussion. Einer Diskussion, die mit allen bekannten Mitteln der Vertuschung und Erpressung geführt wird. Denn: Die sogenannte Strukturschwäche machts möglich - der Energiekonzern Preußen-Elektra (Preag) ist einer der großen "Arbeitgeber" und Arbeitsplätze müssen .....
Gezielteres Begreifen von Veränderungen, denen unsere Lebensorte auf dem Land ausgesetzt sind, hatten wir bei Untersuchungen zu Hause, "Spurensicherung" genannt, bereits gemacht. Wir, ein gutes Dutzend Leute, Schüler und Lehrlinge, aus 8 verschiedenen Dörfern und Kleinstädten Nordhessens, hatten bei unseren Untersuchungen daheim feststellen können, daß die Orte heute mehr denn je durch Entwicklungen von außerhalb geprägt werden.
Die Preag, als ein gewichtiger Faktor regionaler Entwicklung und die brisante AKW-Problematik hatten uns zu einem Wochenseminar - unter dem Thema "Die Zukunft aus der Schublade" - zusammenkommen lassen. Ähnlich wie wir es mit unseren Entdeckungen zum eigenen Ort gemacht hatten, wollten wir auch die Ergebnisse dieser Woche in einem Heft "Spurensicherung" zusammentragen. Wichtig war uns Erfahrungen und Kenntnisse zu sammeln, die über den eigenen Ort hinausgehen und Ansätze zu finden, wie mit dem Problem AKW umzugehen ist.

Was uns als vertrackte Frage vorher schon zu schaffen machte: Hier in der Borken-Waberner-Senke konnte man das Problem sehen:ausgedehnte Felder - offensichtlich gute Böden - da kaum ein Fleck Boden unbestellt ist. Also weite flache Gebiete, in denen keine Feldraine, keine Bäume den Blick begrenzen. In dieser Landschaft wirkt das Braunkohlekraftwerk der Preußen-Elektra mit seinen Tagebaugruben rundum viel gigantischer, als es eigentlich ist. Stellt man sich dazu noch vor, daß die Kühltürme des geplanten AKW höher werden sollen, als der höchste Schlot jetzt, dann nimmt sich dieses alte Kraftwerk von 1927 geradezu heimelig aus.

Die sichtbare Monumentalität ist zugleich auch eine soziale und wirtschaftliche, - eben auch eine politische Realität. Mehr noch, zugleich auch eine schwere Belastung des eigenen politischen Lernens und Handelns. Und gerade das war und ist unser Problem im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um atomindustrielle Anlagen.

Die Tatsache, daß die Preag in der Borken-Waberner-Senke Löcher buddelt und Braunkohle herausholt, damit Strom kocht und Staub in die Luft pustet, kann man sehen, riechen und schmecken. Hinter dieser Konkretheit steckt - und das läßt sich so leichterdings nicht erfassen - ein gigantischer Kapitalfluß aus der Region in die Metropolen, das Aufhäufen von Macht, die Abhängigkeit von Politikern; der Wahnsinn, der als Fortschritt verkauft wird.
Die Ausbeutung von Rohstoffen (Braunkohle) und natürlichen Hilfsquellen (Luft, Wasser, Boden) erfolgt in der Region, ist dort wahrnehmbar; die Akkumulation des Kapitals geschieht in den Metropolen, ist nicht einfach greifbar, sondern erst an seiner Re-Investition und deren Folgen (z.B. Planung AKW) zu spüren.
Daß die großen Kapitalien auf die Provinz zurückschlagen, ist eine sattsam bekannte Tatsache, die zu wiederholen uns wenig weiterführend zu sein scheint.

Aber: "Natürlich ist es hervorragend, daß sich antikapitalistische Stimmungen hierzulande soweit verbreitet haben, daß sich auch die Illustrierten ihnen nicht mehr ganz entziehen können.""Eine Frage ist es allerdings, ...was eine Analyse, die jedes erkennbare Problem pauschal dem Kapitalismus anlastet, ... politisch bewirkt. Gerade ihre Allgemeinheit macht sie harmlos; der so beschrieene Kapitalismus wird zu einer Art gesellschaftlichem Äther, allgegenwärtig und ungreifbar, ein quasi natürliches Medium des Verderbens, dessen Beschwörung geradezu entwaffnend wirken kann. Da nämlich das jeweilige konkrete Problem, ... ohne genaue Analyse der wirklichen Vermittlung sofort auf die Verfassung des Ganzen zurückgeführt wird, entsteht der Eindruck, als sei jeder spezifische und augenblickliche Eingriff zwecklos." Entstehen bloße Leerformeln, die "zur ideologischen Hülle der Passivität werden." (H.M. Enzensberger, Zur Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch 33, Berlin 1973, S. 23)

2. VERSUCH EINER "ANALYSE DER WIRKLICHEN VERMITTLUNGEN"

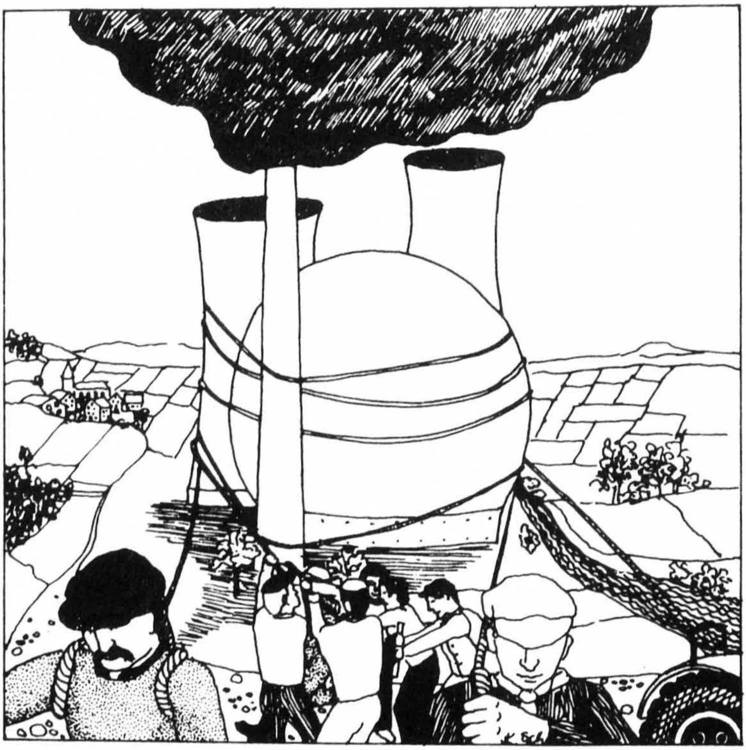
Bei unseren örtlichen "Spurensicherungen" hatten wir erfahren, wie wichtig es ist, sich der Bedeutung verschiedener örtlicher Gruppen, deren Beziehungen zueinander und die Geschichte der Veränderungen dieser Beziehungen bewußt zu werden. Es wurde deutlich, daß solche Untersuchungen in die falsche Richtung führen, wenn sie den einzelnen Ort als autonomes Gebilde verstehen. Geschichte und gegenwärtige Verhältnisse der Orte zeigen, daß sie eine vielfältige Verarbeitung von inneren und äußeren Entwicklungen sind. Eigenständig - nicht im Sinne von 'autonom' - sind die Gemeinwesen insofern, als sie den Rahmen des Alltags bilden, in dem die gesellschaftlichen Entwicklungen verarbeitet werden, werden müssen.
Gerade an der Entwicklung der Arbeitsplätze beispielsweise wird dieser Zusammenhang besonders deutlich: Und hier kommt es auf die örtlichen Erfahrungen an. Wie versucht wurde mit Rezessionen fertig zu werden, wie Veränderungen der Agrarstruktur von den betroffenen Leuten bewältigt wurden, welche Bedeutung in den Dörfern die großen regionalen Arbeitsplätze der Industrien haben, was sie auslösen ....

Also ging es uns darum, zwischen einem falschen globalen "der Kapitalismus ist an allem Schuld" und einem bornierten Ortsverständnis, das die Gemeinwesen isoliert zu begreifen sucht, eine Zugangs- und Vermittlungsweise zu finden, in der beides bewußt bleibt:Nämlich einerseits die historischen und gegenwärtigen Alltagserfahrungen in den Orten und jene gesellschaftlichen Prozesse, die diese Verhältnisse treffen, jedoch nicht einfach und sinnlich wahrzunehmen sind, sondern der geschichtlichen und politischen Analyse bedürfen.

Zwei Interessen zugleich standen am Seminarbeginn: Die eigene Betroffenheit davon, in welcher Dimension sich ein Konzern per atomindustrieller Planung eine Region unterwerfen will, und die Frage danach, was die Leute dort tun, wie sie leben, welche Erfahrungen sie haben und was für eine Zukunft sie wollen.
Wir einigten uns darauf, daß diese Woche die ersten Schritte einer untersuchenden Klärung umfassen sollte. Vorschlag war die Festlegung auf drei Orte: die Kernstadt Borken und zwei sogenannte Ortsteile, die Dörfer Singlis und Dillich. In den Vorplanungen - die zu Anfang dargelegt wurden - war diese Auswahl unter folgenden Gesichtspunkten getroffen worden:
Borken - eine ländliche Kleinstadt, die sich seit den zwanziger Jahren zur Preag-Stadt entwickelt hat;
Singlis - ein ehemaliges Bauerndorf, dessen Strukturen sich durch diese Industrialisierung völlig verwandelt haben;
Dillich - ein früheres Kleinbauern- und Handwerkerdorf mit großem herrschaftlichem Gut, das durch seine Lage auf dem Rand der Borken-Waberner-Senke - also seinem Abstand zur Preag? - eine weniger einlinige Entwicklung nahm.
Die gemeinsame Planung der Woche ergab, daß - sowohl wegen der Größe der Seminargruppe, als auch wegen der Vielfalt der Untersuchungsstränge - die Kernstadt Borken ausgeschlossen wurde. Wir beschränkten uns darauf mit zwei Mitgliedern der dortigen Bürgerinitiative am zweiten Seminartag vormittags eine Ortsbegehung zu machen und informierten uns über diese Stadt im Verlauf der Woche anhand einer Dia-Serie, die diese Gruppe der Bürgerinitiative hergestellt hatte.

Im Vergleich zu den "Spurensicherungen" in den eigenen Orten, befanden wir uns in einer neuen Situation. Wir kamen nicht von hier, waren also zum einen darauf angewiesen, daß einige Kontakte zu Leuten vorher schon geknüpft waren, zum anderen hatten wir kaum bzw. keine eigenen Erfahrungen in diesen Orten, waren also auf den Vergleich mit den Verhältnissen zu Hause angewiesen. Die Gefahr, die in dieser Situation steckt, wurde uns im Laufe der Untersuchungen und Produktionen zu dem Spurensicherungs-Heft deutlich: manchmal erschien es uns, daß die Informationen derart vielfältig und unterschiedlich waren, daß sich uns doch wieder die falschen Alternativen stellten: entweder ein kunterbuntes Dorf-Mosaik, bloßes Abbilden und Wiedergeben von Einzelerscheinungen oder eben dieses sperrige Material einer pauschalen Erkärung zu unterwerfen und im großen politischen Rundschlag eine Ordnung zu erfinden.
Diese zweite Versuchung war aufgrund der beiden Dörfer, auf die wir uns festgelgt hatten, doppelt groß. Gerade ihre spezifischen Unterschiede legten schlichte Schwarz-Weiß-Interpretationen wie: "Singlis - ziemlich kaputt" und "Dillich - von der Industrieentwicklung ziemlich verschont" nahe.

PLAKAT – BAUERNVERLAG



joachim schritt

bauern gegen atomanlagen
oder
wi wüllt den schiet nich hebben

7,– DM

Wir wollen nicht behaupten, daß es uns in jedem Fall gelungen ist, diese Gefahr zu bewältigen, aber es ist hier nicht möglich, die Differenzierungen, die wir herausgefunden und festgehalten haben in ihrer Gesamtheit zu skizzieren. (Wen interessiert, was wir herausgefunden haben, der kann beim Hessischen Jugendring, Albrechtstr.15, Wiesbaden das Heft: "Spurensicherung in Singlis und Dillich - Borken 6 und Borken 9" bestellen.)

3. VON DEN ÖRTLICHEN ABHÄNGIGKEITEN ZUR ÜBERÖRTLICHEN ABHÄNGIGKEIT

Im Folgenden beschränken wir uns auf einige Untersuchungsstränge und -ergebnisse, die für uns neue Erfahrungen waren und an denen deutlich zu machen ist, inwieweit wir unseren Anspruch "wirkliche Vermittlungen" zu entdecken, realisiert haben.

An der Entwicklung Singliser Landwirtschaft, wurde uns deutlich, wie die Bevölkerung eines solchen Dorfes aus einer Vielzahl von Abhängigkeiten in eine völlig neue Struktur der Abhängigkeit gerät. Die von uns, die aus Mittelgebirgsdörfern - mit kleinen Höfen kommen - waren erstaunt über die (enorm) großen Betriebe in Singlis. Schon der Ortsplan zeigte uns das, bei der ersten Ortsbegehung wurde das sichtbar und im Gespräch mit einem Großbauern wurde die damit zusammenhängende Hierarchie des Dorfes detaillierter deutlich.
Prägend für das Dorf waren die wenigen bäuerlichen Großbetriebe, daneben gab es kleinere Bauern und Handwerker (meist beides zugleich) und eben die Landarbeiter, ohne die die großen Höfe nicht zu bewirtschaften waren. Also keine Dorfidylle gleichberechtigter Nachbarschaften, sondern durchaus ein handfestes System von Abhängigkeiten und Konkurrenzen, Unterdrückungen.
Angesichts dieser Lage war es nicht verwunderlich, daß die Ansiedlung der Braunkohlegruben und des Kraftwerkes Vielen wie eine Befreiung erschien. Das Ausgeliefertsein an persönliche Willkür, vergleichsweise instabile Anstellungs- und Lohnverhältnisse, wurden abgelöst durch sogenannte "feste" Arbeitsplätze, die guten Lohn brachten. Der Ort veränderte in vielfacher Hinsicht sein Gesicht: Handwerker, Landarbeiter und Kleinbauern gingen in "die Industrie", neue Leute - zugezogene Bergarbeits-Fachkräfte - siedelten sich an. Mit dem Flüchtlingsstrom wurden diese Veränderungen verstärkt. Die "freie" Lohnarbeit stand nun fast gleichberechtigt neben der bäuerlichen Produktion.
Zunächst wurde es für die kleinen Landbesitzer und Lohnarbeiter selbstverständlich ihren Besitz preisgünstig weiterzuveräußern.
Mit den Entwicklungen innerhalb der Landwirtschaft verstärkte sich die Konzentration, die kleinen Bauern gaben auch auf und gingen in die Industrie.

Waren die Bauern vorher die 'wichtigen' Leute im Dorf, so waren sie es deshalb, weil sie ökonomische Macht hatten. Aber in ihrer Ökonomie waren sie auf das Funktionieren des Dorfes zugleich auch angewiesen. Im eigenen Interesse beteiligten sie sich an dessen Entwicklung. Mit der Industrialisierung der Landwirtschaft veränderte sich diese Situation im Dorf. Die großen Bauern waren immer weniger 'Singliser', sie wurden wachsend 'Privatunternehmer'.

Nach vollzogenen Bodenkonzentrationen wurden die Angebote der landhungrigen Industrie verlockender. Zunächst bedurfte die Preag großer - landwirtschaftlich genutzter - Flächen für den Kohleschurf, jetzt braucht sie diese für die Errichtung ihrer atomindustriellen Anlagen.

Seine "Herren" ist das Dorf losgeworden. Der 'freie' Arbeitsmarkt hat das Kräftepotential 'flüssig' gemacht. Die in die Industrie Gegangenen sind von dieser abhängig geworden, weil sie die kleinen, eigenen Möglichkeiten der Produktion weitgehend veräußert haben. Und für die großen bäuerlichen Landbesitzer wird jetzt das Geschäft der Spekulation mit dem Landbesitz immer attraktiver, auch der Boden ist 'flüssig' geworden. Die Preag lockt nicht nur mit den Summen, sondern mit schlüsselfertigen Höfen. Singlis, der potentielle AKW-Standort, scheint zur Disposition zu stehen. Die Rolle der Bauern - wenn Widerstand dringender wird - ist weitgehend klar, auch die letzten werden aufgeben, Land verkaufen oder tauschen - auf Besseres hin. Ihr derzeitiger Widerstand ist durchbrochen von Spekulation und dem Angewiesen-Sein auf eine Perspektive. Hier gibt es keine Widerstandsbewegung zu feiern. Selbst Leute, die schon wissen, was aus ihren Lebensbedingungen werden kann, stellen ihre Auflehnung zurück hinter der Angst, das an ökonomischer Sicherheit zu verlieren, was ihnen ihr derzeitiger Arbeitsplatz bietet. Für Preag-"Mitarbeiter" gilt Unterschriften- und teilweises Versammlungsverbot; keine laute, sondern eine stillschweigende Repression. "Denn auch der Betriebsrat sagt schließlich ..." Manche von denen, die noch nicht alles aufgegeben haben - noch über ihren kleinen Laden, ihre Landwirtschaft, ihren Betrieb, ihre Rente und ihren Garten verfügen - leisten sich etwas mehr Deutlichkeit ...

In Dillich war es ähnlich, wenn auch die Geschichte - die hier nicht skizziert werden soll - anders verlief. Vom großen herrschaftlichen Gut eingeengt, gab es fast nur kleinste und kleinere Bauern - meist zugleich Handwerker. Eine ortsständige Ökonomie war schon zur Jahrhundertwende nicht mehr gegeben. Die Handwerker arbeiteten weitgehend im Verlagssystem, lebten ziemlich schlecht. Als die Braunkohle in der Region entdeckt wurde, änderte das im Dorf zunächst wenig. Nur einige fanden dadurch eine neue und andere Anstellung. Die Krise der 20ziger Jahre traf die schwache örtliche Ökonomie besonders hart.

Diese Erfahrungen sitzen tief, von der Preag hat man nie so viel gehabt, ist auch nie von ihr größer betroffen worden. Das heutige Spektrum der Pendel-Arbeitsplätze ist ebenso weit wie breit gefächert. Lohnarbeit, die sich auswärts orientiert, ist hier seit Generationen üblich - in der Größenordnung auch länger als im stark großbäuerlich geprägten Singlis - aber der entscheidende Unterschied besteht darin, daß man noch viel kleinen Eigenbesitz hat und keinen alleinigen großen Arbeitsplatz. Die Meinung zum AKW ist diffus - lieber raushalten ...

Zwei verschiedene Weisen, wie diese beiden Dörfer von den Veränderungen betroffen werden; zwei verschiedene Weisen, wie die Bewohner damit fertigwerden.

4. DAS "GROSSE" PROBLEM UND DIE "KLEINEN" VERHÄLTNISSE

Die Darstellung unserer Ergebnisse im "Spurensicherungs"-Heft haben wir auf das, was wir über geschichtliche und soziale Erfahrung in den Orten herausfanden, beschränkt. Dies sollte unser erster Schritt sein. Allerdings kreisten viele unserer Diskussionen in dieser Woche bereits um die Frage: Wie gehen die Bewohner mit ihrer geplanten atomaren Zukunft um?

Nichts ist einfacher, als ein schwerwiegendes Problem wie AKW zu benennen, um sich dann mit den Leuten einer Region - quasi von Gleich zu Gleich - zum Kampf zusammentun zu wollen. Aber: Das "große" Problem ist im konkreten Alltag in soviele andere eingebunden, daß es oft nur Kopfschütteln, wenn nicht sogar Abwehr, hervorruft, wenn da Leute, die 'von außen' kommen, einfach (mal so) anfragen im Sinne "wie haltet ihr es denn mit dem AKW?" Was wissen 'die von außen' schon über die ganzen anderen Schwierigkeiten und Entscheidungen, die zu bestehen sind, gegen die kein Aufkleber allein genügt? Was da noch alles läuft, davon haben wir einiges erfahren. Einiges von dem wir meinen, daß es durchaus von einiger Gewichtigkeit ist.

Es gibt also nicht das "große"Problem AKW einerseits und die vielen kleinen anderen, die davor zurücktreten müssen, andererseits. An der Geschichte der beiden Dörfer werden Verhältnisse deutlich, die die Absurdität der Politik großer Apparate, wie sie heute noch gängig ist, belegen. Wer sich auf die AKW-Frage einläßt, muß sich vergegenwärtigen in welchem Zusammenhang er das tut, wodurch das ausgelöst ist und wohin er damit will. Die sogenannte Energie-Frage droht zum republikanischen Glaubensbekenntnis zu werden;Herr Minister Karry hat erst neuerdings das 'strukturschwache' Nordhessen wieder propagiert. Alles Phänomene, die die falschen Richtungen einschlagen lassen, wenn nicht die Interessen genau beachtet werden.
Mit Schlagworten wie 'Infrastruktur-Verbesserung' oder 'Schaffung wertgleicher Verhältnisse' wird seit längerem hantiert und damit werden auch relevante Differenzen zugedeckt.

Zwei Dörfer in einer Distanz von noch nicht 10 km und trotzdem zwei soziale und politische Erfahrungshintergründe, die sehr verschieden denken und handeln lassen. In beiden Orten sitzen die Erfahrungen, die lokal wie regional mit der Veränderung durch die Braunkohleindustrie gemacht wurden, tief. Mit ihr kam nicht nur neuer Reichtum ins Land, sondern entstanden auch andere Arbeitsplatzverhältnisse - angesichts großbäuerlicher Besitz- und Abhängigkeitsverhältnisse ein historischer 'Schub'. Diese Industrialisierung war nicht nur ein Import neuer und großer Technologie, sondern auch die Konfrontation mit bereits weiterentwickelten Formen der Organisation der Lohnarbeit und damit eben auch der Arbeiterschaft.
Noch heute beugt die Preag möglicher Unruhe mit der Propagierung besonderer sozialer Leistung vor, sind die Arbeiter dieser Industrie stärker gewerkschaftlich organisiert als sonstige Gruppen dieser Region. Folgerichtig trifft die Planung atomindustrieller Anlagen auf eine zwar skeptische, aber zunächst eher bereitwillige Haltung, solange sie als 'Fortschritt' mystifiziert wird.
Allerdings zeigen sich zwischen den Dörfern Unterschiede:Im - von der Energieindustrie quasi schon 'durchkapitalisierten' Singlis -

sind Bejahung wie Ablehnung massiver. Im abseitiger gelegenen Dillich, mit seiner reichhaltigen kleinen örtlichen und häuslichen Ökonomie, geht es leiser in dieser Frage zu; ist das Zögern ausgeprägter, meint man noch durch diese Entwicklung weder viel verlieren, erst recht nicht viel gewinnen zu können.

5. FAZIT: WAS WIR FÜR UNS SELBER GELERNT HABEN

So wichtig die Auseinandersetzung um die Atomindustrie ist, so erfreulich wir es finden, daß in dieser und anderen Umweltfragen immer mehr Leute in Bewegung kommen, so entscheidend erscheint es uns, daß wir die richtigen Ebenen der Auseinandersetzung damit finden.
Wir haben in dieser Woche BI- Mitglieder getroffen - und kennen das auch teilweise aus eigener BI-Erfahrung - die Unterscheidungen treffen lassen.
Es gibt so etwas wie eine ohnmächtige Faszination durch diese industriellen Eingriffe und Bedrohungen, die sich in einer Wut Luft verschafft, die nichts und niemand weiterbringt, keinen Widerstand kräftiger entfaltet, sondern eher sich regenden erdrückt. Gerade wenn dieser Protest von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen ausgeht, löst er bei den Älteren leicht Reaktionen aus wie:"Na, die können sich das leisten!"

Es geht uns nicht darum als die "braven" und "netten", die ach so "engagierten" Jugendlichen angesehen zu werden, denn auch uns gehen in unseren BI's die 'aufgeklärten' Herrschaften auf den Geist, die meinen mit einigen markigen Resolutionen zur Rettung der "Lebensqualität" und der "Natur" wäre ihrem Umweltbewußtsein und der Problemlage Genüge getan.

Als "strukturschwache" Nordhessen haben wir aber gelernt, daß Widerstand - bei aller Wichtigkeit der BI-Arbeit - nicht nur eine Frage der politischen Organisation, sondern auch des Zustands ist, in dem sich unsere Orte befinden.
An Dillich und Singlis, in deren Vergleich und im Vergleich dieser beiden Dörfer zu unseren eigenen Orten, wurde uns klarer, daß Widerstand gegen die geplanten Entwicklungen, nicht nur eine Sache des politischen Bewußtseins und dessen Darstellungsfähigkeit in solchen Fragen ist, sondern vor allem auch eine Frage der Möglichkeiten zum Widerstand. Ein entscheidender Moment davon ist, inwieweit wir Bewohner in unseren Orten noch über eigene Ressourcen - wirtschaftlich wie sozial - verfügen. Also kommt es neben der BI-Arbeit, dem leisen 'Grünen' in den Gewerkschaften u.ä., darauf an, daß wir an der Entwicklung unserer Orte mitmischen.
Als Gruppe Jugendlicher hat man hier auf dem Land ja nicht nur eine Menge Schwierigkeiten, sondern auch viele Chancen. Denn - abgesehen von den ganz Vernagelten - lassen sich viele Leute auf unsere Fragen nach der eigenen und der gemeinsamen örtlichen Zukunft ein, wenn wir sie aus unserer Situation offensiv und begreifbar stellen. Gegen die von oben propagierten großen Zukünfte - die keine Alternativen zuzulassen scheinen - können wir so intensiv dazu beitragen, daß die "kleinen", aber zahlreichen Zukünfte zu tragenden Bestandteilen der Entscheidungen und des Widerstandes von uns Bewohnern werden.
Nicht meckern - machen!

Roland Roth

MÖGLICHKEITEN POLITISCHER BILDUNG IM STADTTEIL

AKTUELLE VORBEMERKUNG

Als Ende 1975 eine Gruppe von Mitarbeitern von "Arbeit und Leben" mit der Vorbereitung eines längerfristig angelegten Projekts mit Jugendlichen in einem Frankfurter Stadtteil begann, gab es zwar schon eine starke Anti - Kernkraft - Bewegung in der Bundesrepublik; niemand wäre jedoch damals auf die Idee gekommen, das eigene Projekt als "ökologisch" zu bezeichnen. Ökologie war noch nicht "in Mode", diente noch nicht als neuer Schmuck für alte Ansätze, wurde noch nicht - positiv gewendet - als Herausforderung für die eigenen politischen Vorstellungen besonders ernst genommen. Auch die Ansiedlung des geplanten Projekts im Rahmen eines vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit aufgelegten Modellprogramms "Zentrale Aufgaben für lernschwache, berufsunreife, arbeitslose Jugendliche und Berufsanfänger" war wenig alternativ.

Dennoch ist es kein Zufall, daß wir Jahre später feststellen konnten, daß unsere Vorstellungen von Stadtteilarbeit, die sich an der Selbstständigkeit und Selbstorganisation von Alltagsinteressen orientierte, weitgehend mit Konzepten deckten, wie sie in Teilen der Ökologiebewegung entwickelt worden sind (z.B. von Andre' Gorz in Ökologie und Freiheit, Reinbek 198o, S. 36-46). Es gibt ohne Zweifel eine große Nähe zwischen jenen Vorstellungen "emanzipatorischer" Jugendarbeit, wo sie ihre institutionen-kritische Ursprünge nicht vergessen hat, und dem ökologischen Leitbild einer Rückgewinnung von autonomen Fähigkeiten.
In diesem Zusammenhang können auch die Projekterfahrungen vom "Frankfurter Berg" nützlich für die aktuelle Diskussion sein - und nicht so sehr, weil wir mit Jugendlichen eine Fahrradgruppe gemacht und Sonnenkollektoren gebaut haben.

Genauere Informationen über dieses Projekt bietet die Veröffentlichung der Projektgruppe Franfurter Berg, "Eigentlich hatten wir null Bock", Frankfurt/M 1981 (Campus-Verlag)

STADTTEILANALYSE UND ERSTE PRAKTISCHE SCHRITTE

Das Projekt wurde mit folgenden Zielsetzungen gestartet:

- Die Auseinandersetzung mit Berufswünschen, Lehrstellensuche und der Situation der Arbeitslosigkeit erfordert zunächst die Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit Institutionen. Selbständige und gemeinsame Interessenartikulation und Erfahrungsverarbeitung sollen dabei besonders gefördert werden (gemeinsamer Besuch beim Arbeitsamt, Austausch von Bewerbungserfahrungen etc.), was der Konzeption einer aktivierenden Beratung entspricht, in der als Hilfe zur Selbsthilfe Jugendliche ihre eigenen Erfahrungen bei der Lösung bestimmter Probleme an andere weitergeben.

- Hieraus ergeben sich möglicherweise Ansatzpunkte für die Entwicklung und Förderung von Formen der kollektiven Interessenvertretung und -durchsetzung.

- Längerfristige Perspektive des Projekts ist die Initiierung von Formen gemeinsamer Interessenartikulation von Arbeitenden und Arbeitslosen im Stadtteil, wobei die Schaffung tragfähiger Kommunikationsstrukturen und aktiver Kerne zentrale Bedeutung haben.Durch selbstorganisierte Ansätze soll die Projektarbeit zumindest in wesentlichen Ausschnitten allmählich von Stadtteilbewohnern übernommen werden. Von dieser längerfristigen Arbeit sollen auch Impulse in die Gewerkschaftsdiskussion eingehen.

Aufgrund innerverbandlicher Auseinandersetzungen und einer Verspätung der finanziellen Zusage war der in der Konzeption vorgesehene Einstieg über Schülerarbeit und gemeinsames Zeltlager 1976 nicht mehr möglich, obwohl die Vorarbeiten des Teams dies zugelassen hätten. Der praktischen Arbeit mit den Jugendlichen ging zunächst-auch aufgrund der finanziellen Unsicherheiten-eine ausgedehnte Phase der Untersuchungsarbeit im Stadtteil voraus. Untersuchungsarbeit bezeichnet dabei eine Form der Stadtteilanalyse, die aus einer Einheit von Interview, Offenlegung der eigenen Interessen, Aufhellung der Interessen der Gesprächspartner und der Entwicklung gemeinsamer Handlungsperspektiven (oder der Erfahrung ihrer Unmöglichkeit) besteht. Wir hatten dabei folgende konkrete Zielsetzungen:

- eine genauere Erhebung der Sozialstruktur und der Wohnverhältnisse im Quartier.

- Rekonstruktion der objektiven Lebenslage der Jugendlichen im Stadtteil, aber auch ihrer Gruppen-und Cliquenstrukturen, ihres Images bei den Erwachsenen etc.,

- Untersuchung der Einrichtungen und Angebote für Jugendliche,

- Aufarbeitung der Erfahrung der Jugendlichen mit früheren sozialpädagogischen Initiativen, um Probleme und Mängellagen in der örtlichen Jugendarbeit zu sondieren und dadurch Konkurrenz oder Holzwege zu vermeiden,

- Kontaktaufnahme mit Vertretern von Institutionen des Stadtteils (Sozialarbeiter der Hochhaussiedlung und der Sozialstation, Hausmeister, Vertreter von Kirche und Vereinen, aber auch mit einzelnen Jugendlichen und Erwachsenen) um Kooperationsmöglichkeiten und Konfliktpotentiale zu eruieren.

- Vorstellung des Projekts und der Mitarbeiter.

Dieses Vorgehen wurde bei den rund zwei dutzend Befragten überwiegend positiv aufgenommen, sofern nicht grundsätzliche Vorbehalte gegen die spezifische Ausrichtung des Projekts ("gewerkschaftlich"), bzw. gegen nicht dauerhaft institutionalisierte Projekte überhaupt jeden Kooperationsansatz von vonherein verhinderten. Die Ergebnisse bestätigten die ersten Einschätzungen der Stadtteilanalyse. Charakteristisch für die Siedlung "Frankfurter Berg" ist das weitgehende Fehlen öffentlicher Infrastruktureinrichtungen, aber auch eine völlige Unterversorgung mit privat betriebenen Kommunikationseinrichtungen (Kneipen etc.). Dies führt zur Spaltung in einen alten Siedlungsteil (mit kleinen Siedlungshäuschen, Gärten etc.) und die in den sechziger Jahren errichtete Hochhaussiedlung, in der ca. 3ooo Menschen aus verschiedenen Schichten, allerdings mit einem deutlichen Übergewicht von "sozial Benachteiligten" (Spätaussiedler , ehemalige Bewohner von Obdachlosensiedlungen, Sozialhilfeempfänger u.a.), zusammenleben-ohne sozialintegrative Gemeinschaftseinrichtungen oder hinreichende sozialpädagogische Betreuung. Diese Form der "sozialen Mischung" führte zur Herausbildung von scharfen Konfliktlinien zwischen den verschiedenen Bewohnergruppen, aber auch zur Isolierung vom Rest der Siedlung. Zunächst angebotene bzw. vorgesehene Gemeinschaftseinrichtungen wurden bald geschlossen oder nie errichtet. Die Jugendlichen des Stadtteils sind davon besonders betroffen. Ihr fast zehn Jahre langer Kampf um ein Jugendhaus, das nun Mitte 1979 in Betrieb genommen werden soll, spiegelt Intensität und Dauerhaftigkeit ihres Interesses, hat aber auch einen Prozeß verstärkter Marginalisierung in Gang gesetzt und die Jugendfeindlichkeit bei vielen Erwachsenen des Stadtteils verfestigt. Dies zeigte sich besonders bei unseren Bemühungen, eigene Räume für die Jugendarbeit im Stadtteil anzumieten, was schließlich erst ein Jahr nach Projektbeginn gelang.

Nachdem es wegen des verzögerten Projektbeginns im Herbst 1976 nicht möglich war, kurzfristig in die Schülerarbeit einzusteigen, die praktische Arbeit mit den Jugendlichen bis zum Jahresende aber noch anlaufen sollte, boten wir im Dezember ein Wochenseminar in der Nähe von Hamburg an, an dem sich vor allem arbeitslose Jugendliche und Lehrlinge (Bildungsurlaub) beteiligten. Die Ansprache erfolgte im wesentliche über das Jugendhaus Eschersheim, die Vereine des Stadtteils und eine Gruppe von Aktiven, die sich für den Bau eines Jugendhauses engagierten. Im Anschluß daran entwickelten wir, unterstützt von einigen Wochenendseminaren, an denen sich auch Schüler beteiligten, im ersten Halbjahr 1977 einige Ansätze zur Gruppenarbeit im Jugendhaus Eschersheim, die dort auch auf lebhafte Resonanz stießen. Durch die Angebote im Jugendhaus kamen wir zunächst mit etwa 5o Jugendlichen aus der Umgebung in Kontakt und wurden von ihnen in zahlreichen Fällen bei der Suche nach einer Lehrstelle bzw. einem Arbeitsplatz, bei Gerichtsprozessen oder bei der Wohnungssuche in Anspruch genommen.

In der Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern des Jugendhauses konnten wir zwar eine sinnvolle Ergänzung der offenen Jugendarbeit leisten, aber weitergehende politisch-pädagogische Zielsetzungen nicht zur Geltung bringen. Die Stabilisierung von längerfristigen Gruppenprojekten gelang lediglich in einem Fall, begünstigt durch den Umstand, daß die Jugendräume aufgrund eines Brandes geschlossen wurden. Auf 25 Gruppenterminen und zwei Wochenendseminaren erarbeiteten 2o-25 Jugendliche einen Videofilm, in dem sie in Spielfilmform ihre aktuellen Probleme bei der Lehrstellensuche, im Beruf, bei Arbeitslosigkeit, aber auch in der Familie, in Freundschaftsbeziehungen und Freizeitcliquen darstellten. Ein Teil der Gruppensitzungen fand in den Privaträumen der beiden im Stadtteil wohnenden Mitarbeiter statt; das Raumproblem wirkte sich jedoch nicht so stark aus, weil der Film an verschiedenen Schauplätzen im Stadtteil und in den Wohnungen der Jugendlichen gedreht wurde. Dabei boten sich zahlreiche Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit den eigenen Lebensbedingungen und zur Einbeziehung von Erwachsenen aus dem Viertel.

SCHÜLERARBEIT, ZELTLAGER UND DIE STABILISIERUNG VON ARBEITSGRUPPEN

Im ersten Halbjahr 1977 konnten mit rund 7o Schülern aus Abgangsklassen von Sonder-, Haupt-und Realschulen Wochenseminare veranstaltet werden. Weitere Seminare - wenn auch in reduziertem Umfang - folgten in der zweiten Jahreshälfte und 1978. Versuche, mit arbeitslosen Jugendlichen aus Berufsschulklassen solche Veranstaltungen zu machen, scheiterten, da arbeitslose Jugendliche aus einem Stadtteil von der in Frage kommenden Frankfurter Berufsschule bewußt in verschiedene Klassen gesteckt werden, um sie aus ihren alten Bezugsgruppen zu lösen. Themenschwerpunkte der Seminare waren Probleme der Lehrstellensuche (Vorstellungsgespräche, Prüfungen, Konkurrenz um Lehrstellen zwischen den Schülern etc.), Erfahrungen mit der Berufsberatung, Rechte von Lehrlingen, Ursachen, Folgen und Bewältigungsmöglikeiten von Arbeitslosigkeit - aber auch (je nach Gruppe) die Situation der Jugendlichen im Stadtteil und Adoleszenzprobleme (Verhältnis zum anderen Geschlecht, Konflikte im Elternhaus, in den Jugendlichencliquen u.a.m.).

Die Wochenendseminare bildeten jeweils nur den Ausgangspunkt für eine Weiterarbeit, die je nach Möglichkeit über weitere Schulbesuche, besondere Arbeitsgruppenangebote nach Schulschluß oder mit dem Ende der Schulzeit bzw. die Integration der Jugendlichen in die offene Stadtteilarbeit versucht wurde.Als besondere Hürde erwies sich, daß nicht nur Sonderschüler, sondern auch Haupt-und Realschüler wegen der Lehrstellensituation am Ende ihrer Schulzeit weiter verschult werden und sich so ihr Eintritt ins Berufs-und Arbeitsleben, aber auch die mögliche Arbeitslosigkeit entsprechend verschieben. Wir mußten uns daher auf die ungleiche diffusere Situation der weiteren Verschulung pädagogisch einstellen, die für die Schüler oft zum Verlust von bestehenden sozialen Kontakten führt, ohne daß sich ihre Zukunftsperspektiven verbessern, was im Kontext des Projekts zu einer Beeinträchtigung der Möglichkeiten stadtteilbezogener Bildungsarbeit geführt hat. Im allgemeinen konnten wir in der Schülerarbeit u.a.folgende Erfahrungen machen:

- Die Schulen bieten meist nur unzureichende Möglichkeiten für eine intensive Auseinandersetzung mit den Problemen des Übergangs in das Arbeitsleben. Dies liegt nicht nur an den institutionellen Grenzen der Schulen, sondern ebenso am Widerstand vieler Schüler der letzten Schulklassen gegen schulische Formen der Wissensvermittlung. Die in den Seminaren angewandten produktorientierten Lernformen (Video, Foto, Collagen, Schmalfilme etc.) eröffneten für diesen Teil der Schüler wieder aktive Lernmöglichkeiten, die auch von dem überwiegenden Teil der kooperierenden Lehrer sehr positiv aufgenommen wurden. Besonders Sonderschüler reagierten äußerst positiv auf die für sie völlig neuen Lernformen, da sie mit einer oft feststellbaren schulischen Unterforderung ihrer Lernbedürfnisse brachen, ohne an traumatische schulische Situationen anzuknüpfen. Dieser Mobilisierung von Lernbereitschaft steht allerdings meist übermächtig die apathisierende Wirkung der trostlosen Lage auf dem Lehrstellenmarkt und die Perspektivlosigkeit einer weiteren Verschulung entgegen.

- Als Institution, die auch nach der Schulzeit noch im Stadtteil präsent ist, boten wir durch unsere Ansätze den Jugendlichen die Chance, den mit dem Zerfall der Klassengemeinschaft verbundenen Einbußen an sozialen Kontakten entgegenzuwirken. Das Bedürfnis zur Weiterführung der alten Beziehungen aus der Schulzeit war jedoch unterschiedlich, je nachdem wieweit die Klassengemeinschaft für den einzelnen Jugendlichen als Bezugspunkt überhaupt noch existiert oder schon vor Schulende als Zwangsgemeinschaft, die hoffentlich bald vorübergeht, empfunden worden.

- Die verschiedenen Angebote der offenen Arbeit boten den Schülern zudem die Möglichkeit, neue Kontakte zu anderen Jugendlichen des Stadtteils aufzunehmen.

Das erste Zeltlager im Sommer 1977 bedeutete eine qualitative Erweiterung der Arbeit. Zielsetzungen des Zeltlagers waren u.a. die Integration der diversen Jugendlichencliquen und der Schüler aus den verschiedenen Schulen, die wir bis dahin im Rahmen unserer Arbeit erreicht hatten. Dazu schien uns besonders der Zwang und der Anreiz zur Selbstversorgung und -organisation geeignet, der dadurch gesetzt war, daß uns im Elsaß lediglich eine Wiese in einiger Entfernung vom nächsten Dorf zur Verfügung stand und somit alle Einrichtungen (Wasserleitungen, Latrinen, Sitzbänke in den Großzelten etc.) selbst gebaut werden mußten. Zur Vorbereitung wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, und eine Gruppe von Teilnehmern und Teamern schuf als Vorhut die Basisstrukturen des Zeltlagers. Das Angebot eines aktiven und alternativen Urlaubs sollte zudem der Entwicklung neuer Arbeitsgruppen dienen. Schon die zahlenmäßig starke Resonanz von rund 4o Teilnehmern aus den verschiedensten Bezugsgruppen des Projekts (in einer Altersspanne von 13 bis 19 Jahren) und die gemeinsamen Anforderungen und Möglichkeiten des Zeltlagers bestätigten diese Konzeption. Trotz der zutage getretenen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Selbstorganisationsanspruchs, trotz weitgehend fehlender kollektiver Initiativen und einem Mangel an gemeinsamer Verantwortlichkeit bei den Jugendlichen, wurde die "Selbstorganisationszumutung" durchweg positiv aufgenommen, zumal sie mit sehr intensiven Kontakten zwischen den Jugendlichen, aber auch mit den Teamern verbunden war.

In der Aufarbeitung der Zeltlagererfahrungen (Ton-Dia-Schau, Super-8-Film, Broschüre) zeigten die Jugendlichen großes Engagement, das sich noch verstärkte, als es daran ging, die Räume zu renovieren und einzurichten, die uns seit November 1977 im Stadtteil zur Verfügung stehen. Seitdem tagen hier regelmäßig 4 bis 7 Arbeitsgruppen, an denen sich 35 bis 5o Jugendliche beteiligen. Außerdem wurde ein informeller Treff am Sonntagnachmittag eingerichtet, Zu dem sich 15 bis 3o Jugendliche einfinden. Auf gelegentlichen Feten (Eröffnung der Räume, Fasching etc.) erscheinen jeweils 6o bis 8o Jugendliche aus dem Stadtteil. Mit diesen Angeboten sind sozialpädagogische Beratungsaufgaben (von Lehrstellensuche bis zur Jugendgerichtshilfe) verknüpft, wofür das in der regelmäßigen Gruppenarbeit entstandene Vertrauensverhältnis zwischen Teamern und Teilnehmern eine wichtige Voraussetzung ist.

Neue Impulse für die Arbeitsgruppenarbeit durch Workshopangebote (Foto, Siebdruck, Zeitung etc.) und die Auseinandersetzung mit interessanten sozialen und kulturellen Einrichtungen (vorbildliche Jugendhäuser, Gemeinschaftseinrichtungen in Wohnsiedlungen, "Christiania"etc.) waren das vorrangige Ziel des Zeltlagers 1978 in Dänemark, an dem mehr als 4o Jugendliche teilnahmen. Die starke Außenorientierung förderte auf der einen Seite zwar desintegrative Tendenzen, brachte auf der anderen Seite aber durchaus eine Menge an inhaltlichen Anregungen für die Jugendlichen, die wiederum in Film, Broschüre und Ton-Dia-Schau festgehalten bzw. in den Arbeitsgruppen aufgegriffen wurden.

Bis Ende 1978 konnten wir etwa 2oo Jugendliche ansprechen, etwa 7o bis 8o davon in mehrmonatigen Arbeitsgruppen. Das Durchschnittsalter liegt bei ungefähr 16 (in einer Spanne von 13 bis 2o Jahren). Etwa die Hälfte der Teilnehmer sind Schüler, teilweise in schulischen Angeboten der Arbeitsämter und Berufsschulen, ein Drittel jobbt oder hat eine Lehrstelle, 15 bis 2o% der Jugendlichen sind arbeitslos. Einige der regelmäßigen Arbeitsgruppen seien hier kurz vorgestellt:

Wohngruppe

Die Wohngruppe hat sich aus Anlaß immer wieder auftretender Schwierigkeiten von Jugendlichen in ihrem Elternhaus und dem Wunsch vieler Jugendlicher, aus der elterlichen Wohnung auszuziehen, zusammengefunden. Die konkrete Betroffenheit einzelner (Wohnungssuche, Wohngeld etc.) führte dazu, die Ursachen und Lösungsmöglichkeiten von Konflikten in elterlichen Wohnungen gemeinsam zu besprechen und darüberhinaus verschiedene Wohnformen-vom Alleinewohnen bis zur Wohngemeinschaft-näher zu betrachten. Möglichkeiten und spezifische Problemzonen der verschiedenen Wohnformen wurden durch Besuche, verknüpft mit Tonbandinterviews und Filmaufnahmen, einer kritischen Betrachtung unterzogen. Im Zentrum der aktuellen Gruppenarbeit steht die Produktion eines Filmes über die Wohnbedingungen von Jugendlichen am "Frankfurter Berg".



Alle Artikel wurden von Mitgliedern der Fahrradgruppe geschrieben.

Impressum:

Fahrradgruppe "Arbeit und Leben", 6 Frankfurt/Main 50, Homburger Landstr. 407, Tel.: 54 05 66

Gedruckt auf 100% Recycling Papier.

Fahrradgruppe

Die Arbeit der Fahrradgruppe stellt den Versuch dar, sich am Beispiel des "Kommunalen Fahrrads" mit menschenfreundlichen Verkehrsformen zu beschäftigen. Ziel der ersten Phase war es, Fahrräder zu besorgen und herzurichten, die der Bevölkerung des "Frankfurter Bergs" zur freien Benutzung zur Verfügung gestellt werden sollen. Nach einem öffentlichen Aufruf konnten knapp 4o Fahrräder von Privathaushalten eingesammelt werden, die dann in mehrmonatiger Arbeit zu 2o gebrauchsfähigen Fahrrädern zusammengebastelt wurden.
Ende Oktober 1978 wurden diese dann der Stadtteilöffentlichkeit Übergeben. Die Aktion scheiterte. Mehr als die Hälfte der Fahrräder kam zwar zurück, fast alle waren jedoch mutwillig beschädigt oder als Ersatzteillager benutzt worden. Die Gruppe startete daraufhin eine Befragung im Stadtteil, um die Ursache des Scheiterns genauer herauszufinden. Die Ergebnisse dieser Befragung sollen auch darüber Aufschluß geben, ob durch konzeptionelle Veränderungen der Versuch neu gestartet werden kann (Verleihsystem). Gegenwärtig arbeitet sie an einer Broschüre über die Entwicklung des Projekts und die Ergebnisse der Befragung; darüber hinaus soll sie eine Reparaturanleitung für Fahrräder, als ein praktisches Ergebnis der eigenen Mühen enthalten. Außerdem ist eine Studienfahrt in eine Stadt (wahrscheinlich in Holland) mit einem funktionierenden Modell "Kommunales Fahrrad" vorgesehen.

Mädchengruppe

Die Mädchengruppe kam durch das Interesse von Mädchen zustande, gemeinsam über ihre spezifischen Schwierigkeiten als Mädchen zu sprechen, aber auch zusammen Sport zu treiben etc. Nach einer Anlaufphase, in der vor allem rollenspezifische Schwierigkeiten besprochen wurden, beschäftigte sich die Gruppe besonders mit Fragen der Sexualität, Beziehungsproblemen und frauenspezifischen Berufen. Zur Zeit versucht sie, die Rollenproblematik von Mädchen in ihrer Alltags- und Freizeitsituation aufzuarbeiten. Mit Hilfe von Rollenspielen, Foto, Collagen und anderen Medien werden dabei die Erfahrungen in Diskotheken, Cliquen und Freundeskreisen, am Arbeitsplatz etc. diskutiert.

Energiegruppe

Die Energiegruppe will-wie die Fahrradgruppe-alternative und menschenfreundlichere Lebensbedingungen modellhaft untersuchen. Praktischer Anlaß war das erste Zeltlager im Elsaß, für das sie mit Hilfe eines Sonnenkollektors über einen Wärmetauscher eine Warmwasserdusche installieren wollte. Der erste Versuch scheiterte vor allem aufgrund der ungünstigen klimatischen Bedingungen während des Zeltlagers, wurde aber nach einer längeren Winterpause auf dem Zeltlager in Dänemark erfolgreich zu Ende gebracht. Mit Beginn der warmen Jahreszeit soll auch 1979 dieses Gruppenangebot weitergeführt werden. Perspektiven sind die Anwendung der Erfahrungen mit dem Bau von Sonnenkollektoren für die Kleingärtner der Umgebung (Beheizung von Treibhäusern durch Sonnenenergie) oder die Untersuchung von Energiesparmöglichkeiten in den kleinen Siedlungshäusern am "Frankfurter Berg".

VON DER ARBEIT IM STADTTEIL ZUR STADTTEILARBEIT

Soweit die Projektentwicklung bisher dargestellt wurde, handelt es sich im wesentlichen um pädagogische Arbeit mit Jugendlichen-konzentriert auf einen Stadtteil und dessen nähere Umgebung. In den einzelnen Gruppen haben sich zwar in unterschiedlicher Intensität stadtteilspezifische Initiativen entwickelt und im Laufe der Arbeit verstärkt (besonders bei der Fahrrad-und der Wohngruppe), meist blieb die Resonanz über den Kreis der aktiven Jugendlichen hinaus im Stadtteil relativ gering. Um eine übergreifende Stadtteilarbeit anzugehen, aber auch aufgrund intensiver werdender Kontakte zu Eltern im Zusammenhang mit Konflikten, Beratungsproblemen u.a.m., wurde bereits im Herbst 1977 ein erstes Wochenendseminar für Eltern angeboten, das zu einer seitdem stabilen Elterngruppe führte-die durchschnittliche Beteiligung liegt bei neun Personen. Im Vordergrund der inhaltlichen Arbeit dieser Gruppe standen zunächst Konflikte, die sich aus dem Verhältnis zwischen Eltern und heranwachsenden Kindern und den damit verbundenen Ablösungsprozessen ergeben. Es zeigte sich jedoch bald, daß zwar ein Bedürfnis bestand, über Erziehungsstile und verändertes Konfliktverhalten zu reden; der Ablösungsprozeß war aber meist schon soweit vollzogen, daß grundsätzliche Reflexionen über Erziehungsprozesse keinen praktischen Bezug mehr bekommen konnten. So standen in der Folge die Wohnsituation, soziale Isolation, Nachbarschaft, Freizeitwünsche und Erfahrungen am Arbeitsplatz der einzelnen Mitglieder der Gruppe-vorwiegend berufstätige Frauen-als gemeinsame Bezugspunkte auf der Tagesordnung der Gruppensitzungen, die regelmäßig alle 14 Tage stattfinden und durch Wochenendseminare ergänzt werden. Die Eltern selbst begannen nicht nur mehrere Initiativen zu gemeinsamen Veranstaltungen mit den Jugendlichen (Familienseminar, gemeinsame Feste), die Gruppe wollte auch ein Beratungsangebot entwickeln-verbunden mit einem Treff für Erwachsene des Stadtteils. Dafür erwies sich jedoch die Gruppenstruktur als wenig tragfähig, denn ein Großteil der Teilnehmer wohnt nicht unmittelbar am "Frankfurter Berg" sondern in der näheren Umgebung. Hinzu kommt, daß bei Erwachsenen aufgrund der meist wesentlich stärker ausgeprägten sozialen Isolation die Offenheit gegenüber nicht-kommerziellen, kommunikativen Angeboten wesentlich geringer ist.

Nach dem Scheitern der ersten Treffangebote soll ein neuer Anlauf durch die Zusammenarbeit mit aktiven Mietern der Hochhaussiedlung versucht werden. Konkretes Angebot ist eine Studienfahrt nach Dänemark, um u.a. die gleiche Wohnsiedlung zu besuchen, die auch schon von den Jugendlichen der Wohngruppe besichtigt wurde und dort Impulse für sinnvolle, von den Mietern selbstverwaltete Gemeinschaftseinrichtungen zu erhalten. Dieser Versuch soll durch Kommunikations- und Beratungsangebote in den einzelnen Häusern der Hochhaussiedlung unterstützt werden, um Breschen in die Anonymität dieser Siedlung schlagen zu können.

Ein weiterer Anstoß für gemeinsame Lernprozesse von Jugendlichen und Erwachsenen erhoffen wir uns durch ein Projekt, das auf eine an einzelnen Biographien und individuellen Erfahrungen orientierte Aufarbeitung der Siedlungs-und Stadtteilgeschichte des "Frankfurter Berg" abzielt, der seit 4o Jahren besteht. Geplant ist eine Ausstellung, die in Kooperation mit Vereinen und interessierten älteren Bewohnern, aber auch Jugendlichen aus der Wohngruppe realisiert werden soll.

Ein dritter Ansatz liegt in der Erweiterung der Schülerarbeit. Mit der zentral im Stadtteil gelegenen Hauptschule sollen künftig schulische und außerschulische pädagogische Angebote bereits für die siebten Klassen gemacht werden, bei denen, soweit wie möglich, auch Eltern einbezogen werden sollen.

POLITISCHE BILDUNG UND POLITISCHES LERNEN

Im Rahmen dieses Paxisberichts und noch vor der Endauswertung dieses keineswegs abgeschlossenen Modellprojekts müssen einige vorläufige Bemerkungen über die spezifischen Lernsituationen und Lernchancen, sowie einige hervorstechende Erfahrungen in der bisherigen pädagogischen Praxis genügen. Im gegebenen instituionellen Rahmen mußten sich-wie beschrieben-politische Bildungsversuche selbst blockieren. Stattdessen sollten jetzt in einer Kombination bekannter Bildungsansätze (Hauptschülerarbeit, Bildungsurlaub etc.) neue entstehen, die selbst in ihren politisch-pädagogischen Bedingungen und Möglichkeiten noch weitgehend unbekannt waren.

Die spezifischen Strukturen des Projekts in seiner Kombination von Schülerarbeit, offenen Gruppenangeboten und regelmäßigen Arbeitsgruppen definieren somit bewußt geschaffene Lernsituationen, die keineswegs selbstverständlich sind und gerade durch ihr Zusammenwirken an Bedeutung gewinnen. Trotz fehlender offener Jugendarbeit im Stadtteil haben wir versucht, die Grundstruktur zwar prinzipiell offener, aber kontinuierlicher Mitarbeit erfordernde, projektbezogene Gruppenarbeit im Stadtteil durchzuhalten. Von Seiten der Jugendlichen gab es durchaus auch andere Bedürfnisse, die die Projektarbeit in Richtung offener Treff oder in einen preisgünstigen Reisedienst für Wochen-und Wochenendtouren verändert hätten. Somit liegt die wohl entscheidende pädagogische Erfahrung des Projekts im Aufzeigen der Möglichkeiten von längerfristiger inhaltlicher Gruppenarbeit, zu der ein relativ fester Kern von Jugendlichen kontinuierlich aus freien Stücken in seiner Freizeit erscheint.

Die Inhalte dieser Gruppenarbeit, die in der Konzeption des Projekts bewußt offengehalten wurden, haben sich aus den Erfahrungen und Problemen der Jugendlichen ergeben, für die sich gemeinsame Kommunikations-und Handlungsmöglichkeiten andeuteten. Beispiele sind Wohn- und Mädchengruppe. Dabei ist bezeichnend, daß die späteren Arbeitsinhalte dieser Gruppen zunächst als kurzfristige unmittelbare Einzelinteressen eingebracht wurden: Einige der älteren Jugendlichen waren dabei,von zu Hause auszuziehen oder hatten Konflikte mit ihren Eltern und wollten konkrete Hilfestellungen bei der Wohnungssuche. Einige der älteren Mädchen des ersten Zeltlagers wollten zusammen - ohne die befürchteten spöttischen Blicke oder übermächtigen Konkurrenzversuche der Jungen - Gymnastik betreiben. Über die gemeinsame Beratungssituation und die Ansprache von weiteren Jugendlichen, sei es durch Mitarbeiter oder die Jugendlichen selbst, entwickelte sich ein Interesse an übergreifenden gemeinsamen Problemstellungen. (Was ändert sich eigentlich, wenn ich zu Hause ausziehe und dann alleine wohne, welche sozialen Hoffnungen gehen in diese Überlegungen ein, wie sind deren Realisierungschancen in verschiedenen Wohnformen und unter den spezifischen Bedingungen des Stadtteils?) Bei den Mädchen entwickelte sich aus den Freizeitansätzen schließlich ein Themenspektrum, das sie lieber "unter Frauen" diskutieren wollten.

Läßt sich der Lernprozeß in diesen Arbeitsgruppen zunächst als Aneignung und Verallgemeinerung der individuellen Erfahrungen der Gruppenmitglieder bestimmen, so erfolgte im weiteren Verlauf eine pädagogisch provozierte bzw. organisierte Erweiterung in zumeist zwei Dimensionen. Inhaltlich wurden meist von den Mitarbeitern Lösungsmöglichkeiten eingebracht, die zunächst außerhalb des Horizonts der Jugendlichen zu liegen schienen (Jugendwohnkollektive, Wohngemeinschaften etc.). Festgehalten wurde allerdings auch bei diesen phantasieanregenden Vorgaben am Prinzip der selbsttätigen Aneignung von Erfahrungen. Die Jugendlichen formulierten gemeinsam Fragen, die sie z.B. den Bewohnern eines Wohnkollektivs stellen wollten, stabilisierten sich so als Gruppe für einen Besuch und konnten dann im Gespräch ihre vorgängigen Einstellungen korrigieren oder bestätigen. Für dieses Überschreiten des eigenen Erfahrungshorizontes spielt die Aneignung von medialen Vermittlungsformen in den Gruppenprozessen eine bedeutende Rolle. Durch den Einsatz von Film, Video, Tonband, Rollenspielen etc. wird sowohl der Druck direkter Kommunikation wie auch die Barriere gegenüber verbalen (oder gar geschriebenen) Vermittlungsformen ein Stück weit zurückgenommen, ganz abgesehen von den narzißtischen und anderen motivationalen Ressourcen, die dabei mobilisiert werden. Der "Umweg" über die Medien scheint deshalb so vieles zu erleichtern, weil er sich auf eine zentrale Produktionsweise von sozialer Realität im Bewußtsein der Jugendlichen (durch Funk, Fernsehen, Kino etc.) bezieht, sie aber dabei nicht-wie in ihrem Alltag sonst üblich-zu Konsumenten macht, sondern in die Rolle von Produzenten versetzt.
Daß diese beiden Erweiterungsformen der eigenen Erfahrungsmöglichkeiten zugleich die Alltagserfahrungen der Jugendlichen nicht unberührt lassen, läßt sich an einem weiteren Beispiel aus der Wohngruppe illustrieren, wo beide Momente zusammenkommen. Um sich auf das Treffen mit dem Mieterbeirat der dänischen Wohnsiedlung vorzubereiten und auch etwas über den eigenen Stadtteil präsentieren zu können, hatten die Teilnehmer zahlreiche Dias vom "Frankfurter Berg" gemacht,wobei es sich durchweg eher um "schöne", ästhetisierende Aufnahmen handelte. Auch in den Vorgesprächen für diese Dia-Vorführung war von kritischer Distanz zu den eigenen Wohnbedingungen zunächst keine Spur. Aber zu unserer Überraschung formulierten die Teilnehmer äußerst kritische Kommentare zu den Bildern aus ihrem Wohngebiet, als sie nach dem Besuch der Wohnsiedlung mit den dänischen Gastgebern zusammensaßen. Die neuen Eindrücke hatten als Lernprovokation gewirkt.

Die Hoffnung auf solche Prozesse führte zu einem zweiten Typus von Arbeitsgruppen, die Projekte zum Gegenstand haben, die zunächst jenseits des Erfahrungshorizonts der Jugendlichen zu liegen scheinen. Daß sich ausgerechnet drei Sonderschüler am intensivsten beim Bau eines Sonnenkollektors beteiligen, etwas was ihr Bedürfnis nach Handwerkelei, nach Umgang mit Holz und Metall befriedigt, scheint Ergebnis eines pädagogischen Tricks, bei dem die Absichten der Pädagogen zu Schanden gehen müssen. Es drängt sich leicht der Verdacht auf, daß die umwelt-und energiebewußten Mitarbeiter das Bastelinteresse der Teilnehmer funktionalisieren. Bei den wochenlangen handwerklichen Arbeiten werden nicht nur physikalische Kenntnisse vermittelt; die Eltern und die anderen Jugendlichen fragen nach dem Sinn der Tätigkeit. Schließlich entsteht ein Erfolgsdruck, ob das Gerät nun auch wirklich funktioniert. All das im Kampf gegen die eigenen Zweifel. Die Auseinandersetzung mit einem

nichtkonventionellen Projekt (bezogen auf den sozialen Kontext der Jugendlichen), schafft, wenn es nur in Ansätzen gelingt, eine Lernbereitschaft und eine soziale Bestätigung, die sicherlich nicht auf die Energieproblematik eingegrenzt bleiben muß. Selbst wenn diese kaum vermittelt werden kann, bleibt den Teilnehmern die Erfahrung, etwas ebenso Kompliziertes wie Nützliches produziert zu haben (die warme Dusche auf dem Zeltplatz).

Vergleichbare Prozesse spielten sich bei der Fahrradgruppe ab, für die die Idee des "kommunalen Fahrrads" zunächst auch völlig fremd war, auch wenn sich eine Anzahl von jüngeren Jugendlichen-trotz aller Skepsis gegenüber Sinn und Erfolg des Projekts-gewinnen ließen. Triebkraft war auch hier in erster Linie das Bastelinteresse an Fahrrädern-dem Hauptverkehrsmittel für diese Jugendlichen. Trotzdem wurde die Ernsthaftigkeit des Projekts von Anfang an für die Teilnehmer deutlich, da es stark öffentlichkeitsbezogen angegangen wurde. Nach der ersten Pressemitteilung forderte die Presse in teilweise längeren Artikeln zur Unterstützung des Versuchs durch die Spende von alten Fahrrädern auf, die schließlich von der Gruppe bei den Leuten abgeholt wurden. Die Bekräftigung des Projektziels durch die Medienöffentlichkeit wirkte sich stabilisierend für die Arbeit der Gruppe aus; die Idee wurde schließlich gut befunden, wenn auch die Zweifel am konkreten Erfolg der Aktion blieben. Selbst als der erste Startversuch scheiterte, blieb die Bereitschaft zur Aufarbeitung der Ursachen und zu einem neuen Start. Dieser ist wieder über die Presse vermittelt, allerdings haben dieses Mal schon die Jugendlichen die Pressekonferenz abgehalten und drangen darauf, daß ihre Namen in der Zeitung erscheinen.

Sie konnten und wollten die Projektidee trotz der gerade bestätigten Skepsis nun selber vertreten. Auch hier lief der Lernprozeß der Gruppe nicht etwa über eine Kritik des Autoverkehrs und seine Folgen für die Wohnbedingungen, sondern über ein weitgestecktes Projektziel, das indirekt Lernprozesse in Gang setzt, wenn man sich erst darauf eingelassen hat.

Im letzten Beispiel wird zudem eine andere Dimension der Alltagsorientierung des Projekts deutlich. Die Arbeitsgruppenarbeit ist nicht auf private Zirkel, sondern auf Öffentlichkeit angelegt, zunächst die der anderen Jugendlichen des Projekts, dann des Stadtteils und schließlich der lokalen Presse. Derartige Gruppenprozesse bedeuten implizit einen stärkeren Legitimationsdruck, d.h. auch den Zwang, zu den eigenen Unternehmungen zu stehen, sich damit auseinanderzusetzen. Dies nimmt den Arbeitsgruppen den unverbindlichen und bliebigen Charakter von bloßer Beschäftigungstherapie. Gleichzeitig verlieren diese Öffentlichkeitsbereiche ansatzweise ihren abgehobenen Herrschaftscharakter. Sie werden in kleinen Schritten angeeignet, wenn der Übergang von einer demonstrativen Projektöffentlichkeit zur Veröffentlichung von einzelnen Projektansätzen der und durch die Jugendlichen gelingt.

Gruppenarbeit wird für die Jugendlichen jedoch nur zu einer Lernsituation, mit der sie produktiv umgehen können, wenn zahlreiche Bedingungen, die sich besonders auf ihre Bedürfnisse, ihre Probleme und Situationsdeutungen beziehen, durch die Strukturierung jeder einzelnen Sitzung erfüllt werden. Sie lassen sich am ehesten beschreiben,

wenn benannt wird, was Gruppensitzungen jenseits der namensstiftenden Inhalte und der damit verknüpften vielfältigen praktischen Betätigungsmöglichkeiten auch sind:

Sie sind ein in den eigenen Alltag eingebetteter Treffpunkt mit anderen Jugendlichen. Hier gibt es einen regen Austausch über den täglichen Ärger, die Möglichkeit sich für gemeinsame Aktionen,für die Kneipe etc. zu verabreden. Hier werden auch Lehrstellen untereinander "vermittelt", die Schüler bekommen Tips für das Einstellungsgespräch von den älteren Lehrlingen etc. Dieses Interesse kann Flauten der inhaltlichen Arbeit ebenso überstehen helfen, wie auch die Gruppenarbeit eine-im Vergleich zur Situation im Jugendhaus oder in der Clique-größere Legitimität und Verbindlichkeit der gemeinsamen Treffs entstehen läßt, zumal gemeinsame Essen und Wochenendsminare intensivere Kontakte zulassen als die meisten Alltagssituationen.

Die Mitarbeiter werden oft zu stabilen Orientierungspunkten für die Jugendlichen, werden ins Vertrauen gezogen, um Rat in kritischen Situationen gefragt-ein Prozeß, der an Qualität und Dichte gewinnen kann, da er sich teilweise über Jahre erstreckt. Anders als in den meisten Lernsituationen haben die Teamer in der Arbeitsgruppensituation den Vorzug, bei bewußt lockerem Arbeitsstil von institutionellen Zwängen (wie sie sich z.B. schon aus den räumlichen und zeitlichen Bedingungen von seminaristischer Arbeit ergeben) relativ befreit zu sein und sich damit auch stärker auf die Motivationsstruktur und den Alltag der Teilnehmer in ihren aktuellen Veränderungen beziehen zu können.

Neben den positiven Erfahrungen mit dem Arbeitsgruppenansatz sind vor allem die integrativen Ansätze hervorzuheben. Besonders geeignet war der Ansatz des ersten Zeltlagers, wo sich über die notwendigen Arbeitsprozesse völlig unterschiedliche, teilweise mit wechselseitigen Vorurteilen belastete Gruppen von Jugendlichen zusammenfanden. Vor allem für die jüngeren und mit Diskriminierungserfahrungen belasteten Jugendlichen (z.B. Sonderschüler) ergaben sich durch das Zusammensein mit den "Erwachsenen" eine Fülle von Bestätigungsmöglichkeiten und Lernchancen, verstärkt durch die vom Team praktizierte und durchgesetzte Gleichbehandlung der Teilnehmer und Arbeitsansätze, die keine neuen Ausgrenzungen produzierten oder bestehende auflockerten. Perspektivisch bedeutsam dürfte zusätzlich gewesen sein, Jugendliche kennenzulernen, die auch im Stadtteil erreichbar sind.

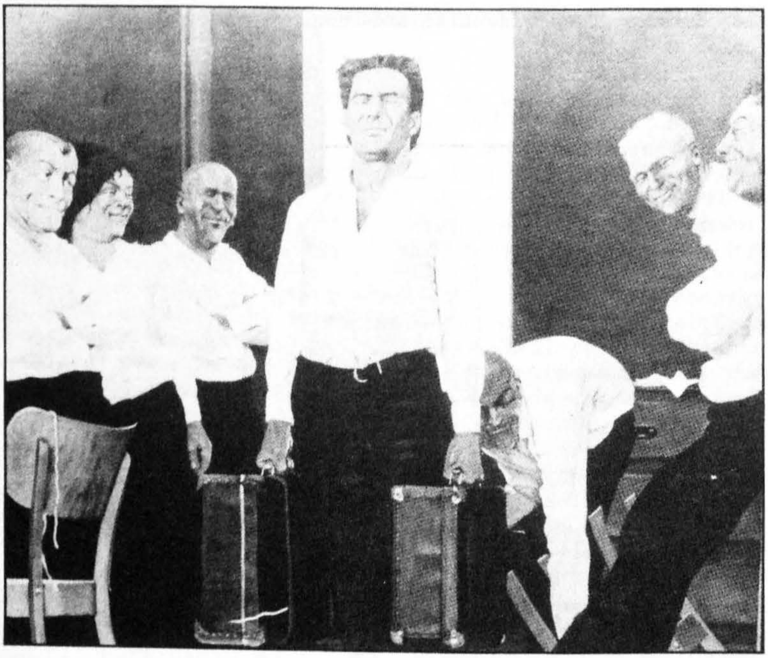
Die Verdichtung der Kommunikation unter den Jugendlichen durch die Projektangebote führte in der praktischen Arbeit im Stadtteil zu gegenläufigen Prozessen. Zum einen beteiligte sich phasenweise nahezu ein komplette Freizeitclique von 4o bis 5o Jugendlichen in irgendeiner Weise an unseren Angeboten und es herrschte der Eindruck vor, daß diese Cliquen sich dadurch stabilisieren, neue Impulse erhalten. Auf der anderen Seite öffnete die Projektarbeit diese Cliquen, ermöglichte Jugendlichen den Zugang, strukturierte sie damit teilweise um oder stellte sie implizit in Frage, wo sie lediglich als konsumorientierte Freizeitgruppen am Wochenende funktionierten.

Im Verhältnis zu den weitgesteckten Zielsetzungen des Projekts scheinen die hier beschriebenen Lernprozesse und Entwicklungen weit zurückzubleiben. Wir haben trotzdem den Eindruck, daß die ursprünglichen Perspektiven im Prinzip gangbar sind, wenn auch nach drei Jahren Praxis der Zeitraum der Realisierung wesentlich länger erscheint als ursprünglich angenommen. Die bewußten Wahrnehmungen von Lebensbedingungen im Stadtteil, in der Arbeit und im Elternhaus ist ein langwieriger Lernprozeß, in dem die Naturwüchsigkeit der eigenen Lebensbedingungen schwindet und diese allmählich machbar und veränderbar erscheinen. Dieser Aneignungsprozeß ist tief in die eigene Identitätsbildung eingebettet und nicht durch pädagogische Curricula planbar. Mit dem Projekt wurden jedoch Rahmenbedingungen geschaffen, die als Lernsituationen im Alltag diese Perspektive begünstigen. Das Maß an Selbstbewußtsein und Selbständigkeit, das sich ein Teil der im Projekt engagierten Jugendlichen erworben hat, lassen perspektivisch die Hoffnungen auf eine eigenständige Weiterführung einiger Projektansätze zu, wenn auch gegenwärtig ohne letzte Gewißheit. Immerhin gibt es seit Ende 198o einen von den Jugendlichen getragenen gemeinnützigen Verein, der-unabhängig von "Arbeit und Leben"-demnächst eine Stadtteilzeitung herausgeben will.



SEIT DER GELUNGENEN SYNTHESE VON RADRENNEN UND INDIVIDUALVERKEHR GEWINNT DAS RADFAHREN AUCH BEI UNS IMMER MEHR INTERESSE. FAHRRADFAHREN IST ENDLICH EIN ABENTEUER WAS JEDEN FASZINIEREN WIRD. JEDER HAT DEN WUNSCH SICH DIESER LEBENSAUFGABE VOLL ZU WIDMEN. FAHRRAD UND AUTO SIND SOMIT UNZERTRENNLICHE VERKEHRSMITTEL.

INFORMATIONSDIENST GESUNDHEITSWESEN



KRITIK DER PSYCHOSOZIALEN VERSORGUNG

Ausserdem: Zum Tode von Franco Basaglia • Sozialhilfe-Aktion – 2. Runde • Termine und Hinweise

18/19 Offenbach/Stuttgart, im November 1980
Doppelnummer - Preis DM 6,-

Rolf Schwendter

ÖKOLOGIE, SOZIALARBEIT, ARBEITSFELDER
– Einige deprimierte Notate –

1. Lange habe ich gezögert, diesen Arbeitsauftrag doch noch zu erfüllen. Eine Organisation in der Krise, die zudem weit über diese Organisation hinausgreift: nicht gerade sehr motivierend für eine Niederschrift, deren heimliches Curriculum die konstruktive Erweiterung der Organisation sein sollte.
Zumindest wollte ich die Ergebnisse der Marburger Arbeitsgruppentagung abwarten - wozu über etwas schreiben, was ohnehin schon abgeschafft sein könnte? (In einer kleinen Organisation ist Abschaffen immer leicht).

2. Ich schreibe also für eine Publikation im Umkreis des SB über etwas, das es dort organisiert nicht gibt. Es gibt kein "Arbeitsfeld Ökologie", das mit dem Arbeitsfeld Sozialarbeit in einen vereinbarten Diskurs treten könnte, wie sich die beiden Gegenstände ineinander vermitteln. Aus der Logik des SB heraus wohl, weil es keine Interessen an Ökologie gäbe, die sich organisieren könnten.

3. Denn, seinem Anspruch nach, orientiert sich das Sozialistische Büro immer noch am seinerzeitigen Aufsatz von Oskar Negt " Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren". Dieser Aufsatz war zur Zeit seiner Entstehung der zeitgenössischen Organisationsdebatte weit voraus; zu befürchten ist, daß dies acht Jahre später, noch immer gilt. Und zwar einschließlich des Sozialistischen Büros, soweit sich dies an dessen stattgefundener Geschichte ablesen lässt.

4. Der genannte Aufsatz hatte sehr viele Vorzüge und einen Fehler.
Zu den Vorzügen zählten:

- Die Erkenntnis, daß mit Notwendigkeit Sozialisten der Siebzigerjahre aus einer Vielfalt von Begründungen, Interessen, Bedürfnissen, Verletzungen etc. heraus die Unverträglichkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung erkannt haben (eine Vielfalt, die selbst aus der ständig wachsenden Heterogenität der nicht-bürgerlichen Klassenströmungen entspringt).

- Die entsprechende Erkenntnis, daß es folglich hinsichtlich der Organisierung von Sozialisten keine andere Möglichkeit gäbe, als bei den je zutreffenden Momenten dieser Vielfalt anzusetzen, und den Weg zu folgen, der diese Momente mit Notwendigkeit in den Zusammenhang einer Totalität stellt.

- Die implizite Aufforderung an alle dem SB nahestehenden/angehörigen Sozialist(inn)en, sich darüber klarzuwerden, worin denn diese spezifischen Interessen an gesellschaftlicher Veränderung bestünden.

5. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich mich 1973 hinsetzte, und meine Interessen auf ein Blatt Papier niederschrieb. Ich kam auf unge-

fähr 18 Stück; ich krieg sie jetzt sicher nicht mehr alle hin: gut essen; kein Berufsverbot bekommen/nicht arbeitslos sein; in Frieden leben; eine angenehme Wohnung (ohne Beton etc.) zu erträglichen Preisen mieten können; sich mit Hilfe von öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen; mit Frauen sexuelle Beziehungen haben; in gesunder Umwelt leben; gesund bleiben und im Falle der Krankheit keine Ärzte beanspruchen müssen; die Irrenhäuser abschaffen; kritische Musik machen; Zeit für Theoriearbeit haben; und wie gesagt, noch einiges mehr.
Das heißt,ich hätte, bei bloß 2 Wochenstunden pro Interesse, allein 36 Stunden zur Organisierung derselben aufzuwenden gehabt.

6. Und hierin lag der Fehler des Negt-Aufsatzes: es gab nicht die geringste Andeutung eines Kriteriums gemäß welchen zeitökonomischen Präferenzen die Organisierung nach Interessen erfolgen könnte.
Dies setzte sich in der Diskussion fort.
Es gab folglich letztlich 2 (widersprüchliche) Möglichkeiten: entweder von einer Pluralität, gar einer "Flut" (Theweleit) von Interessen auszugehen, die ihre Präferenzen relativ rasch wandeln, und sich demgemäß (auch evt. rasch flukturierend) zu organisieren.
Das taten die verschiedenen Spontis, Umweltgruppen, Frauenzentren, Psychogruppen (die 1973 noch gelegentlich "Emanzipationsgruppen" hießen) - die dann auch entsprechend bald (abgesehen von Punktuellem) wenig mit dem SB im Sinne hatten. Oder ein einziges, jahrelang fixes, präferierendes Interesse zu unterstellen, das letztlich wieder auf die Organisierung eines Kopfes, vermittelt über ein Interesse, hinauslief. Dies geschah, in Etappen, im SB.

7. Der (zunächst und implizite) Zwang, sich in einer relativ kleinen Organisation (in der die Variationsbreiten eines Charles Fourier schon von der Zahl her auf lokaler Ebene nicht gegeben war) nach Arbeitsfeldern zu organisieren, führte zunächst zu den zwei Wegen des geringsten Widerstandes: die Abstraktion als Gegenstand, oder der (auch zukünftige) Beruf als Gegenstand.
Da das erstere womöglich noch unbefriedigender war (in Heidelberg z.B. gab es für kurze Zeit ein "Arbeitsfeld Emanzipation"), reduzierte es sich in kurzer Zeit auf das zweitere. Was zu der Erscheinung führte, die früh und folgenlos als Syndikalisierung der Arbeitsfelder beklagt worden ist.

8. Es entstanden als die "klassischen" Arbeitsfelder: Betrieb/Gewerkschaften, Schule, Sozialarbeit, Gesundheitswesen, Bildungsarbeit, später Kirche und Antimilitarismus. Es entstanden eine Reihe von Arbeitsfeldern nicht: Wissenschaftsarbeiter, Studenten/Hochschule, Medienarbeit. Der Rest blieb außen vor.
Das Ergebnis war ein mehrfaches: Zum einen die teils explizite, teils implizite Ausgrenzung aller Sozialisten, deren hierin nicht enthaltene Interessen gerade die Präferenz derjenigen hatten.
Zum zweiten ein Eindringen der Abstraktion vom Interesse in die Arbeitsfelder selbst(Bitte mir den Genossen zu zeigen, der am Betrieb an sich interessiert ist!)
Zum dritten führte beides zu einer zunehmenden Beliebigkeit, verstärkt von lokalen Zufälligkeiten, in der Zuordnung zu Arbeitsfeldern.
Es war nur noch eine Frage der Zeit, bis jedes bestimmte, jedes besondere Interesse ausgelöscht war.

9. Um die historische Beschreibung zur Struktur zurückzuvermitteln, drückte die genannte Entwicklung aus:

- den jedenfalls quantitativ geänderten Stellenwert der lohnabhängigen Kopfarbeit (und den daraus entspringenden Doppelcharakter, siehe hoffentlich unten);

- den Widerspruch zwischen der traditionell (mit guten Gründen) erfolgten Produktionsorientierung von Sozialist(inn)en und der zunehmenden Obsoletheit bürgerlicher Produktion selbst;

- die Unklarheit der Vergesellschaftungsformen lohnabhängiger Kopfarbeit.

1o. Ich halte es für verdienstvoll, daß im SB im Zuge der Ökologie-Debatte (etwa Kritik an Otto Ulrich, der in Umkehr einer ebenfalls älteren Tradition dazu neigt, Marx mit Kautsky zu verwechseln) wieder begonnen worden ist, auf den Begriff der "Vergesellschaftung" zu reflektieren. Nur besteht die Gefahr, daß die "Vergesellschaftung" die nächste fetischisierbare Abstraktion wird, wenn nicht im einzelnen untersucht wird, wie sie in den jeweiligen Produktionseinheiten, Branchen, Berufen erfolgt. Hinsichtlich der lohnabhängigen Kopfarbeit ist etwa zu sagen, daß in ihrem Rahmen die ganze Reichweite von der dritten reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital (z.B. Techniker, die nach EDV-Vorlagen zeichnen) bis zur gleichsam unabhängigen Privatarbeit (z.B. Schriftsteller) vorhanden ist.

11. Die meisten im Umkreis des SB organisierten lohnabhängigen Kopfarbeiter befinden sich da irgendwo zwischendrin. Im allgemeinen sind sie weder so sehr durch eine ihnen äußerliche Maschinerie fremdbestimmt (oder wie ich immer die Analogie nennen soll: als Staatsarbeiter z.B. sind sie nicht unter das Kapital subsumiert), daß unvermittelte Auflehnung und Apathie die Folge wäre. Noch arbeiten sie gemeinhin so unabhängig, daß sie sich ein bestimmtes Bild solidarischer Kooperation machen könnten, aus dem sich auch eine planvolle Strategie ergeben könnte. Ihr Arbeitsplatz (sofern vorhanden) ist einer ihrer Interessen, aber eben e i n e r ihrer Interessen,

12. Daraus ergibt sich auch, daß ich eines der meistgenannten Argumente gegen die Arbeitsfeldstruktur (das seinerseits bereits unhinterfragt von der Syndikalisierung ausgeht) für pure Mythenbildung halte: Daß diese ihr Entstehen Reformillusionen zu verdanken gehabt hätte, und mithin, mit dem Ende der Reformeuphorien, überflüssig/überfällig geworden sei.
Nun will ich keineswegs in Abrede stellen, daß es hier ein Nord-Süd-Gefälle gegeben haben mag: im Hessen Oswald/Friedeburgs oder in Berlin konnten sicher Reformillusionen eher aufkommen, als dies schon 1973 in Bayern oder Baden-Württenberg der Fall war. Dies war keine Spezialität des SB, dies gab es anderswo auch(etwa im BdWi, wo seitens der aus sozialliberal regierten Ländern kommenden Mehrheit auf Probleme, die Süd-Mitglieder z.B. mit dem BuFW hatten, mit völliger Verständnislosigkeit reagiert wurde). Aber dies trifft, meine ich, nicht den Kern. Die meisten lokalen Arbeitsfelder waren garnicht in der Lage dazu, ihre Praxis aus Reformillusionen zu speisen, weil sie hinlänglich mit den Problemen ihrer eigenen Vergesellschaftung befaßt

waren, und das auf dem kleinsten Nenner der sie übergreifenden Abstraktion (z.B. "Schule"). Nicht selten ein zusammengewürfelter Haufen auf der Suche nach seinem Gegenstand, war es kaum möglich, von einer auch nur syndikalistischen Organisierung zu sprechen, geschweige denn von einer Organisierung nach Interessen.

13. Das Sinnbild syndikalistischer Organisation ist jene Skizze, die die Industrial Workers of the World "Vater Hagertys Glücksrad" nannten (ein Abglanz findet sich in manchen Rätemodellen nach der Novemberrevolution). Hier sind in Radform alle arbeitenden Branchen angeordnet, die Gebrauchswerte für die Gesellschaft beitragen, und - vorweggenommen in den IWW, später auch in der sozialistischen Gesellschaft - auch sich entsprechend selbstverwalten.
Sehen wir uns das'Glücksrad' des SB an, wird uns auffallen, daß eine Menge Speichen fehlen. Der handarbeitende Bereich hieß schlicht "Arbeitsfeld Betrieb und Gewerkschaft" (mich wundert es bis heute, daß nie jemand/jefraud auf die Idee kam, Arbeitsfelder Metall, Energie, Chemie, Post anzuregen), während im kopfarbeitenden Bereich die obengenannten Speichen vorhanden waren, oder auch nicht. Mag sein, daß dies mit der zugenommen habenden Austauschbarkeit in der materiellen Produktion zusammenhing; doch war diese im intellektuellen Bereich auch nicht gerade ohne. So weiß ich bis heute nicht (über meine Interessen siehe oben), ob ich "eigentlich" zu den (nicht - mehr - vorhandenen) Wissenschaftsarbeitern, Medienarbeitern, Lehrern (GEW! obwohl die Hochschule hier auch eher das 8.Rad am Wagen bildet), Sozialarbeitern oder Gesundheitsarbeitern gehöre. (Daß ich sowohl in Heidelberg als auch in Kassel bei den letzteren gelandet war, verdankt sich jeweils eher einer Reihe von Zufällen). Mit Interesse lese ich, daß nunmehr an eine Art Super-Arbeitsfeld Schule - Sozialarbeit - Gesundheitswesen - Bildungsarbeit gedacht wird: hier wird der zunehmenden Austauschbarkeit des lohnabhängigen Kopfarbeiters Rechnung getragen, wenngleich um den Preis einer noch weiteren Abstraktion von den "organisationsfähigen Interessen".

14. Kaum war eine (unterschiedlich provisorische) Vergesellschaftung im Rahmen der syndikalistischen Verkürzung der Arbeitsfelder erfolgt, gab es auch schon eine doppelte Bewegung: zum einen der wiederholte (und in Göttingen halbwegs geglückte) Versuch, nun auch noch diese Arbeitsfelder (jedenfalls lokal) halbwegs absterben zu lassen, um im SB zu einer noch weitergehenden Abstraktion voranschreiten zu können. Zum anderen die Leute, die sich nun in der Tat nach Interessen organisierten, in Bürgerinitiativen, Frauen-, Männer-,Schwulengruppen, alternativen Projekten etc.. Die taten dies aber nun außerhalb des SB.

15. Oskar Negt und Alexander Kluge haben einmal über die "Lagermentalität" der historischen Arbeiterparteien geschrieben und ihren Doppelcharakter (als Bündnishindernis und als "Heimat") herausgearbeitet. 1976 - 1978 befand ich mich in der genau konträren Situation: nichts, was mit meinen unter 5. genannten Interessen zu tun hatte, hatte noch mit dem SB zu tun; nichts, worin ich mit dem SB zu tun hatte, hatte, außer in höchst vermittelter, sporadischer und abstrakter Form, noch mit meinen Interessen zu tun. Von Ausnahmen abgesehen (z.B. Russell-Veranstaltungen; Bloch-Tage; lokales Arbeitsfeld Gesundheitswesen - in dem ich das einzige SB-Einzelmitglied bin! -; AG-Tagung "Politische Sozialisation"), hat sich bis heute nicht viel daran geändert.
Statt Lagermentalität: Stranger in a strange land.

16. In den gleichen Jahren, um 14. zu illustrieren, war ich in Kassel an den Gründungen der Sozialtherapie, der Stadtzeitung, der seinerzeitigen AG "Kunst und Medien" (hieran schloß sich der Aufruf für das Arbeitsfeld Medien, der mir zwei Zuschriften und eine ironische Glosse der Marxistischen Gruppe in den "Resultaten 2/76" einbrachte), der Freien Internationalen Universität im Kommunikationszentrum Werkstatt, des Netzwerkes Selbsthilfe und des Regionalbüros der AG SPAK beteiligt. Als mir noch, bei gegebenem Anlaß, angeheischt wurde, auch noch eine alternative Schule zu gründen, langte es mir. Hier hätte ich eine Organisation brauchen können, in der eine übergreifende Organisierung nach Interessen stattfindet. Gab's aber nicht.

17. Zunächst dachte ich noch, dies alles sei mein individuelles Problem. Als 1976 Aike Blechschmidt und Dieter Duhm das SB verließen (letztlich eine Folge der Tatsache, daß Sexualität im SB nicht nur als nicht organisationsfähig gilt, sondern weithin ein Tabu darstellt), dachte ich, es sei auch noch das individuelle Problem anderer. Skeptisch wurde ich, als ich erfuhr, es gäbe eine Männergruppe, die zwar selbstverständlich kein Arbeitsfeld im lokalen SB sei, aber ausschließlich aus SB-Mitgliedern bestünde. Vollends überzeugt von der Richtigkeit meiner Position wurde ich, als ich eine Art Erhebung las, wo nun überall die einzelnen SB-Leute tatsächlich politisch tätig sind: das war ein Panorama der Organisierung nach Interessen ohne syndikalistische Verkürzung, nur halt,leider, ohne Organisation.

18. In diesem skizzierten Raum, bestimmt durch immer engere Abstraktionen auf der einen Seite, immer weitergehenden Fragmentierungen auf der anderen, prallen nun Ökologie und Sozialarbeit aufeinander. Ökologie steht nun für das Ganze, gleichwohl konkretisiert in der Notwendigkeit von Dezentralisierung und Selbstregulierung - also eine für die bestehende Gesellschaft vollends realutopische Konstellation. Sozialarbeit ist eine spezifische Form der Trennung, ausgeübt von Experten an Personen, welchen die "eigenen Wesenskräfte" ("forces propres") bereits soweit enteignet worden sind, daß sie dieser Experten bedürfen. Käme der Begriff von Ökologie zu seiner Wirklichkeit, gäbe es keine Sozialarbeit mehr.

19. Erschwert wird die Lage dadurch, daß Ökologie wie Sozialarbeit Produkte der lohnabhängigen Intelligenz einschließlich ihrer literarischen Vertreter sind. Die Ökologie ist nicht zufällig eine Tochter des Monismus, die schon bei Haeckel und Bogdanow, nicht erst bei Meadows, eine Neigung verspürt, Totalität auf System zu reduzieren, selbstredend mit den passenden Systemingenieuren (auch wenn sie als Priester der Wahrheit und Schönheit verkleidet sind).
Die Sozialarbeit wiederum tritt ebensowenig zufällig auf, wenn die Arbeiterbewegung eine Niederlage erlitten hat: das Elberfelder Modell nach 1848; in der Weimarer Republik; nach dem New Deal etc. - wiederum mit den passenden Helfern. In einem Sozialismus, der den Namen verdiente, weswegen er noch lange nicht real ist, wäre "Ökologie" schadlose Produktion und "Sozialarbeit" gegenseitige Hilfe.

2o. Oben habe ich erwähnt, daß den bestehenden Bewegungen (wie das SB als Moment dieser) der Widerspruch zwischen traditionell erfolgter Produktionsorientierung und zunehmender Obsoletheit bürgerlicher Produktion selbst zu schaffen macht. In Vater Hagertys Glücksrad

mußte nur noch die bestehende Produktion in Räteform gebraucht werden; bei Fourier, Marx, Engels, Bebel, Ballod, Popper-Lynkeus,Kropotkin spielt die Produktionskritik eine nicht so bedeutende Rolle. Allenfalls die Produktion von Waffen, Alkohol, Tabak wird hinterfragt, der Stellenwert der Luxusproduktion, und, umfassender, als es das Gerücht meldet, vermeidbare ökologische Folgen. (Die sozialistische Ökologiediskussion etwa von Fourier über Bebels Plädoyer für die Sonnenenergie bis hin zu etwa 1914 zählt überhaupt zu dem, was J.E. Seiffert einen "unterdrückten Bildungsinhalt" nennen würde). Derzeit sind wir glücklich so weit, daß es kaum noch ein Produkt gibt, bei dem nicht in Frage gestellt werden kann, daß, oder wie, es produziert wird.

21. Solcherarts gerät der Begriff der Produktion in das Zentrum der Überlegungen. Schon Rosdolsky hat an Hilferding die Reduktion des Gebrauchswerts auf das Wort von "Warenkunde" kritisiert: jedoch nicht einmal der letztere Anspruch wird erfüllt, wo doch, indem alles zur Ware geworden ist, die "Warenhunde" die Totalität alles dessen beinhaltet, was nicht von der Wertformanalyse impliziert ist. Das Problem der Ökologie stellt sich dort, wo sich das Problem der Produktion stellt: die Produzenten produzieren gleichzeitig Güter, Schäden, und Güter, die Schäden sind. Das Problem der Ökologie ist das der "zweiten Natur": eine "ökologische Nische" (im buchstäblichen Sinne) ist eine, in der nicht produziert wird. Gleichzeitig wird (ich verkürze) zum Problem der Sozialarbeit die Produktion von Sozialisation, wie im "Jahrbuch der Sozialarbeit II" von Barabas u.a. detailliert herausgearbeitet wurde. Wieder könnten wir pointieren: die Produzenten produzieren gleichzeitig die Aneignung der "eigenen Wesenskräfte" ihre Enteignung, und ihre scheinhafte Aneignung, die real eine Enteignung des "Klientel" darstellt.(Weitere Bestimmungen wären mühelos auszumachen; dies würde den Rahmen dieser Notate sprengen).

22. Daß unter den bestehenden Bedingungen tendenziell alles zur Produktion wird (Produktion von Beziehungen; von Kreativität; Sexualität als geistige und als körperliche Arbeit; Produktion der "lebendigen Mitte"(R. zur Lippe) etc.), hat wiederum zweierlei zur Folge. Einmal zeigt sie auf, wie allumfassend der Entfremdungszusammenhang bereits geworden ist, da es untersuchbar wäre, welche Produktion wie formell oder reell unter das Kapital (oder in Analogie dazu) subsumiert ist. Zum anderen macht sie es wiederum denkbar, daß Produktion diesen Entfremdungszusammenhang abstreifen und zu einem "ersten Lebensbedürfnis" werden könnte. Nichts anderes versuchen, in bornierter Form, die realen alternativen Bewegungen.

23. Wenn auch die Formulierung, die Bourgeoisie habe Lehrer,Pfaffen etc. in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt, bereits von Marx und Engels stammt, hieß Produktion in der Geschichte zunächst materielle Produktion, Produktion von Gütern(und Schäden, und Gütern, die Schäden sind) - selbst die gleichzeitige Produktion von Beziehungen innerhalb der materiellen Produktion wurde kaum vor 1928 bearbeitet. Nicht nur traten materielle und nicht-materielle Produktion immer mehr auseinander (ein Prozeß, dessen Anfänge bereits Marx beschreibt), sondern die quantitative Bedeutung verschob sich zugunsten der Letzteren. Ich will die Gründe hier nicht wiederholen,

kurz: auch bei vorsichtiger Extrapolation werden wir um 2ooo in der BRD an die 1o Millionen Intellektuelle haben. An die 9o% davon werden wohl lohnabhängig sein, bzw. der "Reservearmee" angehören. Ihr Dominieren in so gut wie allen Organisationen, die sich zur Arbeiterbewegung zurechnen, in so gut wie allen alternativen Bewegungen, und in einer Reihe von bürgerlichen Einrichtungen, gibt einen Vorschein ab (siehe z.B. Kursbuch 45; eine detaillierte Analyse, die auch eine Zusammenschau aller Momente von Klassenanalyse des letzten Jahrhunderts umfassen müßte, kann hier nicht gegeben werden).

24. Die lohnabhängigen Kopfarbeiter (welcher Klassenströmung nicht nur der Autor, sondern wohl auch ein Großteil der Leser zugehören dürfte) wiederholen den Widerspruch der Ware Arbeitskraft auf ihre Weise. Zum einen sind sie fähig, massenweise (und chaotisch und unüberschaubar) Ideen zu produzieren (die ja auch gebraucht werden; siehe auch 21). Zum anderen müssen sie leben, d.h. ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen, mit allen bekannten Nebenfolgen: Arbeitslosigkeit/Anziehung und Abstoßung, gewerkschaftliche Organisierung, Konkurrenz.
Am ehesten können sie leben, wenn sie zu Experten werden, also z.B. zu Sozialarbeitern, Lehrern etc. Damit muß sich aber ein großer Teil von ihnen gerade in jenen Gegensatz zu den lohnabhängigen Handarbeitern, ihrer Reservearmee, ihrer Frauen, Kindern etc. stellen, den er auf Grund seiner eigenen Ideenproduktion zu vermeiden beabsichtigt. Das scheint mir der materielle Kern der Experten-Kritik Ivan Illichs, der Ärzte-Psychologen-Sozialarbeiter-Kritik der Patientenfront, der Institutionen-Kritik Michel Foucaults zu sein (sehr verkürzt).

25. Daraus ließe sich erklären:

- Die immer weitergehende Enteignung der "eigenen Wesenskräfte" der lohnabhängigen Handarbeiter, auch dort, wenngleich im vermittelten Zusammenhang, wo es nicht unmittelbar durch die bestehende Formbestimmung des industriellen Produktionsprozesses erheischt wird.
- Die vielfältigen Formbestimmungen der Konkurrenz lohnabhängiger Kopfarbeiter (siehe dazu mein Papier "Über den Aufbau und Abbau von Gruppen" im SPAK-Forum 7/8o).

26. Gleichzeitig ist bekanntlich (z.B. "Philosophisch-ökonomische Manuskripte") der lohnabhängige Handarbeiter von Produktion,Produkt, Produzenten und sich selbst getrennt. Entsprechend nimmt es nicht wunder, daß er den ökologischen Gesamtzusammenhang der Produktion nicht durchschaut, zumal, wenn an dessen Negation noch der Verkauf seiner Ware Arbeitskraft hängen sollte ("Arbeitsplätze!").
Doch sollte darüber der lohnabhängige Kopfarbeiter nicht vorschnell frohlocken; ihm geht es in Zusammenhang seiner Produktion nicht anders. Paradoxerweise könnten wir einen weiteren Zusammenhang zwischen Ökologie und Sozialarbeit negativ formulieren: ebensowenig wie der lohnabhängige Handarbeiter die ökologischen Folgeschäden seiner Produktion überschaut, überschaut der lohnabhängige Kopfarbeiter die Folgeschäden seiner pädagogischen, therapeutischen etc. Expertentätigkeit.

27. Auf die erkenntnistheoretischen Folgen der zunehmenden Wichtig-

keit einer ökologischen Produktionsform will ich hier nicht hinweisen - ich habe dies an anderer Stelle getan (Kursbuch 53).
Nun setzt eine Reihe anderer Autoren an den genannten Entwicklungen lohnabhängiger Kopfarbeit an. Die Verallgemeinerung der Produktion ist Leitthema (und materieller Kern) von Deleuze und Guattari.
Wo die Produktion der Wünsche in die Güterwelt gerät, ist die Wunschmaschinerie nicht weit (wobei die Autoren die bereits vorliegenden Widersprüche Lewis Mumfords bruchlos übernehmen).
Wo die Fragmentierung des Einzelnen durch seine konkurrierenden Interessen und Bedürfnisse weit fortgeschritten ist, können Deleuze und Guattari formulieren, jedes Individuum sei schon eine Gruppe.
In derKonkurrenz lohnabhängiger Kopfarbeiter fundiert sich u.a. Paul Feyerabends "Alles geht" - es wäre ja noch schöner, wenn nicht auch noch Experten für indianische Regentänze, für das I Ching, für die Astrologie ihr Unterkommen fänden.

28. Solcherarts erweist sich Oskar Negts eingangs zitierter Aufsatz als eine Art Zwölftonmusik der politischen Organisation, der durch die erfolgte Rückkehr zu Richard Wagner oder Gustav Mahler nicht beizukommen ist. Als allzu avantgardistisch syndikalistisch zurückgenommen, diente er eher, wie aus der Retrospektive sicher leichter zu erkennen ist, dazu, noch das zu vereinen, was als auseinanderbrechendes schon zu erkennen war: Ein "Rhizom"(Deleuze/Guattari, auf deutsch: Geflecht) aus Arbeitsfeldern, das sich aber bei der "Flut" konkurrierender Interessen noch aufeinander bezieht. "Alles geht", aber es geht exemplarisch, und nie ohne Bezug auf den Zusammenhang der Vielfalt in der Totalität. Der Rest war Reduktion.

29. Reduktion zu der vielbeschworenen "Priorität von Betrieb und Gewerkschaft" auf eine einzige Form der Produktion, nämlich die fabrikförmige, und zwar von Gütern (und nicht einmal "in letzter Instanz", wie es in den "Grundrissen" so schön heißt).

3o. Reduktion im Arbeitsfeldsyndikalismus auf die dort vorliegenden Experteninteressen und ihre notwendig provisorischen Formen der Vergesellschaftung (wann hätten denn je Eltern und Schüler im Arbeitsfeld Schule das Sagen mit gehabt? Wann Klienten im Arbeitsfeld Sozialarbeit? Wann Patienten im Arbeitsfeld Gesundheitswesen?).

31.Reduktion in den realen Bewegungen und ihrer Splittergruppen auf ihr je besonderes Interesse, das in bester Tradition als das allgemeine ausgegeben werden konnte.

32. Reduktion schließlich von allen nur denkbaren Arbeits- und Lebenszusammenhängen (dies etwa die Position Wolfgang Harichs), wo durch selbst so überlebensnotwendige Ziele sozialistischen Handelns wie Kampf gegen die Kriegsgefahr und Verhinderung ökologischer Katastrophen zu Abstraktionen gerinnen, die in den Strudel konkurrierender Interessen hineingezogen werden.

33. Reduktion, nein danke.

★

BERICHTE, HINWEISE, MATERIALIEN

- "Kinderhorte - Sozialpädagogische Einrichtungen oder Bewahranstalten" - Ergebnisse einer empirischen Untersuchung am Institut für Sozialforschung; nähere Informationen bei: Institut für Sozialforschung, Senckenberganlage 26, 6 Frankfurt 1.

- Bund Deutscher Pfadfinder verstärkt Arbeit mit Kindergruppen in Sozialen Brennpunkten

Vom 3o. Januar bis 1. Februar fand in ST. Johann bei Bad Kreuznach ein Seminar des Bundes Deutscher Pfadfinder (BDP/BDJ) zum Thema "Arbeit mit Kindern aus Obdachlosengebieten und Sozialen Brennpunkten" statt. Es nahmen Gruppenbetreuer aus Mainz-Zwerchallee, Bad Kreuznach-Rolandsbogen und Koblenz-Am Fort Konstantin teil. Die Teilnehmer berichteten über ihre Arbeit und tauschten Erfahrungen aus. Bei diesem ersten überregionalen Seminar standen Probleme der Finanzierung, der Elternarbeit, der räumlichen Voraussetzungen und die Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen im Vordergrund der Berichte. Für die erste Sommerferienwoche wurde ein gemeinsames Zeltlager geplant und vorbereitet. Dem Ferienlager sollen gegenseitige Besuche der Kindergruppen vorausgehen.
Zur eigenen Weiterbildung wurden Spiele und Lieder ausgetauscht und praktisch erprobt.
Dieser überregionale Arbeitskreis, der im Dezember 198o gegründet wurde, wird sich in regelmäßigen Abständen treffen, um gemeinsame Probleme wie Öffentlichkeitsarbeit, Verhalten der Kinder und Vorurteile der Bevölkerung zu erörtern und praktische Fertigkeiten zu erlernen.

Der BDP hat den Bericht der Kindergruppenarbeit in Sozialen Brennpunkten aufgegriffen, damit dort entstandene Initiativen ein überregionales Diskussionsforum haben und die Einbindung von Kindern und Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten in bestehende Jugendverbandsarbeit möglich wird. Weitere Gruppen, die in diesem Bereich arbeiten, sind eingeladen, mitzudiskutieren, mitzuarbeiten und mitzulernen.
Kontakt: BDP LV Rheinland-Pfalz, Mühlenstr. 21, 655o Bad Kreuznach.

- "Kinderkalender 1981" der Bewohnerinitiative Sozialer Brennpunkte Waldhof-Ost in Mannheim

Die Bewohnerinitiative hat für das Jahr 1981 einen neuen 'Kinderkalen-

der' herausgebracht. Der Kalender hat ein Deckblatt, 3 Seiten Text über die Initiative und die Siedlung sowie 12 Kalenderblätter mit Kinderfotos und Kalendarium. Der Kalender hat für die Initiative vor allem 2 Funktionen:
1) Mit dem Kalender soll die Öffentlichkeit auf den Sozialen Brennpunkt hingewiesen werden, welche Probleme hier bestehen und welche Forderungen die Initiative für eine Verbesserung der Wohnsituation aufgestellt hat.
2) Die Arbeit der Initiative soll in der Öffentlichkeit dargestellt werden.
3) Mit dem Kalender soll die weitere Arbeit der Initiative finanziert werden, da sie sonst über keine weiteren Mittel verfügt.
Der Kalender kostet 1o,-- DM. Bezug: Sozialaktion, Obere Riedstr. - Frohe Zuversicht 5-7, 68 Mannheim 31

- Selbsthilfematerialien für Jugendzentren

Die Liste der Literatur von & für Jugendzentren
"Dokumentationen sind wichtig: sie geben die Erfahrungen, die Sehnsüchte, die Aktionen, Reflektionen und Erfolge oder Mißerfolge wieder. Dadurch sind sie eine wichtige Hilfe für andere Initiativen - um zu sehen, daß wir nicht alleine sind, und um Anregungen und Tips zu erhalten und um Fehler zu vermeiden."
Über 1oo Dokumentationen der JZ-Bewegung von 197o bis heute sind in diesem Heft aufgelistet, eine jede mit kurzer Inhaltswiedergabe und der Bezugsadresse. Dokumentationen, die nicht mehr erhältlich sind, wurden archiviert und können als Fotokopie bestellt werden. Dies ist ein zusätzlicher Service, der diese Liste mit Leben füllt. Leben spiegelst auch das sehr hübsch gestaltete Lay-Out des Heftes wieder. Gesammelt und zusammengestellt wurden die Dokumentationen von einer Vielzahl von Aktiven der JZ-Bewegung des gesamten Bundesgebietes. Das Ziel dieser Selbsthilfematerialien ist es die Erfahrungen der letzten 1o Jahre nicht einfach in der Schublade der Geschichte verschwinden zu lassen. So stellt dann auch die Liste der Literatur nur den ersten Teil der Selbsthilfematerialien dar. Geplant sind noch weitere Hefte zu Themen wie Recht, Selbstverwaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Foto, Video, Musik und Film.
Bezug: AG SPAK, München 1981, 62 Seiten, 3.5o + o.5o DM Porto auf das PSchK München Nr. 2o5 47-8o8 der AG SPAK Reifenstuelstr. 8, 8 München 5, Tel.: o89/77542o
Innerhalb dieser Selbsthilfematerialien gibt es auch einen Jugendzentrumsfilm auszuleihen
WIR WERDEN KÄMPFEN - WIR WERDEN SIEGEN - EIN JUGENDZENTRUM WERDEN WIR KRIEGEN
Mainz 1972, 16 mm, 4o,-- DM. Bezug über: Thomas Scheuer, Brombergstr. 24, 78oo Freiburg. Diesen Film haben Mainzer Jugendliche in ihrem Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum selbst gedreht. Er zeigt eine Vielzahl von Aktionen: über Go-Ins, Demo bis zur Hausbesetzung ist alles drin. Somit ist dieser Film eine Fundgrube für die Öffentlichkeitsarbeit einer JZ-Initiative!

- BILDER VOM KINDERHAUS

Bilder und Texte vom Kinderhaus Neuenheim in Heidelberg (163 Seiten: 171 Fotos, Kinderzeichnungen, Texte, Dokumente) DM 2o,-- zu beziehen direkt beim Kinderhaus Neuenheim Humboldtstr. 17, 69 Heidelberg.

Der Band ist in halbjähriger Arbeit von drei jetzigen und früheren Betreuern der letzten selbstverwalteten Kindertagestätte Heidelbergs entstanden und stellt das Kinderhaus Neuenheim als inzwischen 1o Jahre alte Modelleinrichtung eigenverantwortlicher pädagogischer Arbeit dar. Gleichzeitig schildert er die großen Probleme des Kinderhauses: einmal die Verweigerung von Zuschüssen durch die Stadt Heidelberg seit 1976, zum anderen die Kündigung der Räumlichkeiten durch den Vermieter, das Studentenwerk Heidelberg (dieser Tage erging ein erstinstanzliches Räumungsurteil).

- BILDUNGS- UND ERHOLUNGSSTÄTTE

Liebe Leute,
wir betreiben seit fast zwei Jahren eine Bildungs- und Erholungsstätte bei Neckargerach in einem idyllischen Seitental des Neckartales (45 km von Heidelberg). Für das Jahr 1981 können wir Euch noch Plätze für Seminare und Freizeiten anbieten. Es ist sowohl möglich, daß sie von uns verköstigt, als auch, daß sich die Gruppe selbst verpflegt. Genauere Information könnt Ihr über untenstehende Anschrift bekommen.

Die Kosten für einen Aufenthalt betragen 9,-- DM bei Selbstversorgung und 23,-- DM bei voller Verpflegung, desweiteren ist es möglich, daß wir für Euch das Mittagessen besorgen. Ihr aber selbst das Geschirr spülen müßt, dies kostet dann 14.-- DM. Solltet Ihr an einer Belegung interessiert sein, wären wir Euch für eine baldige Nachricht an folgende Adresse sehr dankbar.
IJGD e.V., Lietzenburgerstr. 98, 1ooo Berlin 15

- Ratgeber für Gefangene

Im Hamburger Verlag Libertäre Assoziation ist jetzt der "Ratgeber für Gefangene - mit medizinischen und juristischen Hinweisen" 1. Teil erschienen.
In dem Buch werden die Verschiedenen Stadien der Haft - von der Festnahme bis zur Entlassung - behandelt. Im einzelnen wird unter anderem auf folgende Probleme eingegangen:
Verhalten bei der Festnahme/ Wie die erste Zeit im Gefängnis aussieht/ Was man gemeinsam tun kann/ Überleben in strenger Isolationshaft/ Als Frau im Gefängnis/ Die Situation als Ausländer/ Besondere Haftverschärfungen/ Kontakte nach draußen/ Möglichkeiten und Techniken gesund zu bleiben/ Was man selbst bei Gesundheitsbeschwerden tun kann/ Welche Rechtswege einem als Gefangenen offenstehen/ Musterbeispiele für Anträge und Beschwerden etc.
Der jetzt erscheinende erste Teil des Handbuchs (ca. 25o Seiten in Ordner eingelegt) kostet 2o,-- DM. Der Ergänzungsteil, der anfang nächsten Jahres erscheint (35o Seiten, ohne Ordner) kostet weitere 17,-- DM. Im Abonnement beide Teile für 35,-- DM. Ein begrenzter Teil der Auflage steht Freunden und Angehörigen von Gefangenen zum ermäßigten Preis von 2o,-- DM für das gesamte Werk im Abo sowie Gefangenen als Freiexemplare zur Verfügung.
Bestellen (gegen Vorauszahlung) an den Verlag Libertäre Assoziation, Ottenser Hauptstr. 35, 2ooo Hamburg 5o/Postscheckamt Hmbg. 437937-2oo (2oo 1oo 2o)

- Student der HfSS in Bremen sucht Kontaktadressen von "ökologisch orientierten" Gemeinwesen- bzw. Stadtteilprojekten (zwecks Studienfahrt),

sowie Texte über "Ökologisch orientierte" Sozialarbeit. Jürgen Schöbel, Würzburger Str. 1o a, 28oo Bremen 1

- Kinder- und Jugendbuchverzeichnis zum Thema Ökologie

  Ein kommentiertes Verzeichnis zu Kinder- und Jugendbücher, die sich im weitesten Sinne mit dem Thema Umweltzerstörung - Umweltschutz befassen, ist vor kurzem im Schwarzwurzel-Verlag, Rokenstr. 4, 741o Reutlingen erschienen. Fast alle verfügbaren Bücher, Schallplatten und Spiele, (z.Zt. ca. 55 Titel) wurden darin aufgenommen und jährlich wird das Ergänzungswerk durch Nachlieferungen aktualisiert. Das Verzeichnis umfasst 8o Seiten und kostet DM 6.8o. Buchhandlungen und Bürgerinitiativen erhalten den üblichen Rabatt. Einzelbezug durch Überweisung von DM 6.8o + DM 1.5o Porto auf das Konto 47719 (Peter Reifsteck) bei der Kreissparkasse Reutlingen oder Betrag als Scheck an die angegebene Adresse.
  Parallel zum Verzeichnis verleiht der Verlag eine Ausstellung aller beschriebenen Bücher (z.Zt. ca. 5o ex.). Interessenten (Bürgerinitiativen, Schulen, Bibliotheken, Buchhandlungen, etc.) können näheres über die Verlagsadresse erfahren.
  Schwarzwurzel-Verlag

- "die Lupe", Pädagogische Zeitschrift, Heft 3o zum Thema Umweltlernen
  Inhalt: "Jedes Kind auf der Welt wird ungefragt in eine ihm vorgegebene gesellschaftliche Situation hineingeboren." Unter Berücksichtigung all der bestehenden Voraussetzungen muß es sich anpassen und sich möglichenfalls kritisch schöpferisch mit dieser gesellschaftlichen Situation auseinandersetzen. Bis ein Kind zu diesem Stand mit seiner Umwelt kommt und sie handelnd bewältigen kann, muß es viel in seiner Umwelt und über seine Umwelt erfahren. Wir wollen versuchen die verschiedenen Bedingungen aus Gesellschaft, Natur und Technik und die Erfahrungen, die wir in unserer pädagogischen Praxis mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gemacht haben, darzustellen.
  Bezug: Spiel- und Lernzentrum Braunschweig e.V., Bruchtorwall 1-3, 33oo Braunschweig

- SPAK - Informationen

  + Tagungsvorschau der Seminare und Tagungen der AG SPAK für 1. Halbjahr 1981, erhältlich gegen Unkostenerstattung (1,--DM in Briefmarken) an AG SPAK, Reifenstuelstr. 8, 8 München 5
  + Programm der "Europäischen Arbeitsgruppe Bewußtseinsbildung" erhältlich, gegen Unkostenerstattung (1,--DM in Briefmarken) an AG SPAK/ AK Freire, Reifentuelstr. 8, 8 München 5
  + Neu: Rundbrief "AK Freire" Nr. 8 - erhältlich gegen eine Spende. Viele Informationen zur bewußtseinsbildenden Arbeit (Friedenspädagogik, alternative Bildung, 3.-Welt-Arbeit), bitte mind. 1,5oDM in Briefmarken an: AG SPAK, Reifenstuelstr. 8, 8 München 5 (AK Freire)
  + Neu: SPAK-FORUM Nr. 9 - zum Thema "Sozialpolitik in den 8o'er - Versuche zur Standortbestimmung. (Provinzarbeit, wir lassen uns nicht kaufen, Armut in der BRD, Drogenpolitik, Projekte, etc.)
    Erhältlich für 3,5oDM (inkl. Porto) bitte in Briefmarken beilegen oder Überweisung auf PSchK. München Nr. 2o5 47 - 8o8.

Regionalbüro Köln
Immermannstraße 55
5ooo Köln 41

Publikationsstelle
Schlesische Str. 31
1ooo Berlin 36

Archiv der AG SPAK
K.Friedr.Ring 61
62 Wiesbaden

Carl-Wilhelm Macke

RÜCKSICHT

Immer wenn ich irgendwem sage, ich würde in Gruppen von Behinderten mitarbeiten, verklärt sich sein Gesicht. Die Stimme bekommt dann einen leicht pathetischen Unterton, manchmal wird noch tief Luft geholt. "Oh, welch eine sinnvolle Aufgabe. Dazu gehört sicherlich viel Idealismus. Ehrlichgesagt, ich könnte das nicht". Ein Gefühl von Bestätigung und Anerkennung empfinde ich dann ebenso wie Unsicherheit. Wie soll ich reagieren? Ich könnte ausweichen, von Solidarität und den Schwachen reden, mein persönliches Interesse, meine Bedürfnisse verleugnen.
Was ist es aber denn, das mich als Nichtbehinderten in Behindertengruppen mitarbeiten läßt? Ich muß ausholen, in der Lebensgeschichte graben. Freigelegt werden nur die oberen Schichten.

1944, noch in den letzten Monaten des Krieges und der Nazi-Herrschaft wurde mein Bruder geboren. Für meine Eltern muß es ein Schock gewesen sein, als sie von der Spastik ihres ersten Sohnes und zweiten Kindes erfuhren. Der Krieg hatte sie schon genügend strapaziert. Irgendwann hatten sie sicherlich auch von Euthanasie, der "Vernichtung lebensunwerten Lebens" gehört. Ihr Bischof hatte mutig dagegen gesprochen, aber welche Bedeutung hatte es schon für sie, solange sie kein "lebensunwertes Leben" kannten. Jetzt waren sie selbst mit einem Menschen konfrontiert, den die damals noch herrschenden als "Ballastexistenz" abwerfen wollten. Es war nicht irgendein Mensch, es war ihr Kind! Mit dem Zeitpunkt der Geburt änderte sich das Verhalten der Eltern. Sie mieden jetzt die Umgebung, wie die Umgebung sie mied. In der Kleinstadt spricht es sich schnell herum, wenn ein "nicht normaler Mensch" geboren wird. Im Suff gezeugt, sagt der Volksmund hinter vorgehaltener Hand, manchmal auch nicht. Die Religiösen haben andere Erklärungen. Man flüstert von Gottesstrafe oder von der großen Bewährung der Mutterliebe.

In die Erziehung des behinderten Kindes vermischten sich Schuldgefühle, Hilflosigkeit und warme elterliche Zuneigung. Eingeschult wurde mein Bruder in die zuständige Volksschule, nicht in eine Sonderschule.
Ein Fortschritt würde man heute sagen, aber damals war es der Beginn eines Spießrutenlaufens. Um diese Zeit herum wurde ich dann geboren. Nach den Erfahrungen mit einem spastisch gelähmten Sohn noch ein weiteres Kind zu gebären, dazu gehört schon Mut. Oder war es nur die kirchlich verbannte Geburtenregelung, die mir zu meiner Existenz verhalf? Oder war es der Wunsch, den Nachbarn zu zeigen, daß nichts von ihren Zeugungsphantasien stimmte? Meine Erziehung war, obwohl ein gesundes Kind, auf ein behindertes Kind zugeschnitten. Wie sollten die Eltern sich auch so schnell wieder umstellen. Behinderung ist nicht nur eine körperliche oder seelische Lädierung. Es ist auch Ergebnis einer Erziehung, die Art wie ein Mensch auf die Welt vorbereitet wird,

wie er älter wird, wie er von anderen lernt oder nicht lernt, weil er sie nicht zu Gesicht bekommt, weil er von der Außenwelt ferngehalten wird. So habe ich es in der Familie erlebt. Selbständigkeit habe ich nie gelernt. Man nahm mir alles ab. Ich durfte nie auffallen, sollte immer dankbar sein, mich anpassen, nie habe ich nein sagen gelernt. "Wir haben schon genügend Probleme in der Familie", hieß es, wenn ich aus der Rolle fiel. Bis heute hat sich meine Scheu vor mir unbekannten Menschen ebensowenig gelegt wie die Angst, etwas falsch zu machen, also aufzufallen. Immer noch fühle ich mich in vielem minder - wertig. Aber wieso, warum? Meine eigenen Interessen mußte ich immer zurückstellen. Rücksicht zu nehmen auf meinen Bruder war die Tugend, die immer und überall galt. Nicht mit Gewalt wurde mir das eingebleut. Gewalt, direkte Gewalt hat es in unserer Familie nie gegeben. Sich zurückzunehmen, seine eigene Person zu vergessen, galt als selbstverständlich.

Heute glaube ich, meine Eltern und ich haben vielleicht mehr unter der Behinderung eines Familienmitgliedes gelitten als der Betroffene selbst. Meine Mutter, weil sie als Frau ohnehin schon aus der Gesellschaft ausgeschlossen war. Der Vater, weil er das Kind überall zu verleugnen oder zu verdrängen suchte. Über sie kann ich nur vermuten, über meine Erfahrungen verfüge nur ich. Die Hänseleien und Demütigungen, die meinem Bruder entgegengebracht, entgegengeschrien, entgegengelacht wurden, trafen immer auch mich. Jagte man einen Hund hinter ihm her, fürchtete ich den Biß. Noch heute gehe ich Hunden aus dem Weg.

Wenn er verspottet wurde, hat mich das immer wütend gemacht. Diese dumpfe Wut konnte ich keinem zeigen, weil ich gleichzeitig auch so hilflos war. Ich habe sie in mich hineingefressen. Wenn ich mit ihm über die Straße ging, verspürte ich Angst vor den Entgegenkommenden. Würden sie lachen, würden sie selbst zu torkeln anfangen, würden sie ihn als besoffen hinstellen? Die größte Angst hatte ich vor Kindern. Sie zeigten ihre Verwunderung und Belustigung besonders deutlich. Die Erwachsenen begannen ihre Tuscheleien immer erst hinter unserem Rücken. Sie schauten sich mit einem Lachen im Gesicht erst wenige Meter später um. Bis heute habe ich die Gewohnheit beibehalten, mich umzuschauen, wenn Menschen an mir vorbeigegangen sind. Ich will sehen, ob sie sich nach mir umdrehen, mich vielleicht auch auslachen. In manchen Augenblicken lernt man eben mehr als in Büchern. Die Angst vor den Kindern hat sich gelegt. Sie sind neugierig und offen, haben es nicht nötig ihre Gefühle zu verstecken. Das Verletzen geschieht nicht bewußt.

Das Gefühl ohnmächtiger Wut ist mir geblieben - im wörtlichen Sinne. In der Kindheit kam es häufig vor, daß ich im Zusammensein mit schwer körperlich Behinderten plötzlich zusammengesackt bin, ohnmächtig wurde. Nicht bei meinem Bruder, den ich nie als behindert wahrgenommen habe, weil ich ihn ja gar nicht anders kannte. In diesen Momenten staute sich soviel an Ängsten, soviel an Hilflosigkeit auf, die meinen Körper und meine Sinne überwältigten. Inzwischen weiß ich solchen Situationen geschickt aus dem Wege zu gehen, aber sicher bin ich da nie.

Mein Bruder konnte seine Schulzeit nicht in der örtlichen Volksschule beenden. Mangelnde Förderung war der offizielle Grund. Ablehnung durch Mitschüler und Lehrer der wahrscheinlichere. Später in meiner Schulzeit habe ich dann Situationen miterlebt, die denen meines Bruders

sicherlich sehr nahe kamen. In unserer Grundschulklasse war ein geistig gestörter Schüler. Seine wirren Antworten, seine oft unkontrollierten Bewegungen reizten zum Spott. Ich glaube sogar mitgelacht zu haben. Aber es war ein schmerzvolles Lachen. Für ihn Partei zu ergreifen, wäre ja aufgefallen. Um eben das zu vermeiden, tat ich alles. So wie mein Bruder wurde dann dieser Mitschüler aus der Schule entfernt. Weit außerhalb fand man ein Heim für ihn. Vielleicht wurde er dort tatsächlich besser gefördert, mußte er sich nicht mehr so viele Demütigungen gefallen lassen. Aber er wurde abgeschoben, so wie man es bei uns immer gemacht hat mit Menschen, die nicht "normal" waren oder sich nicht einpassen ließen.

Ist jetzt etwas klarer geworden, warum ich als Nichtbehinderter in Behindertengruppen mitmache? Nicht aus beruflichen Gründen, sondern weil ich Behindertenerziehung und öffentliche Diskriminierung hautnah, wenn auch nicht in ihrer Haut mitbekommen habe. Ich würde sofort ausscheiden, wenn ich als ein Alibi für Integration betrachtet würde. Von wem auch immer. Behinderte sollten sich Nichtbehinderten gegenüber die Freiheit nehmen, zu fragen, was sie bewegt, mit ihnen gemeinsam etwas zu unternehmen. Mißtrauisch sollten sie sein, wenn sich für sie engagiert wird. Einem anderen helfen zu wollen, ob behindert oder nicht, halte ich für zu selbstverständlich, als daß es eine überzeugende Antwort wäre. Durch die Erfahrung in der Kindheit und in Behindertengruppen, bin ich vorsichtig geworden mit der Forderung nach Integration. Mir ist nicht einsichtig, warum sich Behinderte den Normen, Werten und Kulturvorstellungen der jeweiligen Mehrheit anzupassen haben, um als "integriert" zu gelten. Ist es nicht fatal zu glauben, durch Mehr - und bessere Arbeit im Beruf seine Behinderung ausgleichen zu können? Vielleicht gewinnt man dadurch Anerkennung - die jeder Mensch braucht - aber wie oft geht dies einher mit Zerstörung der Gesundheit, der Verkürzung des Lebens.
Man sollte einmal eine Untersuchung anregen, mit der belegt wird, wie viele Behinderte sich ruiniert haben durch diesen wahnsinnigen Druck zum kompensieren (zum Ausgleichen der körperlichen oder seelischen Schädigung). Noch zwei Rückblenden zum Schluß: Während meiner Schulzeit hat sich ein Freund das Leben genommen. Die Gründe wurden mit der letzten Schaufel Erde für immer zugedeckt. Aber für mich war eines klar: Er konnte seinen Dialekt, das Plattdeutsche, einfach nicht mit der "normalen" Sprache in Einklang bringen. Mit einer "Sechs" im Deutsch wäre er sitzengeblieben. Da griff er zum Strick. Muß man so vor der großen gleichmachenden Dampfwalze kapitulieren, auch wenn vorne auf der Kühlerhaube die Flaggen "Humanität" und "Fortschritt" wehen? Welche Opfer muß man bringen, um als "normal" und "integriert" zu gelten?
Die Lektüre von Romanen und Reden amerikanischer Neger gehört für mich zu den ersten und prägensten Leseerlebnissen. Nicht von ungefähr, denn in ihrem Kampf um Gleichberechtigung und Anerkennung als Schwarze gibt es viele Parallelen zu den Behinderten. Immer und immer wieder habe ich einen Satz des Schriftstellers James Baldwin gelesen, bis ich ihn auswendig konnte, um ihn nie wieder zu vergessen: "Ich lebe nur ein einziges Mal auf dieser Erde und dieses eine Mal will ich als Mensch leben, nicht als etwas, das von anderen manipuliert und definiert wird. Ich will als Mensch leben, als ich selbst".

Peter Krahulec/Karlheinz Herr

"ALTERNATIVES HEIMVERZEICHNIS" ERSCHIENEN

In die Hand vieler Beteiligter und betroffener Kollegen gehört die vor kurzem bei der "Internationalen Gesellschaft für Heimerziehung" (IGfH) erschienene 179-Seiten-Broschüre: "Probleme von Kindern und Jugendlichen lassen sich nicht einsperren - Alternativen in der Heimerziehung", kurz ALTERNATIVES HEIMVERZEICHNIS genannt.
Das Verzeichnis wurde von einer 16köpfigen Arbeitsgruppe (Vertreter aus der Praxis, dem Fachhochschul- und dem Fortbildungsbereich) in einem eineinhalbjährigen Projekt erstellt. Dieses Projekt wiederum steht im Zusammenhang mit der seit Jahren leidenschaftlich geführten Kontroverse um die sogenannte "Geschlossene Unterbringung" und deren geplante gesetzliche Festschreibung anläßlich der Reform des Jugendhilferechts.(Siehe auch Info Sozialarbeit Heft 18 und 22.)

Die Arbeitsgruppe gehört zu den Gegnern der Geschlossenen Unterbringung; sie geht davon aus, "daß die Unterbringung in geschlossenen Einrichtungen eine den praktischen Erfordernissen der Heimerziehung und dem heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand widersprechende unmenschliche und damit durch nichts zu rechtfertigende Zwangsmaßnahme ist" (S.4f).

Im Theorieteil "Argumente wider eine böse Sache" konstatieren die Verfasser, daß die notwendige Strukturreform der Heimerziehung auf breiter Ebene ausgeblieben ist:

"a) Noch immer ist die traditionelle Heimerziehung durch die folgenden strukturellen Merkmale gekennzeichnet:
   - Hierarchie
   - Prinzip der totalen Versorgung
   - instabiles persönliches Bezugsfeld
   - zu große Gruppen
   - Vorrangigkeit der Verwaltung
   - Reglementierung des täglichen Lebens
   - finanzielle Unterversorgung

b) Noch immer produziert das Jugendhilfesystem seine eigenen Klienten für Geschlossene Unterbringung, und noch immer kommen Kinder und Jugendliche ins Heim, denen viel vesser dort geholfen werden könnte, wo die Probleme entstehen: in der Familie, der Schule, dem Gemeinwesen." (S.1f)

Daraus folgern die Verfasser konsequent:
"Es geht also darum, verschiedene Einrichtungen zu finden und zu entwickeln, die den Minderjährigen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen, Biographien und Anforderungen entsprechen. Alternative heißt: die richtige Maßnahme für den Einzelfall finden. Dies schließt auch nicht-stationäre Hilfen ein.
Grundvoraussetzung insbesondere für stationäre Einrichtungen sind strukturelle Bedingungen, wie sie seit Jahren gefordert werden:

- Demokratisierung des Zusammenlebens
- Prinzip der Selbstversorgung
- Selbstkontrolle und Eigenverantwortlichkeit
- Vorrangigkeit pädagogischer Erfordernisse
- kontinuierliche soziale Bezüge
- kleine, überschaubare Lebenseinheiten
- Orientierung an Bedürfnissen und Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen." (S. 16)

Aus diesen Einschätzungen resümieren die Autoren: Wenn heute Jugendliche deshalb geschlosssen untergebracht werden, weil genügend verschieden gut ausgestattete Unterbringungsmöglichkeiten fehlen und die bestehenden nicht hinreichend bekannt sind, dann sagt dies nichts über die von "Geschlossener Unterbringung" bedrohten oder hiervon betroffenen Jugendlichen aus, aber viel über den mangelhaften Zustand unseres Jugendhilfesystems.

In den "Hinweisen zum Gebrauch" warnen die Autoren vor einem undifferenzierten Umgang mit den vorgestellten Einrichtungen, "da es oberstes Prinzip einer guten Fremdbetreuung sein muß, für jedes einzelne Kind bzw. Jugendlichen die ihm und seiner biographischen Besonderheit angemessene Betreuungsform zu finden" (S.23). Sie "hoffen aber, durch unsere Veröffentlichung einweisende Sozialarbeiter zu ermutigen, nach weiteren Einrichtungen zu suchen, die den Kriterien für eine gute Fremdunterbringung entsprechen bzw. dazu beitragen, daß vermehrt solche Einrichtungen geschaffen werden" (S.23).

Der Anschriftenteil umfaßt (nach Postleitzahlen geordnet) die Einrichtungen, die bereit sind, solche Kinder und Jugendlichen zu betreuen, die von Geschlossener Unterbringung betroffen oder bedroht sind - und die darüber hinaus den o.a. strukturellen Anforderungen entsprechen. Die Autoren betonen, es sei notwendig, diese Liste fortzuschreiben und bitten über eine Kontaktadresse um Mithilfe.
Im Teil "Selbstdarstellungen" werden 16 ausgewählte Beispiele ausführlich dokumentiert und von der Arbeitsgruppe als Orientierungshilfe für gute Fremdplazierung empfohlen.

Abschließend setzt sich die Arbeitsgruppe mit "Modellprojekten zur Vermeidung von Geschlossener Unterbringung" auseinander: Celle, Immenhausen und Viernheim. Sie kommt zu dem Ergebnis: "Auch wenn die Initiatoren der Modelle sich die Zuschreibungspraxis der Jugendhilfebehörden nicht zu eigen machen, so setzten sie diese während der Dauer ihrer Modellversuche doch voraus. Es kann nicht das Ziel sein, Sondereinrichtungen für besonders gefährdete Kinder und Jugendliche zu schaffen, die zwar eine nicht - geschlossene Unterbringung, aber doch eine besondere Maßnahme für besondere Kinder und Jugendliche bedeuten. Nicht Modelle in der Jugendhilfe sind zu fordern, sondern ein engagiertes Eintreten für die unmittelbare strukturelle Veränderung des Jugendhilfesystems" (S.15o).

Das ALTERNATIVE HEIMVERZEICHNIS ist für 7 DM zu beziehen bei:
Internationale Gesellschaft für Heimerziehung, Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 6 Frankfurt 71, Tel.: o611/67o6251